G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Harold Rasch
Zur zweiten und dritten Lesung der Ostverträge

Georg Herde
Zur entspannungsfeindlichen Rolle der Vertriebenenverbände

Bernhard Pfletschinger
Der italienische Neofaschismus

Hans-Dieter Bamberg
Über Werdegang, Aktivitäten und Ansichten des Rainer Barzel

Martin Hall
Zur inneren Situation der USA im Wahljahr

4'72

April 1972 Einzelheft 4,00 DM Im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

April 1972

CHRONIK DES MONATS MÄRZ 1972 341

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zur zweiten und dritten Lesung der Ostverträge am 3./4. Mai 1972 . . . . . *Harold Rasch* 344

Sicherheit und Zusammenarbeit im Interesse ganz Europas . . . . . *Wladimir Krawtschenko, Moskau* 347

Zur Situation in Algerien . . . . . *Klaus Elliesen* 349

HAUPTAUFSÄTZE

Zur entspannungsfeindlichen Rolle der Vertriebenenverbände *Georg Herde* 352

Der italienische Neofaschismus . . . . . *Bernhard Pfletschinger* 366

Über Werdegang, Aktivitäten und Ansichten des Rainer Barzel . . . . . *Hans-Dieter Bamberg* 384

Zur inneren Situation der USA im Wahljahr . *Martin Hall, Los Angeles* 410

Ernst Benda und der Staat der industriellen Herrschaft (II) . *Paul Oehlke* 417

Der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis . . . . . *Rainer Rilling* 424

BÜCHER

Wilhelm G. Grewe, Spiel der Kräfte in der Weltpolitik . . . . . *Wolfgang Abendroth* 430

Alois Andiel, Politische Bildung und private Macht . . . *Lorenz Knorr* 432

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 434

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Aufforderung zum Dialog, veröffentlicht vom Sekretariat zur Vorbereitung des Forums Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit vom 2. bis 5. Juni 1972 in Brüssel (Wortlaut) 435

Erklärung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zur Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau (Wortlaut) 441

Gründungsmitteilung der „Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland" (Wortlaut) 444

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Siebzehnter Jahrgang · Heft 4/1972

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats März 1972

1.—5. 3. — UdSSR/Bangla Desh. Ministerpräsident Mujibur Rahman konferiert in Moskau mit den führenden sowjetischen Politikern. Eine „Gemeinsame Deklaration" vereinbart für die Zukunft „regelmäßig politische Konsultationen zwischen den beiden Regierungen auf verschiedenen Ebenen über alle wichtigen Fragen, die die Interessen der beiden Seiten berühren". Die UdSSR sagt Bangla Desh umfangreiche wirtschaftliche Unterstützung zu.

2. 3. — Europäische Gemeinschaften. Der Präsident der Kommission Franco Maria Malfatti tritt vorzeitig von seinem Amt zurück, um bei den italienischen Parlamentswahlen am 7. Mai kandidieren zu können. Die Nachfolge übernimmt am 22. 3. der Niederländer Vico Mansholt.

3. 3. — UNO. Generalsekretär Dr. Kurt Waldheim, der sich nach einem Besuch der UN-Einrichtungen in Genf und politischen Gesprächen in Bern einige Tage in Österreich aufhält, gibt in Wien eine Pressekonferenz. Waldheim plädiert erneut für die Universalität der Weltorganisation und die Aufnahme der geteilten Länder. Auf eine entsprechende Frage bezeichnet der Generalsekretär die Nichtzulassung der DDR zu der von den Vereinten Nationen vom 5. bis 16. Juni 1972 nach Stockholm einberufenen Konferenz über Umweltschutz als ein „sehr ernstes Problem". Bemühungen für eine befriedigende Lösung seien noch im Gange.

5.—8. 3. — Iran/BRD. Bundeskanzler Brandt, der von den Staatssekretären Egon Bahr, Sigismund v. Braun und Conrad Ahlers begleitet wird, stattet dem Iran einen offiziellen Besuch ab. Brandt konferiert mit Ministerpräsident Hoveida und wird auch von Schah Reza Pahlevi empfangen.

7. 3. — IAEO/DDR. Die Internationale Atomenergie-Organisation und die DDR schließen in Wien ein Kontrollabkommen nach Artikel III des Kernwaffensperrvertrages. Für die IAEO unterzeichnet deren Generalsekretär, der Schwede Dr. Eklund, für die DDR deren stellvertretender Außenminister Moldt. Das Abkommen unterstellt die Anlagen zur friedlichen Verwendung der Kernenergie auf dem Territorium der DDR der Kontrolle der Atomenergie-Organisation.

9. 3. — DDR/BRD. Die Staatssekretäre Dr. Michael Kohl und Egon Bahr nehmen mit einer zweitägigen Zusammenkunft im Hause des DDR-Ministerrats nach längerer Unterbrechung ihre Verhandlungen über einen allgemeinen Verkehrsvertrag wieder auf. Einzelheiten werden nicht bekannt. — Vom 22.—23. 3. setzen Bahr und Kohl ihre Gespräche in Bonn fort.

10. 3. — Kambodscha. Ministerpräsident Lon Nol übernimmt das Amt des Präsidenten und verfügt die Auflösung des Parlaments und den Rücktritt der Regierung. Der stellvertretende Ministerpräsident Sirik Matak erklärt in einer Stellungnahme, mit diesen Maßnahmen solle der „Übergang zu einer neuen Regierungsform" ermöglicht werden.

12. 3. — Arabische Liga. Der Rat der Liga stellt es den Regierungen Ägyptens, Syriens, des Irak, des Libanon, Saudi-Arabiens und Kuweits frei, ihre seit 1965 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik wieder zu normalisieren; der Sudan, Jordanien, der Jemen und Algerien hatten eine entsprechende Entscheidung schon vor diesem Beschluß herbeigeführt und Botschafter mit der Bundesrepublik ausgetauscht.

13. 3. — USA/China. Die Botschafter beider Staaten in Paris, Arthur Watson und Huang Chen, treffen zu einem ersten Gespräch zusammen, um den von Präsident Nixon und Ministerpräsident Tschou En-lai beschlossenen regelmäßigen Kontakt zwischen den Regierungen herzustellen.

— Großbritannien/China. Zwischen beiden Regierungen wird vereinbart, die gegenseitigen diplomatischen Vertretungen „vom Range von Geschäftsträgern in den Rang von Botschaftern zu erheben". In einem Kommuniqué heißt es weiter: „In Anerkennung des Standpunktes der chinesischen Regierung, daß Taiwan eine Provinz der VR China ist, hat die Regierung des Vereinigten Königreiches sich entschlossen, ihre offizielle Vertretung in Taiwan am 13. März 1972 abzuberufen."

— Bangla Desh/Indien. Das letzte Kontingent indischer Truppen in Stärke von 8000 Mann verläßt zwei Wochen vor dem ursprünglich vereinbarten Termin das Territorium von Bangla Desh. In Dacca findet aus diesem Anlaß eine Kundgebung statt, auf der Ministerpräsident Rahman eine Ansprache hält.

— Italien. Admiral Gino Birindelli legt sein Amt als Kommandant der NATO-Seestreitkräfte Südeuropa nieder und gibt seinen Entschluß bekannt, bei den bevorstehenden Parlamentswahlen für die Partei der Neofaschisten (Movimento Sociale Italiano) zu kandidieren. Birindelli, der im Juni 1971 von Ministerpräsident Mintoff zum Verlassen Maltas aufgefordert worden war, erhält den Spitzenplatz auf der MSI-Liste von Neapel.

15. 3. — Jordanien. König Hussein unterbreitet einen Plan zur administrativen Neuordnung seines Landes. Der Monarch schlägt vor, nach Abzug der Israeli in Cis-Jordanien einen halbautonomen Staat „Palästina" zu errichten. Dieser Teilstaat solle zusammen mit Trans-Jordanien das „Vereinigte Arabische Königreich" bilden. Der Plan wird von den meisten arabischen Staaten und von den Palästina-Organisationen scharf zurückgewiesen und auch von der israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir abgelehnt.

16. 3. — Frankreich. Überraschend kündigt Staatspräsident Pompidou ein Referendum über den Beitritt Großbritanniens und anderer Staaten zu den Europäischen Gemeinschaften an. Pompidou begründet den spektakulären Schritt mit der besonderen Bedeutung dieser Frage.

16.—18. 3. — UdSSR/Pakistan. Präsident Zulfikar Ali Bhutto besucht die sowjetische Hauptstadt. Bhutto wird auf dem Flugplatz von Ministerpräsident Kossygin und Außenminister Gromyko begrüßt

und trifft später auch mit Parteisekretär Breschnew zusammen.

20. 3. — UdSSR. In einer Rede zur Eröffnung des 15. Kongresses der Sowjetgewerkschaften gibt Parteisekretär Leonid Breschnew einen außenpolitischen Überblick. Breschnew erklärt, die Ratifizierung des Vertrages mit der Bundesrepublik werde ein „qualitativ neues, bedeutend ersprießliches Stadium in der Entwicklung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen auf den verschiedensten Gebieten herbeiführen". Der Parteisekretär setzt sich auch mit den Argumenten verschiedener Politiker in der Bundesrepublik auseinander: „Ihrer Meinung nach sind die Verträge nicht gut, weil darin die Unverletzbarkeit der europäischen Grenzen festgelegt wird, und sie deuten an, diese Vertragsartikel sollten ‚revidiert' werden. Ist es aber etwa nicht klar, daß die Gegner der Verträge für Verhandlungen über eine Grenzrevision keine Gesprächspartner haben und haben werden? Das ist kein Diskussionsgegenstand heute oder in Zukunft. Die Grenzen der sozialistischen Länder sind unverrückbar, und die Verträge spiegeln in dieser Hinsicht nur die bestehende Realität wider." Die Sowjetunion ignoriere keineswegs „die reale Lage in Westeuropa, darunter auch das Bestehen einer solchen ökonomischen Gruppierung kapitalistischer Länder, wie des Gemeinsamen Marktes ... Unsere Beziehungen zu den Teilnehmern dieser Gruppierung werden natürlich davon abhängen, wie weit sie ihrerseits die Realitäten im sozialistischen Teil Europas, besonders die Interessen der Mitgliedsländer des RGW anerkennen". An dem Kongreß, der am 24. 3. beendet wird, nimmt auch eine Beobachterdelegation des Deutschen Gewerkschaftsbundes teil.

21. 3. — Griechenland. Die Regierung ordnet die Amtsenthebung des bisherigen königlichen Regenten General Georgios Zoitakis an und begründet diese Maßnahme mit der Weigerung des Generals, einem Gesetzentwurf des Kabinetts zuzustimmen. Die Vollmachten des Vizekönigs übernimmt zusätzlich Ministerpräsident Papadopoulos, der noch am gleichen Tag in dieser Eigenschaft von Erzbischof Hieronymos, dem Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Kirche, vereidigt wird.

24. 3. — Großbritannien. Premierminister Heath leitet dem Unterhaus den Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme der Verwaltung von Nordirland durch die Regierung in London zu. Die Bestimmungen sehen u. a. die Beurlaubung des Parlaments von Ulster zunächst für den Zeitraum eines Jahres vor. Die Provinzregierung unter Premierminister Faulkner demissioniert. Zum Staatsminister für Nordirland wird der bisherige Sprecher des Unterhauses William Whitelaw ernannt.

25. 3. — Malta. Der britische Verteidigungsminister Carrington und Premierminister Mintoff unterzeichnen in London ein neues Abkommen, das Großbritannien und der NATO gegen einen jährlichen Betrag von 14 Mill. Pfund das Recht einräumt, die Insel weiterhin als Militärbasis zu benutzen. An der Unterzeichnungszeremonie nimmt auch NATO-Generalsekretär Luns teil.

28. 3. — Polen. Der am 19. 3. neugewählte Sejm tritt zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen und bestätigt Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz in seinem Amt. Der Vorsitzende des Staatsrats Josef Cyrankiewicz, der dem Parlament nicht mehr angehört, gibt diese Funktion an Prof. Henryk Jablonski, Mitglied des Politbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, ab.

— Abrüstung. Im Namen aller osteuropäischen Delegationen übermittelt der sowjetische Chefdelegierte Alexej Roschtschin der Genfer Abrüstungskonferenz den Entwurf einer Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion, Lagerung und Verwendung chemischer Waffen. Der Text, der aus 14 Artikeln besteht, sieht auch die Zerstörung der bereits bestehenden Waffenarsenale vor.

— SALT. In Helsinki beginnt die 7. Runde der amerikanisch-sowjetischen „Strategic Arms Limitation Talks". Die beiden Delegationsleiter Smith (USA) und Semjonow (UdSSR) deuten die Möglichkeit an, in der bevorstehenden Gesprächsrunde Einigung über eine Vereinbarung zur Begrenzung der strategischen Rüstungen zu erzielen.

30. 3. — BRD/Libanon. In Bonn und Beirut wird in vereinbarten Erklärungen die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und der Austausch von Botschaftern zwischen der Bundesrepublik und dem Libanon bekanntgegeben.

Kommentare und Berichte

Zur zweiten und dritten Lesung der Ostverträge am 3./4. Mai 1972

I

Der Kampf um die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau vom August und Dezember 1970 geht seinem Höhepunkt entgegen. Die früheren Besatzungsmächte haben sich nach langen Verhandlungen über ein grundsätzliches Abkommen über West-Berlin geeinigt. Zwischen der Bundesregierung und dem Senat von Berlin (West) einerseits, der Regierung der DDR andererseits sind Verträge über den Transitverkehr und den Besuch von West-Berlinern im östlichen Teil der Stadt abgeschlossen. Die von der Bundesregierung selbst gesetzten Voraussetzungen für die Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen sind erfüllt.

Rechts- und Außenausschuß des Bundesrats haben mit Mehrheit die Verträge von Moskau und Warschau gebilligt, insbesondere zum Ausdruck gebracht, daß sie mit dem Grundgesetz vereinbar seien und nicht der Zustimmung des Bundesrats bedürften. Das Plenum des Bundesrats freilich, in dem die von der CDU/CSU geführten Länder zur Zeit eine Mehrheit von einer Stimme haben, hat Bedenken angemeldet. In einer ersten Lesung im Bundestag haben Regierung und Opposition noch einmal ihre Standpunkte ausführlich dargelegt.

Nun stehen die Beratungen in den Ausschüssen und die Entscheidung des Plenums des Bundestags an. Billigt der Bundestag die Verträge, dann muß der Bundesrat endgültig Stellung nehmen. Dabei kommt dem Ausgang der Wahlen in Baden-Württemberg am 23. April große Bedeutung zu. Kommt es zu einem Wechsel der gegenwärtigen Stuttgarter Regierungskoalition (CDU-SPD), dann ist die Entscheidung des Bundesrats zugunsten der Ostverträge gesichert. Andernfalls muß mit einer ablehnenden Entscheidung des Bundesrats gerechnet werden. Dann hinge der weitere Gang der Dinge davon ab, ob die Verträge rechtlich der Zustimmung oder nur der Mitwirkung des Bundesrats bedürften. Ein bloßer Widerspruch des Bundesrats könnte vom Bundestag mit absoluter Mehrheit seiner Mitglieder ausgeräumt werden. Bedürfen die Verträge dagegen der förmlichen Zustimmung des Bundesrats und wird diese Zustimmung verweigert, dann könnten der Bundesrat, eine Landesregierung oder ein Drittel der Mitglieder des Bundestags gegen die Bundesregierung das Bundesverfassungsgericht anrufen und eine Entscheidung im sogenannten Normenkontrollverfahren herbeiführen.

II

Es muß als ein erfreuliches Ergebnis der Diskussion der letzten Monate angesehen werden, daß die Neigung mancher Politiker, unangenehme Probleme auf ein juristisches Gleis abzuschieben, im Fall der Ratifizierung der Ostverträge weitgehend geschwunden und einer rein politischen Betrachtungsweise gewichen ist. Noch wissen wir nicht, ob und welche verfassungsrechtlichen Geschütze etwa Franz Josef Strauß demnächst auffahren lassen wird, um eine vom Bundestag beschlossene Ratifizierung der Verträge vielleicht doch noch zu Fall zu bringen. Aber die Gefahr, daß das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe in dieser

Sache bemüht werden könnte, ist zweifellos geringer geworden.

Hier ist nicht der Ort, die Problematik der Verfassungsgerichtsbarkeit in ihrer ganzen Breite zu erörtern. Diese Gerichtsbarkeit ist verhältnismäßig einfach zu handhaben, soweit es sich um die Zuständigkeit von Bund und Ländern für gesetzgeberische Aufgaben handelt, weil das Grundgesetz insoweit ziemlich ausführliche Regeln enthält. Viel schwieriger schon ist es, die Gültigkeit etwa eines Steuergesetzes nach abstrakten Verfassungsgrundsätzen wie beispielsweise dem der „Gleichheit" aller vor dem Gesetz zu bestimmen. Für die Beurteilung aber der Verträge von Moskau und Warschau gibt das Grundgesetz schlechthin nichts her. Im Jahre 1949 handelte es sich darum, „dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben" (Präambel des Grundgesetzes). Seitdem haben wir, um nur einiges wenige zu erwähnen, den Kalten Krieg, die Integration der Bundesrepublik in den Westen, ihren Beitritt zur NATO, die Entstehung eines zweiten deutschen Staates, Höhepunkt und Niedergang amerikanischer Weltgeltung, ungeheure Wandlungen in den weltpolitischen Kräfteverhältnissen überall erlebt. Und nun sollte der Versuch, unsere Beziehungen zur UdSSR und Polen, den Hauptleidtragenden des Zweiten Weltkrieges, auf eine neue Grundlage zu stellen, an den Rechtsnormen eines deutschen Gesetzes aus der Zeit des Beginns eines politischen Lebens nach der Niederlage von 1945 gemessen werden können! Dergleichen ist einfach absurd. Eine Entscheidung über die Gültigkeit der Verträge von Moskau und Warschau dem Bundesverfassungsgericht zuzuschieben, würde bedeuten, an die Stelle eines politisch verantwortlichen Willens, nämlich des Willens von Bundesregierung und Bundestag, eine politisch unverantwortliche Willensentscheidung von sieben Männern in roten Roben zu setzen. Wie immer diese befinden, welche Begründung immer sie ihrem Urteil geben mögen, keine Gelehrsamkeit, keine juristische Verbrämung der Argumentation könnte an dem rein politischen Charakter der Sache etwas ändern. Auf solchem Irrweg unehrlicher Gebarung hat die Politik nichts zu gewinnen, die Justiz alles zu verlieren. Es lohnt sich wirklich nicht, dies im einzelnen näher zu begründen.

III

„Der Moskauer Vertrag soll für unser Verhältnis zur Sowjetunion eine neue Grundlage bilden. Diese ist in dem beiderseitigen uneingeschränkten Gewaltverzicht, dem Kernstück des Vertrages, zu sehen. Es ist offenkundig, daß hierbei von dem ausgegangen werden mußte, was ist" [1]).

Wer dieser Auffassung der Bundesregierung beipflichtet, muß mit Entschiedenheit für die Ratifizierung des Vertrages mit der UdSSR eintreten. Nimmt man völkerrechtliche Verträge ernst — und das sollte man doch wohl auch im vorliegenden Fall tun —, dann bedeutet ein Gewaltverzicht für die UdSSR eine größere Leistung als für die Bundesrepublik Deutschland, denn sie könnte Gewalt anwenden und dennoch überleben, wir aber könnten es nicht. Der Vorwurf der Opposition, dem Vertragswerk fehle die Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung, entbehrt jeder Begründung. Die vertragliche Anerkennung eines „Selbstbestimmungsrechts" der Deutschen der DDR in dem hierzulande seit den Tagen Konrad Adenauers üblichen Sinn, die Anerkennung der „Freizügigkeit" aller Deutschen, auch nur nach einem „Stufenplan" Rainer Barzels, konnten angesichts der gegebenen Machtverhältnisse unmöglich erwartet werden; daß der Vertrag darüber nichts enthält, ist also kein Mangel. Selbst ein so kritischer Beobachter der deutschen Ostpolitik wie Klaus Mehnert hat sich inzwischen zu der Formel durchgerun-

[1]) Denkschrift der Bundesregierung, Bulletin vom 15. 12. 1971, Nr. 186, S. 2015.

gen: „Was mich betrifft, so bin ich für die Ostverträge, auch wenn sie nur ein Optimum minus zehn darstellen" [2]).

Im Vertrag von Warschau ist auf Wunsch der polnischen Regierung die Grenzfrage an erster Stelle behandelt. Die Bundesregierung „ist dabei von einer nüchternen Einschätzung der Lage ausgegangen, die als Folge des Zweiten Weltkrieges und der Niederlage des Deutschen Reiches entstanden ist. Der Vertrag beruht auf der Erkenntnis, daß nur auf dieser Grundlage Versöhnung und eine konstruktive Entwicklung der Beziehungen zu Polen möglich sind" [3]).

Selbstverständlich muß man sich darüber klar sein, daß die in Artikel I des Vertrages mit Polen getroffene Feststellung, die Oder-Neiße-Linie bilde die westliche Staatsgrenze Polens, endgültig ist. „Die Bundesregierung Deutschland wird hiernach die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens nicht mehr in Frage stellen; sie macht ihre Haltung nicht davon abhängig, wann eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland zustande kommen wird" [4]). Dieses Zugeständnis mag für viele der älteren Generation noch immer bitter sein, aber eine andere Lösung gab es nicht. Der jetzigen Bundesregierung ist dafür zu danken, daß sie den Mut gefunden hat, endlich den Nebel jahrzehntelang genährter Illusionen zu durchbrechen und das Unvermeidliche zu tun.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Beratung der Verträge von Moskau und Warschau in den Ausschüssen des Bundestags noch Gesichtspunkte bringen wird, die nicht spätestens in der Diskussion im Plenum vom 23. und 24. Februar 1972 ausgiebig vorgetragen wären. Wer bis heute nicht verstanden hat, daß die vertragliche Befriedung Mitteleuropas nicht nur im Interesse der Sowjetunion und Polens liegt, sondern auch unseren eigenen, ureigensten Interessen dient, daß diese Befriedung selbstverständlich nur auf der Grundlage der Ergebnisse des von uns begonnenen und verlorenen Krieges möglich ist und daß wir für die Anerkennung dieser Ergebnisse zusätzliche Gegenleistungen weder zu beanspruchen noch zu erwarten haben, daß insbesondere keinerlei Aussicht dafür besteht, auf vertraglichem Wege in die innerstaatlichen Verhältnisse der DDR einzugreifen, der wird auch in den nächsten Wochen kaum noch eines besseren belehrt werden können.

Der Gedanke, wir könnten durch Ablehnung der Verträge neue Verhandlungen mit den Regierungen der UdSSR und Polens erzwingen und dabei zu besseren Ergebnissen gelangen, ist kindisch. Ein Scheitern der Ratifizierung würde gewiß keinen Krieg und auch keine neue Blockade West-Berlins nach sich ziehen, aber ein so eisiges Klima im Verhältnis zwischen Bonn einerseits, Moskau und Warschau andererseits erzeugen, daß für lange Zeit alle Aussichten auf politische Fortschritte in Mitteleuropa verpaßt wären, worunter auch unsere Beziehungen zu den Westmächten leiden müßten. Es wäre zu wünschen, daß sich für die Zustimmung zu den Verträgen von Moskau und Warschau eine breite Mehrheit im Bundestag fände. Damit kann, wie die Dinge — weitgehend auf Grund innerpolitisch-taktischer Erwägungen der Opposition — nun einmal liegen, leider nicht gerechnet werden. Daß die Verträge dennoch, wenngleich mit bescheidener Mehrheit, den Bundestag passieren, dürfen wir nach wie vor erwarten, auch nachdem neuerdings einige Abgeordnete der Koalition abgefallen sind. Bleibt zu hoffen, daß die Vernunft auch die entschiedensten Vertragsgegner davon abhalten wird, die Entscheidung über die politische Zukunft der Nation einem Gremium politisch unkontrollierbarer Juristen anzuvertrauen.

Harold Rasch

---

[2]) „Deutsche Zeitung/Christ und Welt" vom 31. 12. 1971, Nr. 53.
[3]) Bulletin, a.a.O., S. 2019.
[4]) Bulletin, a.a.O., S. 2019/20.

Sicherheit und Zusammenarbeit im Interesse ganz Europas

Die Prager Deklaration*), beschlossen auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Pakt-Staaten am 25. und 26. Januar 1972 in Prag, hat in der ganzen Welt große Beachtung gefunden. Sie ist ein für die Weiterentwicklung der europäischen Politik bedeutsames, grundlegendes Dokument.

Europa hat einen wichtigen Abschnitt seiner Entwicklung, ja in mancher Hinsicht einen Wendepunkt erreicht. Die Periode, in der die vom Zweiten Weltkrieg hinterlassenen Probleme als eine Quelle von Meinungsverschiedenheiten und Spannungen in Europa wirkten, rückt durch die in letzter Zeit abgeschlossenen bekannten Verträge und Abkommen immer mehr in die Vergangenheit. Gleichzeitig mehren sich die Beispiele dafür, daß sich auf unserem Kontinent die Beziehungen zwischen den Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf eine neue Stufe stellen. Ein Exempel dafür sind die Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Frankreich vom Herbst vergangenen Jahres.

Nach Meinung der in Prag versammelten sozialistischen Staaten Europas soll die Aufgabe der radikalen Gesundung der Lage und der völligen Normalisierung der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten bis zu Ende geführt werden. Dabei spielt der Abschluß des Prozesses der Ratifizierung der Verträge zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland, zwischen Polen und der BRD eine besondere Rolle. Auf der Tagung in Prag wurde unterstrichen, daß das Inkrafttreten dieser Verträge den Interessen nicht nur ihrer unmittelbaren Partner, sondern aller europäischen Staaten entspricht.

Ebenso dringlich ist ferner die Herstellung von Beziehungen zwischen der BRD und der DDR entsprechend den Normen des Völkerrechts. Dazu gehört auch die Frage der Aufnahme beider deutscher Staaten in die Organisation der Vereinten Nationen, die ebenfalls ohne Verzögerung gelöst werden sollte. Zu den noch ungelösten Problemen gehört schließlich auch die Regelung der Beziehungen zwischen der BRD und der CSSR; im Vordergrund steht dabei die Anerkennung der Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an.

Es ist noch viel zu tun, um den Boden in Europa von den verkrusteten Ablagerungen des Kalten Krieges zu befreien. Dabei berücksichtigen die Länder des Warschauer Vertrages, daß in Europa nicht nur die Kräfte, die die Entspannung vorantreiben, sondern auch die hemmenden Kräfte weiterhin wirken. Die Tätigkeit der an der Aufrechterhaltung der Spannung interessierten Kreise läßt nicht nach, sondern nimmt nur getarntere Formen an. Nach wie vor gefährlich ist das Streben dieser Kräfte, europäische Staaten zueinander in Gegensatz zu bringen und Möglichkeiten offenzuhalten, bei einem ihnen passenden Zusammentreffen von Umständen die Entwicklung auf dem europäischen Kontinent zurückzudrängen.

Der Nordatlantikpakt äußert, wie seine Ratstagung im Dezember des vorigen Jahres gezeigt hat, beispielsweise keinen Wunsch, das bisherige Fahrwasser zu verlassen; die NATO kann sich eine europäische Politik ohne Blockdenken offenbar nicht vorstellen. Mehr noch, diese militärisch-politische Gruppierung realisiert nach wie vor ein umfassendes Programm des Wettrüstens. Die USA verlangen von ihren europäischen NATO-Verbündeten, daß sie einen immer größeren Beitrag zur Verstärkung der Rüstungen leisten.

*) Wortlaut der Prager „Deklaration über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" in „Blätter", 2/1972, S. 217 ff.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages können unter diesen Umständen nicht umhin, daraus Schlußfolgerungen für ihre Sicherheit zu ziehen. Gleichzeitig brachten sie jedoch auf der Prager Tagung ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß gegenwärtig in Europa ein Kräfteverhältnis besteht, das den Widerstand der Entspannungsgegner zu überwinden erlaubt.

Die Verankerung der in Europa vor sich gehenden positiven Veränderungen, die weitere Regelung der europäischen Probleme, die endgültige und allgemeine Anerkennung der territorialen Veränderungen, die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges vor sich gegangen sind, würde die Möglichkeit eröffnen, zur nächsten Etappe, zur Schaffung eines Systems der festen Sicherheit in Europa überzugehen.

Daraus ergibt sich die besondere Bedeutung, die unter den gegenwärtigen Bedingungen die schnellstmögliche Durchführung der gesamteuropäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit gewinnt. Die Teilnehmer dieser Konferenz könnten praktische Maßnahmen für die weitere Entspannung in Europa ausarbeiten und die Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit einleiten. Ein solches System würde allen Ländern Schutz vor Aggressionsakten garantieren und zum Wohl und Gedeihen jedes Volkes beitragen.

Es wird als eine wichtige und rechtzeitige Initiative der sozialistischen Länder gewertet, daß sie in Prag Grundprinzipien der europäischen Sicherheit und der Beziehungen der Staaten in Europa formuliert haben. An erster Stelle steht hier das Prinzip der Unverletzbarkeit der Grenzen. Es ist klar, welche Bedeutung dieses Prinzip für Europa hat, wo beide Weltkriege im Grunde genommen mit territorialen Ansprüchen begonnen haben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten die Revanchisten oft, und hier und da versuchen sie es auch jetzt, die im Ergebnis des Krieges entstandenen Grenzen anzutasten. Indessen würde jeder Versuch, sie zu verletzen, den Frieden in Europa gefährden. Deshalb muß das Prinzip der Unverletzbarkeit der Grenzen und der territorialen Integrität der Staaten in Europa auch künftig strikt eingehalten werden. Gebietsansprüche jeglicher Art müssen völlig ausgeschlossen bleiben.

Der zweite Punkt der Prager Deklaration ist das Prinzip des Gewaltverzichts. Danach sollen alle Staaten Europas strittige Fragen untereinander ausschließlich mit politischen Mitteln lösen. Verhandlungen statt Gewalt oder Androhung von Gewalt — das ist das Wesen dieses Prinzips. Auf diese Weise läßt sich die Sicherheit der Völker zuverlässig gewährleisten.

Die friedliche Koexistenz, als weiteres Grundprinzip genannt, ist besonders aktuell für Europa, wo im Laufe der historischen Entwicklung die Staaten sowohl des sozialistischen als auch des kapitalistischen Systems entstanden und nebeneinander bestehen. Gerade in Europa sind die größten Erfahrungen darin gesammelt worden, die Beziehungen zwischen den Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu entwickeln. Die Formen solcher Beziehungen wurden auf verschiedenen Gebieten gefunden und mit Erfolg in der Praxis erprobt. In dieser friedlichen und koexistenziellen Richtung hat die Sowjetunion immer gewirkt, nicht immer wurde aber ihrer Politik im Westen Gehör geschenkt. Jetzt kommt es darauf an, dem Prinzip der friedlichen Koexistenz einen unbegrenzten Spielraum zu eröffnen.

Die Staaten des Warschauer Vertrages schlagen weiterhin eine breite Entfaltung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den europäischen Ländern auf der Grundlage der Prinzipien der Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität, der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen

Vorteils vor. Eine solche Haltung sollte zur ständigen Politik, zum ständigen Lebensfaktor aller Völker Europas werden. Es ist notwendig, nach einer Umgestaltung der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten zu streben — nach Beziehungen, die es ermöglichen, die Teilung des Kontinents in militärisch-politische Gruppierungen zu überwinden.

Das Prinzip der gegenseitig vorteilhaften Beziehungen zwischen den Staaten ist darauf gerichtet, die bereits vorhandene Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Wirtschaft, Technik und Kultur sowie auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit weiterzuentwickeln. Es ist notwendig, die Politik der Zusammenarbeit von den Resten einer Politik der Diskriminierung zu befreien, die von einigen Kreisen im Westen gegenüber den sozialistischen Ländern noch immer betrieben wird. Die europäischen Völker dürften bei aktiver Zusammenarbeit, in gesamteuropäischer Dimension, ihre materiellen und geistigen Ressourcen besser und vollständiger nutzen können als je zuvor.

Es ist hier nicht notwendig, über die wichtige Frage der Abrüstung viele Worte zu verlieren. Soviel sei jedoch gesagt: Im Interesse der Stabilisierung des Weltfriedens müssen die europäischen Staaten in jeder Weise zur Begrenzung und Einstellung des Wettrüstens ihren Beitrag leisten.

Keines der oben aufgezählten Prinzipien widerspricht den Zielen der Organisation der Vereinten Nationen. Mehr noch, mit der Anwendung dieser Prinzipien auf die europäische Region würden die Staaten dieses Kontinents einen wichtigen Beitrag zur Stärkung und Stützung der UNO leisten und ihrerseits in Einklang mit deren Charta handeln.

Die in Prag formulierten Prinzipien bilden somit eine tragfähige Plattform für die Erörterung aller Fragen, die Europas Sicherheit betreffen.

Wladimir Krawtschenko, Moskau

Zur Situation in Algerien

Am kommenden 3. Juli kann Algerien den 10. Jahrestag seiner staatlichen Unabhängigkeit begehen. Leicht war der Weg dieses nordafrikanischen Landes nicht. Seine Unabhängigkeit mußte es sich in einem über siebenjährigen Befreiungskrieg erkämpfen, ehe sich die französische Kolonialmacht zur Räumung bequemte. Sie ließ ein zum großen Teil zerstörtes Land zurück, das in jeder Hinsicht von vorn anfangen mußte. Die französischen Fachleute, die vorher den Behördenapparat sowie die Wirtschaft leiteten, hatten fluchtartig ihre Posten verlassen. Über eine Million der europäischen Siedler waren nach Frankreich zurückgekehrt. Algerier hatten bis dahin jedoch niemals Leitungsfunktionen ausüben dürfen. Der Wiederaufbau vollzog sich also unter äußerst schwierigen Bedingungen. Daß er nicht reibungslos und im gewünschten Tempo vor sich gehen konnte, lag auf der Hand.

Die einzige politische Kraft, die den Rahmen des neuen Staates ausfüllen konnte, war die Nationale Befreiungsfront (FLN). Die erste Verfassung, im September 1963 in einer Volksabstimmung gebilligt, machte sie zur Staatspartei. Doch der Kampf um die gesellschaftliche Gestaltung Algeriens war damit noch lange nicht abgeschlossen. Zu heterogen war die Zusammensetzung der FNL. Während des Befreiungskampfes vereinigte sie alle an der Unabhängigkeit des Landes interessierten Kräfte. Nachdem dieses Ziel erreicht war, mußte es über den weiteren Weg zu Auseinandersetzungen kommen.

Algeriens erstem Präsidenten, Ahmed Ben Bella, gelang es, den Einfluß der rechtsbürgerlichen Kräfte zurückzudrängen und die FLN auf einen antikapitalistischen Entwicklungsweg zu orientieren. Es fehlte ihm jedoch das

Format, die Probleme des Landes zu meistern. Persönlicher Hader und Cliquenbildung begannen die Partei zu paralysieren und zu lähmen. Korruption und Nepotismus breiteten sich mehr und mehr aus. Die von den Franzosen verlassenen Fabriken wurden zum Teil in die Selbstverwaltung der Arbeiter, zum Teil in Staatseigentum überführt, teilweise aber auch von der algerischen Bourgeoisie übernommen. Ebenso erging es den großen Ländereien der französischen Siedler. Ein klares Wort seitens des Staates über die Eigentumsverhältnisse unterblieb. Auch die versprochene Bodenreform blieb unverkündet. So sank die Produktion, und die schon vorher starke Arbeitslosigkeit stieg weiter an. Dies war die Situation, als Oberst Houari Boumedienne am 19. Juni 1965 Ben Bella absetzte und mit seinem Revolutionsrat selbst die Zügel der Macht ergriff.

Boumediennes erste Handlungen ließen ihn zunächst als einen Vertreter eines nebulösen „islamischen Sozialismus" erscheinen. Sein Verhältnis zur laizistischen und marxistischen Linken sowie zum algerischen Gewerkschaftsverband (Union Générale des Travailleurs Algériens/UGTA) war großen Spannungen ausgesetzt. Die Zeitung der UGTA war zeitweise verboten. Rückblickend betrachtet, muß man Boumedienne jedoch einen positiven Lernprozeß zubilligen. Die „Charta zur sozialistischen Organisation der Betriebe", die als Entwurf für ein Betriebsverfassungsgesetz gegenwärtig diskutiert wird, mißt der Gewerkschaftsbewegung erhöhte Bedeutung bei. Hingegen wurde der Algerische Studentenverband vor gut einem Jahr mit der Begründung aufgelöst, er wirke subversiv.

Nach seiner allmählichen Konsolidierung ging das Regime Boumedienne daran, seine Verwaltung etwas zu dezentralisieren und demokratischer zu gestalten. Kommunalwahlen fanden 1967 und 1971 jeweils im Februar statt. Im Mai 1969 wurden auch die Parlamente der 15 Wilayas, d. h. der Provinzen, gewählt. Zur Kandidatur war die Mitgliedschaft in der FLN erforderlich, deren Prüfungskommission der Bewerber passieren mußte.

Auch die Entwicklung der Wirtschaft kommt jetzt endlich voran. Trotz reicher Bodenschätze ist Algerien bisher überwiegend ein Agrarland geblieben. Gegenwärtig leben etwa 60 % der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Eine gesellschaftspolitische Schlüsselfunktion nehmen hierbei die seit der Flucht ihrer einstigen Besitzer von den Landarbeitern selbstverwalteten Betriebe ein. Es sind etwa 2000, die insgesamt rd. 2,7 Millionen Hektar umfassen.

Diese Autogestion, d. h. Selbstverwaltung, verlief nicht immer reibungslos. Qualifiziertes Personal stand nicht zur Verfügung. Oft genug mußten sogar Analphabeten die Betriebsleitung übernehmen, die mit der Führung moderner Großbetriebe begreiflicherweise überfordert waren. Die Produktion sank, und ein großer Teil der Betriebe verschuldete sich rasch. Erst nach und nach besserte sich die Situation durch die Heranbildung landwirtschaftlicher Führungskader, die allerdings immer noch nicht ausreichend zur Verfügung stehen.

Eine Reorganisation der Selbstverwaltungsbetriebe fand im Februar 1969 statt. Sie erhielten ein einheitliches Statut. Nach diesem Statut wählt die Mitgliederversammlung der fest angestellten Arbeiter alle drei Jahre einen Präsidenten. Ihm zur Seite steht ein jährlich zu erneuerndes Komitee. Die eigentliche Geschäftsführung übt ein vom Landwirtschaftsministerium ernannter Direktor aus. Er ist an die Weisungen des Komitees gebunden, hat allerdings das Recht, sich Beschlüssen, die ihm unzweckmäßig erscheinen, zu widersetzen.

Große Hoffnungen werden in Algerien in die Bodenreform gesetzt, die der Revolutionsrat Anfang November des vergangenen Jahres nach längerer Dis-

kussion verabschiedete. Nach dem Verschwinden des ausländischen hat damit auch der einheimische Großgrundbesitz zu bestehen aufgehört. Enteignet werden sämtliche Güter, die der Besitzer nicht selbst bewirtschaftet, ferner wird der Umfang eines privaten Betriebes auf eine noch festzulegende Größe begrenzt. Den auf diese Weise freiwerdenden Boden erhalten bisher landlose Bauern. Sie sollen sich möglichst zu Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammenschließen, um allmählich Quantität und Qualität ihrer Produktion zu verbessern. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, daß der während der Kolonialzeit zur Monokultur ausgeartete Weinanbau nach und nach durch andere Kulturen ersetzt wird.

Für die Industriebetriebe ist eine ähnliche Verfassung geplant. Ein entsprechender Entwurf wird gegenwärtig noch diskutiert. Er sieht eine für drei Jahre zu wählende Ständige Versammlung als Kontrollorgan der Direktion vor. Kontroll- und zugleich Leitungsfunktionen nehmen vier von der Ständigen Versammlung bestellte Sonderkommissionen wahr. Sie haben sich mit ökonomischen und finanziellen Fragen, mit sozialen Angelegenheiten, mit Berufs- und Bildungsfragen sowie mit Disziplinarproblemen des Personals zu befassen.

Eine wichtige Aufgabe entfällt hierbei auf den Gewerkschaftsverband des Landes. Der Entwurf betont die Notwendigkeit, daß sämtliche Mitglieder der Ständigen Versammlung und der Sonderkommissionen aktive Gewerkschaftler sind. Es sollen keine politisch indifferenten Bürokraten bzw. Technokraten herangezüchtet werden, die allein ihre berufliche Qualifikation aufweisen können.

Große Anstrengungen werden unternommen, eine leistungsfähige Industrie aufzubauen. Der gegenwärtig laufende Vierjahrplan (1970/73) gibt der Schwerindustrie den Vorzug. Hierfür bestehen durch die reichen Vorkommen von Erdöl und Erdgas, Steinkohle, Eisenerz, Phosphat u. a. gute Voraussetzungen. Deren Ausbeutung wird zum Teil erst jetzt in Angriff genommen. Eine rasche Entwicklung der Industrie ist angesichts der übergroßen Arbeitslosigkeit von größter Bedeutung. In der ersten Hälfte des Vierjahrplans konnten etwa 15 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Doch nach wie vor gibt es in Algerien rd. eine Million Arbeitslose (bei einer Bevölkerung von 13 Millionen). Hinzu kommen rd. 750 000 Algerier, die als Gastarbeiter in Westeuropa, meist Frankreich, leben. Um das koloniale Erbe auch nur annähernd zu überwinden, wird es noch großer Anstrengungen bedürfen.

Klaus Elliesen

Ideen und Argumente des
kritischen Rationalismus
in Konfrontation mit Neomarxismus,
Parteilichkeit des Denkens und
Politisierung der Wissenschaft.

**Hans Albert:
Konstruktion
und Kritik**

392 Seiten, Leinen, DM 29,80
Kartoniert DM 22,–

Im Kontrast zu den heute vorherrschenden philosophischen Strömungen stellt Hans Albert als zentrale Problematik das Überbrückungsproblem heraus, die Frage, wie es möglich ist, die verschiedenen Bereiche unseres Lebens und Denkens – ihre Probleme und Lösungen – für einander kritisch und konstruktiv fruchtbar zu machen; eine Frage, die für das Verhältnis der Einzelwissenschaften zueinander, aber vor allem für das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis – Technik, Wirtschaft, Recht und Politik – von zentraler Bedeutung ist. – Hans Albert ist Ordinarius für Soziologie und Wissenschaftslehre an der Universität Mannheim.

Hoffmann und Campe

Zur entspannungsfeindlichen Rolle der Vertriebenenverbände

Von Georg Herde

Seit der Unterzeichnung der Verträge von Moskau und Warschau haben der Bund der Vertriebenen und die Landsmannschaften sich als die aktivsten Helfer der Rüstungskonzerne und der Parteien des Großkapitals, der CDU und CSU — jener Kräfte, die vor allem wegen des Rüstungsgeschäfts an der Aufrechterhaltung der Spannungen interessiert sind, erwiesen. Versuche, die Rolle der landsmannschaftlichen Organisationen zu bagatellisieren, sind daher wenig angebracht. Gerade die Wochen zwischen der ersten und der zweiten und dritten Lesung der Ostverträge im Bundestag zeigen, daß es den Vertriebenenverbänden noch immer gelingt, zehntausende Mitglieder und Anhänger zur Teilnahme an emotional aufgeladenen, gegen Entspannung und Ostverträge gerichteten Kundgebungen zu mobilisieren. Höhepunkt der zahlreichen Aktionen gegen die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau soll eine Großkundgebung des Bundes der Vertriebenen am 7. Mai auf dem Bonner Marktplatz werden.

I

Im Jahre 1971 nahmen an den als „Heimattreffen" bezeichneten Veranstaltungen der Landsmannschaften ca. 1,2 Millionen Bundesbürger teil. Das „Schlesiertreffen" in München, der „Sudetendeutsche Tag" in Nürnberg und viele hundert „Heimat-" und „Patenschaftstreffen" erwiesen sich — selbst wenn es von einer großen Zahl der von den Führungskräften der Landsmannschaften politisch mißbrauchten Besucher nicht gewollt war — als Störaktionen gegen Verständigung, gegen Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

So wie auf diesen Treffen wurde und wird in den „361 Vertriebenenzeitungen mit einer Gesamtauflage von 1 768 800 festen Beziehern" (BdV-Organ „Osmipress" vom 23. Februar 1971) permanent in übelster nazistischer und revanchistischer Weise gegen die Ostpolitik der Bundesregierung, gegen eine Politik der Verständigung gehetzt.

Der Bund der Vertriebenen und die Landsmannschaften bemühen sich, die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau zu verhindern, weil die Respektierung der bestehenden europäischen Grenzen und die Bereitschaft, Frieden und Zusammenarbeit zu fördern, dem erklärten Ziel dieser pressure-groups der Rüstungskonzerne, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen, zuwiderlaufen.

Programm und Satzungen der Landsmannschaften sind eindeutige Beweise dafür, daß diese Organisationen, da sie dem Friedensgebot des Grundgesetzes zuwider handeln, verfassungswidrig sind. Über „Auftrag" und „Ziele" heißt es z. B. in der derzeit gültigen Satzung der Pommerschen Landsmannschaft (PLM):

„§ 1 (Status): Die Pommersche Landsmannschaft ist der Zusammenschluß aller Deutschen, die in Pommern ihre und ihrer Familie Heimat sehen und bereit sind, die Ziele der Pommerschen Landsmannschaft zu fördern.

§ 2 (Ziele): Die Pommersche Landsmannschaft erstrebt als gesamtdeutsches Anliegen die Wiedervereinigung Deutschlands einschließlich der deutschen Ostgebiete und die Erhaltung des deutschen Volkstums in seiner pommerschen Prägung. Um die Aufgaben zu erfüllen, wirkt sie an der Lösung der politischen, kulturellen und sozialen Frage unserer Zeit mit . . .

§ 3 (Auftrag): Die Pommersche Landsmannschaft vertritt gemäß ihren Zielen alle pommerschen Landsleute, auch diejenigen, denen es zur Zeit verwehrt ist, sich zur Pommerschen Landsmannschaft zu bekennen . . ."

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein übt die Patenschaft über die PLM aus, indem sie deren Tätigkeit und Ziele vielseitig, vor allem finanziell, fördert. Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft ist der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates, Dr. Philipp v. Bismarck (MdB/CDU). Präsident der sogenannten „Pommerschen Abgeordnetenversammlung" ist der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Edgar Jahn. Friedrich Karl Storm (MdB/CDU) und weitere CDU-Politiker gehören dem Bundesvorstand der PLM an.

So wie in der Pommerschen Landsmannschaft bestimmen in den Präsidien und Vorständen der Landsmannschaften und im BdV in erster Linie CDU/CSU-Politiker. Der spektakuläre Parteiwechsel des BdV-Vizepräsidenten und Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, MdB Herbert Hupka, zur CDU darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß immer noch auch führende Sozialdemokraten in den Leitungen der Vertriebenenorganisationen tätig sind. Zu diesen Sozialdemokraten, die als führende Funktionäre der Landsmannschaften mitverantwortlich für die gegen die Entspannung gerichteten Umtriebe sind, gehören z. B. Almar Reitzner (Mitglied des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft), Adolf Hasenöhrl (Ministerialdirigent in Baden-Württemberg, Landesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft), Walter Richter (BdV-Vorsitzender in Bayern).

Die Zahl der Mitglieder der Pommerschen Landsmannschaft beläuft sich auf etwa 80 000. Die Gesamtzahl der Mitglieder des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften bezifferte der BdV-Präsident Czaja am 2. Februar 1972 mit 2,3 Millionen. Da die Mitglieder von Landsmannschaften automatisch auch Mitglieder des Bundes der Vertriebenen sind, dürfte die tatsächliche Zahl der Mitglieder dieser Organisationen etwa 1 Million betragen.

Neben den Protestaktionen gegen die Ostverträge laufen die Planungen der Landsmannschaften für Hunderte sogenannter „Heimattreffen" im Sommer 1972 auf vollen Touren. Auf dem Stuttgarter Killesberg wird an den Pfingsttagen der „Sudetendeutsche Tag 1972", das Bundestreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft, stattfinden. Der Bundesvorstand der SL (Sprecher: Dr. Walter Becher, MdB/CSU) rechnet mit 300 000 Teilnehmern. Die Landesregierung Baden-Württemberg und die Stadtverwaltung Stuttgart, wie auch das „Patenland" Bayern, sicherten der SL-Führung volle Unterstützung zu. Der „Sudetendeutsche Tag 1972" in Stuttgart dürfte — wie die Erfahrungen der vergangenen Jahre beweisen — wiederum zu einer üblen Provokation gegenüber dem Nachbarland ČSSR werden.

Ein „Deutschlandtreffen der Pommern" bereitet die Pommersche Landsmannschaft für den 20./21. Mai im Kölner Messegelände vor. In einem Aufruf erklärte dazu der Bundesvorstand der PLM: „Angesichts der besonderen politischen Bedeutung des Jahres 1972 für die gesamte Deutschland- und Ostpolitik wird es

beim Deutschlandtreffen zu Pfingsten in Köln darauf ankommen, die Position der Pommern, der Pommerschen Landsmannschaft und all ihrer Gliederungen und der mit ihr koordinierten Institutionen sichtbar zu machen. Im Wettstreit der Realitäten ist der Wille der Pommern als Deutsche im allgemeinen und als Ostdeutsche im besonderen eine der unübersehbaren und unüberhörbaren Realitäten der Gegenwart."

Das Bundestreffen der Landsmannschaft der Oberschlesier, „Tag der Oberschlesier", findet am 20./21. Mai in Essen und das Bundestreffen der Landsmannschaft Westpreußen am 24./25. Juni 1972 in Bremen statt.

Neben diesen und anderen Bundestreffen sind Hunderte sogenannter „Heimatgliederungen" der Landsmannschaften dabei, ihre „Heimat-" und „Patenschaftstreffen" 1972 hauptsächlich in jenen Kreisen und Städten der BRD vorzubereiten, die sich als Paten verpflichtet haben, den landsmannschaftlichen Organisationen finanzielle und ideelle Hilfe zu leisten.

Dr. Herbert Hupka schrieb in „Der Schlesier" vom 6. Januar 1972 zu den „Heimattreffen 1972": „Das Jahr 1972 wird ein Jahr der Heimattreffen sein ... In diesen Heimattreffen bewährt sich auch die Patenschaft zwischen den Vertriebenen und den Einheimischen ..." Sie sollen dazu dienen, „daß der Rechtsanspruch auf ganz Schlesien" demonstriert wird.

Die Funktionäre des BdV und der Landsmannschaften erwarten für die Bundes- und „Heimat"-Treffen des Sommers 1972 mehr als eine Million Teilnehmer. Es wäre aber falsch, all jene, die zu Bundestreffen wie dem „Sudetendeutschen Tag" nach Stuttgart oder zu Patenschaftstreffen wie dem des „Heimatkreises Grottkau" (LS) nach Beckum fahren, als politische Parteigänger der Becher, Czaja oder Hupka zu werten. Ein großer Teil der Besucher von „Heimattreffen" hat sich damit abgefunden, daß die ehemals deutschen Ostgebiete und damit die alte Heimat als Folge des von Hitler-Deutschland geführten Aggressionskrieges für immer verlorenging. Sie haben sich neue Lebensbedingungen erarbeitet, die oft besser als die ehemaligen sind. Ihre Kinder und Kindeskinder sind Hessen, Bayern oder Schwaben geworden. Sie schufen sich eine neue Heimat und wünschen nichts sehnlicher als Frieden und eine gesicherte Zukunft. Trotzdem darf nicht unterschätzt werden, daß sich die Teilnehmer an diesen „Heimattreffen", die von den Funktionären zu revanchistischen Hetzveranstaltungen gemacht werden, im Einflußbereich jener Kräfte bewegen, die zu den lautstärksten Gegnern der Entspannung gehören.

Zu den Widersprüchen der Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel gehört die Tatsache, daß sie die im Widerspruch zur Verfassung tätigen revanchistischen Organisationen nicht nur toleriert, sondern ihnen durch Gewährung staatlicher Subventionen auch noch dabei hilft, ehemalige Umsiedler und deren Nachkommen nationalistisch, antikommunistisch und revanchistisch aufzuputschen.

II

Selbst für ein Institut, das sich ausschließlich darauf konzentrieren würde, die Gesamtsumme aller Subventionen, die revanchistischen Organisationen, Einrichtungen und Instituten aus den Haushalten des Bundes, der Länder und der Kommunen zufließen, festzustellen, dürfte dieses Vorhaben schwierig sein. Denn die Förderung der Vielzahl derartiger Organisationen, Institutionen und Publikationen aus den öffentlichen Haushalten geschieht offen und verdeckt aus Einzeletats und Haushaltsansätzen verschiedenster Art.

In der „Panorama"-Fernsehsendung der ARD vom 31. August 1970 wurde mitgeteilt, daß die Bundesregierung im Haushaltsjahr 1970 BdV und Landsmannschaften 6 350 000 DM an Subventionen gewährte.

1 Mio. DM betrug — nach „Panorama" — der Jahresetat der Bundesgeschäftsstelle des BdV in Bonn. Vier Fünftel davon wurden aus dem Bundeshaushalt zugesteuert.

Der „Panorama"-Redaktion dürfte es kaum möglich gewesen sein, den tatsächlichen Umfang der Subventionen für Vertriebenenverbände aus dem Bundeshaushalt zu ermitteln. Denn neben dem Bundesinnenministerium und dem Presse- und Informationsamt finanziert vor allem das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen die landsmannschaftlichen Organisationen und Einrichtungen.

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen subventioniert die Landsmannschaften aus dem geheimen Haushaltstitel 68 501, der 1971 mit 40 Mio. DM ausgestattet war. Die Vergabe der Mittel aus diesem Geheimfond wird von einem Acht-Männer-Gremium des Parlaments vorgenommen, dem auch der Präsident des „Bundes der Mitteldeutschen", der Westberliner CDU-Abgeordnete Wohlrabe, angehört.

Weiter dürften in der von der „Panorama"-Redaktion für 1970 genannten Summe von 6,35 Mio. DM auch jene Zuwendungen nicht enthalten sein, die Einrichtungen wie der „Göttinger Arbeitskreis", das „Collegium Carolinum", die „Ostakademie" in Lüneburg usw. erhalten, welche von den Landsmannschaften gegründet wurden bzw. eng mit der Tätigkeit der Landsmannschaften verbunden sind.

Die Gesamthöhe der Subventionen, welche Vertriebenenorganisationen und -einrichtungen 1972 aus dem Bundeshaushalt erhalten, ist selbst daran interessierten Bundestagsabgeordneten nicht bekannt. Sie dürfte aber gegenüber 1970 nicht geringer, sondern eher höher geworden sein. Dafür spricht auch die Tatsache, daß von seiten der Landsmannschaften bezüglich der Subventionierung keine Kritik an der Bundesregierung laut wurde.

In der „Panorama"-Sendung wurde die Summe der Zuwendungen der Landesregierungen an die Landsmannschaften mit 5 177 000 DM beziffert. Die von den „Panorama"-Mitarbeitern untersuchten Haushaltspläne des Bundes und der Länder wurden 1969 aufgestellt — d. h. vor der Unterzeichnung der Verträge von Moskau und Warschau, vor der Anerkennung der bestehenden Grenzen durch die Bundesregierung.

Die Durchsicht einzelner Landeshaushaltspläne 1971/72 beweist, daß die Zuwendungen an revanchistische Organisationen und Einrichtungen nicht etwa gekürzt oder gar gestrichen wurden. Sie wurden in den meisten Fällen erhöht. Weiter erweist diese Durchsicht, daß alle früheren in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Untersuchungen und Schätzungen über öffentliche Zuschüsse an landsmannschaftliche Organisationen und Einrichtungen bei weitem nicht den tatsächlichen Umfang enthüllen.

Der Haushaltsplan 7 des Ministers für Arbeit und Soziales der SPD/FDP-Regierung Nordrhein-Westfalen des Jahres 1971 weist aus:

Titel 684 2 für „kulturelle, staats-, heimat- und gesellschaftspolitische Förderungsmaßnahmen für Vertriebene und Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone sowie gesamtdeutsche Maßnahmen" DM 3 030 000. Aus der Erläuterung zu

Titel 684 2 geht hervor, daß die Regierung von Nordrhein-Westfalen 1971 diese mehr als 3 Mio. DM zur „Unterstützung der Arbeit der Vertriebenen- und Flüchtlingsverbände, der Deutschen Jugend des Ostens" usw., für „Heimat- und Volkstumspflege, Ostkunde . . . , zur Errichtung und Ausstattung von Heimatstuben und Heimatmuseen", als Zuschuß „an die Stiftung Haus des Deutschen Ostens" (Düsseldorf), für „ostdeutscheWanderausstellungen" u. a. zur Verfügung stellte. Weitere 750 000 DM stellte die Regierung von Nordrhein-Westfalen lt. Haushaltsplan 1971 des Arbeits- und Sozialministers, Titel 285 3, als „Zuschüsse des Landes an Patenlandsmannschaften" zur Verfügung. Gegenüber 1970 erhöhte sich dieser Zuschuß, welcher den Landsmannschaften der Oberschlesier (LdO) und der Siebenbürger Sachsen zugute kam, um 250 000 DM. Begründet wurde die Erhöhung: + 50 000 DM „wegen höherer Personal- und Sachaufwendungen der Landsmannschaften", + 200 000 DM „wegen eines Zuschusses für die Errichtung eines Hauses Oberschlesien".

Titel 412 sieht 100 000 DM an Aufwendungen für den „Landesbeirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen" und weitere 50 000 DM für Aufwendungen für „Bezirksbeiräte für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen" vor. Diese nach den Bestimmungen des Bundesvertriebenengesetzes tätigen Beiräte beraten die Landesregierung. Die Beiräte setzen sich in ihrer Mehrheit aus den führenden Funktionären des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften des jeweiligen Landes zusammen.

Daß die Landesregierung Nordrhein-Westfalen die revanchistischen Organisationen und ihre Tätigkeit auch im Jahre 1972 großzügig fördert, ist den Ausführungen des Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Oberschlesier, Dr. Hollunder, zu entnehmen. Er erklärte in seiner Rede beim Festakt anläßlich des 20jährigen Bestehens der LdO in Nordrhein-Westfalen am 27. November 1971 in Düsseldorf: „Wir haben einen guten Patenonkel, der uns gut unterstützt . . ." Gleichzeitig aber versicherte er: „Wir werden alles in unseren Kräften Stehende tun, um die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau zu verhindern."

Ich bin sicher, daß ich bei der Durchsicht des Staatshaushaltes Bayern 1971/72 nur einen Teil der tatsächlichen Zuwendungen der bayerischen Staatsregierung an die revanchistischen Organisationen und Einrichtungen feststellen konnte. Zweifellos verbergen sich hinter anderen Haushaltstiteln als jenen, die im folgenden aufgeführt sind, weitere Summen, die für die Tätigkeit derartiger Organisationen und Einrichtungen bestimmt sind.

Im Haushaltsplan 1971/72 — Einzelplan 10 Minister für Arbeit und Sozialordnung — sind für 1972 DM 1 050 000 zur „Förderung der Kultur der Vertriebenen und Flüchtlinge einschließlich der Organisationen" veranschlagt. 1971 waren es 980 000 DM, 1970 803 000 DM.

Laut Titel 685 02 erhalten davon 450 000 DM der Bund der Vertriebenen Landesverband Bayern, der Sudetendeutsche Rat und der Landesverband der Sowjetzonenflüchtlinge als Zuschüsse. Wörtlich heißt es in der Erläuterung: „Die Mittel dienen vornehmlich zur Unterstützung der auch im staatlichen Interesse liegenden Arbeit der Organisationen." 600 000 DM (der Rest der Gesamtsumme von 1 050 000 DM) „dienen vornehmlich der Durchführung von Maßnahmen im Sinne des § 96 BVFG (Bundesvertriebenengesetz)", der „Förderung von Volksgut und Brauchtum der Vertriebenen und Flüchtlinge", der „Förderung des Heimatgedankens in der Jugend durch Gewährung von Zuschüssen an die hiermit befaßten und anerkannten Jugendorganisationen" u. a.

Weitere DM 247 700 gewährt die bayerische Staatsregierung 1972 dem „Haus

des Deutschen Ostens" in München an Zuschüssen; dazu gesondert 20 000 DM „Zuschüsse für Tagungsteilnehmer". Das „Haus des Deutschen Ostens" in München wurde den Landsmannschaften Anfang 1971 zur Verfügung gestellt. Die Landesverbände von 17 Landsmannschaften verfügen dort über Büro- und Tagungsräume. Um das staatseigene Anwesen Am Lilienberg 1—2 für die Zwecke der Landsmannschaften herzurichten, stellte die bayerische Staatsregierung im Haushalt 1970 DM 200 400 und 1971 DM 80 000 zur Verfügung.

Der Haushaltsplan des bayerischen Kultusministeriums enthält eine Reihe von Titeln, die der Förderung von Ostinstituten und anderen Einrichtungen dienen, deren Tätigkeit eng mit den politischen Umtrieben der Landsmannschaften verbunden ist.

Titel 685 17 besagt, daß 115 000 DM an das „Südost-Institut" in München als Zuschuß vorgesehen sind. In der Erläuterung heißt es, daß der Bundeszuschuß 1971 (durch das Bundesministerium des Innern) „voraussichtlich 330 000 DM" betragen wird. Der Gesamtetat des „Südost-Instituts" ist mit 551 500 beziffert. Titel 685 18 besagt, daß 1972 DM 262 900 an Zuschüssen für das „Osteuropa-Institut" zur „Erforschung des europäischen Ostens" eingeplant sind. In der Erläuterung wird darauf hingewiesen, daß die Gesamtausgaben des Instituts 1971 voraussichtlich 671 400 DM betragen dürften und daß der Zuschuß des Bundesministeriums des Innern voraussichtlich 302 500 DM beträgt.

Titel 685 19 besagt, daß das „Collegium Carolinum e. V." in München 1972 einen Zuschuß von 151 000 DM erhalten soll. In der Erläuterung heißt es, daß das „Collegium Carolinum" eine „Forschungsstelle für die Sudetenländer" ist. Die Gesamtausgaben betragen 1971 voraussichtlich 464 500 DM und für das „Sudetendeutsche Archiv" weitere 207 800 DM. Die Ausgaben für diese mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft eng verbundenen Institutionen, die hauptsächlich Material zur Begründung der territorialen Ansprüche gegenüber der CSSR aufbereiten, werden — wie es im Haushaltsplan heißt — „durch Zuschüsse des Freistaates Bayern, des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und aus zweckgebundenen Zuwendungen des Bundes gedeckt".

Titel 685 73 „Zuschüsse an sonstige": DM 461 500. Davon erhalten z. B. 19 000 DM das „Institut für Ostrecht e. V." in München; 27 000 DM die „Südosteuropa-Gesellschaft" in München; 100 000 DM die „Arbeits- und Förderungsgemeinschaft der ukrainischen Wissenschaften e. V." in München; 10 000 DM das „Ungarische Institut e. V." in München.

Titelgruppe 92 „Allgemeine Bewilligungen — Unterricht und Erziehung". Dort sind 75 000 DM zur „Förderung der Ostkunde und allgemeiner Maßnahmen für politische Bildung im Schulwesen" vorgesehen. In der Erläuterung heißt es, daß aus den Mitteln „Zuschüsse für Sonderaktionen zur Förderung der Ostkunde und der politischen Bildung im Unterricht sowie von politischen und ostkundlichen Arbeitskreisen in den Schulen gewährt werden". Weiter wird in der Erläuterung darauf hingewiesen, daß in einer Reihe anderer Titel und Titelgruppen sowie in den „Ansätzen für die Fortbildung der Lehrkräfte" weitere Ausgaben für Ostkunde und politische Bildung enthalten sind.

Im Haushaltsplan der SPD/FDP-Regierung Hessens 1971/72 fand ich folgende konkreten Summen, die den revanchistischen Organisationen und Einrichtungen zugute kommen:

Einzelplan 08 Hessischer Sozialminister:

Titel 653 05 Zuweisungen an Gemeinden für Ostpatenschaften DM 45 000; Titel

685 02 Zuschüsse für Maßnahmen und Veranstaltungen der Vertriebenen-, Flüchtlings-, Kriegsgeschädigten- und Heimkehrerorganisationen auf Landesebene DM 200 000; Titel 685 03 Zuschüsse für Maßnahmen und Veranstaltungen auf Bundesebene DM 5000; Titel 685 04 Förderung von heimatpolitischen Maßnahmen im Sinne des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes DM 100 000.

Zu Titel 685 04 wird erläutert, daß damit u. a. „Ostdeutsche Wochen", „Verbreitung von ostdeutschem Schrifttum", der „Ostkundeunterricht", „Ausstellungen wie ‚Deutsche Kultur im Osten' " gefördert werden.

Titelgruppe 72 betrifft das „Haus der Heimat" in Wiesbaden. Dieses „Haus der Heimat", von dem es heißt, es diene der „Begegnung zwischen Vertriebenen, Flüchtlingen und Alteingesessenen", soll 1972 mit 189 900 DM subventioniert werden. Das Grundstück selbst ist Landeseigentum.

Im „Haus der Heimat" in Wiesbaden unterhalten — so wie in den „Häusern des Deutschen Ostens" in anderen Bundesländern — die Landsmannschaften Hessens ihre Geschäftsstellen. Die Tagungsräume stehen BdV und Landsmannschaften zur Verfügung. Sie werden aber auch von NPD und anderen neonazistischen Organisationen benutzt.

Über das Ausmaß der Subventionierung von Vertriebenenverbänden durch Städte und Kreise hieß es in der „Panorama"-Sendung vom 31. August 1970: „Welche Summen hier bundesweit zusammenkommen, wissen nur die Vertriebenenverbände selber."

Die Höhe der direkten und indirekten Subventionen der über 400 Städte und Kreise, welche Patenschaftsverpflichtungen für landsmannschaftliche „Heimatorganisationen" eingegangen sind, bewegen sich im einzelnen zwischen 2000 und über 100 000 DM jährlich. Diese Mittel werden zur Finanzierung von landsmannschaftlichen Treffen, Sitzungen der Vorstände, für Schulungs- und Jugendarbeit der revanchistischen Organisationen, zur Erhaltung und Ausstattung von Patenschaftsbüros, Heimatstuben, für Druckerzeugnisse der Landsmannschaften und vieles andere mehr ausgegeben.

Aber auch Städte und Kreise, die keine Patenschaftsverpflichtungen gegenüber landsmannschaftlichen Organisationen eingegangen sind, finanzieren regelmäßig die Tätigkeit der Stadt- und Kreisorganisationen des BdV bzw. der Landsmannschaften. Die Stadtverwaltung Frankfurt/Main z. B. subventionierte 1971 die Unterhaltung der Büro- und Veranstaltungsräume des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften mit 160 400 DM.

Die Gesamtsumme der finanziellen Zuwendungen, die örtliche Vertriebenenorganisationen aus den Haushaltsetats der Städte und Kreise in der BRD erhalten, dürfte weit mehr als 10 Mio. DM betragen.

Seit dem Regierungswechsel 1969 verstärkte sich ständig die Forderung demokratischer Organisationen, besonders der Jugendverbände: Schluß mit den Subventionen an Revanchisten-Organisationen! Eindringlich wurde immer wieder darauf verwiesen, daß die Förderung der Landsmannschaften aus den öffentlichen Haushalten die Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern in Europa belastet. Betont wurde auch, daß die Versicherung der Bundesregierung, es sei ihr Ziel, die Beziehungen zur Sowjetunion und den sozialistischen Ländern Europas zu normalisieren, an Glaubwürdigkeit verliert, wenn sie weiterhin Organisationen fördert, die territoriale Ansprüche an sozialistische Länder propagieren.

Anfang Januar 1972 forderten der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Günter Slotta und weitere 20 Bundestagsabgeordnete in einem Schreiben an den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Karl Herold, die Bundesregierung auf, die Subventionierung der Vertriebenenverbände einzustellen.

Der Bund der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften reagierte auf die Forderung Prof. Slottas und der anderen sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten in einer Art und Weise, die verrät, daß er sich der Fortsetzung der Subventionierung seiner Tätigkeit auch von seiten der SPD/FDP-Bundesregierung ziemlich sicher weiß.

Der Pressereferent des Bundes der Vertriebenen, C. J. Neumann, nahm in „Osmipress" vom 14. Januar 1972 unter der Überschrift „Auf Befehl Moskaus? — Slotta als Wegbereiter der Intervention" zur Initiative Prof. Slottas und anderer SPD-Abgeordneter Stellung. Wörtlich schrieb er: „Es ist kaum anzunehmen, daß der Adressat der Slotta'schen Aktion, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für innderdeutsche Beziehungen, Karl Herold, dieser allzu durchsichtigen Hetze irgendeinen Wert beilegen wird." Neumann zitierte weiter eine BdV-Erklärung, in der davon gesprochen wird, daß über die Vergabe von Subventionen an die Vertriebenenverbände „nicht ein paar auf die Interessen fremder Mächte hin orientierte Abgeordnete, nicht allein die Regierungskoalition, sondern der gesamte Bundestag zu bestimmen hat".

Daß die revanchistischen Organisationen nur aufgrund der Subventionen aus den öffentlichen Haushalten lebensfähig sind, wird von Neumann in der gleichen Veröffentlichung bestätigt, wenn er schreibt: „Nach Moskauer und Warschauer Absichten sollen die Verbände jetzt auf kaltem Wege durch Entzug der öffentlichen Förderungsmittel ‚erledigt' werden."

Der „Deutschland-Union-Dienst" der CDU/CSU, Ausgabe „Der Heimatvertriebene, der Flüchtling" vom 12. Januar 1972 spricht im Zusammenhang mit der Forderung Slottas und anderer SPD-Abgeordneter, die Bundesregierung möge die Subventionierung der Vertriebenenverbände einstellen, von einer „handfesten Blamage".

Wo liegt die Ursache dafür, daß die Führungen jener Verbände, die sich gerade jetzt als die lautstärksten Feinde einer auf Entspannung gerichteten Ostpolitik produzieren, so dreist und selbstsicher auf das Verlangen von Abgeordneten der Regierungsparteien reagierten? Es gibt nur eine Antwort: Offensichtlich haben sie aus Bonn die Zusicherung, daß die Subventionierung auch weiterhin erfolgen wird.

Außerdem berufen sich die Vertriebenenverbände darauf, daß der Staat verpflichtet sei, ihre Tätigkeit zu fördern, weil es entsprechende Gesetze gebe.

III

Dem Außerordentlichen SPD-Parteitag (18.—20. November 1971 in Bonn) lag ein Antrag des SPD-Bezirkes Hessen-Süd vor, das Bundesvertriebenengesetz zu revidieren. Dieser Antrag, der nicht behandelt wurde, lautete:

„Der SPD-Parteitag möge beschließen: Bundestag und Bundesregierung werden aufgefordert, die formalistische Einteilung der Bevölkerung in Heimatvertriebene und Einheimische 26 Jahre nach Kriegsende zu beenden und das Bundesvertriebenengesetz entsprechend zu revidieren, zumindest jedoch den § 7 dieses

Gesetzes aufzuheben. — Begründung: Nach der jetzigen Bestimmung erhalten Kinder, die nach der Vertreibung geboren sind, die Eigenschaft als Vertriebene, wenn der personensorgeberechtigte Elternteil nach dem Gesetz als Vertriebener gilt. Diese Verfahrensweise wurde bisher aus heimatpolitischen Überlegungen der Vertriebenenorganisationen aufrechterhalten. 26 Jahre nach Kriegsende muß daran gezweifelt werden, daß diese Regelung selbst den Betroffenen noch verständlich ist. Im übrigen haben die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und nicht zuletzt die anerkennenswerten Leistungen der Vertriebenen dafür gesorgt, daß sie inzwischen voll in die Lebensgemeinschaft der Bundesrepublik eingegliedert sind."

Schon bald nach Bekanntwerden dieses Antrages meldeten sich die Funktionäre der Landsmannschaften zu Wort. Die Stellungnahmen von Führungskräften der revanchistischen Organisationen verraten, welche Bedeutung das Bundesvertriebenengesetz (BVFG) und seine Bestimmungen für die Landsmannschaften und deren Tätigkeit haben.

Die „Sudetendeutsche Zeitung" vom 22. Oktober 1971 berichtete, was z. B. der Präsident der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Egon Schwarz, auf einer Landsmannschaftsveranstaltung in Melsungen (Hessen) zu dem Antrag, das BVFG zu revidieren, zu sagen hatte: „Die Verwirklichung des Antrages hätte zur Folge die Beendigung der Vererbbarkeit der Vertriebeneneigenschaft und den Wegfall der Förderung der kulturellen Arbeit der Vertriebenen. Es sei unverkennbar, daß dieser Antrag darauf abziele, den infolge ihres beharrlichen Eintretens für das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht nunmehr lästig gewordenen Vertriebenenverbänden die Grundlage ihrer Tätigkeit zu entziehen. Man müsse den Eindruck haben, daß hier ein Beitrag zur gegenwärtigen sogenannten Entspannungspolitik geleistet werden sollte und man den Sowjets, denen die Tätigkeit dieser Verbände ein Dorn im Auge sei, entgegenkommen wolle."

In dankenswerter Offenheit erläuterte dieser führende Funktionär der Landsmannschaften, was die Verwirklichung des Antrages, das Bundesvertriebenengesetz zu revidieren und den § 7 aufzugeben, für Folgen hätte: 1) wäre eine derartige Revision der Gesetzgebung ein Beitrag zur Entspannungspolitik und 2) würde damit den Funktionären der revanchistischen Organisationen, die sich als „politische Interessenvertretung der Vertriebenen" ausgeben und lautstark als Gegner jeder Politik der Entspannung, Annäherung und Friedenssicherung in Europa auftreten, eine wesentliche Grundlage ihrer Tätigkeit entzogen.

Das „Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge" (Bundesvertriebenengesetz — BVFG) trat am 19. Mai 1953 in Kraft. Es entstand also zu einer Zeit, als der Kalte Krieg auf dem Höhepunkt war und als die damalige CDU/CSU-Bundesregierung unter Adenauer unverblümt als ihr außenpolitisches Ziel die Liquidierung der DDR und die Rückgewinnung der ehemals deutschen Ostgebiete in den Grenzen von 1937 propagierte. Genau dieser Zielsetzung entspricht die politische Anlage des BVFG.

Wenn auch die überwiegende Anzahl der 107 Paragraphen des Bundesvertriebenengesetzes sich mit Regelungen beschäftigt, die der „Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge" dienen sollten (sie haben heute kaum noch praktische Bedeutung), so ist die politische Tendenz des Gesetzes eindeutig revanchistisch. Im ersten Abschnitt, erster Titel „Begriffsbestimmungen", wird gesetzlich vorgeschrieben, daß diejenigen Bundesbürger, die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges ihre alte Heimat verloren haben, und jene, die — aus welchen Gründen

auch immer — aus dem Gebiet der DDR in das der BRD kamen, eine besondere Kategorie von Bürgern, nämlich „Vertriebene", „Heimatvertriebene" bzw. „Sowjetzonenflüchtlinge" seien.

Vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 und bevor die bis 1948 verbotenen revanchistischen Organisationen ihr Unwesen im politischen Leben des Landes trieben, wurden die aufgrund der Bestimmungen des Postdamer Abkommens aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, aus der Tschechoslowakei und Ungarn ausgesiedelten Deutschen auch auf dem Territorium der späteren Bundesrepublik sowohl im amtlichen als auch im allgemeinen Sprachgebrauch als „Umsiedler", „Flüchtlinge" oder auch „Neubürger" bezeichnet. Diese Bezeichnungen gaben korrekt Tatbestand und Geschehnisse des Jahres 1945 wieder. Die Begriffe „Vertreibung", „Vertriebene" und „Vertreiber", denen eine wichtige politische Rolle zukommen sollte, weil sie auf ein „Unrecht" hindeuten sollten, das es zu korrigieren gelte, wurden von jenen politischen Kräften lanciert, deren Ziel es war und auch heute noch ist, die von den alliierten Siegermächten in Potsdam festgelegten Grenzen und beschlossenen Aussiedlungsmaßnahmen rückgängig zu machen.

— Daß den Bundesbürgern eingeimpft wurde: „Vertreiber", das seien die Kommunisten der Sowjetunion, die polnischen, tschechischen und anderen Kommunisten, gehörte zu den Praktiken des Kalten Krieges.

— Daß die Regierungschefs der USA, Englands, Frankreichs und der Sowjetunion 1945 in Potsdam gemeinsam beschlossen haben: die polnische Westgrenze verläuft an Oder und Neiße und die jenseits dieser Grenze lebenden Deutschen sind ebenso auszusiedeln wie die in der Tschechoslowakei und Ungarn lebenden Deutschen, wurde entweder unterschlagen oder es wurde versucht, den Inhalt dieser Potsdamer Beschlüsse zu verfälschen.

Es war ein Akt psychologischer Kriegsvorbereitung, wenn in § 1 des Bundesvertriebenengesetzes bestimmt wurde: „Vertriebener ist, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger seinen Wohnsitz in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder in den Gebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Gebietsstande vom 31. Dezember 1937 hatte und diesen im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges infolge Vertreibung, insbesondere durch Ausweisung oder Flucht, verloren hat."

Nachdem so durch ein Bundesgesetz die Bevölkerung der Bundesrepublik in „Vertriebene" und „Einheimische" aufgeteilt worden war — die „Vertriebenen" erhielten besondere Ausweise —, wurde mit dem § 7 des BVFG eine gesetzliche Bestimmung geschaffen, die verordnet, daß die „Vertriebeneneigenschaft" erblich ist. § 7 besagt: „Kinder, die nach der Vertreibung geboren sind, erwerben die Eigenschaft als Vertriebener oder Sowjetzonenflüchtling des Elternteiles, dem im Zeitpunkt der Geburt oder der Legitimation das Recht der Personensorge zu stand oder zusteht."

Diese Bestimmung hat z. B. zur Folge, daß ein im Jahre 1972 geborenes Kind eines 25jährigen in Westdeutschland geborenen Vaters gesetzlich als „Vertriebener" gilt, weil der Großvater oder die Großmutter vor 1945 in den ehemals deutschen Ostgebieten lebte. Das Ergebnis dieser Bestimmung ist, daß die Statistik der BRD von Jahr zu Jahr mehr „Vertriebene" aufweist — die Zahlen stiegen von 5,94 Millionen im Jahre 1946 auf über 12 Millionen im Jahre 1971. Laut Erhebungen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden waren am Stichtag April 1970 46,7 % aller „Vertriebenen" nach dem Kriegsende geboren.

Die Landsmannschaften erklären in ihren Satzungen, daß sie „alle Sudetendeutschen", „alle Pommern" oder „alle Schlesier" vertreten (siehe z. B. die oben zitierte Satzung der Pommerschen Landsmannschaft). Das heißt: die Landsmannschaften maßen sich an, „Sprecher" und „Interessenvertreter" auch jener „Vertriebenen" zu sein, die im Jahre 1972 und davor im Bundesgebiet geboren wurden und laut Bundesgesetz zum „Vertriebenen" gestempelt werden.

Durch Millionen D-Mark an Subventionen stützen Bundesregierung und Landesregierungen die Anmaßung des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften, „legitime Interessenvertreter der Vertriebenen" zu sein.
Landsmannschaftsfunktionäre wie Egon Schwarz wenden sich gegen die Forderung, das BVFG zu revidieren, weil sie nicht wollen, daß die „Vererbbarkeit der Vertriebeneneigenschaft", eine der Grundlagen der Tätigkeit der Landsmannschaft, annulliert wird.

§ 22 BVFG bestimmt, daß „bei dem Bundesminister für Vertriebene und bei den zentralen Dienststellen der Länder Beiräte für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen zu bilden sind". Diese Beiräte, so bestimmt das Gesetz weiter, haben die Aufgabe, die Bundesregierung und die Landesregierungen „sachverständig in Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen zu beraten". Sie sollen „zu allgemeinen Regelungen und Maßnahmen gehört werden".

Das BVFG bestimmt sogar die Zusammensetzung des Beirats beim Bundesministerium für Vertriebene (heute Vertriebenenabteilung im Bundesministerium des Innern). Neben je einem Vertreter der Landesvertriebenenbeiräte gehören 16 Vertreter der landsmannschaftlichen Organisationen, je zwei Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie je ein Vertreter der Kirchen und anderer Einrichtungen und Verbände dem Bundesvertriebenenbeirat an.

Über die Aufgaben des neu von der SPD/FDP-Landesregierung Nordrhein-Westfalen berufenen Landesvertriebenenbeirates sprach bei dessen Konstituierung (März 1971) Staatssekretär Benesch (SPD) in Vertretung des für Vertriebenenfragen verantwortlichen Arbeits- und Sozialministers Werner Figgen (SPD). Benesch erklärte u. a., der Landesvertriebenenbeirat habe mitzuwirken, „das Kulturgut aus Ost- und Mitteldeutschland zu erhalten und im deutschen Volk zu vertiefen" und „die Patenschaften als eine gesamtdeutsche Verpflichtung zu verankern und nach Möglichkeit zu erweitern".

Vorsitzender des meist aus Vertriebenenfunktionären bestehenden Landesvertriebenenbeirats von Nordrhein-Westfalen ist der stellvertretende BdV-Vorsitzende und CDU-Landtagsabgeordnete Paul Scholz.

Die Bestimmungen des BVFG, daß Bundes- und Landesregierungen Vertriebenenbeiräte zu bilden haben, eröffneten den Funktionären der Landsmannschaften bedeutende Möglichkeiten der Einflußnahme auf das politische Leben der BRD. Die Revision des BVFG ist auch notwendig, damit den revanchistischen Kräften das gesetzlich verbriefte Recht genommen wird, auf das Staatswesen in der BRD einzuwirken.

Als der Bundeskongreß der Jungsozialisten im Dezember 1970 die Bundesregierung aufforderte, alle „Zuschüsse an Vertriebenenverbände" einzustellen, antwortete der SPD-Parteivorstand darauf in Heft „j 2 — Reihe Jugend": „Die Bundesregierung ist durch das Vertriebenengesetz verpflichtet, die Vertriebenenverbände bei ihren kulturellen Aufgaben zu unterstützen."

Das war ein Hinweis auf § 96 BVFG, der Bund und Länder verpflichtet, „das

Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes zu erhalten" und darum entsprechende Einrichtungen und Organisationen zu fördern.

Die Landsmannschaften sehen in ihrer Kulturarbeit einen Teil der „Heimatpolitik". Ihre Kulturarbeit ist dem Ziel untergeordnet, die bestehenden Grenzen in Europa zu verändern. Welche Funktionen die aufgrund des § 96 BVFG staatlich geförderte Kulturarbeit der Landsmannschaften hat, erläuterte z. B. unmißverständlich die Pommersche Landsmannschaft in ihrer Schrift „20 Jahre Pommersche Landsmannschaft". Auf Seite 91 dieser Veröffentlichung heißt es:

„Die Rückgewinnung der Heimat ist das Ziel jeder landsmannschaftlichen Arbeit. Ihren Inhalt umreißt der Begriff ‚Heimatpolitik'. Landsmannschaftliche Kulturarbeit ist daher Teil der Heimatpolitik und damit diesem Ziel untergeordnet. Ihre Aufgabe erschöpft sich mithin nicht allein in musealer Tätigkeit, in der Sammlung, Pflege und Erhaltung pommerschen Kulturgutes. Sie muß sich vielmehr auch verpflichtet fühlen, mit kulturellen Mitteln unter den pommerschen Landsleuten den Heimatgedanken wachzuhalten und zu vertiefen, ihn in der pommerschen Jugend zu wecken und für das landsmannschaftliche Heimatanliegen in der westdeutschen, ja ausländischen Öffentlichkeit weckend und werbend zu wirken."

Zur Durchführung des § 96 BVFG gehört u. a. auch die „Deutsche Ostkunde im Unterricht". Peter Paul Nahm (bis Januar 1971 Staatssekretär in der Vertriebenenabteilung des Bundesinnenministeriums, jetzt Geschäftsführer des „Ostdeutschen Kulturrates") schrieb in der „Kulturpolitischen Korrespondenz" vom 25. August 1971: „Eines der Mittel der Durchführung des § 96 ist die Ostkunde im Unterricht."

Die Aufgaben von „Deutsche Ostkunde" definierte im September 1959 das langjährige Vorstandsmitglied der „Bundesarbeitsgemeinschaft für Deutsche Ostkunde im Unterricht" und Schriftleiter von „Deutsche Ostkunde — West-ostdeutsche Blätter für Erziehung und Unterricht", Dr. Dr. Ernst Lehmann: „Diese wollen im Rahmen von Erziehung und Unterricht ... den Anspruch auf die unaufgebbaren Gebiete wachhalten und die deutsche Jugend für eine neue Ausfahrt im Auftrage Europas vorbereiten ..."

Aufgrund der Bestimmungen des BVFG § 96 erhalten die Landsmannschaften und andere revanchistische Einrichtungen alljährlich mehrere Millionen DM „zur Unterstützung ihrer kulturellen Aufgaben".

Aus der Veröffentlichung des SPD-Parteivorstandes geht hervor, daß sich die Bundesregierung durch § 96 BVFG verpflichtet fühlt, eine „Kulturarbeit" zu fördern, deren revanchistischer Inhalt und politische Stoßrichtung im strikten Gegensatz zur Entspannungsolitik der derzeitigen Regierung stehen. Auch die sozialdemokratisch regierten Bundesländer fördern aufgrund des § 96 BVFG die entspannungsfeindliche sogenannte „Kulturarbeit" der Revanchistenverbände.

Die Aktivität des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften gegen die Verwirklichung der Ostverträge, gegen Entspannung und Sicherheit in Europa und die Tatsache, daß diese verständigungsfeindlichen Organisationen und Einrichtungen zum Teil aufgrund immer noch gültiger Gesetze viele Millionen DM an staatlichen Subventionen erhalten, gehört zu den politischen Realitäten der BRD im Jahre 1972. Es wäre eine dringliche Aufgabe aller Befürworter der in den Ostverträgen zum Ausdruck kommenden Entspannungspolitik, vor allem aber der

Regierungskoalition selbst, diesem widersprüchlichen Zustand ein Ende zu setzen.

Kurzsichtig und gefährlich ist es, das entspannungsfeindliche Treiben des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften, ihrer Presse und Einrichtungen zu bagatellisieren. Denn diese Organisationen und Einrichtungen, welche die politischen Absichten und Ziele des aggressivsten Teils des deutschen Monopolkapitals artikulieren, beschränken sich nicht darauf, innerhalb der BRD Entspannung, Zusammenarbeit und europäische Sicherheit zu behindern.

IV

Die Führungskräfte der Landsmannschaften und staatlich geförderte Einrichtungen wie die „Deutsche Gesellschaft für europäische Friedensfragen" sind maßgebend daran beteiligt, in Westeuropa und über den Atlantik hinweg die Anstrengungen all jener reaktionären Gruppierungen zu koordinieren und zu verstärken, die als militante Antikommunisten das friedliche Nebeneinander der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in Europa verhindern wollen.

Während des „Europa-Kongresses" des Bundes der Vertriebenen am 1./2. November 1969 in Saarbrücken wurde auf Initiative der Landsmannschaftsfunktionäre eine „Europäische Runde" ins Leben gerufen. Mit den Spitzenfunktionären der Landsmannschaften sind in dieser „Europäischen Runde", an deren Zustandekommen auch Prof. Walter Hallstein (MdB/CDU), Otto v. Habsburg und andere mitwirkten, Repräsentanten der französischen extremen Rechten wie Oberst Battesti und Charles Delamare, der Schweizer Nationalrat Walther Hofer, Prof. Ermacora (Wien), der Chefredakteur der „Baseler Nachrichten" Dr. Dürrenmatt, der NATO-General Dr. Broekmeijer (Direktor des Den Haager Defensivzentrums), militant antikommunistische Entspannungsgegner aus Skandinavien und anderen Ländern, dazu führende Kräfte der in Westeuropa tätigen antikommunistischen Emigrantenverbände bemüht, das Zustandekommen einer Europäischen Sicherheitskonferenz zu verhindern.

Bei der Gründung der „Europäischen Runde" wurde eine Erklärung verabschiedet, die das Ziel dieses Koordinationszentrums von Entspannungsgegnern wie folgt verdeutlichte: „... die Zeit eines Europas in Einigkeit und Freiheit ist gekommen ... Die Mitgliedschaft in einem vereinigten Europa setzt freiheitlich-demokratische Verhältnisse voraus."

Im März und im November 1971 tagte diese Runde unter Leitung des BdV-Vizepräsidenten Rudolf Wollner (Deutsche Union) in Kehl. Hauptthema war: Verstärkung der Bemühungen gegen das Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz.

Nach Referaten von Prof. Walter Hallstein, Prof. Dr. Ermacora, Otto von Habsburg und Prof. Dr. Dürrenmatt appellierten am 14. März 1971 in Kehl „80 Politiker, Diplomaten und Wissenschaftler aus 18 europäischen Nationen" (die „3. Europäische Runde") an die Vertreter der nationalen Parlamente in der beratenden Versammlung des Europarates: „Die Beratende Versammlung des Europarats möge dem Ministerkomitee des Europarates empfehlen, daß er an die Regierungen der Mitgliedstaaten die Aufforderung richte, bevor Mitgliedstaaten des Europarates der Teilnahme an einer europäischen Sicherheitskonferenz überhaupt nähertreten, sie ein einheitliches Vorgehen für diese Konferenz beschließen sollen."

Am 13./14. November 1971 kamen in Kehl etwa 100 Teilnehmer zur „4. Europäischen Runde" zusammen. Zu ihnen gehörten u. a. auch der Regierende Fürst von Liechtenstein, Franz Josef II., Prinz Louis Ferdinand v. Hohenzollern und ein Vertreter der Bundesregierung. Diese Runde erarbeitete eine Resolution, die „den potentiellen westlichen Partnern einer europäischen Sicherheitskonferenz" zugeleitet wurde. Die Resolution enthielt einen Katalog von Vorbedingungen, welche die westeuropäischen Staaten vor bzw. beim Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz zu vertreten hätten.

Das Präsidium des BdV finanziert als Initiator dieser Verschwörung gegen die europäische Sicherheit die Tagungen der „Europäischen Runde". Dafür stehen dem BdV vor allem Mittel der „Deutschen Stiftung für europäische Friedensfragen" zur Verfügung, die 1971 allein aus dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung mit 1,6 Mill. DM gefördert wurde.

Am 15./16. Januar 1972 gründeten führende Funktionäre der Landsmannschaften mit Vertretern militant antikommunistischer Emigrantenorganisationen, assistiert von Gesinnungsfreunden aus den USA, in Hannover eine „Europäische Sektion des Rates für amerikanisch-europäische Zusammenarbeit der Nationalitätengruppen". Ziel dieses Rates ist — wie es in den in Hannover verabschiedeten fünf Thesen zur Außenpolitik heißt:

— „Eine europäische Friedensordnung, deren Ausgangspunkt die Vorkriegsgrenzen in Europa sind . . ."

— „Endziel ist die Schaffung einer freiheitlich organisierten europäischen Föderation".

Dem Vorstand der deutschen Sektion dieses „Rates für amerikanisch-europäische Zusammenarbeit" gehören der CDU-Bundestagsabgeordnete Clemens Riedel (Präsident der „Schlesischen Landesversammlung") und andere führende Funktionäre des BdV und der Landsmannschaften an.

Die Initiative zur Gründung des „Rates für amerikanisch-europäische Zusammenarbeit der Nationalitätengruppen" ging von einem Kongreß der Republikanischen Partei der USA im Mai 1971 in Washington aus. Zu dem „Nationalitätenkongreß der Republikanischen Partei der USA" (21.—23. Mai 1971 in Washington), an dem — wie es hieß — „Verbandsvertreter von 32 Nationalitätenorganisationen" teilgenommen haben, die „37 Millionen Amerikaner vertreten", waren Dr. Walter Becher (MdB/CSU) ,Willi Homeier, Helmut Kostorz und andere Spitzenfunktionäre der Landsmannschaften als Gäste geladen.

Der Kongreß forderte auf, „halb Deutschland, drei baltische Länder, die meisten Balkanstaaten, Polen und Nationen wie die Ukraine und Bjelorußland/Armenien" zu „befreien". Gleichzeitig wurde u. a. verlangt, das faschistische Griechenland, das als „loyaler und vertrauenswürdiger Freund der USA" und „starker Unterstützer der NATO" bezeichnet wurde, stärker zu fördern.

Nach dem Washingtoner Kongreß reisten Carol Sitko (ein Berater der Leitung der Republikanischen Partei der USA), der in Scranton/Pens. eine „Studienzentrale für Mitteleuropa" betreibt, gemeinsam mit dem Mitglied des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Schlesien, Helmut Kostorz, durch Westeuropa, um die Vorstände der antikommunistischen Emigrantenorganisationen zur Mitarbeit zu gewinnen. Im Oktober 1971 wurde dann in Washington offiziell der „Rat für amerikanisch-europäische Zusammenarbeit der Nationalitätengruppen" gegründet. Im Januar 1972 wurden schließlich in Hannover die „europäische" und die „deutsche Sektion" dieses Rates ins Leben gerufen.

Die von Washington aus inspirierte Neugründung verfolgt offensichtlich die Absicht, die Tätigkeit der reaktionärsten entspannungsfeindlichen Organisationen Europas — wozu vor allem Landsmannschaften und Emigrantenorganisationen gehören — zu intensivieren und zu koordinieren. In diesem Zusammenhang schicken sich die mit der Nixon-Partei eng verbundenen Nationalitätenorganisationen der USA an, direkter und stärker auf das politische Geschehen in Europa einzuwirken.

Auf einer Tagung von „Vertretern osteuropäischer Exilgruppen mit Sitz in Westeuropa und Sprechern osteuropäischer Volksgruppen in den USA" am 22./23. Januar 1972 in München kündigte Carol Sitko als Vertreter der Republikanischen Partei an, daß noch im Jahre 1972 in Brüssel eine „Konferenz aller europäischen und amerikanischen Exilorganisationen" stattfinden werde.

*

Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit stehen auf der politischen Tagesordnung. Die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu diesem Ziel. Auch in der Bundesrepublik befinden sich die Friedenskräfte in der Offensive. Sicherheit und Zusammenarbeit, das friedliche Nebeneinander in Europa erfordern, daß der Einfluß der Entspannungsgegner weiter zurückgedrängt wird. Zu den Entspannungsgegnern in der BRD gehören neben den Unionsparteien unter Führung von Strauß und Barzel, der Springer-Presse vor allem die revisionistischen Landsmannschaften. Darum sind die sofortige Einstellung der staatlichen Subventionen an revisionistische Organisationen und Einrichtungen und die Annullierung solcher Gesetze und Verordnungen, die dem Geist der Verträge von Moskau und Warschau widersprechen, dringend gebotene Maßnahmen im Dienste der Entspannung.

Der italienische Neofaschismus

Von Bernhard Pfletschinger

I

Der Faschismus hat heute in Italien wieder eine Dynamik gewonnen, die nur mit der Terrorwelle vor Beginn der Mussolini-Ära 1921/22 verglichen werden kann [1]; freilich hört hier der Vergleich auch schon auf. Zwar versucht die italienische Bourgeoisie heute wie damals den Faschismus zu „integrieren", ihn zur Abstüt-

[1]) Eine Zusammenfassung der Attentate und Anschläge der Neofaschisten, die seit 1969 jeden dritten Tag erfolgen, findet sich u. a. in „L'Espresso", 14. 2. 71, in „Paese Sera", 5. 2. 71, in „Vie nuove", Heft 10, 10. 3. 71, S. 37 und in anderen Publikationen der Gewerkschaften, Linksparteien und außerparlamentarischen linken Gruppen wie beispielsweise „Lotta Continua", die vor allem zur Aufklärung des Attentates vom 12. Dezember 1969 in Mailand umfangreiche Recherchen angestellt hatte. Die Gruppe beschuldigte aufgrund ihrer Recherchen den Mailänder Kommissar Calabresi, der angeblich vom CIA in den USA ausgebildet worden war, den Anarchisten Pinelli aus dem Fenster der Magistratur gestoßen zu haben und erreichte damit einen Prozeß, der in skandalöser Weise die Manipulationen enthüllte, mittels derer die italienische Justiz die Affäre zu verschleiern suchte. (Siehe dazu: Marco Sassano, Pinelli, un suicidio di stato, Padua 1971 und Alessandro Coletti, anarchici e questori, Padua 1971.)

zung ihrer Herrschaft zu benutzen; zwar leisten die italienische Armee, Polizei und Carabinieri, Richter, Staatsanwälte und Unternehmer offen Schützenhilfe für die faschistischen Schlägerbanden, aber einig sind sich alle nicht. Was sie trennt, sind die Widersprüche, die auch die Imperialismen unserer Tage trennen, und diese historisch neue Situation könnte mehr zur Klärung des Faschismusproblems [2]), seiner Entstehung, seiner „autonomen" oder „heterogenen" [3]) Erscheinungsform beitragen als viele Reflexionen über den historischen Faschismus zuvor.

Was die heutige Situation grundsätzlich von der zwischen den beiden Weltkriegen unterscheidet, ist die Polarisation der Imperialismen Westeuropas, Japans und der USA, die durch die Existenz eines geschlossenen Blocks sozialistischer Staaten noch verschärft wird. Der Befreiungskampf der Länder der Dritten Welt, die zunehmende Resonanz der Politik der kommunistischen Parteien in Westeuropa und die offene Rebellion in der Jugend und der Intelligenz Westeuropas und der USA haben zusammen mit der weltweiten ökonomischen Krise der letzten fünf Jahre diese Widersprüche noch verschärft. Die forcierte Monopolisierung und Konzentration, verbunden mit einer Restrukturierung und Modernisierung der Produktionsprozesse, brachte nicht nur die Mittelschichten, Bauern und soziale Randgruppen in eine existenzielle Krise, sondern forderte auch spätestens seit 1968 den Widerstand der Arbeiterbewegung heraus.

Im Zeichen der sozialen und politischen Polarisierungsprozesse, deren Widersprüche sich in Italien besonders schroff zuspitzen, wurde das latente faschistische Potential in jüngster Zeit wiederum gefährlich virulent. In den Vordergrund kommen dabei zunehmend auch Kräfte, die sich als „neue Rechte" verstehen. In Italien hat diese Spielart des Neofaschismus, die sich als „antibürgerlich" und „revolutionär" ausgibt, schon Tradition. Sie geht auf die „Republik von Salò" zurück, in der auch Giorgio Almirante eine führende Rolle spielte, der Mitbegründer und heutiger Sekretär des neofaschistischen MSI („Movimento sociale italiano").

Mussolini hatte nach der Rückkehr von seiner, durch Hitlers Leibwächter Otto Skorzeny inszenierten Flucht aus Italien, diese „Republik" gegründet, als die alliierten Truppen schon Süditalien unter Kontrolle hatten. Das seltsame Staatsgebilde, das den nordwestlichen Teil Oberitaliens umfaßte und nach einer Stadt in der Nähe des Garda-Sees getauft worden war, stellte Mussolinis späte Rache an der nationalen Bourgeoisie dar, eine Rache, die er als „antibürgerlichen, revolutionären Faschismus" bezeichnete. Tatsächlich wurden einige Fabriken enteignet, die faschistische Repression gegen die Arbeiterklasse, hauptsächlich gegen die Partisanen, aber eher noch verschärft.

Anhänger der „Republik von Salò" wie Almirante stehen Mussolini selbst kritisch gegenüber, für sie hat er zu viele Zugeständnisse an die Machtzentren in der Bourgeoisie, Finanzkreise oder Vatikan, gemacht. Ideologisch berufen sie sich hauptsächlich auf den Baron Julius Evola, dessen Faschismus mit der sozialen

---

[2]) In der vorliegenden Arbeit kann nicht auf die Diskussion über Entstehung und Wesen des Faschismus eingegangen werden. Die kritische Bestandsaufnahme der Faschismus-Theorien von Reinhard Opitz in „Blätter", 12/1970, S. 1267, und die historische Darstellung der Faschismus-Analyse der KI von Elfriede Lewerenz (Zu einigen Fragen der Faschismus-Analyse der Kommunistischen Internationalen in Vorbereitung des VII. Weltkongresses 1933—1935, in: „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung", 1971, Heft 5, S. 733) sollen stellvertretend für die neuere Literatur genannt werden.

[3]) Die Theorien der Soziologen und Politologen um J. Agnoli, Berlin, die die „Agenten-Theorie" der KI ablehnen und sich mehr der Thalheimer-Analyse annähern, unterschätzen m. E. völlig die Dominanz des internationalen Finanzkapitals im imperialistischen System, haben aber andererseits zur Frage der „Ambivalenz der Zwischenschichten" und Randgruppen und der Politik der KPs ihnen gegenüber interessante theoretische Ansätze geliefert. (Vgl. u. a.: Bernhard Blanke, Thesen zur Faschismusdiskussion, in: „Sozialistische Politik", Nr. 3, Oktober 1969, S. 52—63.)

Situation dieser sogenannten „harten" Faschisten in zentralen Punkten korreliert: In der Psyche der ehemaligen Berufsoffiziere, faschistischen Funktionäre, Polizisten, Fallschirmjäger oder Kriminellen fanden der „magische Idealismus" Evolas, seine Auslassungen über Yoga und Judo und seine „Synthese der Rassen-Doktrin" (die im „traditionellen" italienischen Faschismus nicht sehr ausgeprägt ist) fruchtbaren Boden. 1954 erschien Evolas Buch „Il Fascismo — saggio di una analisi di vista della destra" [4]), in dem er das vergangene faschistische Regime scharf kritisiert. Es habe zu viele Zugeständnisse an den Staat und an den Feind gemacht und sei letzten Endes untergegangen, weil es an den bürgerlichen Institutionen wie Partei, Gewerkschaften oder Parlament festgehalten habe. Vor allem verzieh Evola nie Mussolinis populistische Thesen — der Appell an die Plebs diskreditiere die „faschistische Aristokratie". Evola versteht unter diesem Begriff eine planmäßig herangezüchtete und selektierte Elite, als Beispiel zitiert er die Fallschirmjägertruppen in den westeuropäischen Armeen. Er verlangt ausdrücklich eine Hierarchie um den „Führer" und den Verzicht auf Massenbasis.

Die Gruppen, die Evolas Postulate in die Praxis umsetzen wollten, fanden zwischen 1950 und 1968 in ihren Heimatländern kaum oder nur kurzfristig Beschäftigung — so die OAS nach der Beendigung des Algerien-Krieges durch de Gaulle und „Ordine nuovo" während der Vorbereitung zu dem Militärputschversuch von 1964 (SIFAR-Affäre, vgl. Kap. V) in Italien. Die meisten ihrer Mitglieder verdingten sich als Söldner in Afrika und in den Militärdiktaturen Lateinamerikas, in Europa beteiligten sie sich vor allem am Waffen- und Rauschgifthandel; in Genua oder Neapel ist dieser extreme Teil des Neofaschismus mit dem organisierten Verbrechertum eine enge Symbiose eingegangen [5]). Andere fanden Arbeit bei Großgrundbesitzern, im italienischen Geheimdienst oder im CIA. Der MSI unter seinem Parteisekretär Arturo Michelini, der, mit den reaktionären Parteien zusammengehend, von der Perspektive eines faschistischen Aufstandes keineswegs überzeugt war, der vielmehr noch am Wunschtraum der Identität einer imperialistischen italienischen Nation mit dem Faschismus festhielt und dem die USA als der siegreiche gegnerische Imperialismus noch äußerst unsympathisch waren, sah sich nicht nur einer wachsenden Zahl „außerparlamentarischer" neofaschistischer Organisationen, sondern einer wachsenden inneren Opposition unter Giorgio Almirante gegenüber, die die „Senatori" zunehmend attackierte und selbst vor Prügeleien nicht haltmachte [6]). Weshalb besitzt dieser „extreme" Flügel des italienischen Neofaschismus heute in Italien eine Massenbasis?

Was sich heute in Süditalien abspielt, sind koloniale „Befreiungs"kämpfe und für die herrschende Schicht Süditaliens sind die gegebenen Bündnispartner USA und NATO, die viel größere Bewegungsfreiheit besitzen als die Großbourgeoisie Italiens — ist diese doch durch die starke Arbeiterbewegung gezwungen, Privilegien zu opfern und Bruchstücke von Reformen zu gewähren, um riskante Zuspitzungen des Klassenkampfes zu vermeiden, wobei selbstverständlich auch das Instrumentarium der Repressionsmittel und politischen Erpressungen eingesetzt wird. Für die süditalienische herrschende Clique dagegen, von den DC-Funktionären in den Städten über die Spekulanten und Mafiosi bis hin zum Klerus, zahlt

4) Im Verlag Volpe, Rom.
5) In fast sämtlichen Großstädten, beispielsweise auch in Bologna (siehe „L'Unità", 31. 1. 72), beziehen die neofaschistischen Schlägerbanden nicht nur Geld von Mittel- und Kleinunternehmern, sondern sind auch im Waffenhandel und im organisierten Verbrechen aktiv. (Für Genua: „L'Espresso", 26. 7. 70.)
6) 1956, während des Kongresses des MSI in Mailand, prügelten sich die 700 Delegierten, gespalten in „Harte" und „Weiche", einen ganzen Nachmittag lang. 1967 erst wurde Almirante Fraktionschef, am 15. Juni starb Michelini und die „Harten" unter Almirante beherrschten von nun an die Partei. Von einer Opposition der „Weichen", die sich stark auf die Person Michelinis ausgerichtet hatten, ist nichts bekannt. (Zur Geschichte des MSI ist das Buch von Mario Giovana, Le nuove camicie nere, Turin 1966, am ergiebigsten.)

sich der Einsatz der Repressionsmittel im Norden nicht aus und die Reformen sind ihnen, die keine so weitreichende Perspektive und keine derartige Geschlossenheit wie die Monopole des Nordens besitzen, einfach zu teuer. Deshalb haben diese Kreise offen ihre Unterstützung der Democrazia Cristiana aufgekündigt und sich den Neofaschisten zugewandt, die seit 1969 unter ihrem neuen Sekretär Almirante eine entsprechende Linie verfolgen: den Angriff auf „das System". Massimo Anderson, Delegierter der Jugendorganisation des MSI, erklärte auf dem IX. Kongreß des MSI Ende 1970: „Die nationalrevolutionären Kräfte wissen, daß der Angriff auf das System sich nicht auf politische Akte beschränken kann, sondern sich in aktiven Maßnahmen und Massenbewegungen fortsetzen muß" [7]). Die Massen wurden von den Neofaschisten nicht erobert, sondern sie wurden ihnen zugespielt — erst die offene Kollaboration der herrschenden Schicht Süditaliens ermöglichte den „squadre" die Manipulation des Aufstandes der süditalienischen Städte.

Die süditalienische Bevölkerung selbst konnte sich dieser Manipulation kaum entziehen: Die postfeudalistischen Strukturen und die archaische Produktionsweise im Agrarwesen, aufrechterhalten durch die Kolonialisierung Süditaliens durch die Monopole, die nicht an Agrarprodukten, sondern an menschlicher Arbeitskraft interessiert waren, ließen „das System" des industrialisierten Nordens als Ausland erscheinen, das auf Kosten Süditaliens prosperierte. Der Chauvinismus der Bourgeoisie Norditaliens („ab Rom beginnt Afrika") tat ein übriges dazu. Da sich der Süditaliener niemals mit der „Nation" identifizieren konnte, die in seinem Bewußtsein nicht existierte, reduzierte sich bei ihm der Nationalismus auf den Munizipalismus (Lokalpatriotismus), und alles, was mit dieser Welt nicht in Berührung stand, alles, was er nicht praktisch erfahren konnte, sei es der Kapitalismus oder auch die Arbeiterparteien, subsumierte er unter den Abwehrgefühlen gegen den ihm feindlichen „Norden", entsprechend mehr verinnerlichte er aber auch die im Süden herrschenden Verhältnisse: Klientel und Mafia, Katholizismus und DC. Als allerdings die ökonomische Krise sich verschärfte, als DC und Kirche zudem sich nicht vom Machtzentrum Rom distanzierten, von wo aus durch die Einführung der Regionen die vorkapitalistische munizipalistische Ideologie angegriffen wurde, als schließlich die Reformen in der Agitation der herrschenden Schicht als direkte Bedrohung des individuellen (nicht sozialen) Status des Süditalieners interpretiert wurden, verloren die DC und die auf Ruhe erpichte Kirche die Kontrolle über den explosiv anwachsenden Aufstand. Die Reform der Scheidung, des Bodenrechtes, des sozialen Wohnungsbaus und die Intentionen der Arbeiterparteien, die Industrialisierung im Süden voranzutreiben, ohne entsprechende Erfolge nachweisen zu können [8]), die Einführung der Regionen und die Agonie der bürgerlich-sozialistischen Regierung gaben den letzten Anstoß.

Der Aufstand von Reggio Calabria im August 1970 dokumentierte, daß das italienische Monopolkapital die politische Kontrolle über einen Teil des Landes verloren hatte, der ein Garant seiner hemmungslosen Expansion war. Vergleichbar anderen Ländern an der Peripherie des westeuropäischen Imperialismus, wo der Mangel an Rohstoffen zur Monopolisierung einer exportlastigen Industrie führte, unterstützt durch einen expandierenden Staatskapitalismus in der Rohstoffverarbeitung und der Produktionsmittelindustrie, während gleichzeitig die domi-

[7]) „Il Messaggero", 23. 11. 70.

[8]) In Reggio Calabria hatte die Regierung die Errichtung von 2000 neuen Arbeitsplätzen versprochen, die sich schließlich auf 240 reduzierten („L'Unità", 21. 2. 71); der Chemiekonzern MONTEDISON, einer der größten Konzerne Italiens, hat zwar über ein Drittel seiner Produktionsanlagen im Süden und baut sie auch aus, aber die Zahl seiner Beschäftigten im Süden ging, verglichen mit der Gesamtzahl der Beschäftigten in Italien, von 18 % im Jahr 1969 auf 17,6 % 1970 zurück. („L'Espresso", Economica/Finanza, 1971.)

nierende agrarische Struktur den Interessen der Imperialismen geopfert werden mußte (für den Binnenmarkt zu produzieren, lohnte sich angesichts der geringen Nachfrage nicht; so müssen die Türkei oder Italien heute Agrarprodukte einführen), konnte sich Italien am wenigsten von allen EWG-Ländern aus der Umklammerung des amerikanischen Imperialismus lösen oder sich innerhalb Westeuropas durchsetzen, nicht zuletzt, weil es aufgrund seiner Abhängigkeiten auch die Rüstungsindustrie nicht ausbauen konnte. Damit fand es auch keine Lösung für das Problem der Arbeitslosigkeit und Emigration — die Vollbeschäftigung in Italien erreichen zu wollen, ist eine systemsprengende Forderung.

Daß Italien in Westeuropa eine militärische und wirtschaftliche Schlüsselrolle einnimmt, ist leicht erkennbar: Die Grenze zwischen den hochindustrialisierten Staaten des westlichen Mitteleuropa und den unterentwickelten, industriearmen Staaten, von Portugal und Spanien über Nordafrika bis nach Griechenland, dem Iran und der Türkei, verläuft mitten durch sein Staatsgebiet. Militärisch wichtig als Flottenstützpunkt und Raketenbasis, stieg seine Bedeutung für die Strategen im Pentagon, als vor einigen Jahren zum ersten Mal Verbände der sowjetischen Flotte im Mittelmeer auftauchten, als im Vorderen Orient und in Nordafrika sich eine antiimperialistische Front herauszubilden begann und die Unruhen in Westeuropa einen zunehmend antiimperialistischen Charakter annahmen.

II

Kurz nach dem erfolgreichen Putsch in Griechenland 1967, lange bevor sich der italienische Neofaschismus irgendwelche Chancen im politischen Kräfteverhältnis ausrechnen konnte, begannen die von der CIA finanzierten griechischen Faschisten den planmäßigen Ausbau des organisierten Neofaschismus in Italien [9]). Neben direkter paramilitärischer Ausbildung, der Ausrüstung mit Waffen, Explosivmaterial und Geld wurden die „Harten" auf eine neue Taktik gedrillt. Kurz nach einer Reise von etwa 40 Angehörigen neofaschistischer Jugendorganisationen (darunter auch Mario Merlino, der später als „anarchistischer" Attentäter auf die Mailänder Bank am 12. Dezember1969 verhaftet wurde) begannen die Neofaschisten die Infiltration in linke außerparlamentarische Gruppen und in die Linksparteien [10]). An den Universitäten tauchten „nazi-maoistische" Gruppen auf („Mao und Hitler vereint im Kampf"), gleichzeitig brach die Attentatswelle in ganz Italien los. Polizei und Justiz konnten dank der Mitarbeit der Neofaschisten (diese Mitarbeit geht soweit, daß in den Polizeitrupps, die gegen linke Demonstrationen vorgehen, Faschisten mit Eisenstangen mitprügeln) zahllose Prozesse gegen Linke beginnen [11]). Bis Ende 1969 gingen die Anschläge gegen Objekte wie Kirchen, Kasernen, Banken, öffentliche Gebäude oder Schulen weiter, die dadurch geschaffene Psychose gegen die Linken traf gleichermaßen die KPI und die Gewerkschaften, „die Drahtzieher". Es gibt mehrere Beweise, daß die Armee die Neofaschisten direkt unterstützte, daß NATO-Kreise und CIA von dem bevorstehenden Attentat am 12. Dezember 1969 in Mailand informiert, wenn nicht gar

9) Vgl. zum folgenden: Autorenkollektiv, La strage di stato, Rom 1970, 2. erw. Auflage Rom 1971.
10) Außer Mario Merlino, der sich in eine römische Anarchistengruppe einschmuggeln konnte und neben provokatorischen Aktionen auch Spitzeldienste für die Polizei leistete, wurden fast sämtliche anderen neofaschistischen Infiltranten entlarvt.
11) Im Strafrecht gibt es ungefähr 40 Artikel, die im Widerspruch zur Verfassung stehen und sämtlich auf die monarchistische oder faschistische Epoche zurückgehen. Die meisten Verurteilungen ergehen mangels Beweises meistens wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" und „Meinungsverbrechen"; nicht selten werden Zeugen, die der Version der Polizei (die wie in Bergamo des öfteren die Folter praktiziert) widersprechen, wegen Meineides verurteilt. In Florenz wurde Achille Occhetto, Mitglied der KPI-Direktion, wegen „Beleidigung der Polizei" zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. (Über den Justiz-Terror in Italien informieren ausgezeichnet Giangiulio Ambrosini und Ugo Spagnoli, Rapporto sulla repressione, Rom 1970, und Domenico Tarantini, L'ordine manipulato, Bari 1970.)

daran beteiligt waren [12]). Der griechische Geheimdienst KYP, die CIA und der SID (früher SIFAR) [13]) organisierten gemeinsam die ESESI, offiziell der Verband griechischer Studenten in Italien, in Wahrheit die Agentenzentrale der Reaktion. Auf dem ersten Kongreß der ESESI im Juni 1967 waren Vertreter der griechischen Armee und der NATO anwesend. Der griechische Botschafter in Rom war in die Aktionen verwickelt, wie ein bekanntgewordener Brief des griechischen Geheimdienstchefs dokumentiert [14]). In Neapel, dem Hauptzentrum des organisierten Neofaschismus, arbeitet die Politische Polizei eng mit den Putschisten zusammen. Die Strategie bis Ende 1969 hatte insofern Erfolg, als fast für sämtliche von den Faschisten verübten Attentate Linke in Monsterprozessen verurteilt wurden. Im Verlauf des Arbeitskampfes im Herbst stieg die Repression auf ein bislang unbekanntes Maß an. Doch der erwünschte Erfolg der Attentate von Mailand und Rom, die „spontane" Erhebung gegen KPI und Gewerkschaften, trat nicht ein und bis in unsere Tage konzentriert sich die Aktivität der reaktionären Kräfte darauf, sämtliche Zeugen dieses Anschlags aus der Welt zu schaffen: an die zwanzig Personen stürzten entweder aus dem Fenster, weil sie Luft schnappen wollten, oder von Treppen, weil sie ein Schwindel befiel, die Ziffer der Selbstmorde und seltsamen Autounfälle von Zeugen stieg rapide an und andere, wie der deutsche Student Udo Lehmke, verschwanden in Nervenheilanstalten [15]). Sie alle hätten bezeugen können, daß nicht die angeklagte Anarchistengruppe, in die sich der Faschist Merlino eingeschmuggelt hatte, für das Attentat verantwortlich ist, sondern die Gruppe neofaschistischer Killer, die auch im August 1969 Bomben in Zügen deponierte und die im Frühjahr auf der Automesse in Mailand und im dortigen Bahnhof Bomben zündete.

Nach dem 12. Dezember 1969 trat der italienische Neofaschismus in eine neue Phase: Provokation und Infiltration wurden zwar beibehalten, aber MSI und andere Gruppen traten nun offen in Erscheinung. Im Sommer 1970, nach Beginn der Revolte von Reggio Calabria, verstärkten sich erneut die Manöver auf Regierungsebene, die auf die Errichtung einer Präsidialdiktatur abzielten [16]). Während die Protestbewegung der Schüler und Studenten sich in beispiellosem Ausmaß intensivierte, griffen die Neofaschisten immer offener Arbeiter, Schüler und Stu-

12) La strage die stato, cit., S. 20—21.

13) Der italienische Geheimdienst SID (früher SIFAR) steht unter dominierender Kontrolle der CIA und der NATO, der Arbeitgeber-Verband CONFINDUSTRIA zahlt ihm jährlich 70 bis 80 Milliarden Lire. (Alain Guérin, Qu'est-ce que la CIA, Paris 1968). Nachgewiesen sind zahlreiche Bestechungs- und Einschüchterungsversuche gegenüber bürgerlichen Parteien und Politikern, während die Kollaboration mit den „harten" Neofaschisten, wie schon während des Staatsstreichversuchs 1964, ausgebaut wird.

14) Der Brief wurde am 7. 12. 1969, drei Tage also vor den Bombenattentaten in Mailand und Rom, von den englischen Zeitungen „The Guardian" und „The Observer" veröffentlicht, nur die KP-Zeitungen „L'Unità" und „Paese Sera" sowie das linksliberale Blatt „L'Espresso" druckten ihn in Italien ab. Absender ist Michail Kottakis, Chef des diplomatischen Büros des griechischen Außenministers. Der Brief enthält ein persönliches Schreiben Kottakis an den griechischen Botschafter in Rom, in dem Kottakis bemerkt, der griechische Ministerpräsident glaube, die Anstrengungen der griechischen Regierung in Italien trügen erste Früchte, die Verbindungen zwischen den italienischen Neofaschisten und der griechischen Regierung sollten aber in jedem Fall geheim bleiben. In einem beiliegenden „Rapport", der aus Italien an Papadopoulos geschickt worden war, läßt sich klar erkennen, daß für die schweren Attentate im Frühjahr 1969 und die folgenden Anschläge (wegen derer eine große Anzahl von Linken und von Anarchisten verhaftet und verurteilt wurden) auf das Konto des neofaschistischen griechisch-italienischen Aktionsbündnisses gehen, daß mit Carabinieri und Polizei enge Kontakte aufgenommen und daß Geld und Waffen geliefert wurden. Es lassen sich auch Andeutungen auf das bevorstehende Attentat am 12. Dezember finden.

15) Der Hauptangeklagte in diesem seit 1969 ständig verschobenen Prozeß, der Tänzer Valpreda, ist inzwischen schwer erkrankt, ohne daß entsprechende medizinische Maßnahmen unternommen werden.

16) Bereits am 10. 11. 1969 forderte Mario Tanassi, Präsident der Sozialdemokraten, entweder den Ausschluß der Sozialisten aus der Regierung oder Neuwahlen. Auf dem Höhepunkt der Streikbewegung (fünf Millionen Arbeiter im Ausstand), verlangte die rechte DC die „Reaktion" auf die „Schläge der Streikenden", forderten die jungen Unternehmer in der CONFINDUSTRIA eine „starke Regierung". Almirante kündigte in einem „Spiegel"-Interview am 10. 12. 1969 die „Vorbereitung auf den Bürgerkrieg" an und der Vertreter der CONFINDUSTRIA, Gambarotta, erklärte, das parlamentarische System tauge nicht für Italien. Auch die Armee meldete sich: Am 10. 11. 1969 erklärte ein hoher Offizier in Monza, daß „in der augenblicklichen Situation der Unordnung in den Fabriken und Schulen" die Armee die Aufgabe habe, „die inneren Grenzen des Landes zu verteidigen"; das Heer sei das einzige Bollwerk gegen Unordnung und Anarchie. Im Verlauf des Jahres 1970 nahmen diese Äußerungen zu, vor allem Mauro Ferri, Sekretär der Sozialdemokratischen Partei, forderte ständig Neuwahlen und die Revision der demokratischen Verfassung.

denten an. Im Frühjahr 1971 schließlich marschierten durch Rom, Mailand und andere Großstädte „schweigende Mehrheiten", die eindeutig faschistischen Charakter hatten. Der 14. März wurde ein Höhepunkt: Arm in Arm mit den bekanntesten faschistischen Schlägern defilierten durch die Straßen Roms neben Delegationen fast sämtlicher neofaschistischer Gruppen der ehemalige Oberbefehlshaber der italienischen Armee, der ehemalige DC-Ministerpräsident Tambroni, der pensionierte Carabinieri-General und Geheimdienstchef de Lorenzo, Abgeordnete der Liberalen und der Monarchistischen Partei sowie Offiziere in Uniform. Unter militärischem Zeremoniell wurde am „Altar des Vaterlandes" ein Kranz niedergelegt. Diese bislang größte faschistische Demonstration bewies eindeutig Einfluß und Stellenwert des Neofaschismus: unbehelligt von antifaschistischen Gesetzen [17]) konnten die Neofaschisten offen ihre Stärke dokumentieren.

Bereits Anfang 1971 hatten sich der Fraktionsführer der DC, Andreotti, und der Bürgermeister von Rom, Darida (ebenfalls DC), mit dem Sekretär des MSI, Almirante, getroffen; der eine, um in einem Fernsehgespräch mit Almirante den Wert der „Resistenza" zu verunglimpfen und dem MSI Honorität zu attestieren, der andere, um in Geheimgesprächen mit dem neofaschistischen Parteisekretär Wahlabsprachen im Hinblick auf die Gemeinde- und Provinzwahlen am 13. Juni 1971 zu treffen. Es gab Stimmen, denen zu Folge die Führungsspitze der DC sich mit dem MSI arrangieren mußte, weil de Lorenzo, der 1964 schwarze Listen über linke Parlamentarier und Funktionäre, aber auch über führende Persönlichkeiten anderer Parteien anlegte und in Zusammenarbeit mit NATO-Kreisen und einigen Gruppen innerhalb der DC einen Militärputsch vorbereitete, inzwischen samt seinen brisanten Unterlagen von der monarchistischen Partei zum MSI übergegangen war. Zusätzlich wurde der Verdacht geäußert, daß Almirante den Chef der „Fronte Nazionale", Julio Valerio Borghese, bei seinem Putschversuch im Dezember 1970 [18]) im Stich gelassen und geopfert habe, um mit diesem Manöver Handlungsfreiheit gegenüber der DC zu erkaufen [19]). Das wesentliche Moment für die Rechtswendung der DC indes lag in ihrer Furcht, große Teile ihres Wählerstammes, vor allem im Süden, an den MSI zu verlieren. Die Befürchtung erwies sich als richtig: Nach den Gemeinde- und Provinzwahlen 1971 (in Sizilien wurde das Landesparlament gewählt) zeigte es sich, daß dem MSI der spektakulärste Wahlsieg seit seiner Gründung gelungen war. In Rom erhöhten die Neofaschisten die Zahl ihrer Sitze im Vergleich zu den Regionalwahlen 1970 von 4 auf 7, in Sizilien wuchs der Stimmenanteil von 7,2 auf 16,4 %. In manchen Gemeinden Süditaliens verdoppelte und verdreifachte der MSI, oft mit Hilfe der Großgrundbesitzer, seine Stimmenzahl.

Die gewachsene Bereitschaft in der DC, mit den erstarkenden Neofaschisten offen zu kollaborieren, fand schließlich im vergangenen Dezember ihren bisherigen Höhepunkt, als der DC-Politiker Leone sich mit Hilfe des MSI zum neuen italienischen Staatspräsidenten wählen ließ.

Alarmierend ist auch die Rolle, die die italienischen Streitkräfte spielen. Italiens

17) 1947 und 1952 verabschiedete das italienische Parlament eindeutige Gesetze, die die Verherrlichung des Faschismus und den Wiederaufbau der faschistischen Partei unter Strafe stellten.
18) Über das Mißlingen des Putsches siehe: Tecnica e sociologia del colpo di stato in Italia, in: „Tempi Moderni", Nr. 6, 1971, S. 3—6. Borghese war einer der ersten Ehrenpräsidenten des MSI, den er auch in den Parlamentswahlen 1958 unterstützte, als Ex-Kombattenten der „Republik von Salò den MSI als „bürgerlich" beschimpften. 1967 gründete er den „Fronte Nazionale", dessen Mitgliederkreis hauptsächlich ehemalige Offiziere und Soldaten der „Republik von Salò" umfaßte. Finanziert von amerikanischen und englischen Firmen, Reedern und Industriellen der Hafenstädte Genua, Livorno und La Spezia, stand er zwar in engem Kontakt mit der proamerikanischen Fraktion im italienischen Neofaschismus, war aber nicht bereit, seine Autonomie aufzugeben; aus dem MSI hatte er sich zurückgezogen. Offensichtlich war Borghese in eine gewisse Konkurrenz mit Almirante getreten.
19) Enriques Agnoletti: Equilibri piu avanzati, ma verso destra. „Il Ponte", Mai-Juni 1971, S. 531—535.

Armee ist nicht nur stark mit Faschisten durchsetzt [20]), sondern steht auch organisatorisch in engem Kontakt mit dem Neofaschismus: die zahllosen, vom Verteidigungsministerium unterstützten Waffenvereine vom Typ „Stahlhelm" bilden das organisatorische Rückgrat des militärischen Apparates des italienischen Neofaschismus [21]). Die direkte Verbindung zwischen Armee und Neofaschisten muß zudem im Zusammenhang mit der Existenz eines in Westeuropa beispiellosen Heers von Sondereinheiten gesehen werden: Carabinieri und Polizei verfügen über 200 000 ausgebildete und ausgerüstete Männer für den Bürgerkriegseinsatz [22]).

Geradezu grotesk wirken in dieser Situation Versuche, das bekannte antikommunistische Schreckbild der „Gefahr von links" heraufzubeschwören, um damit den Rechtsruck zu rechtfertigen und zu beschleunigen. Im Frühjahr 1971 beispielsweise, während in Reggio Calabria und im benachbarten Catanzaro neofaschistische Jugendbanden mit Unterstützung der lokalen Industriellen, der DC und der anderen Rechtsparteien weiterhin mit Bomben und Terror die Straßen beherrschten (in Catanzaro warfen die Neofaschisten Bomben in einen antifaschistischen Demonstrationszug, der Maurer Giuseppe Malacaria wurde getötet), während die paramilitärisch organisierten und geschulten Schlägerbanden in L'Aquila unter den Augen der Polizei das Büro der KPI in Brand setzten, in Pescara, Trento, Rom, Neapel und in anderen Städten Bomben explodierten, erklärte Admiral Birindelli, Befehlshaber der Seestreitkräfte der NATO für Südeuropa, in einem Interview: Falls die KPI in die Regierungsmehrheit gelange, werde sich im Heer in einzelnen Fällen die Gewissensfrage stellen. Hinterher dementiert Birindelli sogar noch, von „einzelnen Fällen" gesprochen zu haben, er meine vielmehr „zahlreiche", und der erste sei bestimmt er, da heute die Mehrheit der Bevölkerung den Kommunismus als für die nationalen Interessen schädlich ansehe [23]). Wie sich andererseits die Bundesgenossen des Admirals — der inzwischen bekanntlich für die Neofaschisten kandidiert — in der Polizei und in der Justiz verhalten, mögen aus der langen Liste der Beispiele nur zwei dokumentieren: Wegen faschistischer Aktivitäten sind in Italien 1970 rund 390 Personen angeklagt worden [24]), über die Hälfte davon wurden sofort wieder freigelassen oder während weiterer „Untersuchungen", die allesamt mit der Niederschlagung der Anklage endeten, auf freien Fuß gesetzt. Demgegenüber wurde nach dem Heißen Herbst gegen rund 14 000 Arbeiter, Gewerkschaftsfunktionäre und Angehörige der linken Parteien Anklage erhoben und, gestützt auf ein faschistisches Strafrecht, unvorstellbare Urteile verkündet. Wurden aber bei bekannten Faschisten Waffenlager entdeckt, dann stufte das Gericht sie als „Waffenliebhaber und -sammler" ein und sprach sie frei.

Auch das italienische Kapital setzt den Faschismus, vor allem seit dem Herbst 1969, gegen die Arbeiter ein; Provokateure, Schläger oder Spitzel benötigt es dringender denn je, und es ist kein Zufall, daß FIAT Arbeiter aus dem Süden

---

20) Das Sicherheitsattest (NOS), das für die Karriere im Heer ausschlaggebend ist, erhalten vornehmlich Mitglieder des MSI, während Mitglieder linker Parteien wegen „Staatsgefährdung" ausgeschlossen werden. („Rinascità", 26. 3. 71.)

21) Eine ausführliche Darstellung dieser seit 1969 sprunghaft angewachsenen „Associazioni d'arma" findet sich bei Pietro Secchia, Le armi del fascimo 1921—1971, Mailand 1971, S. 27—34. Die Zahl ihrer Mitglieder beläuft sich mittlerweile auf rund 15 000, fast alle sind im Besitz von leichten Waffen.

22) Zur Funktion dieser Sondereinheiten und der italienischen Armee, die auf den Einsatz im Innern des Landes vorbereitet werden, siehe vor allem: Sergio Bova/Giorgio Rochat, Le forze armate italiane, „Inchiesta", Frühjahr 1971, S. 3—27, und Enea Cerquetti: Che cos'è la NATO, Mailand 1969. Daneben noch: Rapporto sulle accademie militari, „L'Espresso colore", 6. 6. 1971, und der Bericht über die Polizeistreitkräfte, die ihren Nachwuchs hauptsächlich aus Süditalien und Lazio (rund 80 %) rekrutieren. (Mario Scialoja, Il Poliziotto, „L'Espresso colore", 1971.)

23) „Tempo", März 1971.

24) P. Secchia, Le armi del fascimo, cit. S. 14, zitiert nach einem Bericht von Innenminister Restivo.

durch den CISNAL, die „Gewerkschaft" des MSI, rekrutieren läßt, die in den Betrieben des Konzerns als Streikbrecher eingesetzt werden [25]), daß der Arbeitgeberverband CONFINDUSTRIA die Neofaschisten ebenso unterstützt wie früher die Liberale Partei und den Geheimdienst SID — aber er kann den Neofaschisten nicht die Funktion einräumen, die sie vom amerikanischen Imperialismus erhalten haben.

Während sich der Konzentrationsprozeß im italienischen Staatskapitalismus fortsetzte (auf dem Finanzmarkt mit der Fusion Italpi-Carlo Erba (Pharmaindustrie) — Montedison, die die Finanzholding BASTOGI zur Finanzzentrale des Riesenkomplexes machte), setzte genau zum Zeitpunkt, als die internationale Krise sich abzeichnete und die ersten neofaschistischen Aktionen in Italien begannen, eine ökonomische Offensive des US-Imperialismus in Italien ein: Seit 1968 führen amerikanische Finanzkreise, beispielsweise die „Continental Illinois Bank", in der vor allem Kapital der amerikanischen Rüstungsindustrie (und Spekulationsgelder des italienischen Finanzkapitals) konzentriert ist und die „Gulf and Western", Zentrale der Erdölgiganten, allesamt durchsetzt vom amerikanischen Mafia-Ableger „Cosa Nostra", in Italien eine ausgedehnte Aktion zum Aufkauf mittlerer und kleiner Betriebe durch, die durch die hemmungslosen Monopolisierungstendenzen des Staatskapitalismus und der privaten Monopole, seit 1969 auch durch den verschärften Klassenkampf, in eine Existenzkrise geraten waren [26]). Der Mittelsmann des amerikanischen Finanzkapitals, Michele Sindona, sanierte und konzentrierte diese Betriebe und verkaufte sie dann an ausländische, hauptsächlich amerikanische Monopole weiter. Von diesen Finanzkreisen hinter Sindona und von den mit ihnen liierten belgischen Großagrariern und holländischen, englischen, französischen Minenbesitzern in Afrika, ferner von den am Ölgeschäft beteiligten europäischen Finanzzentren sollen die italienischen Neofaschisten heute vor allem bezahlt werden. Mittlerweile verfügt Sindona über ein riesiges Industrie- und Finanzimperium in Italien und als er Ende 1971 sich über die Westdeutsche Landesbank in Besitz der Finanzholding BASTOGI, inzwischen das Kernstück des italienischen Monopol- und Staatskapitalismus, setzen wollte, gelang es dem italienischen Kapital nur durch massive Intervention und mit erheblichen finanziellen Verlusten, diesen Angriff abzuwehren.

Die Strategie Sindonas hat die Konfrontation mit dem italienischen Monopolkapitalismus weiter vorangetrieben und gleichzeitig die Krise der Klein- und Mittelindustrie weiter verschärft [27]). Die ab 1969 eingetretene ökonomische Krise, mit Preisanstieg, zunehmender Arbeitslosigkeit und politischer Instabilität des bourgeoisen Regimes, hat nun dazu geführt, daß sowohl der amerikanische Imperialismus wie das Mittel- und Kleinkapital, wie auch der italienische Monopol- und Staatskapitalismus mehr und mehr auf den Faschismus zurückzugreifen be-

---

25) „L'Unità", 31. 10. 71. Die lokalen Büros des MSI und des CISNAL bieten den jungen, arbeitssuchenden Süditalienern eine Stelle bei FIAT an, wenn sie in die Partei oder die „Gewerkschaft" eintreten.

26) La strage di stato, cit, S. 150 ff.

27) Der Generalsekretär für wirtschaftliche Planung, Giorgio Ruffolo, legte der Wirtschaftskommission des Senates Ende 1971 einen Bericht vor, der die Agonie der mittleren und Kleinbetriebe verdeutlicht. Nach einer Statistik aus dem Jahr 1969 bestehen 94 % der italienischen Industrie aus Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten. (Aber die Monopole, 20 Konzerne, stellen über 1/3 der Gesamtproduktion Italiens.) Zwischen 1951 und 1969 hat sich die Zahl der kleinen Unternehmen um 18 000 verringert, aber die Zahl der bei ihnen Beschäftigten stieg um 30 %. (Die Monopole verringerten die Zahl der Beschäftigten durch Rationalisierung und Automatisierung, der monopolistische Staatskapitalismus zudem noch durch die Konzentration auf nicht arbeitsintensive Industrien.) Da die mittleren und kleineren Unternehmen ihre Profite hauptsächlich aufgrund des niederen Lohnniveaus erreichten, traf sie der Lohnanstieg härter, zudem konnten sie die gestiegenen Kosten weniger leicht auf die Preise abwälzen und Investitionen wurden durch die restriktive Politik des Finanzkapitals erschwert. Die Inanspruchnahme staatlicher Finanzhilfe wurde in den letzten Jahren mit der Auflage verbunden, den Produktionsprozeß zu modernisieren. Außerdem, so Ruffolo, sind fast alle diese Industrien stark auf den Export nach den USA angewiesen, der durch die Importsteuer der USA erheblich reduziert wurde. („L'Espresso", Economia/Finanza, 12. 12. 71, S. 11.)

strebt sind, dessen objektive Funktion allerdings schon weitgehend determiniert ist.

III

Die italienische Bourgeoisie, die „Lumpenbourgeoisie Europas", konnte ihre Herrschaft in einer parlamentarisch-demokratischen Staatsform aus eigener Kraft nie aufrechterhalten. Monarchie und Kirche überstanden die Niederlage im Ersten Weltkrieg und behaupteten sich auch, als die italienische Bourgeoisie nach der kurzlebigen Demokratie die Revolte der Landarbeiter, des Subproletariats und des Kleinbürgertums zur Errichtung der faschistischen Herrschaft ausnutzte. — 1947 wurde die Monarchie zwar durch einen Volksentscheid mit knapper Mehrheit abgeschafft, die Position der Kirche, gefestigt in den Lateran-Verträgen mit Mussolini, aber von den Alliierten und der italienischen Regierung bestätigt. Aufgrund des ganz speziellen Ausbeutungssystems des italienischen Kapitalismus war diese Bourgeoisie seit ihrer Geburt gespalten, weder Liberalismus noch merkantile Progressivität konnten sich in ihr voll entfalten — ebensowenig Reformismus und Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterklasse.

Bereits im Zeitraum von 1861 bis 1878 wurden die Grundlinien des kapitalistischen Systems festgelegt: Unter starkem Einfluß von französischem und deutschem Bankkapital entwickelten sich hauptsächlich Dienstleistungsbetriebe und Bankwesen, mit über fünfzigjähriger Verspätung gegenüber den fortgeschrittenen Industriestaaten Frankreich und England auch metallverarbeitende und Textilindustrien. Der Mangel an Rohstoffen und verkehrstechnische Nachteile begünstigten die Konzentration der modernen Industrie im Norden, und angesichts der verzögerten industriellen Expansion benutzte der Staat zunehmend die nationalen Ersparnisse zur Errichtung von staatlich kontrollierten Produktionsbereichen (hauptsächlich Grundstoffindustrie und Ausbau der Infrastruktur) und beschränkte so die Ausdehnung des Kapitalismus, die er eigentlich fördern wollte. Die Folgen: um die im Verhältnis zu den vorhandenen Produktivkräften geringe Industrialisierung profitreich zu gestalten, floß nicht nur das verfügbare private, sondern auch indirekt das vom Staat investierte Kapital in profitreiche Industrien wie zum Beispiel die Automobilherstellung (FIAT) oder in die des Auslandes und förderte so auf der einen Seite die Monopolisierung nicht nur auf einer Produktionsebene, sondern die Monopolisierung dieser Industrien (und entsprechend das Finanzkapital) [28]) im Gesamtkomplex der wirtschaftlichen Produktion überhaupt; auf der anderen Seite wanderten die nicht ausgenutzten Produktivkräfte beständig ab. Da aufgrund der chronischen Unterbeschäftigung und des entsprechenden Überschusses an menschlicher Arbeitskraft die Löhne ständig auf dem niedrigsten Niveau gehalten werden konnten, andererseits aber infolge der Unterbeschäftigung die Nachfrage des inneren Marktes äußerst schwach blieb, produzierten diese fortgeschrittenen Industrien hauptsächlich für den Export. Gleichzeitig aber erhöhte diese Exportabhängigkeit die politische Abhängigkeit Italiens von den imperialistischen Mächten, die darüber hinaus in Italien selbst dominierende Positionen einnehmen konnten: als Lieferanten von Rohstoffen, als Besitzer von Industrien, die hohe Investitionen und fortgeschrittenen technologischen Standard erforderten und als Partizipanten am italienischen Finanzmarkt.

In Süditalien wurde die postfeudalistische Struktur konserviert, das ineffektive

---

28) 0,53 % der Aktiengesellschaften besaßen 1968 56 % des gesamten Gesellschaftskapitals.

Agrarsystem, mit seiner Masse von Kleinpächtern und Tagelöhnern und wenigen Großgrundbesitzern, subventioniert. Die staatlichen Rohstoffindustrien, die Ölraffinerien und Steinbrüche, die Ölbaumplantagen und Weingebiete boten den süditalienischen Bauern keinen Ersatz für die aufgegebene Beschäftigung in der Landwirtschaft, die durch das Näherrücken der Märkte in der internationalen Konkurrenz nicht mehr mithalten konnte. Neben den forschungsintensiven Industrien ist die Nahrungsmittelproduktion und -lieferung heute zum großen Teil in ausländischen Händen. Alle Subventionen hätten angesichts der Emigration der Arbeitskräfte die totale Verelendung Italiens nicht verhindern können, würde nicht durch die Geldsendungen der Emigranten das Existenzminimum der zurückgebliebenen Angehörigen teilweise gewährleistet und gäbe es keinen Tourismus. Die Kolonie Süditalien, deren primärer „Rohstoff" Menschen sind, wird beherrscht von einem „sottogoverno" aus korrupten bürgerlichen Politikern, organisierten Verbrechern, Bodenspekulanten, Großgrundbesitzern und den Bossen der rohstoffördernden oder verarbeitenden Industrien. Hinzu kommen noch die NATO-Stellen in Neapel, die Kirche, Carabinieri- und Armeequartiere und seit kurzem die Neofaschisten, die zwischen Palermo und Rom ihre Stützpunkte (Parteibüros, Ausbildungscamps, Trainings- und Waffenlager) errichtet haben.

In einem solchen System, das im Süden wie im Norden auf die Verschleuderung der Produktivkräfte gegründet ist, kann es keine Stabilität geben. Nicht nur, weil die Klassengegensätze allein schon aufgrund der alltäglichen Realität nicht zu verschleiern sind, sondern weil auch Mittel- und Kleinbürgerschichten in diesem archaischen System zunehmend ihre Existenzgrundlage verlieren — wäre da nicht ein ins Gigantische aufgeblasener Verwaltungs- und Repressionsapparat, der nicht nur zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, sondern auch zum Lebensunterhalt der Mittelschichten dient. Den politischen Preis für dieses bürokratische Monstrum, das je mehr es anwächst, desto weniger im Sozial- und Gesundheitswesen, im Steuer-, Justiz- oder Ausbildungswesen leistet, zahlt wiederum die Arbeiterschaft: mit eklatant hohen Sozialabgaben und Steuern, mit Kindersterblichkeit, Krankheit, Armut, mit der Verfolgung durch eine faschistoide Justiz, mit Unwissenheit und Analphabetentum. Italien hat unter den westeuropäischen Industriestaaten den geringsten Anteil an arbeitender Bevölkerung, das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen, die höchsten Mieten, die höchste Unfallrate am Arbeitsplatz — die Liste, die die umfassende Ausbeutung der Arbeiterklasse dokumentiert, läßt sich beliebig weiterführen. Auf der anderen Seite kann sich ein Teil des perspektivlosen Kleinbürgertums nur durch Korruption und Klientel in seiner sozialen Position, hauptsächlich als Beamte, halten. Ein anderer Teil, der als lohnabhängiger in den Produktionsprozeß aufgenommen wird, ist im Vergleich zur gesamten Mittelschicht noch gering [29]). Der dritte Teil aber, der freiberuflich oder als Rentner bzw. Pensionär noch außerhalb der direkten Abhängigkeit von Industrie und Staatsapparat steht, pflegt in Krisenzeiten, die seine Existenzgrundlagen empfindlich angreifen, sich sofort auf die antikommunistische und faschistische Seite zu schlagen — in Italien mehr als anderswo: Denn erstens ist seine Existenzgrundlage, sei es Kleinhandel oder Arztberuf, der Posten als Beamter, Haus- oder Aktienbesitz, selbst unter „normalen" Umständen anachronistisch, denn er verdient nur dadurch, daß er am allgemeinen System der totalen und

[29]) Der Anteil der dauernd beschäftigten Bevölkerung beläuft sich im Süden auf etwa 28 %, in ganz Italien auf rund 37 %. Etwas über 60 % sind der Arbeiterklasse, 1,3 % der Unternehmerschicht zuzurechnen. Dagegen existiert noch eine große Anzahl von Selbständigen und mithelfenden Familienmitgliedern, die über 30 % der aktiven Bevölkerung ausmachen. Zwar nahm die Zahl der Angestellten entsprechend der kapitalistischen Entwicklung um annähernd 1,3 Millionen zu, liegt aber noch weit unter dem Durchschnitt anderer EWG-Länder. (Vgl. Detlev Albers/Werner Goldschmidt/Paul Oehlke, Klassenkämpfe in Westeuropa. Frankreich — Italien — Großbritannien, Reinbek 1971, S. 118—125.)

extensiven Ausbeutung der Arbeiterklasse partizipiert — deshalb das Aufbrechen faschistischer Tendenzen in diesen Schichten, als die Gewerkschaften Anfang 1970 ihr „Reformpaket" vorlegten; zweitens dauern in der italienischen Bevölkerung, vor allem in Süditalien, neben dem dominierenden Katholizismus noch sehr starke monarchistische und feudalistische Bewußtseinsinhalte fort, was sich vor allem im Aufstand von Reggio Calabria zeigte. Hinzu kam als typisches Moment eines Verwaltungsapparates, dessen Funktion primär politisch und nicht verwaltungstechnisch ist, daß aufgrund der Ineffektivität dieser sich ausweitenden Bürokratie die sozialen Institutionen und die Ausbildung der notwendigen Fachkräfte total vernachlässigt wurden.

Das Ausbildungswesen produzierte aber trotz seiner chaotischen Struktur weiterhin Fachkräfte — nur zu viele und zu schlecht ausgebildete. In Italien können keine technischen Spezialisten ausgebildet werden, da es auch kaum Grundlagenforschung, den Motor der industriellen Expansion, gibt. In Italien können aber Massen von Psychologen, Lehrern oder Ärzten schlecht ausgebildet werden — nur finden sie keine Arbeit. Es gibt zur Zeit 700 000 arbeitssuchende Jugendliche, davon haben 40 % höhere Schulbildung, aber es gibt keine neuen Planstellen in den spärlichen Schulen, weil beispielsweise der Etat des Unterrichtsministeriums für Sonderausgaben seiner Beamten dreimal so hoch ist wie der Betrag, der für das eigentliche Unterrichtssystem ausgegeben wird. Die frustrierten Jugendlichen aus bürgerlichen Familien kommen heute nicht mehr aus einem Krieg, in dem sie umsonst gekämpft haben, sondern sie kommen aus einer Schule, in der sie umsonst gelernt haben. „Avanguardia Nazionale" [30]), „Gioventù Europa" [31]), „Ordine Nuovo" und wie alle die neofaschistischen Organisationen heißen, sind überwiegend aus solchen Jugendlichen zusammengesetzt.

Aber dieser Widerspruch innerhalb des italienischen Kapitalismus hat sich erst in den letzten Jahren mit aller Deutlichkeit gezeigt, die Grundwidersprüche dieses Systems konnten seit seiner Geburt nicht überwunden werden, nicht einmal während der Epoche der faschistischen Diktatur. Im Gegenteil, dort wurden sie erst sanktioniert. Das einzige, was dem Faschismus gelang, war zu verhindern, daß sie zum Ausbruch kamen. Am 10. Juli 1943, als die alliierten Truppen in Sizilien landeten, war es damit auch vorbei. Fünfzehn Tage später wurde Benedetto Mussolini aller seiner Ämter enthoben und anschließend auf Anordnung des großen Faschistischen Rates verhaftet. Kein Kampf bis zum letzten, kein „Totaler Krieg". Die italienische Bourgeoisie ließ den Faschismus fallen wie eine heiße Kartoffel, Kirche und Monarchie traten aus dem Hintergrund und hielten den amerikanischen Generälen die Türen zum Regierungssitz offen. Das alte System wurde schleunigst wiederhergestellt, samt seinen explosiven Widersprüchen, aber diesmal konnte sich die italienische Bourgeoisie auf den mächtigsten Bündnispartner gegen die Arbeiterklasse verlassen, den sie je zur Verfügung hatte.

---

30) „Avanguardia Nazionale" wurde 1962 von Stefano delle Chiaie, einer zentralen Figur im italienischen Neofaschismus, gegründet (er verschwand nach dem 12. 12. 69 ins Ausland). Bezahlt von lombardischen Zementfabrikanten, rekrutierte Avanguardia ihre Mitglieder hauptsächlich aus der Mittel- und Kleinbourgeoisie. Offiziell in Opposition zum MSI, unterstützt sie hauptsächlich die Fraktion der „Harten" unter Almirante. Sie ist eine der aggressivsten Gruppen innerhalb der faschistischen außerparlamentarischen Organisationen. „Avanguardia Nazionale" hat etwa 1500 Mitglieder, davon allein in Rom rund 300. („Paese Sera", 5. 2. 71.) Ihr Symbol ist die Rune der Hitlerjugend. Wie „Ordine Nuovo" hat sie zahlreiche Verbindungen ins Ausland, vor allem in die Bundesrepublik. Die Polizei ließ sie 1963 im September, als Tschombé Rom besuchte, demonstrierende Studenten zusammenschlagen. Innerhalb des SIFAR-Putsches sollte Avanguardia Attentate gegen die staatliche Rundfunkgesellschaft RAI und das Büro der DC ausführen. Ab 1964 verstärkten sich ihre terroristischen Anschläge gegen linke Studentengruppen, 1966 löste sie sich formal auf. Heute existiert sie wieder. Mario Merlino war lange Zeit Mitglied von Avanguardia. (La Strage, cit., S. 40 ff.)

31) Es existieren etwa 30 neofaschistische Organisationen auf nationaler Ebene, die lokalen Gruppen nicht miteingerechnet. Der MSI hat neben seiner „Gewerkschaft" CISNAL noch eine Studentengruppe FUAN-Caravella.

IV

Das innere Kräfteverhältnis in Italien war nach der Niederlage des Faschismus für die Großbourgeoisie durchaus Gegenstand der Besorgnis. In der antifaschistischen Widerstandsbewegung, die sich in den „Nationalen Befreiungskomitees" organisiert hatte, nahm die Kommunistische Partei Italiens (PCI) eine führende Position ein. Die Arbeiterkämpfe im Norden und der Aufstand der Kleinbauern und Tagelöhner im Süden ließen in den Augen der Alliierten und der italienischen Bourgeoisie die Weiterführung des antifaschistischen Widerstandskampfes zur Errichtung einer sozialistischen Republik möglich erscheinen — die KPI unter Togliatti dagegen schätzte die Situation anders ein. Sie akzeptierte das Amnestie-Gesetz und die Bestätigung der Lateranverträge, sie trat in die Interims-Regierungen unter Kontrolle der Alliierten mit ein und sie löste die „Befreiungskomitees" auf, als dies gewünscht wurde. Tatsächlich waren, wie schon der knappe Volksentscheid für die Republik und gegen die Monarchie zeigt, die Chancen für eine Ablösung der großbürgerlichen Herrschaft gering, die amerikanische Armee, die englischen Truppen (die gerne die Monarchie restauriert hätten) und die desolate wirtschaftliche Situation verminderten diese Chancen noch mehr, ganz zu schweigen von der reaktionären Politik des einflußreichen Vatikans. Mit Hilfe der Liberalen Partei (PLI), in die nach Kriegsende sehr viele Faschisten eingetreten waren und deren Basis vor allem im Großbürgertum des Südens lag, wurde die antifaschistische Einheitsfront gesprengt. Während sich Republikaner (PRI) und Liberale nach rechts bewegten, spaltete sich später die sozialistische Bewegung, Giuseppe Saragat gründete seine sozialdemokratische Partei, die in kurzer Zeit angesichts der fehlenden Massenbasis zum Handlanger der Alliierten und der DC degenerierte, die Gewerkschaftseinheit zerbrach ebenfalls.

1948, in den ersten Wahlen zum Parlament der neukonstituierten Republik, erreichte die DC fast die absolute Mehrheit, nach einer Reise de Gasperis, des DC-Ministerpräsidenten, nach Washington wurde die KPI endgültig aus der Regierung gedrängt und Innenminister Scelba konnte nun mit der großen Repression gegen die Arbeiterbewegung beginnen: im Norden mit der Armee, mit Carabinieris und Sondereinheiten der Polizei, im Süden mit dem Bündnis Mafia-Carabinieri-Banditen-Separatisten. Lediglich die Durchsetzung einer Verfassung, die potentiell den Schritt vom bürgerlichen Parlamentarismus zur sozialistischen Demokratie beinhaltet, konnten die Arbeiterparteien auf ihr Haben-Konto schreiben. In der 1947 mit 453 gegen 62 Stimmen von der konstituierenden Nationalversammlung angenommenen Verfassung steht beispielsweise, daß die Souveränität dem Volk gehört, daß jeder das Recht (!) auf Arbeit hat, daß der Lohn dem Anstieg der Lebenshaltungskosten angeglichen werden muß, daß die Arbeiter ein Recht auf direkte Gewinnbeteiligung haben ... Einige dieser Punkte wurden jetzt, nach 25jähriger Verspätung, formal realisiert, beispielsweise die Dezentralisierung des Staates durch die Errichtung von Regionen, denen ein Teil der Kompetenzen zugesprochen wurde. Tatsächlich aber werden diese Regionen von DC, Sozialdemokraten, Liberalen und Neofaschisten massiv obstruiert und behindert, ihre Rechte und Kompetenzen in Frage gestellt.

Andererseits bot die Verfassung mit den weitreichenden Funktionen des Präsidenten der Republik für Rechtsmanöver ziemlichen Raum: Der Präsident kann das Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen, er nominiert den Regierungschef und bestätigt ihn, er ernennt Verfassungsrichter und Senatoren auf Lebenszeit, er kann Gesetze ans Parlament zurückweisen und ein Referendum einleiten, er sitzt im obersten Rat der Magistratur, und er ist der oberste Kriegsherr. Es

sollte sich zeigen, daß die DC und die anderen Rechtsparteien zunehmend auf eine Kompetenzerweiterung des Staatspräsidenten nach französischem Muster hintendierten und daß sie in der Praxis die bereits bestehenden Kompetenzen des öfteren zu Aktionen ausnutzten, die die partielle oder totale Aufhebung der antifaschistischen Verfassung zum Ziel hatten. Unterstützt wurden diese Versuche durch Polizei und andere bewaffnete Kräfte, die aus dem faschistischen System übernommen wurden. Als unter alliierter Kontrolle das italienische Heer neu aufgebaut wurde, war sein Kampfauftrag explizit die Stabilisierung der inneren Lage Italiens, und das ist bis heute so geblieben. Magistrat und Präfekt, Justiz und Exekutive sind durch das geltende Öffentliche Recht, das teilweise unverändert aus der monarchistischen bzw. faschistischen Ära übernommen wurde, eng miteinander liiert und wie der Staatsapparat durch reaktionäre Cliquen verwaltet, die mit Hilfe eines faschistisch geprägten Strafrechts beispielsweise jeden verhaften lassen können, der marxistische Bücher liest („Verschwörung"), der demonstriert („Klassenhaß predigen") oder die Polizei kritisiert („Verächtlichmachung öffentlicher Institutionen"). Die „Wahrung der Öffentlichen Sicherheit" durch diesen gigantischen Repressionsapparat aus Armee, Carabinieri, Justiz, Polizei und paramilitärischen Verbänden war neben den Projekten einer Präsidialverfassung ständig ein Ansatzpunkt für Manöver, die auf den Abbau demokratischer Rechte und auf den Ausbau der Unterdrückungsmittel abzielten. 1967 beispielsweise, als imperialistische Kräfte in Griechenland die Militärdiktatur errichteten, legte die italienische Rechte, wie schon einige Male zuvor, im Parlament eine Gesetzesvorlage vor, in der der Präfekt im Falle „außerordentlicher Zustände und Notstände" (der Notstand soll von der Regierung, nicht von den beiden Kammern erklärt werden) völlige Handlungsfreiheit erhielt [32]).

Das Monopol- und Finanzkapital hat mit diesem Instrumentarium an Repressionsmitteln, die rechtlich abgesichert sind, zahlreiche Möglichkeiten, den Kampf der Lohnabhängigen brutal zu unterdrücken. Außerdem verfügen die Monopole über eigene Spionagezentralen in den Fabriken, die hauptsächlich von ehemaligen Polizisten besetzt sind und nicht nur, wie bei FIAT kürzlich publik wurde, die Arbeiter kontrollieren und bespitzeln, sondern auch durch Bestechung und Erpressung Exponenten der Kommunalverwaltung und der Polizei in ihre Abhängigkeit bringen [33]).

Als aber mit Beginn des Jahres 1969 die Arbeiterschaft in ihren Lohnkämpfen eine bislang unbekannte Geschlossenheit und Militanz entwickelte und die Mittelschichten aufgrund der allgemeinen ökonomischen Krise zu rebellieren begannen, wurde dieser Repressionsapparat mehr und mehr um diejenigen Kräfte erweitert, die sowohl gegen die Arbeiterbewegung einzusetzen waren als auch die Kontrolle über die rebellierenden Mittelschichten und Randgruppen gewährleisteten: die Faschisten.

V

Unter der Führung von Arturo Michelini hatte sich der MSI als legitimer Erbe der Faschistischen Partei Mussolinis verstanden. Die Ablehnung des Atlantik-Paktes durch Michelini war Ausdruck einer imperialistischen Ideologie, die sich dem siegreichen amerikanischen Imperialismus nicht beugen mochte, die Ablehnung der Verstaatlichung der Elektrizitätsindustrie Ausdruck des Klassen-

[32]) Siehe dazu: Pietro Secchia, Colpo di stato e legge di pubblica sicurezza, Mailand 1967.
[33]) „L'Unità", 24. 9. 71.

standpunktes, der Verstaatlichung nur in einem System akzeptiert, wo Staat und Klasse, nämlich das Bürgertum, identisch sind. Mit dem neuen Staat, mit der Republik, arrangierte sich Michelini niemals — aber er arrangierte sich bestens mit seinen Institutionen, allesamt beherrscht von den rechten bis reaktionären Parteien. Wichtige Industriekreise mißtrauten der Regierung, die nach dem Scheitern des „legge truffa" im Sommer 1953 (durch Manipulation der Wahlgesetze sollte der DC die absolute Mehrheit garantiert werden) mit dubiosen Koalitionen einen unbeständigen Kurs verfolgte, und unterstützten neben den Faschisten hauptsächlich die Liberale Partei.

Damals verfocht Fanfani seine integralistischen und korporativen Ideen, aber Fanfani galt auch als großer Förderer der Installation amerikanischer Raketenbasen und Flottenstützpunkte in Italien [34]). Gegenüber Fanfani, den linken Parteien und den Technokraten in der DC hegte der MSI stärkstes Mißtrauen, und Michelini agitierte ständig für eine centro-destra-Regierung, die die Verstaatlichungstendenzen der linken DC-Technokraten und den integralistischen Kurs Fanfanis bremsen sollte. Fanfani, der einige Kabinette gebildet hatte, wurde schließlich durch die erstarkte Linke zurückgedrängt und für den Zeitraum 1957 bis 1960 stellten der MSI, die Monarchisten (beide Parteien waren ein enges Bündnis eingegangen) und die Liberalen den Ersatz für den Flügel der DC dar, der sich mit der reinen Verteidigung des Status quo nicht mehr begnügen mochte und auf eine stärkere und planvollere Expansion der Industrie mit Unterstützung der reformistischen Arbeiterorganisationen drängte. Während die DC mit den reaktionären Parteien, den MSI miteingeschlossen, noch an Koalitionen laborierte, die schließlich in dem Versuch enden sollten, den MSI an der Regierungsverantwortung mitzubeteiligen, näherte sich einerseits der revisionistische Teil der Arbeiterbewegung immer mehr dem Konzept der „linken" DC, andererseits baute das Finanz- und Monopolkapital das kapitalistische System, wie es sich heute repräsentiert, weiter aus: Rohstoffindustrien und Produktionsmittelindustrien wurden verstaatlicht und konzentriert, die staatlichen Beteiligungen an Mittel- und Kleinunternehmen wuchsen (der Abbau des Protektionismus der Nachkriegsjahre brachte diese in erhebliche Schwierigkeiten), der Arbeitsprozeß wurde technologisch verbessert, und 1958, mit der Konstitution der EWG, bot sich dem Finanzkapital die Möglichkeit stärkerer Expansion.

Als im Sommer 1960 die Regierung Tambroni (DC), Vertreterin der reaktionären Teile in der DC, die Faschisten als Bündnispartner akzeptieren wollte, wurde sie zwar durch den Aufstand der Arbeiterschaft gestürzt, der MSI aber erzielte in den anschließenden Provinzwahlen mit insgesamt 5,9 % der Stimmen sein bislang höchstes Wahlergebnis. Doch mit dem Fall der Tambroni-Regierung zerbrach endgültig die alte zentristische Formel und die Sozialistische Partei wurde von der DC nolens volens als regierungsfähig anerkannt: MSI, Liberale und Monarchisten hatten dies als die „Bolschewisierung" Italiens an die Wand gemalt und Stimmen damit gewonnen. Als die Mitte-Links-Regierung dann aber Realität war, verloren sie nicht nur Stimmen, sondern auch ihre bisherige Funktion als Kollaborateure der DC — sie wurden zur „eisernen Reserve" degradiert und das sind sie bis 1968/69 auch geblieben.

Als 1963 der hemmungslose Boom in der bislang gravierendsten ökonomischen Krise Italiens kulminierte und weder Reformismus noch eine rechte Koalition die Stabilisation im Innern garantieren konnten, zahlten die USA dem Präsiden-

34) Zur Geschichte des Nachkriegs-Italien liefert das Buch von Giuseppe Tamburrano, Storia e cronaca del centro-sinistra, Mailand 1971, umfangreiches Material.

ten der italienischen Zentralbank zwar eine Milliarde Dollar, gleichzeitig aber versuchten sie auch mit Hilfe von NATO, CIA, dem italienischen Heer und dem italienischen Präsidenten Segni die Situation in ihrem Sinne zu bereinigen: mit der Errichtung einer Militärdiktatur, die nicht nur den italienischen Kapitalismus im Innern wieder stärken, sondern auch gleichzeitig seine Konkurrenzfähigkeit eindämmen sollte. Als geeignetes Instrument wurden der italienische Geheimdienst SIFAR und sein Chef de Lorenzo präpariert, die italienische Armee stand ohnehin weitgehend unter der Kontrolle der USA und der NATO. Der MSI aber wurde nicht mobilisiert, Michelini war nicht der geeignete Bündnispartner.

Unter der Regierung Johnson dehnten die USA ihre Interventionen auf militärischer Ebene nicht nur in Vietnam, sondern — was wenigen bewußt ist — auch in Europa aus (gescheiterter Staatsstreichversuch in Italien 1964, erfolgreicher Putsch der Obristen in Griechenland 1967), aber es scheint, daß die amerikanische Rüstungsindustrie und das Finanzkapital erst in Nixon ihren vollkommenen Vertreter gefunden haben, der nicht allein mit Bomben, sondern auch mit Taktik vorgeht.

So ist es kein Zufall, daß 1968/1969, im Zeichen der weltweiten Krise des Imperialismus, primär die italienischen Faschisten unterstützt wurden, daß Parlamentarier des MSI (die „Harten") 1968 für Nixon in den Wohnvierteln amerikanischer Großstädte, in denen italienische Emigranten lebten, Wahlpropaganda betrieben und daß die Kollaboration zwischen CIA, griechischen Faschisten, italienischem Heer und Geheimdienst immer enger wurde. Der MSI Giorgio Almirantes, der sich heute der herzlichen Freundschaft Präsident Nixons rühmt, ist nicht mehr auf die Gelder der italienischen Reeder, Hoteliers, der Großgrundbesitzer, Klein- und Mittelunternehmer angewiesen, aber weist sie nicht ab. Der Großteil des Geldes jedoch, mit dem der MSI seine Jugendorganisationen und Schlägerbanden, die Zeitungen, Parteibüros und die Flut nazistischer und faschistischer Literatur bezahlt, kommt aus dem Ausland.

Wenn sich der MSI als Ordnungsfaktor präsentieren will, kann er heute Schuldirektoren zwingen, zu ihrem und der Schule „Schutz" die Faschisten zu rufen (viele tun es ohnehin freiwillig), ohne daß die Polizei die offenen Aggressionen gegen linke Schüler auch nur zur Kenntnis nimmt, und wenn sich die faschistische „Gewerkschaft" CISNAL in ihrer „revolutionären" Linie bestätigen will, nutzt sie jede lokale Arbeitererhebung sofort zu provokatorischen Aktionen aus, ohne sich um den Fetisch des Privateigentums zu kümmern.

Der italienische Monopol- und Staatskapitalismus profitiert kurzfristig am Anwachsen des Neofaschismus (den er nicht unter Kontrolle hat) ebenfalls: Auf der einen Seite dient er ihm als Druckmittel gegen die Arbeiterschaft, auf der anderen Seite als Druckmittel zur Konsolidierung der Bourgeoisie. Das war das Kalkül Fanfanis und es ist fast aufgegangen, die „fortschrittliche" DC unter Moro und die linke DC unter Donat-Cattin sind angesichts der für die DC prekären Situation zum Stillhalten verurteilt. Andererseits zeigen die Präsidentschaftswahlen Ende 1971, daß Fanfani das Erpressungsmanöver mit der faschistischen Gefahr bezüglich der Arbeiterbewegung nicht ganz gelungen ist.

VI

Fanfani, der in den 50er Jahren als „Linker" bezeichnet wurde, weil er sich für den Ausbau des Staatskapitalismus engagierte (inzwischen werden seine Arbeiten als Professor während des Mussolini-Regimes publiziert, die ihn als überzeug-

ten Faschisten ausweisen, wollte nach mehreren vergeblichen Versuchen dieses Mal endgültig den Präsidentenstuhl besteigen, um Italien zu retten — nicht direkt **vor dem Kommunismus** (und das schon gefiel den Funktionären der MSI nicht), sondern mehr vor dem „Chaos". Selbstverständlich sah Fanfani zu diesem Zweck nicht nur eine Einschränkung der Erfolge vor, die die italienische Arbeiterschaft im Heißen Herbst 1969 in erbitterten Kämpfen errungen hat, sondern auch eine Einschränkung der garantierten Rechte der italienischen Arbeiter, beispielsweise des Streikrechts. In seiner integralistisch-konservativen Politik waren weitere Schritte gegen die Arbeiterorganisationen allerdings nicht vorgesehen, vorausgesetzt natürlich, daß Arbeiterparteien und Gewerkschaften diese politische Entmündigung akzeptierten, die „Konzertierte Aktion" der Bundesrepublik wäre ganz nach seinem Geschmack. Doch in vorderster Linie visierte Fanfani die Stärkung des nationalen Monopol- und Finanzkapitals an, verbunden mit einer neutralistischen Außenpolitik. Dem Auslandskapital sollten in Italien nur dort Beschränkungen auferlegt werden, wo es den Interessen dieses nationalen Monopolkapitalismus in die Quere kam.

Eugenio Cefis, der neue Präsident des Chemie-Konzerns MONTEDISON, FIAT und PIRELLI wären mit dieser Vision, die Italien selbständiger machen, sein kapitalistisches System grundsätzlich aber nicht angreifen würde, einverstanden. Doch Fanfani und seine Konzeption stießen nicht nur auf die Ablehnung der linken Parteien, sondern auch der reaktionären Kräfte und der Neofaschisten: Während KPI, PSI und PSIUP bis zum — bitteren — Ende an ihrem sozialistischen Kandidaten festhielten, konnte Fanfani nur die Stimmen des mittleren und rechten Blockes der DC gewinnen, die „Linken" unter Donat-Cattin und der reaktionäre Block verweigerten ihm die Designation — ebenso wie die Sozialdemokraten (die sich in der verfahrenen Situation noch eine Chance für Giuseppe Saragat ausrechneten) und der Block der Rechtsparteien. Erst als die DC Giovanni Leone präsentierte, einen profillosen DC-Senator, hauptsächlich als Lückenbüßer eingesetzt, wenn es galt, eine der unzähligen Krisen des centro sinistra mit einem Übergangskabinett zu überbrücken, konnten sich Rechtsparteien und Neofaschisten überwinden, für den DC-Kandidaten zu stimmen — auch Fanfani hätte die Unterstützung von rechts, die die Formel vom centro-sinistra total desavouierte, mit Freuden angenommen. Leone ist zwar von Fanfani beeinflußbar, aber auch von anderen Kräften.

Mit Leone wurde die Krise der bürgerlichen Herrschaft in Italien nicht gelöst, nicht einmal im Sinne Fanfanis, sondern sie wurde mit den Stimmen der Neofaschisten institutionalisiert, und der Gedanke liegt (rechts vor allem) nahe, daß eine institutionalisierte Krise nur bekämpft werden kann, wenn man auch die Institutionen bekämpft, beispielsweise die jetzige Funktion des Präsidenten. Sozialdemokraten, Neofaschisten und der reaktionäre Teil der DC haben sich schon seit über zwei Jahren auf die Forderung eingestimmt, den Präsidenten erstens mit mehr Vollmacht auszustatten, zweitens direkt vom Volk wählen zu lassen. Fanfani hielt sich für einen würdigen italienischen de Gaulle, die Neofaschisten überzeugte das nicht: für sie ist de Gaulle zwar ein großer Mann, aber unsympathisch wegen seiner falschen, sprich antiamerikanischen Politik. Fanfani erlitt die größte Niederlage seiner politischen Karriere, seine politische Vision aber ist noch existent — mit einem Unterschied: zu ihrer Verwirklichung bedarf sie jetzt, wo die legalen Möglichkeiten reduziert wurden, anderer und folgerichtig illegaler Mittel. Was seit der SIFAR-Affäre 1964 noch Privileg der proamerikanischen Reaktion war, der Staatsstreichversuch, rückt jetzt für die katholische, nationalistische Technokraten-Elite um Fanfani, die sich stark genug

fühlt, dem amerikanischen Imperialismus auf bestimmten Gebieten totale Konkurrenz anzukündigen, in den Bereich des Möglichen. Die staatliche Industrieproduktion und das staatliche Banken- und Kreditwesen sind fast ausschließlich von Vertrauensmännern der Gruppe Fanfani-Piccoli besetzt, Fanfani selbst hat in den Machtzentren des Südens, vor allem in Palermo, entscheidenden Einfluß.

Das strategische Hauptquartier der „Fanfanianer" ist die „Fondazione Agnelli", in der Technokraten, fromme Manager und nationalistische Professoren Pläne zur Schaffung eines „neuen Italiens" schmieden, eine Neuauflage katholisch-integralistischer Staatsideen, allesamt auf das Regime eines starken „politischen Führers" gegründet. Nun allerdings konnte Fanfani unvorhergesehenerweise diesen Posten nicht einnehmen, wenigstens nicht sofort, Schuld nicht allein der reaktionären und faschistischen Kreise in der italienischen Bourgeoisie, sondern auch des Vatikans, der sich auf die Formel Fanfanis nicht festlegen mochte. Damit aber gelang es Fanfani nicht, sein politisches Manöver, das ihm den Präsidentenstuhl mit Duldung der KPI sichern sollte, zum Abschluß zu bringen: Neben der Perspektive, mit einer neutralen Politik den Einfluß der USA auf Italien zu verringern, glaubte Fanfani die KPI auch mit dem Versprechen der Rücknahme des Referendums gegen das neue Scheidungsgesetz (1971 verabschiedet) gewinnen zu können.

Dieses Referendum hat für die innenpolitische Situation Italiens ein ungeheures Gewicht: es gibt den reaktionären Kräften die Chance, mit Hilfe des Katholizismus, vor allem im Süden, eine hysterische antikommunistische Propaganda zu entfesseln, die ganz andere politische Ziele, nämlich die Isolation der KPI, verfolgt — mit einigem Erfolg, denn die notwendigen Unterschriften für dieses Volksbegehren sind bereits gesammelt. Kein Wunder, daß sich die MSI dieser Kampagne mit Vehemenz anschloß, die der süditalienischen und der bäuerlichen Bevölkerung des Nordens suggerieren will, daß die Kommunisten ihnen das Land, das Haus und nun auch noch die Ehemänner wegnehmen wollen: für die Frauen der Emigranten im Süden ist dies kein moralisches, sondern ein existentielles Problem. Die Faschisten, die gleichzeitig die gigantischen Mängel des bürgerlichen Systems für ihre Agitation gegen den „korrupten Parteienstaat in Rom" ausnutzen, setzten sich damit in jenen Kreisen fest, die für die kommunistische Bewegung als Bündnispartner zur Erreichung „neuer Mehrheiten" notwendig sind: die Landarbeiter und Kleinbauern Süditaliens (als Emigranten in den norditalienischen Städten fälschlich als Subproletariat, im Ausland ebenso fälschlich als „Reservearmee" bezeichnet), die arbeitslosen Frauen und Jugendlichen.

Seit den Präsidentschaftswahlen verstärkt sich die Rechtstendenz innerhalb der italienischen Bourgeoisie weiter, und angesichts der wachsenden linken Einheitsfront stellt sich die Frage, ob sich westeuropäische und amerikanische imperialistische Kräfte nicht kurzfristig veranlaßt sehen, Differenzen beizulegen, um das „System" aufrechtzuerhalten. Der MSI, der sich als Ordnungsfaktor und Retter des Vaterlandes vor Kommusnismus, Korruption, Verbrechertum, Preissteigerungen und Konkursen präsentiert, dürfte in diesem Fall eine zentrale Rolle spielen. Republikaner und rechte DC haben das Bündnis mit den Sozialisten aufgekündigt (die angesichts der Rebellion an ihrer Basis darüber gar nicht so unglücklich sind), und — im Angesicht von Referendum und politischer Krise — versprechen sich nun fast alle eine Lösung durch die Neuwahlen. Dies ist ein Moment, in dem sich in Italien traditionell die Gerüchte über Staatsstreichversuche verdichten. Daß sich die Wahrheit über die Attentate vom Dezember 1969 immer mehr durchsetzt, daß die Intervalle zwischen den Korruptionsskanda-

len, in die meistens DC-Politiker verwickelt sind, immer mehr verkürzen, daß die Mafia in einen Bruderkrieg verwickelt ist, dem nicht nur sympathisierende Staatsanwälte, sondern auch der gute Ruf des „sottogoverno" mehr und mehr zum Opfer fallen, all das dürfte zur Beruhigung der bürgerlichen Parteien auch nicht eben beitragen. Ein demokratischer Staatsanwalt Mailands hat zudem noch eine Untersuchung gegen die Elite des italienischen Neofaschismus eingeleitet. Er wurde zwar prompt mit Bomben und massivem Druck der Justizhierarchie konfrontiert, aber es scheint, daß mit den klassischen Mitteln (Versetzung, Beförderung oder Degradierung der betreffenden Personen oder Niederschlagung der Anklage) diese Untersuchung nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist, dafür ist die Beweislast zu erdrückend.

Doch der primäre Grund für die Besorgnis der italienischen Beourgeoisie liegt darin, daß nach dem Heißen Herbst 1969 zwar der Lohnanstieg durch eklatant ansteigende Preise wieder aufgesogen werden konnte, daß die Kampfbereitschaft seit diesem Zeitpunkt innerhalb der Arbeiterbewegung jedoch ungebrochen, wenn nicht noch verstärkt ist. Die Streiks gehen weiter, und was der italienischen Bourgeoisie 1922 in einigen Monaten gelungen ist, gelingt ihr heute nicht einmal mehr in einigen Jahren: die „Befriedung" der Arbeiterklasse durch den Terror der Faschisten und der Polizei.

Über Werdegang, Aktivitäten und Ansichten des Rainer Barzel

Von Hans-Dieter Bamberg

„Meine Politik wird sein, auf leisen Sohlen mit einem dicken Knüppel durch den Wald zu gehen" (Rainer Barzel als Minister [1]).

„Gaus: Erlauben Sie mir eine letzte Frage: Was empfinden Sie, wenn man von Ihnen als einem späteren Bundeskanzler spricht? Barzel: Ich glaube, ich empfinde Heiterkeit" (ARD, 14. Oktober 1965 [2]).

„Das Dilemma des Dr. Barzel ist klar: einerseits möchte er nicht als Marionette des Dr. Strauß dastehen — andererseits ist er es" („intern" (SPD), Bonn, 10. November 1971).

I

Die Person des Dr. Barzel steht für eine Politik, die diese Republik geprägt hat. Wenn der Sturz der Regierung Brandt/Scheel gelingt, wird Barzel Kanzler sein. Grund genug, exemplarisch an seinem Werdegang und seinen Perspektiven Ge-

[1]) Zit. n. „Der Spiegel", 17. 4. 1963, S. 20.
[2]) Nach: Günter Gaus, Zur Person, Bd. II, München 1966, S. 78.

schichte und Politik der konservativen Rechten der Bundesrepublik zu untersuchen. Weniger in Form eines Psychogramms, das einen „Aufriß der Persönlichkeit" bieten will [3]) und etwa bei Barzel tiefenpsychologisch fragt: „Woher kommt diese freundliche und beredsame Glätte des Funktionierens bei so viel Sinn für Macht? Wie oft mußte er Unterwerfung üben" [4])? Es gäbe politisch nicht viel her; zumindest muß die soziale Struktur mitgezeigt werden, in der eine Karriere wie die des Dr. Barzel möglich ist. Wir sehen Barzel als Repräsentanten der Herrschenden in der BRD, ist er doch auch einem Intimkenner des rechten Panoramas zufolge „in fast schon perfekter Weise der Mann seiner Partei" [5]). Er steht als Aktivist und Nachfahre für eine Politik, die in den 50er und 60er Jahren den Kalten Krieg auf deutschem Boden mitentfesseln half, und zwar derart, daß man sich heute wundern muß, daß es hier niemals zum heißen Krieg kam. „Die Vergangenheit spricht für uns selbst" [6]) — für eine Politik, die die Unterschiede zwischen den wenigen Großverdienern und Vielvermögenden und den vielen, die in jeder Hinsicht wenig haben, vergrößerte. Die Demokratie und Mitbestimmung nach Kräften einschränkte, die die katastrophalen Mängel der öffentlichen Versorgung, vom Gesundheits- über das Verkehrs- zum Bildungswesen, initiierte. Wie sehr Barzel daran mitwirkte, wie er das heute noch verficht und was von ihm und den ihn stützenden Kräften noch zu erwarten ist, soll im folgenden gezeigt werden. Dabei stellen wir seine Biografie und seinen politischen Werdegang an die Spitze, versuchen dann sein Gesellschaftsbild, seine außenpolitischen Ansichten und seine politische Persönlichkeit herauszuarbeiten, stellen danach die ihn unterstützenden Kräfte dar und schließen endlich Schlußfolgerungen an, die die Perspektiven bundesdeutscher Politik und Barzels Rolle darin betreffen.

II

Rainer Candidus Barzel [7]) wurde am 20. Juni 1924 in Braunsberg, einer katholischen Enklave Ostpreußens, als Sohn eines Studienrates (Deutsch, Geschichte, Turnen), der dort vergebens für die Zentrumspartei kandidiert hatte und ein Verehrer Hindenburgs war, geboren. Nach der Versetzung seines Vaters nach Berlin im Jahre 1931 — Sohn Rainer wurde gleichwohl später organisierter Vertriebener — besuchte Jung-Rainer dort die Volksschule, das Jesuitengymnasium [7a]) am Lietzensee und nach der Schließung des letzteren durch die Nazis (1939) das staatliche Luisengymnasium in Moabit, das er „am 1. Dezember 1941 wegen Einberufung zum Kriegsdienst mit dem Reifezeugnis verließ" [8]). Während seiner Schulzeit hatte er sich an führender Stelle im rechtskonservativ-katholischen Jugendverband „Bund Neudeutschland" betätigt, mit dem er 1936 in die HJ übernommen wurde. Der mit dem Notabitur ausgestattete freiwillige Offiziersbewerber Barzel begann als Segelflieger, war zeitweilig Beobachter bei Seeaufklärern und bei Kriegsende Lufttaktiklehrer an der Marineschule in Kiel im

---

3) Horst Krüger, Wieviel taugen Psychogramme?, in: „Merkur", 250, Februar 1969, S. 203.
4) Ebd., S. 204.
5) Johannes Groß, Die Schwäche Rainer Barzels, in: „Publik", 17. 7. 1970.
6) Rainer Barzel, Die junge Generation gestaltet ihre Zukunft. Rede am 4. 2. 1966 in Wiesbaden vor dem Forum 66 der Jungen Union Deutschlands und des Wirtschaftsrates der CDU e. V., o. O. u. J., S. 3.
7) Zum Biografischen vgl. „Dokumentation der Zeit", Berlin, H. 330 (1965), S. 27 f.; Christa Kaske/Peter Rosenzweig, Dr. Rainer Barzel — neuer Bundesvorsitzender der CDU, in: ebd., 1/1972, S. 11 ff.; Ernst Goyke, Die 100 von Bonn. Zwischen Barzel und Wehner, Bergisch Gladbach 1970, S. 21 ff.; Rolf Seeliger, Rainer Barzel — Kronprinz im Zwielicht, München 1966, S. 9 ff.; „Der Spiegel", 17. 4. 1963, S. 25 f.; Munzinger-Archiv, 19. 4. 1969.
7a) Zu dieser Zeit versah Barzel Ministrantendienste in einem Kloster.
8) Rainer Barzel, Lebenslauf, in: ders., Die verfassungsrechtliche Regelung der Grundrechte und Grundpflichten des Menschen. Zugleich eine rechtsvergleichende Studie, jur. Diss., Köln 1949, maschinenschriftliches Manuskript, S. 97. Der Zusammenhang war freilich nicht zwangsläufig, weil Barzel sich freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet hatte.

Rang eines Leutnants. Sein Einsatz in der Hitlerwehrmacht gegen Norwegen und die UdSSR wurde mit dem EK II und der goldenen Frontflugspange belohnt, was Barzel selbst „nur bescheiden" einschätzt [9]).

Nach listiger Vermeidung der Gefangenschaft und Mithilfe in der Drogerie seines späteren Schwiegervaters [10]) studierte Barzel in Köln Jura und Volkswirtschaft; die politische Entlastung durch einen britischen Hochschuloffizier erfuhr er gemeinsam mit seinem Offizierskollegen und Kommilitonen Erich Mende. Das zweite Studienfach beendete er „ohne Examen" [11]) und hat es auch wohl nicht intensiv behandelt, weil es in seinem Lebenslauf in der Dissertation nicht erwähnt wird [12]) und er heute noch gern mit seiner Unwissenheit in ökonomischen Angelegenheiten kokettiert, die bei Strauß besser aufgehoben seien. 1947 hat Barzel sein erstes Buch [13]) verfaßt, in dem er, getreu dem Zeitgeist, noch halbwegs fortschrittliche Ansichten von sich gab — freilich schon in dem phrasenhaften Ton seiner späteren Zeit: so etwa, daß die Kommunisten Demokraten geworden und zur parlamentarischen Mitarbeit bereit seien. Der SED bescheinigte der Student Revisionismus, weil sie das Nationale und Demokratische betone und sich zum Staat bekenne, und die CDU sah der junge Klerikale als „Utopie" an, da Katholiken und Protestanten schwerlich unter einen Hut zu bringen seien und die Partei außerdem von den Liberalen verwässert würde. Klar kritisierte er damals Inhalt und Form seines eigenen späteren Engagements in der Christenunion: „Aus all dem folgert man, daß das Wort christlich nicht mehr ist als eine Flagge, unter der zur Zeit gut Segeln sei."

Wenn man Barzels Doktorarbeit (1949) über die Grundrechte und -pflichten „des Menschen" als Prüfstein nimmt, scheint er in seinem sechssemestrigen Jurastudium nicht allzu viel gelernt zu haben. Anderslautende Lehrmeinungen werden im Prinzip nicht diskutiert, als Autoritäten tauchen Goethe, Schiller, Thomas von Aquin und immer wieder der Papst auf; die Qualität der 96seitigen Arbeit (inklusive Fußnoten und Literaturverzeichnis) entspricht ungefähr dem Niveau, das Barzel nahestehende Herren vom „Bund Freiheit der Wissenschaft" bei linken „Leistungsverweigerern" meist ohne Beweis festzustellen vermeinen. Frühe politische Ambitionen werden dazu beigetragen haben: Als Vertreter der katholischen Studentengemeinde war Barzel bei seinem Kurzstudium im AStA tätig, warb für das Zentrum und schrieb u. a. für das Adenauer nahestehende Kirche-und-Kapital-Blatt „Rheinischer Merkur", das etwa zu dieser Zeit die Notwendigkeit eines separaten Weststaates und der westdeutschen Remilitarisierung entdeckte.

Die Dissertation Barzels gibt trotz ihrer Bescheidenheit Einblicke in ideologische Grundmuster, die sich für seine Biografie als relativ konstant erwiesen haben; sie sei darum näher betrachtet. Notwendig ist vorher, den meistzitierten Autor der Barzel-Schrift vorzustellen, der auch als Doktorvater das Werkchen über den grünen Klee gelobt hat: Prof. Ernst v. Hippel (geb. 1895), erst Protestant, dann ab 1952 anthroposophisch-katholischer Abendländler vom Typus des deutsch-nationalen Gelehrten, der die Prinzipien des NS, insbesondere dessen Frontstellung gegen den „Osten" und seine Ablehnung von Liberalismus, Sozia-

---

9) H. Port, Neue Köpfe in Bonn: Dr. Rainer Barzel, in: „Deutsche Tagespost", 85/1958.
10) Anonymus (= hoher CDU-Funktionär), Für Barzel alles oder nichts, in: „Christ und Welt", 1. 10. 1971, S. 3.
11) Vgl. „Capital", 10/1971, S. 28.
12) A. a. O. (Anm. 8), S. 97.
13) Rainer Barzel, Die geistigen Grundlagen der politischen Parteien, Bonn 1947.

Kritische Sachbücher

Neuerscheinungen

Winfried Schwamborn

Handbuch für Kriegsdienstverweigerer

Kleine Bibliothek Band 18, 150 Seiten, br. DM 9,80

„... erfüllt alles, was man von einem Handbuch für Kriegsdienstverweigerer erwartet, und wenn eines der auf dem Markt vorhandenen Bücher als unentbehrlich bezeichnet werden kann, dann dieses."

antimilitarismus information

Joachim Streisand

Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart
Eine marxistische Einführung

484 Seiten, Paperback, DM 7,80

Dem rasch wachsenden Bedürfnis nach einem eindeutig am Fortschritt in der Geschichte orientierten Überblick wird zur Zeit kein Historiker so gerecht wie Joachim Streisand, der leichte Lesbarkeit mit historischer Akribie zu verbinden versteht.

Karl Theodor Schuon

Wissenschaft, Politik und wissenschaftliche Politik

Kleine Bibliothek Band 21, 264 Seiten, br. DM 12,80

Der Marburger Wissenschaftstheoretiker Schuon entwickelt ein konstruktives Verhältnis der Politiktheorie zur politischen Praxis der demokratischen Bewegung im Spätkapitalismus.

Bogdan Suchodolski

Einführung in die marxistische Erziehungstheorie

Aus dem Polnischen von M. Kunze, 568 Seiten, Paperback, DM 9,80

Der polnische Pädagoge Suchodolski hat eines der Standardwerke über die pädagogischen Vorstellungen von Marx vorgelegt. Wenn Erziehung die historische Aufgabe erfüllen soll, bewußt und verantwortlich an der Neugestaltung der menschlichen Gesellschaft mitzuwirken, muß sie exakt und wissenschaftlich den Bedürfnissen der realen Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft gehorchen.

Wortlaut und Kritik der verfassungswidrigen Januarbeschlüsse
Materialien für Studenten, Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst

97 Seiten, br. DM 5,–

Die „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst" vom 28. Januar 1972 mit sämtlichen Gutachten und Stellungnahmen, die in den Heften 2 und 3/72 der „Blätter" erschienen sind. Im Anhang das Gesetz „Zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933", ferner der Beschluß der Bundesregierung über „Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung" vom 19. September 1950.

Pahl-Rugenstein

lismus und Demokratie, begrüßte [14]), allerdings partiell anderer Meinung war, was Taktik und Brutalität der faschistischen Horden betraf. Nach 1945 fand Hippel wie viele Abendländler, daß der NS ja als plebejische Massenbewegung auf der demokratischen Bewegung seit der Französischen Revolution fuße [15]), und hatte so die geeignete Ausgangsbasis zur Propaganda gegen die später grundgesetzlich festgelegte demokratisch verfaßte Ordnung der liberal-parlamentarischen Demokratie — und natürlich gegen alles an sozialem und sozialistischem Gedankengut, was darüber hinausging. Schon Wahlen, wo Stimmenmehrheiten und nicht „objektive Werte", die Ideologen wie Hippel aufgrund höherer Einsicht ahnen oder wissen, entscheiden, erregten sein Mißfallen [16]). Schließlich trage die „quantitative" Demokratie „mit ihrer Abstellung auf die Masse" „in sich notwendig die Tendenz zum Bürgerkrieg" [17]). Im Klartext: Da wir den Krieg nicht wollen, müssen wir die Demokratie abschaffen, zumal nach Hippel eine säkulare Verfassung nach Art des Grundgesetzes „das Christentum verrät" [18]) und das Ideal seiner „Demokratie" „die Einsenkung der Gemeinschaft in Christus" ist, die das sinnliche Sein und die himmlische Hierarchie anerkennt [19]). Schlimm wäre es, dem Volk die Gestaltung seiner eigenen Angelegenheiten zu überlassen, solchen Leuten also, „denen eben das Organ und für den echten Ordo die innere Berufung fehlt" [20]), welcher Meinung sich übrigens auch der Doktorand Barzel anschließt, wenn er schreibt, daß das Wahlrecht kein Menschenrecht sei, da „die Mitgestaltung des Menschen am Staatsleben nicht notwendig im Wege der Wahl erfolgt" [21]), und er wie sein Doktorvater gegen „das dem modernen Massenstaat innewohnende Moment der despotischen Gefahr der Tyrannis der Quantität" räsonniert [22]).

Der Ideologe Hippel, der merkwürdigerweise auch als Staatsrechtslehrer nicht in den Check-Listen der bundesdeutschen Verfassungsschützer auftauchte, war also der Lehrmeister Barzels. Und da Barzel seinem Naturell nach nicht zu selbständigen Entscheidungen aufgrund von vernunftdiktierten Erkenntnissen zu neigen scheint, vor allem nicht, wenn die Vernunft gegen Aufstieg und Karriere sprechen würde, nimmt es nicht wunder, daß seine Dissertation vom undemokratischen Geist des Lehrmeisters penetrant Zeugnis ablegt. Es ist einzuräumen, daß die Rezeption Hippels durch Barzel nicht bloß Anpassung war; seine Sozialisation im deutsch-nationalen Studienratshaus und im katholischen Diaspora-Milieu prädestinierte ihn zur Bewunderung der Autorität wie zur Verachtung der Einflußlosen. Der Titel seiner Arbeit kündigt programmatisch die Eingrenzung des Themas auf das private Individuum an; eine Sichtweise, die erkennen läßt, wie wenig Barzel aus dem Faschismus gelernt hat, wie wichtig er Irrelevantes und wie oberflächlich er die wirklichen gesellschaftlichen und politischen Probleme seiner Zeit sieht [23]). Barzel betrauert durchgehend, meist

14) Vgl. Ernst v. Hippel, Mensch und Gemeinschaft, Leipzig 1935; ders., Der Bolschewismus und seine Überwindung, Breslau 1937. Bezeichnend für H. ist folgendes Motto eines Buches über Rußland, mit dem er sich in einer Rezension identifiziert: „Der Rat vom Lande; Die Entscheidung vom Zaren; Die Wahrheit von Gott". Vgl. E. v. H., in: Archiv des Öffentlichen Rechts, 33. Bd., Tübingen 1943, S. 81. Vgl. auch Hippels bräunliche Beiträge in der „Deutschen Zeitung in den Niederlanden", Amsterdam, 11. 4. 1942; 26. 4. 1942; 3. 11. 1942.

15) Vgl. Helga Grebing, Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1971, S. 166 u. pass.

16) Vgl. ebd., S. 187.

17) Ebd., S. 188.

18) Ebd., S. 267.

19) Ebd., S. 270.

20) Ebd., S. 272.

21) Rainer Barzel, Grundrechte und Grundpflichten (Anm. 8), S. 72.

22) Ebd., S. 82. Vgl. ähnlich gegen die Volkssouveränität S. 85, 88 f.

23) Vgl. zur thematischen Relevanz von Barzels Fragestellung, zu der er nicht vordringt, Wolfgang Abendroth, Das Grundgesetz, Pfullingen 1966; Frank Benseler, Reflexionen zum Tag der Menschenrechte, in: „Blätter", 12/1971, S. 1229 ff.; Peter Römer, Die Grundrechte in der BRD und der DDR, in: Systemvergleich BRD — DDR, Köln 1971, S. 272 ff.

mit Hippel, daß das Mittelalter mit seiner angeblich guten und stabilen Ordnung vorbei und mit dem Sieg rational-vernünftiger Wissenschafts- und Weltbetrachtung die umfassende Verbindlichkeit christlich-scholastischer Mythologeme verschwunden sei. Nebenbei lobt er in grotesker Weise die Freiheitsrechte der römischen Sklavenhalterstaaten [24]), ohne freilich die Sklaverei dieser Regime zu erwähnen. Schön findet Rainer Barzel mit Ernst Meyer die „Berücksichtigung der naturgegebenen Ungleichheit der Menschen" in Rom [25]), erspart seinen Lesern aber hierzu konkrete Illustrationen.

Für zweierlei Bestimmungen der römischen Ordnung findet Barzel besonders anerkennende Worte: für den „Eigentumsbegriff", wonach es dort keine Enteignungen gab und das Bodeneigentum steuerfrei blieb; und für die Freiheit eines jeden, Gesetzesbrecher kurzerhand und unverzüglich totzuschlagen: „Ferner zeigt der römische Staat Anerkennung weitgehender persönlicher Freiheit für seine Bürger durch Gestaltung des Selbsthilferechtes, das so weit ging, daß der ertappte Verbrecher straflos getötet werden durfte" [26]). Der Unionschrist Barzel, der später die Todesstrafe fordert und dessen Partei als Vermieter-, Vermögens- und Law-and-order-Partei gekennzeichnet wird, kündigt sich hier an. Aber auch der Bramarbas, den Wehner „Schleimer" nannte: „Der gentleman ist fair. Dieses Wort ist eigentlich unübersetzbar. Der faire gentleman achtet stets den anderen Menschen..." [27]). „Das nackte Leben will erhalten sein..." [28]). „... andererseits ist auch ein Staat möglich, der ohne Steuereinkünfte lebt" [29]). Ferner der Freund-Feind-Ideologe, der für seine Interessen und für die, die er vertritt, dann Toleranz fordert, wenn er nicht Macht und Einfluß hat, dann aber von „objektiven Werten" usw. spricht, über die nicht abgestimmt werden kann, wenn er beides hat. Barzel spricht vom „‚tollen' Jahr 1848" [30]) und beklagt mit Hippel in den französischen Verfassungen bis zu der von 1946, die die Ehre des demokratischen Frankreichs bekräftigte, „jene Verwirrung heiliger Ideale" durch die souveräne, „glaubenslose" Republik [31]). Auch der Antikommunist kündigt sich an, der Unsinn als Erkenntnis ausgibt und die andere Ordnung als die des Teufels: Die sowjetische Verfassung gehe vom „Primat der Materie" aus [32]); der Mensch sei dort nichts, die Klasse alles [33]); „das Ganze" sei dort „stets dem Glied übergeordnet" [34]). Toleranz ist verpönt schon im Frühwerk. Da werden fröhlich die sowjetische und die NS-Rechtslehre mit dem Positivismus in einen Topf geworfen und verworfen [35]). Die Taktik, allem, was links von den Rechtskräften steht, das Etikett „kommunistisch" umzuhängen und es so zu verteufeln, übt sich ebenfalls früh bei Barzel. Ein Höhepunkt teuflischer Machenschaften gegen Abendland, Ordnung und Werte ist für ihn folgender Satz aus dem „Verfassungsentwurf der SED": „Des Volkes Wille sei oberstes Gesetz" [36])!
Auch der Notstands-Befürworter ist im 25jährigen Barzel angelegt, dem das Grundgesetz („Bonner Werk" [37])) schon bei der Verabschiedung revisionsbedürftig erschien. Er rügt die zu wenigen „Grundpflichten" darin (lt. Barzel u. a. „aus

24) Rainer Barzel, Grundrechte und Grundpflichten (Anm. 8), S. 4 ff. Im Falle Griechenlands schwankt Barzel, da dort zeitweilig eine relativ reale Demokratie wenigstens für die Einheimischen bestand, was er als „pöbelhaftes Staatswesen" denunziert. *Ebd.*, S. 72.
25) Ebd., S. 6.
26) Ebd.
27) Ebd., S. 15.
28) Ebd., S. 67.
29) Ebd., S. 76.
30) Ebd., S. 32.
31) Ebd., S. 36.
32) Ebd., S. 47 f.
33) Vgl. ebd., S. 38.
34) Ebd., S. 46.
35) Vgl. ebd., S. 61.
36) Ebd., S. 85.
37) Ebd., S. 81.

der einmaligen Offenbarung des göttlichen Wesens" hervorfließend [38])) und denunziert es als ein Machwerk: „ein bedenkliches, antiquiert anmutendes Werk" [39]). Selbst Montesquieus Gewaltenteilung, deren soziale Fundierung Barzel nicht begreift, ist ihm zu plebejisch. Heute sei es angebracht, mit diesem „Vorrang der Legislative" aufzuräumen [40]), und zwar nach Art v. Hippels. Statt der „Tyrannis der Quantität" soll eine Art korporativer Staat entstehen, dem das Nur-„Politische" verbleibt, während Wirtschaft und Kultur demokratischem Einfluß entzogen sind bzw. bleiben und dem „quantitativen Element des Parlaments ein Organ qualitativen Charakters" entgegengesetzt wird [41]). Dort herrschen Werte, Ethik und vor allem Ordnung: „Die Grundideen der Ordnung aber sind die Wahrheit, die Schönheit, die Gerechtigkeit und das religiöse Ideal. Als Vertreter dieser Ideen sollen Abgeordnete der Wissenschaft, der Kunst, der Justiz und der Kirche einen Senat als qualitatives Organ der Gesetzgebung bilden, das in grundsätzlichen Fragen bei der Gesetzgebung ein unüberwindbares Veto hat und dem die Aufsicht über die Verwaltung des Kulturbereiches obliegt" [42]). Entsprechendes soll für den „Wirtschaftsbereich" geschehen. Die Vorstellungen des Jesuitenzöglings, die an heutige satirische Überlegungen erinnern, die volkswirtschaftlichen Lehrstühle dem BDI und die Faschismus-Forschung der NPD zu unterstellen, erscheinen kauzig; die dahinterstehenden Grundprinzipien haben sich jedoch erhalten, und die Nähe zu Korporatismus und Austrofaschismus und die Ferne zur sozialen Demokratie ist auch im weiteren Werk unschwer auszumachen.

Barzels akademisches Gesellenstück endet in einem Akkord, in dem der Kandidat großspurig, inhaltsarm und ohne sachliche Begründung seinen Eintritt in die große Welt ankündigt und ihr, falls sie es gelesen hätte, gewiß ein Frösteln über Barzels neues Deutschland beigebracht hätte: „Und hier mögen die Mächtigen in den Staaten aufhorchen: Es waren Römer und Briten, die die beiden Weltreiche unserer Geschichte errichtet haben! Das ist kein Zufall! Denn Freiheit der Bürger heißt nicht Schwäche des Staates, sondern innere Stärke, weil es etwas anderes ist zu handeln aus Zwang denn aus Freiheit" [43])!

Ab 1. Januar 1949 war Barzel persönlicher Referent bei seinem Onkel [44]), dem seit 1949 in der CDU tätigen früheren Zentrumspolitiker Dr. Carl Spiecker, NRW-Minister ohne Geschäftsbereich und Bevollmächtigter des Landes NRW beim Bund; der Neffe hatte ihm vorher schon als Werkstudent ausgeholfen. Dr. Barzel wurde zugleich Referent in der NRW-Vertretung beim Zweizonen-Wirtschaftsrat in Frankfurt und von 1952 bis 1955 Verbindungsmann zur Montanbehörde in Luxemburg [45]). Nach dem Tode Spieckers im Jahre 1953 wurde Barzel, der schon vorher in den engsten Beraterkreis des NRW-Ministerpräsidenten Arnold aufgerückt war und Reden für ihn verfaßte, kommissarischer Leiter der Vertretung des Landes NRW in Bonn. Wie sein vorheriger, gehörte auch sein neuer Mentor zum linken CDU-Flügel.

1955 war der erste größere Abschnitt von Barzels Karriere erreicht. Er wurde mit 30 Jahren jüngster Ministerialrat der BRD — gegen die beamtenrechtlichen Bestimmungen, weshalb der Deutsche Beamtenbund mehrfach nutzlos protestierte.

38) Ebd., S. 73.
39) Ebd., S. 54.
40) Ebd., S. 86.
41) Ebd., S. 87.
42) Ebd.
43) Ebd., S. 96.
44) So „Dokumentation der Zeit" (Anm. 7), S. 30; Seeliger (Anm. 7), S. 9.
45) Vgl. Rainer Barzel, Die ersten Schritte der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Vortrag vor dem Exekutivkomitee des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung in Bonn, in: „Europa-Archiv", 8/1953, S. 5639 ff.

Nach dem Sturz der Regierung Arnold im Jahre 1956 ließ sich Ministerialrat Barzel beurlauben und wandte sich ganz der Parteiarbeit als Sekretär und Berater Arnolds zu. Der CDU war er 1955 beigetreten. 1956/57 war Barzel hauptamtlich geschäftsführendes Mitglied des Landespräsidiums NRW der CDU, welches Amt er zusammen mit Arnold eigens für sich konstruiert hatte. Durch Ausschaltung eines anderen Kandidaten verschaffte ihm Arnold zur Bundestagswahl 1957 mit geistlicher Hilfe des Paderborner Klerus [46]) und mit finanzieller Hilfe Goergens („Phoenix-Rheinrohr") die Kandidatur für den todsicheren Wahlkreis Paderborn-Wiedenbrück (heute noch 61 % Katholiken; 67 % CDU-Wähler [47])). Unterstützt hatten dabei auch Adenauer und Krone den agilen Jungchristen, der so ab 1957 bis heute ununterbrochen im Bundestag arbeitete, darüber aber nie zeitraubende Wahlkreispflege versäumte. Getreu seiner aus konservativ-katholischem Milieu geborenen Law-and-order- und Kreuzfahrermentalität galten die ersten Bundestagsauftritte Barzels dem inneren und äußeren „Feind". Es ging damals um die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, die in ihm einen begeisterten Fürsprecher fand. Der Sechs-Semester-Jurist Barzel verkündete am 20. April 1958 in der „Welt am Sonntag" unter der Überschrift „Anschlag auf das Grundgesetz", daß eine Volksbefragung über die lebensgefährliche Bombenpolitik, die der CDU/CSU sicherlich peinlich geworden wäre, eine Politik der „Straße" und verfassungswidrig sei. Im Bundestag kommentierte er am 24. April 1958 gar einen SPD-Gesetzentwurf dazu mit der Ankündigung des Bürgerkrieges: „Das ist die Sprache des Aufruhrs!" An anderer Stelle nannte er „auch das Atom ein Geschenk Gottes" [48]).

Doch Barzels Manipulation der Öffentlichkeit wurde noch weiter getrieben. Als Reaktion auf die machtvollen Anti-Atom-Proteste demokratischer Organisationen, an denen damals auch SPD und DGB beteiligt waren, hob er mit Bundesminister Strauß die Hetzorganisation „Rettet die Freiheit e. V." aus der Taufe. Dabei waren der NS-Rassist Bolko v. Richthofen, der Atomwaffenverherrlicher Pascual Jordan, der Spanien-Liebhaber von der Heydte, der 1933 den Nazismus mit dem Christentum taufen wollte, der Rheinbund-Ideologie Wenger und der Hitler-General Wenck. Dabei war auch der Rassen-Kommentator Globke. Für Barzel waren die Proteste gegen diesen Verein unverständlich. Der saubere Christ klagte am 19. November 1959 in Radio Bremen [49]): „Ich bin ein wenig betrübt über einen Teil der Kritik an unserem Vorhaben, weil ich diese Kritik nicht gehört habe, als man versuchte, außerhalb des Parlaments durch sogenannte Volksbefragung und Anti-Atom-Geschichten die Grundlagen unseres Staats zu zerrütten." Das zynische Herunterspielen des Protests gegen Vernichtungswaffen zu „Geschichten" und die Denunziation demokratischer Rechte als Staatszerrüttung zeigen Barzel bereits lange vor seiner Hochform im geradezu idealtypischen Modell: Vorgegebene Toleranz, Ausgewogenheit und Realitätsnähe sollen inhaltliche Intoleranz, nackte Interessenpolitik, Opportunismus und hohle Geschwätzigkeit überdecken. Anders als später hatte Barzel damals noch nicht das rechte Augenmaß dafür, wieweit die Öffentlichkeit durch Hetze und Demagogie gegen ihre Interessen manipuliert werden kann. Er überdrehte, wiederum mit einer Reihe von der demokratischen Ordnung des Grundgesetzes distanziert gegenüberstehenden Herren, die Hexenjagd auf die Atombomben-

46) Vgl. Anonymus, Für Barzel alles oder nichts (Anm. 10).
46a) Arnold hatte seinen Adlatus dem Industrieboß, mit dem Barzel bzw. seine Partei ja auch später noch gute Geschäfte machte, „warm ans Herz gelegt". Bernt Engelmann, Bagatellen aufs Parteikonto, in: „Vorwärts", 20. 1. 1972, S. 7.
47) Vgl. „Capital", 10/1971, S. 23.
48) Zit. bei Kurt Hirsch, Die Blutlinie. Ein Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges, Frankfurt/M. 1960, S. 182.
49) Nach: „Die Andere Zeitung", Hamburg, 7. 2. 1963.

Gegner [50]). „Bonns McCarthy" [50a]) hatte sich mit alten NS-Kämpfern, Militaristen und Abendländlern zusammengeschlossen, um im Sinne von Strauß' eben programmierter „psychologischer Verteidigung" das politische System der BRD ein gutes Stück weiter nach rechts zu bringen. Der bei Deutschnationalen immer schon beliebte Antikommunismus diente als Folie, um einen „Faschismus der Mitte" [51]) gegen Liberalismus und Sozialismus als „Demokratie" und „Freiheit" ausgeben zu können. Das vom Barzel-Komitee herausgegebene „Rotbuch" mit dem Titel „Verschwörung gegen die Freiheit. Die kommunistische Untergrundarbeit in der Bundesrepublik" [52]) mit der Adressenliste (453 Personen) der wissenschaftlichen und künstlerischen Prominenz der BRD, die teils links stand, teils nur die Bombe und teils auch nur die Bombe in der Hand von CDU und Strauß ablehnte, machte es den herrschenden Kräften in seiner beispiellosen Primitivität unmöglich, sich damit zu identifizieren. Im „Rotbuch" fanden sich als „kommunistische Verschwörer gegen die Freiheit" neben Fita Benkhoff u. a. der spätere Frankfurter Oberbürgermeister Walter Möller: „Seit einer kostenlosen Fahrt in die ‚DDR' vertritt Möller innerhalb der SPD einen betont linken und prokommunistischen Kurs"; Stefan Andres und Erich Kästner: „... Infiltration gefährlichster Art"; der jetzige Botschafter in Israel, Jesco v. Puttkamer: „Propagandist in sowjetischen Diensten" [52a]). Aus dem Meisterstück Barzels wurde nichts; es löste neben einer finanziellen Pleite einen Riesenskandal und im Gefolge eine Menge von Strafanzeigen und einstweiligen Verfügungen aus, von deren Finanzierung bis heute unklar ist, ob sie zu Lasten des Bundesverteidigungsministeriums oder der CDU/CSU ging. Barzel mußte sich jedenfalls notgedrungen absetzen, als sein Verein DM 300 000,— verwirtschaftet hatte und nicht nur Sozialisten dessen Ziele als verfassungswidrig ansahen [53]).

Vorher hatte Barzel, dem militärischen Milieu der Freiheitsretter angemessen, es für ratsam gehalten, fast gleichzeitig mit der Komitee-Gründung eine vierwöchige Marineübung abzuleisten [54]), von der er als Oberleutnant zur See der Reserve zurückkehrte [55]).

1960 wurde Barzel, protegiert von Adenauer, Industrie-Anwalt Dufhues und Krone, in dessen Auftrag er die Verbindung der CDU zu den klerikalen Verbänden managte, Mitglied des Bundesvorstandes und des Landesvorstandes Westfalen-Lippe der CDU. Mit Hilfe der frühzeitigen Ortung der herrschenden politischen Interessen hatte sich sein Standort vom eher linken Zentrum und ähnlichen CDU-Kreisen — wiederum bezeichnend ist aber, daß er nie dem Zentrum angehört hat und ihn die Katzer-Gruppe nie ganz als einen der ihren ansah [56]) — während der zunehmenden Restauration in Westdeutschland nach rechtsaußen verschoben und dann um 1960 in der rechten Mitte des CDU-Staates eingependelt. Mit Hilfe seines „positionellen Denkens" fand er auch immer die geeigneten Leute, die ihm eine Sprosse höher halfen: Spiecker, Arnold, Krone, Adenauer, Dufhues und Strauß, mit dem es 1958/59 sehr gut, ab 1960 weniger gut und seit

---

50) Vgl. ausführlich dazu Seeliger (Anm. 7), S. 15 ff.; Kaske/Rosenzweig (Anm. 7), S. 12. Mitstreiter Barzels waren auch führende Vertreter des BDI, der BDA und anderer Unternehmerorganisationen. Grußtelegramme gingen u. a. von Adenauer und Abs ein.

50a) „Für manche Leute in diesem Land hat er etwas von einem Bonner McCarthy, der nur noch nicht die Gelegenheit hatte, die Folter aufzustellen." Klaus Rudolf Dreher, in: „Monat", 265, Oktober 1970.

51) Der Ausdruck geht auf S. M. Lipset zurück, in der BRD machte ihn vor allem Dahrendorf bekannt. Auf das Barzel-Komitee wendete ihn Heinrich Hannover, Politische Diffamierung der Opposition im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, Dortmund-Barop 1962, an.

52) Hierzu Näheres bei Seeliger (Anm. 7), S. 47 ff.

52a) Verleumdet wurden vom Barzel-Komitee weiter u. a.: Otto Dix, Erich Engel, Heinz Hilpert, Carl Orff, Leonhard Frank, Fritz v. Unruh, Günter Weisenborn, Martin Niemöller, Max Born.

53) Vgl. „Der Spiegel", 16/1963.

54) Vgl. „Frankfurter Rundschau", 22. 4. 1959.

55) Vgl. Internationaler Biographischer Pressedienst, Hamburg, 26. 11. 1964.

56) Vgl. das Zitat, in: „Der Spiegel", 17. 4. 1963, S. 31.

1971 wieder recht gut ging. Seine positionellen Wechsel werden ihm kein Kopfzerbrechen bereitet haben. So sah er etwa bis auf eine rührselige Erinnerungsschrift, in der er Arnolds „Verwurzelung im Volkstum" pries („Das Heim war christlich, gottesfürchtig, genügsam" [57]), denn auch keinen Grund mehr, nach dessen Tod weiter den sozialen Ideen seines früheren Förderers anzuhängen.

Als Hauptaufgabe scheint Barzel 1960 die Durchdringung möglichst umfassender Notstandsgesetze angesehen zu haben. Barzel gehört mit zu den Erfindern der nationalistischen und im Prinzip unzutreffenden [58]) Geschichte von den alliierten Rechten, die angeblich durch die NS-Gesetze wegfallen würden: „Wir wollen diese Gesetze, endlich ganz Herr im eigenen Hause zu sein" [59]). Wie schon als Freiheitsretter im Kampf um die Bombe, sah Barzel auch beim Einsatz für die innere Militarisierung realistisch die stärkste potentielle Gegenkraft: die Gewerkschaften. Wieder wurden sie sein Feind Nr. 1. Mit Blick auf die IG Metall, der er das Vorbild des Integrationisten Leber empfahl, trennte er wieder einmal zwischen den Demokraten à la Barzel und den Undemokraten: „Da gibt es Gewerkschaften, die zum DGB gehören, deren Führung so blind ist, daß sie dem freiheitlichen Rechtsstaat die Rechte verweigern, die unsere Demokratie für den Fall der Not leider ... nötig hat. Denn es geht doch bei dieser Gesetzgebung allein darum, daß in der Not nicht Willkür herrsche, daß Not nicht ohne Gebot sei, sondern daß der Rechtsstaat auch in der Not nicht untergehe und daß nach dem Notfall die Demokratie unverletzt sich wieder erhebe" [60]).

Neue Aufgaben entfielen auf Barzel, als die CDU/CSU 1961 die absolute Mehrheit verlor, Flügelkämpfe ausbrachen und Pläne ausgearbeitet werden mußten, wie die Union durch geschickte Kosmetik wieder so aufgeputzt werden könnte, daß sie gerade auch bei den Lohnabhängigen attraktiver scheinen konnte. Adenauer beauftragte Barzel mit der Ausarbeitung einer Parteireform-Studie, die er im April 1962 unter dem Titel „Untersuchung über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU" dem Parteivorstand vorlegte. Rechtsideologe Barzel hatte sich die Sache aber zu einfach gemacht und den Schwerpunkt auf konfessionelle Fragen gelegt, womit der politischen Konzeption der „Volkspartei" nicht geholfen war. Die „Studie" wurde verschlossen und ist seither auch in der CDU kaum mehr als die Grundlage einer Menge von Witzen über den Ideologen des „hohen C" gewesen. Z. B. darüber: „Das ‚C' ist ein Maßstab des Vollkommenen für den Menschen ... Wer ‚C' sagt, weiß, wohin er aufzustehen hat, wenn er gefallen ist." Und: „Wir sind die einzige politische Gemeinschaft, die sich unter Gottes Gebot stellt." Oder: „In aller Offenheit: Evangelische und Katholische haben dasselbe Vaterland." „Wir wissen nicht, was kommt, aber wir wissen, wer kommt, und wem die letzte Stunde gehört, braucht die nächste Minute nicht zu fürchten."

Nach der durch die Strauß-Affäre um den „Spiegel" ausgelösten Regierungskrise übernahm Barzel im Dezember 1962 das „Ministerium für gesamtdeutsche Fragen". Er hatte selber in der Verhandlungskommission gesessen, die das Kabinett zusammenstellte, was andere Parlamentarier verblüffte. Seinen Vorgänger Lemmer, der vor vollendete Tatsachen gestellt worden war, brüskierte er mit der öffentlichen Erklärung, Lemmer habe ihm „seine volle Hilfe zugesagt" [61]). Jedenfalls zählte Barzel die 17 Millionen DDR-Deutschen von da ab

---

57) Rainer Barzel (Hrsg.), Karl Arnold. Grundlegung christlich-demokratischer Politik in Deutschland, Bonn 1960, S. 14.
58) Vgl. Martin Bennhold, „Deutsche Souveränität", in: „Blätter", 6/1968, S. 575 ff.
59) Zit. n. „Die Welt", 25. 1. 1960.
60) Zit. n. „Industriekurier", 6. 5. 1961.
61) Zit. n. „Der Spiegel", 17. 4. 1963, S. 22.

zu seinem Wahlkreis [62]). In seinem neuen Amt kehrte er einerseits wieder den allerchristlichsten Pharisäer heraus und beklagte nach zehn Tagen Amtszeit mit Weihnachtskerzen im Wohnzimmer — die Aufnahme der trauten Kerzenfamilie Barzel ging sofort per Eilpost an die Presse [63]) — die böse Kommunistenwelt. Andererseits verhinderte er reale Schritte für ein geregeltes Nebeneinander der beiden deutschen Staaten [64]): „... Barzel warnte in seiner Ansprache davor, den Forderungen nach einer Anerkennung des Zonenregimes in irgendeiner Form Folge zu leisten. ... In diesem Zusammenhang appellierte Barzel an alle Verbündeten der Bundesrepublik, über ein Embargo hinaus zu einer Koordinierung westlicher Politik gegenüber dem Osten zu kommen. Es sei Pflicht aller Freunde der Bundesrepublik, ihre Position gegenüber dem Zonenregime zu stärken und vor allem nicht zu Ulbricht zu fahren. In der letzten Zeit habe es geradezu Prozessionen und Wallfahrten in die Zone gegeben. Hier habe auch die SPD eine Aufgabe, auf die Labour-Party einzuwirken ..." [65]).

Im Januar 1963 hatte das Mitglied der Braunsberger Kreisgruppe des Vertriebenenbundes [66]) hervorragend daran mitgewirkt, das Treffen zwischen Ministerpräsident Chruschtschow und Bürgermeister Brandt in Berlin platzen zu lassen [67]). Bei der Neubildung der Bundesregierung unter Erhard schied Adenauer-Adlatus Barzel aus dem Kabinett. Schon im Dezember wurde Barzel einer der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Wahl fiel ungefähr mit der Erkrankung des Vorsitzenden v. Brentano zusammen, so daß Barzel die tatsächliche Leitung der Fraktion in Händen hatte. Noch stärker als bisher betrieb Barzel jetzt eine harte Konfrontationspolitik gegenüber den sozialistischen Staaten, wie das etwa in seiner Rede auf dem Deutschlandtag der Jungen Union im Oktober 1964 zum Ausdruck kam: „Die rechtlichen, politischen, moralischen und historischen Argumente der Nichtanerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Linie gelten fort und bleiben verbindlich. Die Festigkeit im Prinzipiellen erlaube uns Beweglichkeit in den Methoden. Nicht Wandel durch Annäherung, sondern Änderung durch Einwirken sei die Parole ..." [68]). Deutlich wird hier erkennbar, wie sehr Barzel die sich damals herausbildende Umorientierung der westlichen Politik bekämpfte, die realistischerweise nicht mehr hoffen konnte, durch die Drohung mit der Bombe die Souveränität der sozialistischen Staaten einschränken zu können. In seine Freund-Feind-Schablonen paßte selbst diese taktische Schwenkung nicht und schon gar nicht die Anerkennung der Tatsache, daß der Gegner weder feindliche Absichten verficht noch auch ausgelöscht werden kann. Konsequent hat Barzel bis heute, wo er sich mit seiner Partei selbst in Gegensatz zur NATO manövriert hat, alles auch bei den USA bekämpft, was ihm als Aufweichung der Kalten-Kriegs-Fronten erscheinen mußte.

1963 wurde der Vielbeschäftigte noch stellvertretender Vorsitzender des ZDF-Fernsehrates und konnte zeigen, was er von praktischer Toleranz hielt: „Mit der kalten Geschäftigkeit des politischen Managers" [69]) schleuste er Unionschristen in die Schlüsselposten der neuen Anstalt; einen nicht genehmen Intendanten-Kandidaten, der schon einstimmig gewählt war, brachte er dabei mit dem

[62]) Vgl. Seeliger (Anm. 7), S. 73.
[63]) Vgl. „Der Spiegel", 17. 4. 1963, S. 20.
[64]) Vgl. aber über Barzels Bemühungen, „jenen Menschen ihr Los zu erleichtern, die wegen ihrer politischen Überzeugung unter der Not der Spaltung besonders hart leiden mußten", in der offiziösen Darstellung von Alfred Adam, Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1971, S. 47.
[65]) „Der Tagesspiegel", Westberlin, 28. 4. 1963.
[66]) Vgl. „Der Spiegel", 17. 4. 1963, S. 25.
[67]) Vgl. Seeliger (Anm. 7), S. 73 f.
[68]) „Saarbrücker Zeitung", 5. 10. 1964.
[69]) „Der Spiegel", 16/1963.

Hinweis auf seine in katholischer Sicht ungeordneten Eheangelegenheiten zu Fall.

Mit Hilfe seiner Hausmacht, der Industrie an Rhein und Ruhr, der nordrhein-westfälischen [70]) und Bonner Ministerialbürokratie und der CDU-Parteibürokratie (wiederum besonders in NRW) schaffte Barzel Stück für Stück des Weges nach oben. Im November 1967 meldete ein kompetenter Beobachter [71]), das neugebildete gemeinsame Präsidium der CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe werde „zweifellos" „dazu beitragen, den Einfluß des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ... zu vergrößern".

Als mit besonderer Hilfe der Schwesterpartei frischgewählter Fraktionsvorsitzender erklärte Barzel in einem Interview mit der CSU-Hauspostille [72]): „Der Schwerpunkt unserer Arbeit wird in der Fortsetzung unserer Außenpolitik liegen. Das ist nicht leicht, weil unter unseren Verbündeten, mit denen wir zugleich Freundschaft pflegen und erhalten wollen, in wesentlichen Fragen, die auch uns angehen, Meinungsverschiedenheiten bestehen." Im selben Interview setzte er auch die innenpolitischen Akzente in für ihn charakteristischer Weise, wobei er das Zuckerbot leerformelhaft und die Peitsche präzise benannte: „Auf dem Gebiet der Gesetzgebung nenne ich zwei große Blöcke: Notstand und Gesellschaftspolitik. Die Vorstellungen der Fraktion hierzu sind bekannt. Wir werden uns bemühen müssen, sie möglichst ungeschmälert durchzusetzen, obwohl wir allein leider nicht die Majorität im Deutschen Bundestag haben."

Sein Hang zum Frühstart, der ihm schon 1959 eine Niederlage eingebracht hatte, als er sich mit Erhard gegen Adenauer profilieren wollte, verleitete ihn 1966, für den CDU-Vorsitz zu kandidieren. Er unterlag (26 von 244 Stimmen im dritten Wahlgang), wurde erster Stellvertreter und löste in der Partei eine „Stop-Barzel-now-Bewegung" aus. Naturgemäß waren alle Erhard-Anhänger seine Intimfeinde, hatte er doch noch kurz vor dem von ihm mitbetriebenen Kanzlersturz markig verkündet: „Erhard ist und bleibt Bundeskanzler" und von Erhard als der „schönsten Blume" im „Blumenstrauß" der Unionsparteien gefabelt [73]).

Als Fraktionsvorsitzender baute Barzel, abgesehen von solchen Mißerfolgen, auf lange Sicht zielstrebig seine Stellung aus. Die „Süddeutsche Zeitung" [74]) schrieb damals über seine Kontakte zu Adenauer, Dufhues, zur Jungen Union, zu den Landesverbänden der CDU und zu Interessengruppen und Journalisten: „Was immer heute in Bonn geschieht — Barzel ist dabei." In der Fraktion selber sorgte er für Ordnung. Je länger er Vorsitzender war, desto weniger fanden öffentliche und öffentlich bekanntgewordene Streitereien zwischen den CDU-Flügelgruppen und -Matadoren statt. Spät erfüllte Barzel als Fraktionsvorsitzender auch den alten Adenauer-Wunsch, Erhard „auf Null" zu bringen. „Unter seinem Vorsitz fiel der Kanzler und hatte ... in der wirtschaftspolitischen Tagesarbeit nichts mehr zu sagen" [75]).

Zur Zeit der Großen Koalition wurde Barzel vollends, gemeinsam mit seinem in vieler Hinsicht ähnlichen Kollegen Helmut Schmidt [76]), zu einem der einfluß-

---

70) Lt. Lothar Ruehl, Fit wie ein durchtrainierter Kämpfer, in: „Die Welt", 6. 10. 1971, S. 6., entschied die NRW-Parteiorganisation regelmäßig mit über seine Karriere.
71) „Rheinische Post", 3. 11. 1967.
72) „Bayernkurier", 12. 12. 1964.
73) Anonymus, Für Barzel alles oder nichts (Anm. 10).
74) 14. 11. 1964.
75) „Capital", 10/1971, S. 26.
76) Vgl. Rolf Zundel, Die Koalitions-Zwillinge, in: „Die Zeit", 29. 11. 1968, S. 9.

reichsten Dirigenten der Bonner Szene. Sein gestiegener Einfluß wurde deutlich, als er ohne persönliche Nachteile wiederholt die Regierungsarbeit des Kabinetts Kiesinger kritisieren konnte.

Mit ähnlicher Souveränität brachte er nach dem Regierungswechsel 1969 relativ schnell die undiszipliniert-empörte Fraktion in eine geordnete Formation und richtete sich, nach kurzer Zeit des Setzens auf einen baldigen Sturz, auf eine längere Opposition ein. Für Barzel war der sozialliberale Wahlsieg ein Geschenk des Himmels; ohne ihn wäre er wohl weder CDU-Vorsitzender noch Kanzlerkandidat geworden.

Wohl als Summe vor der letzten Runde beim Kampf um den CDU-Vorsitz und den Kanzlerposten schrieb Barzel 1968 seine „Gesichtspunkte eines Deutschen" [77]). Darin ist seine Gebrauchsphilosophie auf den neuesten Stand gebracht, dort sehen wir, was den Kanzler in Hoffnung bewegt und wo seine Schwerpunkte liegen. Seine Karriere schaffte er trotz „Disteln und Dornen" [78]) und aller „Hunde", die an ihm „das Bein" gehoben haben [79]). Immer war und ist er beschäftigt im „politischen Alltag" [80]), aus dem er bemerkenswerte Erkenntnisse überliefert: „Nie beginnt eine Zukunft plötzlich" [81]). „Die politischen Bedingungen verändern sich" [82]). „Politik wird im demokratischen Rechtsstaat von Menschen für Menschen gemacht" [83]) und „kann Kunst sein" [84]), auch wenn der Politiker bei Intellektuellen nicht selten „als dumm" erscheine [85]). Immer noch und weiterhin „verantwortet" Barzel seine „Politik auch vor Gottes Wort und Gebot" [86]), wenn er auch einräumt, daß sie „nur Dienst am Menschen" sei [87]). Das „Mehr" erlebt eine neue Barzel-Konjunktur, ob es sich auf Menschlichkeit [88]), Bildung, Humanität oder Rücksicht [89]) bezieht. Daß er wiederum wenig konkret ist und alles „sehr allgemein" [90]) und „banal" [91]) klingt, hat der Verfasser selbst erkannt, aber das muß wohl so sein, wenn man unablässig mit hohen Werten und höchsten Zielen ins Gedränge kommt und seine Allerweltsweisheiten zur Besänftigung der Beherrschten und seine Strategieansätze für die Herrschenden als Rezepte „für die Menschheit" [92]), „die ganze Menschheit" [93]), die „Völkerfamilie" [94]), die „Menschheitsfamilie" [95]) und die „ganze Menschheitsfamilie" [96]) ausgibt. Nichts hält Barzel von „altmodischer Machtpolitik" [97]), nichts freilich auch von konkreten Schritten, die das beweisen können: Er will ausdrücklich mit seinem Staat in die „Spitzengruppe" [98]) und fordert ein „ungebrochenes vaterländisches Bewußtsein" [99]), „nationale Besinnung" [100]) und auch „nationalen Ehrgeiz" [101]). Im Innern ist er ebenfalls verbal reformerisch, während

77) Düsseldorf 1968.
78) Ebd., S. 35.
79) Ebd., S. 48.
80) Ebd., S. 7.
81) Ebd.
82) Ebd., S. 12.
83) Ebd., S. 21.
84) Ebd., S. 47.
85) Ebd., S. 28.
86) Ebd., S. 20.
87) Ebd., S. 18 f.
88) Vgl. ebd., S. 77.
89) Vgl. ebd., S. 86.
90) Ebd., S. 77.
91) Ebd., S. 59.
92) Ebd., S. 123.
93) Ebd., S. 121.
94) Ebd., S. 124.
95) Ebd., S. 20, 122 u. pass.
96) Ebd., S. 113.
97) Ebd., S. 250.
98) Ebd., S. 106.
99) Ebd., S. 102.
100) Ebd., S. 102 f.
101) Ebd., S. 123.

er mit Blick auf die Praxis solche Leute eine „militante Gruppe von Weltverbesserern" nennt [102]).

Seine letzten Sporen, CDU-Vorsitz und Kanzlerkandidatur, erreichte Barzel in der klugen Kalkulation, daß für die Konfrontation mit der sozialliberalen Koalition ein Mann mit guten Verbindungen zum Großkapital und zur katholischen Kirche gefragt war, der bei aller Befähigung zur Demagogie eher die gemäßigten Rechtswähler durch einen Hauch von staatsmännischem Habitus ansprechen soll, die von Strauß' CSU nicht angezogen werden. Falls die CDU/CSU verliert, dürfte es mit seiner Karriere zu Ende sein [103]). Ein Grund mehr zu der Annahme, daß frühere Wahlkämpfe, auch was persönliche Diffamierungen etwa der antifaschistischen Vergangenheit Willy Brandts betraf, nichts gegen den kommenden gewesen sein dürften.

III

Der Darstellung von Barzels — und das heißt immer im wesentlichen auch: der CDU/CSU und des Großkapitals — Gesellschafts- und Weltbild, also seiner innen- und außenpolitischen Positionen, schicken wir zwei Exkurse voraus. Der eine behandelt das für das nachfaschistische Deutschland grundlegende Verhältnis zur jüngsten Vergangenheit und der andere die gerade für einen Parteichristen wichtige Frage nach der Rolle des „Christlichen" in der Politik.

Der Hinweis auf die Religion gibt Männern wie Barzel Glanz und Würde; er läßt ihre Politik öden Interessenkämpfen enthoben erscheinen. So hat Dr. Barzel zufolge die CDU/CSU ein „Wächteramt für die Stabilisierung freiheitlicher Demokratie" [104]). In Saarbrücken sagte Barzel 1971 den „jungen Menschen", „daß die Politik dieser Union aus der Position des moralischen Rigorismus lebt und deshalb Opportunismus in Grundsatzfragen nicht zuläßt" [105]), obwohl er schon 1955 eingeräumt hatte, daß auch die Unionschristen als durchaus irdisch anzusehen seien: „Wir sind ja Menschen" [106]). Der frischgewählte Vorsitzende, dem selbst die „Münchner Katholische Kirchenzeitung" „Zurschaustellung einer aalglatten Arroganz" und „selbstbewußte Überheblichkeit" attestierte [107]), war auch gleich wieder einmal „besorgt um unser Gemeinwesen" [108]), weil seine Partei nicht in der Regierung ist.

Barzels Beziehung zum Christentum, genauer die zum politischen Katholizismus, wurde die „einzige Bindung" genannt, „die der vielgesichtige Politiker" durchgängig besessen habe [109]). Sie kann aus seiner Sozialisation erklärt werden — das Denken und Handeln, das vor allem Hierarchien und „objektive", das heißt nicht diskutierbare, „Ordnungen" in den Mittelpunkt stellt, die Welt vorzüglich in gut und böse einteilt, ein Denken, das von oben nach unten strukturiert ist und ständig demokratischen Grundprinzipien widerstreiten muß. Diese Betrachtung wird weniger eindeutig, wenn man bedenkt, daß das „Christliche" nie eine einheitliche Ideologie war und heute ganz praktisch erwiesen ist, daß es das nicht sein kann. Sowohl faschistische Kolonialregime wie Befreiungsbewegungen da-

102) Ebd., S. 263.
103) Vgl. Eduard Neumaier, Wehe wenn Barzel verliert!, in: „Publik", 8. 10. 1971, S. 3.
104) Rainer Barzel, Die Rolle der Opposition, in: Die CDU in der Opposition, Hamburg 1970, S. 30.
105) Rainer Barzel, Rede als Parteivorsitzender auf dem 19. Bundesparteitag der CDU in Saarbrücken, abgedruckt in: „Deutsches Monatsblatt", 10/1971, S. 6.
106) Rainer Barzel, Auf dem Wege in die Neue Wirklichkeit, Rede auf dem 13. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf am 31. 3. 1965, abgedruckt in: Hans Dieter Zimmermann, Die politische Rede. Der Sprachgebrauch Bonner Politiker, Stuttgart, Westberlin, Köln, Mainz 1969, S. 196.
107) Zit. n. „Capital", 10/1971, S. 28.
108) Rainer Barzel, Rede in Saarbrücken (Anm. 105), S. 5.
109) „Der Spiegel", 17. 4. 1963, S. 64.

gegen nehmen es in Anspruch, wobei sich letztere auf die ursprünglichen Quellen, erstere auf jahrhundertelange Kirchenpraktiken berufen können. Meistens gebraucht Barzel christliche Bezüge allerdings so, wie man sie allein für wechselnde Zwecke gebrauchen kann: instrumental und abstrakt. Allein so kann mit der Weihe des Höheren abgesegnet werden, was zutreffend Interesse, auch und gerade Machtinteresse, genannt würde. Nur so kann „Gemeinwohl" mit dem Status quo und dem Wohl der Herrschenden gleichgesetzt werden und kann zur Harmonie aufgerufen werden, wo harte Politik gegen wirkliche Unruhestifter angebracht wäre. Das „Christliche", wie es Barzel immer wieder vorführt, das herrschende katholische Kirchenchristentum also, hat in politischer Sicht durchgängig kaum mehr Prinzipien zu bieten als Distanz zu Vernunft, zu Demokratie und Mitbestimmung und vor allem zu Menschen, Meinungen und Interessen, die — was nicht allein geographisch zu verstehen ist — östlich vom „Abendland" angesiedelt sind. Alles das sind auch Barzels Grundprinzipien, und es hieße Eulen nach Athen tragen, zu beweisen, daß solche Mentalität den Herrschenden nützt und das Gerede von Einheit und Union und Familie, die wir alle seien, und dem Boot, in dem wir alle säßen, dem Kapital dient. Und natürlich immer den Barzels selber. Den Papst gegen die SPD oder die Mitbestimmung der Lohnabhängigen zu zitieren, ist effektiver, als selbst zu sagen, daß man weder von Toleranz noch von Volkssouveränität oder sozialer Gerechtigkeit viel hält, und wenn sich kein Papst mehr für so etwas heute findet, dann doch sicherlich geistlich-geistige Interpreten, die aus hohen und unpräzisen Verlautbarungen der Kirchen geräumig Weihevolles für Praktiker à la Barzel ausdeuten. Vor allem wird religiöse Salbaderei immer brauchbar sein, biedermännisch aufrufen zu können zu Maß und Mitte, zu Bescheidenheit und Achtung vor dem Gemeinwohl, wogegen im Prinzip nichts zu sagen ist, was aber z. B. bei einem Lohnkampf sofort zeigt, wem nützt, was Gustav Radbruch am Beispiel solcher „Gemeinwohl"-Beschwörungen die „Lebenslüge des Obrigkeitsstaates" nannte.

Insbesondere aber eignete sich das Religiöse für die christliche Staatspartei dafür, Aggressionen gegen politische Gegner im Gewande des Moralisten zu schüren — vor allem im Innern gegen Liberale und Sozialisten und im übrigen gegen die Staaten des Warschauer Vertrages. Barzels auf letztere bezogene Bemerkung von 1963, „daß der Widerstand der Kirchen ungebrochen" sei [110]), ist in der langen Reihe ähnlicher Sprüche kein Höhepunkt. In der Anfangsphase westdeutscher Politik, als christliche Parolen noch einen ungleich wichtigeren Stellenwert bei der Durchsetzung der unsozialen Marktwirtschaft hatten, las es sich weitaus schärfer, noch 1958 z. B. in dieser Tonart: „Wir brauchen die politische Kraft der Christen angesichts des Kalten Krieges und der Gefahr der Knochenerweichung aller Labilen gegenüber den bolschewistischen Schalmeien" [111]). 1962 nannte Barzel [112]) die Forderung nach der weltanschaulich ungebundenen Schule eine „intolerante Forderung". Im gleichen Buch aus der Reihe „Zeitnahes Christentum" finden sich noch einige bemerkenswerte Stellen zum Verständnis des Christen Barzel. Er „begrüßt ... dankbar jede Klärung, auch die Klärung grundsätzlicher Zeitfragen, durch die Autorität des kirchlichen Lehramtes" [113]), und er beruft sich auf Papst Leo XIII., wonach in Fragen der Zeit keine Lösungen ohne Religion zu finden seien [114]). Er konzediert, daß sich

110) Rainer Barzel, Europapolitik und Wiedervereinigung, in: Politisches Seminar der Staatsbürgerlichen Vereinigung 1954 e. V., 12. Tagung 1963, Köln 1964, S. 249.
111) Rainer Barzel, Koalitionspolitik, in: Gustav E. Kafka (Hrsg.), Die Katholiken vor der Politik, Freiburg i. Br. 1958, S. 127.
112) Rainer Barzel, „Mater et magistra" und praktische Politik, Osnabrück 1962, S. 26 (Reihe „Zeitnahes Christentum" des Verlages Fromm).
113) Ebd., S. 9 f.
114) Vgl. ebd., S. 9.

die Kirche in praktischen Fragen auch irren könne [115]), und kommt dann zum nervus rerum: Die CDU befinde sich in Übereinstimmung mit den kirchlichen Grundlehren [116]). Zum Beweis dienen Wahlerklärungen des Zentralkomitees der bundesdeutschen Katholiken wie des katholischen Episkopats; ferner auch interessanterweise aus der Enzyklika „Mater et magistra" die Stellen, wonach im äußeren Fortschritt nicht die höchsten Werte lägen; das Leben „nach der Tugend" zu führen sei und die Menschen „Träger, Schöpfer und das Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen" sind.

Allerdings darf ein Politchrist, für den auch Politik immer aus dem Letzten kommen und dahin zielen muß, nicht an der schäbigen Elle der Wahrheit gemessen werden. Barzel liest gegen Wortlaut und Sinn der Enzyklika von Papst Johannes (Ziffer 34) eine ausdrückliche Bestätigung des päpstlichen Unvereinbarkeitsbeschlusses von Christentum und Sozialismus aus dem Jahre 1931 heraus [117]). In Wirklichkeit referiert „Mater et magistra" das nur im Zuge der Darstellung der historischen Entwicklung der katholischen Soziallehre und setzt den entscheidenden Satzteil dazu noch bezeichnenderweise in den Konjunktiv — gerade der jesuitisch geschulte Barzel wird das als geradezu massive Distanzierung von dem Bannfluch des Vorgängers erkannt haben müssen. Doch auch Barzel erlaubt sich Kritik. In der Enzyklika stehe nichts „über den modernen Staat, über die Ethik des Politischen, über die Frage der Macht, über Toleranz und pluralistische Gesellschaft" und zuwenig „über Familie und leistungsgemeinschaftliche Ordnung" [118]). Ferner stehe da nichts zur Familienpolitik, die „uns" auf den Nägeln brenne [119]) — besonders wohl, wenn man weiß, daß es ein CDU-Familienminister war, der aus ideologischen Gründen zeitweilig den Kindergartenbau verlangsamen ließ [120]). Aber es kommt noch grotesker [121]): Zu dem schlichten Satz aus „Mater et magistra" (Ziffer 65), daß sich alle Sozialgebilde in Einklang mit dem allgemeinen Wohl entwickeln sollten, fügt Barzel folgenden Kommentar: „Alle sollten der Kirche dankbar sein für diesen Aufriß eines Problems, das besonders unsere Gegenwart bedrückt." Das Papstwort zwinge „zum Nachdenken — ob nun Städtebau oder Sozialversicherung, Erwachsenenbildung oder Sozialhilfe, Gewerkschaftsfragen oder Reinhaltung der Luft, Kreditpolitik oder Kindergeld, Förderung des Mittelstandes oder Konzentration, Eigentumsbildung oder Schulfragen, Fernsehen oder Film, Finanzverfassung oder Kompetenzfragen zur Debatte stehen."

1965 interpretiert Barzel ex negativo das Christliche, als er feststellte [122]), die SPD sei noch nicht da, wo sie „sein müßte, um christlich bestehen zu können", gebrauchte dann herablassend das Bild vom verlorenen Sohn und resümierte: „Der Sozialismus sieht sich — anspruchsvoll im Programm — als ‚Hoffnung' der Welt. Weil uns eine andere Hoffnung gegeben ist, sind wir anders; auch, weil wir das Paradies hier weder erwarten, noch verwirklichen können."

Mit der Zeit, wo das Kirchenchristentum spürbar Einfluß verliert, sind Barzels

---

115) Vgl. ebd., S. 19.
116) Vgl. ebd., S. 21 ff.
117) Vgl. ebd.
118) Ebd., S. 15 f.
119) Vgl. ebd., S. 45.
120) Vgl. Dietrich Haensch, **Repressive Familienpolitik, Reinbek 1969.**
121) Rainer Barzel, „Mater et magistra" (Anm. 115), S. 29 f.
122) Rainer Barzel, Die gesellschaftspolitische Zielsetzung der CDU, in: Karl Forster (Hrsg.), Katholik und christliche Partei, in: Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern, H. 31, Würzburg 1965, S. 109 f.

Abhebungen darauf seltener geworden [123]); seine konservativ-katholische Denk- und Handlungsmaxime und seine Neigung zu Demagogie und Verteufelung des Gegners nicht. Was übrigens vorzüglich die Kenntnis katholischer Soziallehren und anderlei Redensarten aus dem katholischen Milieu bewirken können, ist die Fähigkeit, komplizierte gesellschaftliche und politische Probleme auf Gleichnisse der Art von Haus, Kirche und Dorf herunterzubringen und aus dem bekannten Intimbereich unzulässige und verdunkelnde Analogien zu gesellschaftlichen und also mach- und veränderbaren Vorgängen und Strukturen zu suggerieren. Inhaltlich gesehen, sind solche Argumentationsmuster leer, genauso leer wie Barzels Antworten auf die Frage nach dem Inhalt des Christlichen. Auch auf die einschlägigen Fragen eines nachhakenden Interviewers [124]) wurde er nicht konkret. Ein Unionschrist muß nach Barzel deutlich machen: „Hier ist ein Christ am Werk", der Lebensumstände bessert, Schwachen hilft und für den Frieden ist. Barzel, der vor wie nach seinem Überwechsel von halblinks über rechtsaußen nach rechts in der CDU stets gleichermaßen mit der katholischen Soziallehre operierte, zeigt exemplarisch, wie sich eine Ideologie verwenden läßt, deren Leere durch „Werte" wie „Harmonie" und „Gemeinwohl" überdeckt wird und objektiv am besten zu Zwecken antisozialer Propaganda eingesetzt werden kann.

Bliebe zuletzt zu berichten von „christlichen" Barzel-Schlägen unter die Gürtellinie. Im besten Adenauerdeutsch zeigte er 1952, wie man Gegner diffamieren und Wahlen gewinnen kann. Damals prägte er folgende Formel für das „Wollen" der CDU: „Für Christentum, Freiheit und Recht — gegen Marx, Zwang und Entrechtung" [125]). Auch ganz persönlich bewegte sich Barzel nicht selten an der Grenze zwischen Militanz und Denunziation: Heinz Kühn, „Bundestagsabgeordneter der SPD, in jungen Jahren in der katholischen Jugendbewegung tätig, dann abgefallen..." [126]). Noch in Abgrenzungsversuchen findet sich solche Kreuzfahrermentalität: „Es gibt erwiesenermaßen eine unchristliche Politik, also muß es auch eine christliche Politik geben" [127]). Was nicht den Segen Gottes hat, soll aber mit Hilfe Barzels wieder in göttliches Lot gebracht werden: „Die dergestalt entgottete, der menschlichen Arroganz überantwortete Welt will der Christ heimholen zu Gott und zur natürlichen Ordnung der Dinge" [128]). Toleranz ist unangebracht für die anderen und reicht für die einen nicht, denn die bloße Duldung des Christentums ist der Anfang der Entchristlichung der Welt" [129]). Ideologie ist das für Barzel keinesfalls, plädiert er doch lautstark für „Sachlösungen" ohne den „Ballast von Ideologien" [130]).

IV

Untersuchen wir nun, wie der designierte CSU/CDU-Kanzler Lehren aus dem „Dritten Reich" zieht. Barzel gehört zu den damals Aufgewachsenen, die — aus der verengten Perspektive der militanten Katholiken, denen man in der Mittelphase der braunen Herrschaft in nebensächlichen Fragen zu nahe getreten war

123) Wiewohl er selbst die Angemessenheit konkreter Vernunft aus orbigkeitlichen Texten legitimieren muß, was nur als Unvernunft interpretiert werden kann: Die Aussage des Konzils „legt uns vielmehr, direkt, die volle Verantwortung der mündigen Christen auf die Schultern!" Rainer Barzel, Die Herausforderung der Moralisten. Der christliche Politiker zwischen Protest und Kompromiß. Rede vor dem „Bund Neudeutschland", in: „Publik", 2. 5. 1969, S. 8.
124) Im ARD-Fernsehen am 14. 10. 1965. Vgl. Gaus (Anm. 2), S. 69.
125) Rainer Barzel, Die deutschen Parteien, Geldern o. J. (1952), S. 125.
126) Rainer Barzel, Katholiken und SPD auf dem Wege zur Partnerschaft?, Bonn 1960, S. 3.
127) Zit. n. „Die Welt", 30. 3. 1966.
128) Rainer Barzel, Koalitionspolitik (Anm. 111), S. 124.
129) Rainer Barzel, Katholiken und SPD (Anm. 126), S. 7.
130) Rainer Barzel, in: Union in Deutschland, 21. 11. 1969.

— ihn als antichristliches Schauerstück mißverstanden und so wenig aus ihm lernten. Der Antiintellektualismus, Antikommunismus und Antidemokratismus, verbunden mit der Aggressionslenkung auf Minderheiten, ist bei Deutschnationalen vom Typus Barzels natürlich verschieden von ähnlichen Strukturprinzipien des NS. Die Konstruktionen selbst sind es im Prinzip nicht; Barzel konnte so auch kein Gefallen an der Kritik an ehemaligen NS-Ideologen finden, was er am Fall Globke demonstrierte. Globke hatte Barzel geholfen, Vorsitzender der Freiheitsretter zu werden, und half ihm auch Ende 1962, ins Bundeskabinett zu kommen. Zwischendurch revanchierte sich Barzel — ähnlich übrigens, wie er später für Kiesinger mannhaft in die Bresche sprang [131]) —, indem er in einer Rede vor dem Bonner RCDS am 17. Juli 1961 den „sogenannten ‚Fall Globke'" als „teuflische Raffinesse" und „Rufmord" darstellte, der von Kommunisten lanciert sei [132]). Seine Argumente waren: Wäre Globke tatsächlich NS-Rassenkommentator gewesen, wäre er 1) in Nürnberg verurteilt worden und hätte ihn 2) der NS-Verfolgte Erhard [133]) nicht zu seinem Mitarbeiter gemacht. Schließlich sei Globke 3) „zu keiner Zeit Juden-Referent des Innenministeriums" gewesen und habe 4) „immer mildernd" und „bremsend" gewirkt. Die Barzel-Parolen 1) und 2) sind so albern, daß sie wohl nur beim RCDS glaubhaft klingen. Zu 3) und 4) ist zu sagen, daß Globke Korreferent für „Rasserecht und Rassepolitik" im NS-Innenministerium war, dort u. a. das „Blutschutzgesetz" bearbeitete und sich noch 1937 für eine im Vergleich zu einem damaligen Kommentar (von Lösener-Knost) schärfere Auslegung der „Rassenschande" insofern aussprach, als nicht bloß der Beischlaf, sondern auch „der regelwidrige Geschlechtsverkehr, insbesondere beischlafähnliche Handlungen" [134]) darunter fallen sollten. Schließlich erzählte Barzel den Studenten, daß es damals und heute auch Kommunisten gebe, daß diese Hitler zur Macht verholfen hätten, und beschloß seine Worte mit dem „Stoßgebet" (Seeliger): „Gebe Gott, daß in der roten Diktatur der Zone möglichst viele Männer so wirken, wie Hans Globke es in der braunen Diktatur tat..." Gegen Barzels Globke-Rede protestierte u. a. der jetzige Bundesjustizminister. Barzel aber führte drei Jahre später gegen die Präsidentschaftskandidatur des FDP-Abgeordneten Bucher dessen einstmalige Zugehörigkeit zum NS-Schülerbund ins Feld [135]).

Durchgehend macht es sich Barzel bei der „Bewältigung" des Faschismus einfach: „Hitler war eine schreckliche Wirklichkeit. Daran gibt es nichts zu verniedlichen. Wir spüren die Folgen und müssen sie tragen." Er tröstet sich aber: „Die deutsche Geschichte umfaßt mehr als zwölf Jahre. ... Ein erneuertes Deutschland tritt der Welt gegenüber. Unsere Gegenwart... ist ehrenhaft." Vorher hatte er gedroht: „Durch unser Volk geht eine nationale Besinnung", und er spezifizierte später, daß das daran liegt, daß die anderen nicht so recht nach der bundesdeutschen Wunschliste Politik getrieben haben: „Die Stimmungslage in Deutschland ist durch viel Enttäuschung gezeichnet: Weder die Einheit des Landes noch die Vereinigung Europas ist erreicht. Die atlantische Gemeinschaft stagniert. Die Anerkennung für das neue Deutschland ist spärlich" [136]). In der gleichen Rede kommt Barzel noch einmal auf die Vergangenheit zu sprechen, wieder in der fatalen Beschränkung auf den Dämon Hitler: „Wir wissen, daß Hitler Europa zerstört hat." Dann fährt Barzel fort: „Wir wissen, daß wir mit den Polen und den Tschechen, ... daß wir mit den Russen — von Volk zu Volk und

131) Vgl. Wolf Scheller, Kein echtes Streitgespräch, in: „Deutsche Tagespost", 20./21. 6. 1969, S. 4.
132) Vgl. Seeliger (Anm. 7), S. 63 ff.
133) Erhard hatte sich zu Anfang des NS positiv für ihn ausgesprochen.
134) Zit. bei Seeliger (Anm. 7), S. 67.
135) Vgl. ebd., S. 69.
136) Rainer Barzel, Rede in Washington am 17. 6. 1966, abedruckt in: „Europa-Archiv", 15/1966, S. 405.

von Mensch zu Mensch — noch vieles zu erledigen haben" [137]). An anderer Stelle sagt er ähnlich, daß „wir mit dem russischen Volk noch manches zu bereinigen haben" [138]), welches „versöhnliche" Wort eine Analyse der politischen Rede als in der Wirkung eher drohend interpretiert [139]).

Barzel beherrscht die Argumentationsstrategie, wie man sie üblicherweise bei rechten Vergangenheitsbewältigern antrifft: Die entrüstete Distanzierung vom Faschismus, dessen soziale Funktion man nicht untersucht, durch Hinweis auf den Kampf gegen den ebenso „totalitären" Kommunismus. Auf einen besonderen Clou des moralischen Rigoristen Barzel wird sicherlich auch Dr. Freys „Nazizeitung" [140]) noch nicht gekommen sein: Das Nichtanerkennen der gegenwärtigen Grenzen „würde in der Welt als Beweis für Gesinnung und Gesittung des erneuerten Deutschland verstanden" [141]). Höhepunkt von Barzels staatsmännischer Weisheit ist in diesem Kontext aber: „Hitler ist tot, und Ulbricht lebt" [142]), „womit er", nach Karlheinz Deschners Einschätzung [143]), „natürlich Hitler nicht auf die tiefe Stufe Ulbrichts („fremdländischer Satrap" [144])) stellen wollte". Lange nicht so schlimm wie die Ulbrichts, die immerhin gegen den Faschismus kämpften, sind für Barzel die NS-Mitläufer, die bei der heftigen Verurteilung des einen Mannes Hitler [145]) und angesichts seiner Globke-Verteidigung wohl nur ein paar höchste NS-Schwerverbrecher nicht umfassen dürften. Für sie war die Vorliebe für den Faschismus „Idealismus", „Ehre", „vaterländische Gesinnung" [146]), wobei besser nicht mitdiskutiert, wer nie recht dabei war und „nie eisigen Schneesturm erlebt hat" [147]). Über strukturelle Bedingtheiten für Faschismus, Rüstung, Aggressionen und schließliche Niederlage findet sich bei Barzel nichts.

V

Barzels gesellschaftspolitische Standorte werden wir einleitend durch seine Polemik gegen SPD und Gewerkschaften und dann anhand seiner Stellung zu Demokratie und Sozialstaat deutlich zu machen versuchen.

Das „Godesberger Programm" rügte Barzel 1959 als nicht ausreichend, was seinen Reformismus beträfe, vor allem nicht in seiner Abkehr von der Marxschen Theorie und von den revisionistischen Vorstellungen der Wirtschaftsdemokratie [148]). Die „deutschen Sozialisten" (SPD) „glauben" — nach Barzel natürlich fälschlich —, daß der Mensch wesentlich durch die Gesellschaft geprägt ist, und wollen das „zum Mittelpunkt ihres Grundsatzprogramms" machen [149]). Heimtückisch würden sie denn auch nicht Gott oder Weltanschauung, sondern „Materie und Technik" an den Anfang setzen [150]). Dagegen weiß Barzel: „Auch im ‚Atomzeitalter' bleibt der Mensch Mensch, das Gute gut, das Wahre wahr, das Schöne schön und Gott der Herr der Zeit" [151]). Von solcher hohen Warte aus verschwimmen Differenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, wes-

137) Ebd., S. 412.
138) Rainer Barzel, Auf dem Wege in die Neue Wirklichkeit (Anm. 106), S. 211.
139) Vgl. Zimmermann, ebd., S. 43.
140) „Die Neue Gesellschaft", 11/1971.
141) Rainer Barzel, Gesichtspunkte eines Deutschen, S. 241.
142) Ebd., S. 104.
143) Karlheinz Deschner, Rainer Barzels großes Bla-bla, in: „Blätter", 8/1968, S. 993.
144) Rainer Barzel, Auf dem Wege in die Neue Wirklichkeit (Anm. 106), S. 210.
145) Vgl. z. B. Rainer Barzel, Gesichtspunkte eines Deutschen, S. 241, 104.
146) Ebd., S. 104, 249.
147) Ebd., S. 254.
148) Vgl. Rainer Barzel, Gesellschaftspolitik im „Atomzeitalter", in: „Die politische Meinung", H. 41 (1959), S. 36 ff.
149) Ebd., S. 39.
150) Ebd.
151) Ebd., S. 40.

halb die Grundzüge von Barzels Antisozialistensprüchen einheitlich behandelt werden können.

Vom Marxismus verstanden haben kann Dr. Barzel nicht viel, sofern man dazu seine schriftlichen Äußerungen heranzieht. Daß er das „Kommunistische Manifest" ein Jahr vorverlegt [152]) und die simpelsten marxistischen Begriffe verwechselt [153]) — nun ja; daß allerdings Marx und Engels mit einem griffigen Plato-Zitat „widerlegt" werden, wirkt schon weniger komisch: Sie ziehen „alles aus dem Himmel und der Welt des Unsichtbaren herab auf die Erde und behaupten steif und fest, nur das Greifbare allein sei existent" [154]). Dem Verfasser des „Kapital", der die meiste Zeit die Ideen der Herrschenden bekämpfte und die Theorie des historischen Materialismus ausarbeitete, wirft der Jesuitenzögling vor: „Ideen sind für Marx nicht existent" [155]) und erkenntnistheoretische Materialisten seien Egoisten und machthungrig [156]). Immer wieder mit Plato und Ernst v. Hippel und dem einstmals NS-freundlichen Scholastiker Josef Pieper gehen Barzel-Breitseiten gegen die Klassiker des Marxismus. Marx weihe genüßlich die Familie „dem Untergang" [157]), glaube fälschlich, „daß keiner faul ist" [158]), sehe eine „glückliche Ehe ohne Treubruch" als unwichtig an [159]) und befeinde schließlich den heiligen Gral des christlichen Abendlandes: „Ist das Eigentum vernichtet, so rollt die Kugel mit dem Wappen der völligen Auflösung weiter, zerstört im Vorübergehen Familie, Volk und Staat und alle geistig-sittlichen Werte, sowie alle auf Gut und Böse basierenden normativen Elemente. Auf dem Wege der Vernichtung wird die Liebe ausgemerzt, und Macht, Haß und Mißtrauen treten an ihre Stelle" [160]). Wohlgemerkt, alles, weil die Marxisten etwas gegen Privateigentum an Produktionsmitteln haben, also auch dagegen, daß — heute — eine Minderheit von 1,7 % der Bevölkerung über 74 % davon und also über die damit beschäftigten abhängig Arbeitenden verfügt.

Meist wird diese Realität, die hinter hohlen Phrasen steckt, übertüncht durch das Gerede vom Geistigen, von hohen Werten und von Idealen, zu deren Sachwaltern sich Männer wie Barzel machen. Das geht bis zur Absurdität, wie z. B. seine Charakterisierung des Sozialismus aus dem Jahre 1947: „Einheit, Volk, Staat, Wirtschaft, Gesellschaft, Wohlstand, Geltung sind sozialistische Werte. Von Gott, Gut und Böse, Gerechtigkeit und Demut, also theozentrischen Werten, ist nirgendwo die Rede" [161]). Barzel weiß: „Der Klassenkampf ist ungesund und schädlich . . ." [162]). „Der Staat ist die Gemeinschaft der Familien" 163). Und Barzel warnt: „. . . ein gutes Stück Weg vertragen sich Sozialismus und Demokratie miteinander" [164]). In Barzels „Demokratie" paßt aber nicht einmal mehr eine reformistische Technokratenpartei nach Art des rechten Flügels der heutigen SPD, den er von seinen substantiellen Angriffen nie ausgenommen hat, obwohl er im kleineren Kreis in der letzten Zeit gern den Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten betont. Denn die ganze SPD würde nach Barzels Erkenntnissen „die wirtschaftliche Freiheit gängeln — wie es schon im ‚Godesberger Programm' steht" [165]). Deshalb bedeute jeder SPD-Erfolg den Verlust von „einem

152) Vgl. Rainer Barzel, Die geistigen Grundlagen der politischen Parteien, Bonn 1947, S. 17.
153) Vgl. ebd., S. 30.
154) Ebd., S. 18.
155) Ebd., S. 22.
156) Vgl. ebd., S. 20.
157) Ebd., S. 43.
158) Ebd., S. 38.
159) Ebd., S. 45.
160) Ebd., S. 43.
161) Ebd., S. 94.
162) Ebd., S. 139.
163) Ebd., S. 117.
164) Ebd., S. 96.
165) Rainer Barzel, Au fdem Wege in die Neue Wirklichkeit (Anm. 106), S. 200.

Stück der Freiheit!" Also: „Wenn wir weiterkommen wollen, können wir uns Sozialismus einfach nicht leisten. Er lähmt die dynamische Kraft" [166]). Und: „Wer also SPD wählt, kauft die Katze im Sack" [167]).

Im „Rotbuch" von 1960 hatte Dr. Barzel bekanntgegeben, daß Ulbricht einen linken Flügel in der SPD aufgebaut habe und daß u. a. Wehner den DDR-Staatssicherheitsdienst begünstigt habe [168]). Eine zweite Masche war schon immer die Verdächtigung, etwas gegen das Christentum zu haben; auch sie traf oft genug die SPD mit voller Wucht. Die rhetorische Frage „wie steht die SPD zum Herrschaftsanspruch Gottes", beantwortete Barzel natürlich negativ [169]), wobei er seinen Gott u. a. für klerikale Jugend- und Kinderheime in Anspruch nahm, die gleichwohl in der Regel vom Steuerzahler finanziert wurden. Selbst das „Godesberger Programm" konnte Barzel nicht besänftigen, sah er doch viel zu viel „weltanschaulichen Sozialismus" darin [170]). 1961 zwang er Willy Brandt nach einer Beleidigung zum Verlassen des Bundesplenums. Seither wurde Barzel ruhiger; man wird aber sicher sein dürfen, daß er wieder zu seiner früheren Form finden wird. Das kündigt sich seit einiger Zeit an. Seine oftmaligen Beschwörungen „Sozialisten sind am Werk", mit denen er die zaghaften Reformen der Regierungskoalition kommentiert, veranlaßten einen SPD-Theoretiker [171]) zu folgerichtigen Assoziationen: „In meiner Jugend hieß es: Juden, Bolschewisten und Sozialisten sind am Werk!" „Will Barzel wieder an ‚Rettet die Freiheit' anknüpfen?" Die Antwort ist positiv [172]): „Sein Auftreten in der ‚Aktuellen Stunde' am 23. September und seine infamen Verleumdungen des Bundeskanzlers ... beantworten die Frage ... Möge er nur versuchen, als Anhängsel des Franz Josef Strauß so zu wirken, wie es ihm liegt, nämlich destruktiv."

Barzel gibt sich alle Mühe. Einerseits soll die SPD die DKP verbieten („Feinde"), andererseits sitzen in ihr schon die gleichen „totalitären" Kräfte: „Demokratie wird durch einen gewissen Sozialismus mit Sicherheit zerstört." „Es geht darum, gegen diese Regierung zu kämpfen, denn die Fundamente sind in Gefahr" [173]). Man erinnert sich dabei an eine Barzelsche SPD-Beschimpfung aus dem Jahre 1952. Da hatte er ihr „eine gewisse Tendenz zur traditionslosen Radikalität" [174]) vorgeworfen. Der Grund war folgender Satz aus dem Aktionsprogramm von 1946: „Es gibt keine ausreichende geschichtliche Legitimation gegenüber den Notwendigkeiten der Gegenwart."

Barzels Agitation zeigt eindeutig, daß es für die SPD nichts bringt, sich so weit von den Kommunisten abzusetzen, daß kaum noch etwas von sozialreformerischem Inhalt und von Unterschieden gegenüber den Rechtsparteien übrig bleibt: Sie wäre, auch wegen der nicht exakt kalkulierbaren Entwicklung der Basisdemokratie in der Partei, immer ein potentieller Störfaktor für die Reaktion und auch immer ihr vorzügliches Objekt demagogischer Rechtspropaganda, die schon — in teilweiser Projektion — bei leichten Steuererhöhungen für die Unternehmer „roten Totalitarismus" vermutet und effektiv unter die Massen bringt. „Ich bestreite", meldete Barzel im „Rheinischen Merkur" [175]), „daß die gegenwärtige Politik in der Frage Kommunismus und Freie Welt, in der Frage Eigentum

166) Ebd.
167) Ebd., S. 201.
168) Vgl. Seeliger (Anm. 7), S. 81.
169) Rainer Barzel, „Mater et magistra" (Anm. 112).
170) Zit. n. Seeliger (Anm. 7), S. 82.
171) Leo Bauer, Die Herausforderung oder Wie schwach ist die Sozialdemokratie?, in: „Die Neue Gesellschaft", 11/1971, S. 691.
172) Ebd., S. 692.
173) Zit. n. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 14. 9. 1971.
174) Rainer Barzel, Die deutschen Parteien (Anm. 125), S. 170.
175) Interview mit Rainer Barzel, in: „Rheinischer Merkur", 17. 9. 1971, S. 3.

oder Sozialisierung, in der Frage Soziale Marktwirtschaft und Leistungsgesellschaft von denselben Zielvorstellungen geleitet ist wie wir." Ferner sieht er in der SPD einen „neuen Nationalismus" und einen fellow traveller Moskaus: „Brandts Ja zur europäischen Sicherheitskonferenz, wie die Sowjetunion sie vorschlägt, aber die Vertagung des politischen Europa ‚auf die nächste Generation' wird gefährlich."

Barzel wäre kein Unionschrist, wenn das Freund-Feind-Schema nur in der Außenpolitik für ihn gälte. Auch innenpolitisch „geraten die Grundlagen in Gefahr, wenn man einen Feind nicht mehr einen Feind nennt und seine eigene Position nicht mehr verteidigt. Dann kommt man auf die schiefe Bahn" [176]). Der Klartext kommt gleich danach: Sozialisten verdrängen in der SPD Sozialdemokraten und denken anders „über Unternehmerrisiko, Privateigentum, Gewinn und Ertrag, Steuerpolitik" [177]). Bleibt zu hoffen, daß es dort nicht beim Andersdenken bleibt — doch schon das „Denken" größerer sozialer Gerechtigkeit und das öffentliche Diskutieren des Realitätsgehaltes von Tarnphrasen wie „Unternehmerrisiko" provoziert Weltuntergangsgehabe im Abendland: „die Fundamente wackeln" [178]) bzw. „sind in Gefahr", wie es Barzel auf dem CDU/CSU-Mittelstandskongreß formulierte [179]). Gekonnt ist so etwas besonders vor Mittelständlern, deren Schwund bestimmt die SPD nicht zu verantworten hat, und auch in Sachen Europa, wo Barzel, dessen Partei ja im Prinzip die verfahrene und nicht integrierbare westdeutsche Agrarpolitik zu verantworten hat, der SPD/FDP-Koalition ungelöste Agrarprobleme und den fehlenden „festen Fahrplan zur politischen Union in Europa" — gemeint ist: Westeuropa — vorwirft [180]).

In der Konfrontation erst wird sichtbar, was die Rechte von ihren eigenen vielbetonten Standards wie Redlichkeit, Nüchternheit, Ordnung und Anstand hält: nichts. Der redliche Alltagschrist Barzel nannte die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung und der SPD nicht bloß „Nebelwerferei" [181]) und „Propagandaflut", sondern agitierte wider besseres Wissen mit Vorwürfen wie Wortbrüchen und Täuschungen des Parlaments gegen das Bahr-Papier, gegen Haushaltszahlen der Regierung und das von den Alliierten vereinbarte sowjetische Generalkonsulat in Westberlin. Der Liebling der auflagenstärksten Pressekonzerne sprach von der Einschränkung derselben durch die Bundesregierung und beschwerte sich, daß der Kanzler ein gutes Verhältnis zur IG Metall habe und mit Generalsekretär Breschnew in Jalta über die DKP gesprochen haben soll. Fazit: „Wer so handelt, schädigt nicht nur seine Partei, sondern schädigt Fundamente unseres Staates." Fürwahr, die Kriminalität steige und die DKP ja auch; in den Schulen würde pausenlos über Griechenland und Vietnam agitiert und nicht über die DDR gesprochen (Barzels Unionsfreunde in Westberlin beklagen derweilen, daß die Politologen im Fach Innenpolitik nur noch über die DDR geprüft würden). Jammernd zitiert Dr. Barzel dann das „Deutsche Ärzteblatt", demzufolge die Situation an den Universitäten der von 1931 ähnelt, als die Faschisten zum großen Schlag ansetzten. Was ist anderes zu erwarten von Sozialdemokraten, die nicht den Barzelschen „wehrhaften", sondern den Brandtschen „schlappen" Staat anvisieren. Wahr: „Wer Deutschland Hitler vorwirft, darf der Union unbequeme Prinzipientreue hier nicht anlasten!" So sieht Barzel also klar im Negativen und zeigt, daß er auch im Wahlkampf in gewohnter antisozialer und antiliberaler Machart vor allem drei Ängste des Bundesbürgers schüren und ausnützen

176) Interview mit Rainer Barzel, in: „Wirtschaftswoche", 24. 12. 1971, S. 12.
177) Ebd.
178) Ebd.
179) Zit. n. „Die Neue Gesellschaft", 11/1971, S. 755.
180) Interview mit Rainer Barzel, in: „Wirtschaftswoche" (Anm. 176).
181) Vgl. hierzu und zum folgenden Rainer Barzel, Rede in Saarbrücken (Anm. 105).

wird [182]): die Angst vor Kommunisten und Radikalen; die Angst vorm wirtschaftlichen Ruin; und schließlich die Angst vor dem angeblich aggressiven „Ostblock" und der Aufgabe der westlichen Sicherheit. „Und aus diesen drei Thesen entwickelt er schließlich das apokalyptische Bild einer Zerstörung bisher gültiger gesellschaftlicher Strukturen, einer in sich zusammenstürzenden Demokratie" [183]). Man wird sich auf einiges gefaßt machen müssen.

Noch 1965 hatte Barzel den Eindruck zu erwecken gesucht, daß er und seinesgleichen gegen den Willen der SPD durch die Remilitarisierung nicht weniger als einen Krieg verhindert hätten: „Unser Kampf gilt dem Krieg. Wir wollen ihn verhindern! Wir haben der SPD unsere Bündnispolitik und unseren Wehrbeitrag abgetrotzt" [184]). Immer wieder neu wird die CDU-Trickkiste angereichert, und in der Hoffnung auf sich verdummen lassende Wählerschichten kommt es da auch nicht sehr auf Logik an. So wirft die Barzel-Partei der SPD/FDP-Koalition einerseits den vaterlandslosen Ausverkauf Deutschlands, andererseits aber Nationalismus vor (z. B. bei Brandts „eigenmächtiger" und zu wenig mit den USA abgestimmter UdSSR-Reise).

Wenn die Roten schon Deutschland verkaufen — oder in Strauß' und Dr. Freys Lesart: verschenken —, findet Barzel es legitim, die Reaktion international zu sammeln. Ende November 1971 fand er in einem Interview mit einer Wiener Zeitung [185]) eine Internationale der konservativen Parteien „dringend erforderlich", zumal sich bei einer erweiterten EWG das Stärkeverhältnis für die „christlichen Demokraten" ungünstig ändere. Darum forderte er die Zusammenarbeit mit anderen, die zwar keine christlichen Demokraten seien, die „aber uns in der praktischen Politik sehr nahestehen", wie z. B. die Konservativen in England.

VI

Die Polemik Barzels gegen die Gewerkschaften ähnelt der gegen die SPD, weshalb wir uns hier kurz fassen können.

Im „Rotbuch" waren die Gewerkschaften des DGB Hauptangriffsobjekte der Freiheitsretter; offenbar sah sie Barzel schon damals weitgehend vom Bolschewismus zersetzt. 1960 startete er eine weitere Kampagne gegen sie und versuchte, u. a. mit Hilfe des Jesuitenpaters Reichel, der vorher schon eine Spaltergruppe aus dem DGB gelöst hatte, der Einheitsgewerkschaft Einfluß und Mitglieder zu entziehen [186]). 1961 schied er aus der ÖTV aus, schaffte es jedoch nicht, eine Gegengewerkschaft aus der Taufe zu heben [187]).

Als Kanzlerkandidat wird sich Barzel hüten, abgesehen von für Eingeweihte verständlichen Sprachkürzeln, etwas ausdrücklich gegen die Gewerkschaften zu sagen. Daß er gegen ihre und ihrer Anhänger Interessen arbeiten wird, ist eine überflüssige Bemerkung zu diesem Exponenten des Rechtskartells. Früher war er deutlicher und sprach sich indirekt gegen die Tarifautonomie aus. Er forderte „institutionelle Ordnungen für den Abschluß von Tarifverträgen" [188]): „Wenn der Platz der Partnerschaft als Kampfplatz klassenkämpferischen Denkens mißbraucht wird, wird der Staat ordnend eingreifen" [189]).

182) Vgl. dazu auch Wolfgang Janssen, Die Mär vom Untergang. Barzels Saarbrücker Vorsitzenden-Einstand, in: „Die Neue Gesellschaft", 11/1971, S. 805.
183) Ebd.
184) Rainer Barzel, Auf dem Wege in die Neue Wirklichkeit (Anm. 106), S. 198.
185) Vgl. „Süddeutsche Zeitung", 30. 11. 1971, S. 2.
186) Vgl. Seeliger (Anm. 7), S. 86.
187) Vgl. ebd.
188) Zit. n. „Der Spiegel", 17. 4. 1963, S. 33.
189) Zit. n. „Neues Deutschland", 13. 12. 1962.

Zur Zeit der Großen Koalition ließ Barzel wissen, was seines Erachtens mit zum Bankrott der Regierung Erhard und zur Rezession geführt habe: „Die Knappheit der Arbeitskräfte verführte zu leichter Bewilligung hoher Löhne ... Die Arbeitsmoral ließ hier und da in erschreckender Weise nach, Regierung und Parlament waren viel zu ausgabefreudig. — Nun lernt man in der Bundesrepublik den Wert des Geldes und eines gesicherten Arbeitsplatzes wieder schätzen ... Man kann die hohen sozialen Leistungen in der Bundesrepublik nicht für absolut tabu erklären" [190]). Das Programm ist eindeutig.

VII

Einige Streiflichter nun auf das Verhältnis des Kanzlerkandidaten zur Demokratie. Barzel verlangte im Juli 1962 die Wiedereinführung der Todesstrafe [191]) und später die Verlängerung der Wahlperioden auf sechs Jahre sowie die Gleichschaltung der Länderwahlen mit der Bundestagswahl [192]). Zehn Jahre vorher hatte er, der somit Grundgesetzänderungen verlangte, wie es gemeinhin nur die radikale Rechte tut, die CDU als „einzige Verfassungspartei" bezeichnet, weil „die anderen Parteien" entweder dem Grundgesetz überhaupt nicht zugestimmt (die CSU z. B.!) oder später seine Änderung „beantragt" hätten [193]).

Barzels streitbare Demokratie ist keine solche, die auf der Volkssouveränität aufbaut und also dem Grundgesetz entspricht [194]). Das läßt sich zuerst an seiner Dissertation und einer 1950 erschienenen Barzel-„Streitschrift" nachweisen, in der er die Demokratie als „System von Kontrollen" und als neuzeitliche Form der Herrschaftsausübung durch Eliten definierte [195]). Ausdrücklich hat Barzel in seiner Kritik am Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts (gegen ein regierungsgesteuertes Fernsehprogramm) im Bundestag am 9. März 1961 die pluralistische Toleranz des weltanschaulich-neutralen Staates abgelehnt und sich für einen „christlichen" Zwangsstaat, wahrscheinlich nach Art der faschistischen Regime in Portugal und Spanien, ausgesprochen: „Wir meinen, daß eben für die Politik der Verzicht auf die letzte Wahrheit im Grunde auch den Pluralismus absolut setzt. Wir sagen als christliche Demokraten ... diesem Pluralismus den Kampf an. Wir meinen, daß alle Bereiche, auch Staat und Politik, immer aus einer letzten Wahrheit zu gestalten sind" [196]). Auch hier ist also zu konstatieren: „Die politische Gefährdung, die von dem Porträtierten ausgeht, spiegelt symptomatisch die Gefährdung unseres demokratischen Rechtsstaates" [197]).

Noch 1947 [198]) hatte Barzel betont, daß das zum Souverän erhobene Volk die Errichtung einer „tatsächlichen Demokratie", einer „Volksherrschaft", durch politische Beteiligung ermöglicht. Wie wir sahen, war schon mit seiner Doktorarbeit 1949 die demokratische Phase Barzels gründlich revidiert. 1962 [199]) „begreift" er ausdrücklich „Politik als Bereich der Sendung Gottes in die Zeitlichkeit", mit welchen Redensarten sie bekanntlich dem demokratischen Zugriff des Volkes entzogen zu werden pflegt. Präzise in der gleichen Arbeit auch die Ablehnung

190) Rainer Barzel, Das Profil der Unionsparteien. Finanz- und gesellschaftspolitische Ziele der CDU/CSU in der Großen Koalition, in: „Rheinischer Merkur", 24. 2. 1967, S. 2.
191) Vgl. „Der Tagesspiegel", Westberlin, 19. 7. 1962.
192) Vgl. Goyke (Anm. 7), S. 22.
193) Rainer Barzel, Die deutschen Parteien (Anm. 125).
194) Theoretisch jedenfalls ist der enge Zusammenhang von Demokratie und Volkssouveränität unumstritten. Vgl. z. B. Otto Stammer, Demokratie, in: Wilhelm Bernsdorf (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1966.
195) Rainer Barzel, Souveränität und Freiheit. Eine Streitschrift, Köln 1950, S. 58.
196) Zit. n. Grebing (Anm. 15), S. 146. Vgl. auch „Deutsche Zeitung", 24. 12. 1962.
197) Seeliger (Anm. 7), S. 6.
198) Rainer Barzel, Die geistigen Grundlagen der politischen Parteien (Anm. 13).
199) Rainer Barzel, „Mater et magistra" (Anm. 112).

des liberalen Pluralismus: „... daß die bloße Tolerierung christlicher Gehalte und der Kirche durch Politiker, Parteien und Programme nicht genügt: Wer nämlich das Christentum privatisiert und relativiert, setzt den Anfang zur Entchristlichung der Welt!" Folgerichtig belehrt er SPD und FDP, daß es „mit päpstlichen Maßstäben gemessen zweifelhaft" sei, ob sie das „Wohlwollen der Kirche" hätten.

Barzels Monopolanspruch, daß die CDU/CSU den Willen Gottes in dem Staat repräsentiere, ist blasphemisch und auch verfassungswidrig. Natürlich drückt sich Barzel heute nicht mehr so plump aus wie früher (etwa 1949: „Der letzte Staatszweck allerdings ist metaphysisch" [200]), und geglaubt hat er daran ohnehin wohl nie — wenn er überhaupt an etwas geglaubt hat außer an seine eigene Karriere.

Nur eben hat die Absicherung reaktionär-konservativer Politik mit christlich klingenden Phrasen und zugleich die Abstempelung des Gegners der CDU/CSU zu Quasi-Alliierten des Teufels das Klima der BRD besonders in den 50er und 60er Jahren entscheidend mit vergiften helfen, und auch real könnte heute manches besser sein, was Krankenhausbau, Verkehrsstruktur, Kindergarten- und Bildungswesen betrifft, wenn nicht eine manipulierte Christenschar schon in sozialliberalen Reformern die Feinde Gottes gesehen hätte. Die Barzelpartei hat sich immer als mehr denn eine Partei im landläufigen Sinne verstanden, worauf schon ihr Name hinweist. Bei Barzel erscheint sie als eine, auf die „der ungeborgene Mensch" „heimlich" „hofft", „deren Politik er durchzufühlen vermag", „die an Höheres gebunden ist" und „Autorität ausstrahlt" [201] — da bleibt für simple Sozialprobleme kein Raum, und in solcher Höhenluft vergehen auch vorwitzige Ansprüche auf innerparteiliche Durchsichtigkeit oder gar auf Demokratie.

Die „Durchführung" ist die eine, die Entscheidung und Durchführung die andere Seite, und die will Dr. Barzel keinesfalls der Demokratie des Volkes anvertrauen. Programmatisch bekannte er sich dazu 1966 unter der Überschrift „Die Demokratie braucht Führung" im „Rheinischen Merkur" [202]). Da lehnt er „Anpassungsartistik" an Massenmeinungen, Demoskopie u. ä. ab und zählt auf, was alles die CDU gegen den Willen des Volkes durchsetzte: „Wehrpflicht ist zunächst unpopulär ebenso wie Wettbewerb und Selbstvorsorge. ‚Anpassungsartistische' Politik wäre nie im Stande, sie durchzusetzen." Wie ein Raunen des Schicksals hören dann aber die Berufenen und Auserwählten, was zu tun sei: das Setzen von „urtümlichen Akzenten", ohne die Politik „zutiefst unchristlich" wäre; „denn dem Christen ist weder jede Politik noch jede Antwort erlaubt, noch auch amoralischer Opportunismus." Wenn gar sich die CDU Volksmeinungen anpaßte, würde sie „unfähig zum Du und zur Gemeinschaft, einsam trotz aller Betriebsamkeit". Eine solche einsame Christenunion „aber, die so die Fähigkeit zum Du und zur Gemeinschaft verlöre, wäre steril, zum Aussterben verurteilt, ohne Gestaltungs- und Wirkkraft". So aber ist gottseidank die Alternative die Gängelung, Repression und Führung der Volksmassen durch die immer wieder junge Christenpartei: „Wir müssen also Akzente setzen, Zukunftsbilder zeigen, Neues sichtbar erstreben, konkrete Ziele nennen und erreichen — kurz: wir müssen — auch morgen — führen [203]). Und das setzt Kraft und Mut, schöpferische Kraft wie Mut zur Gestaltung voraus. Auch die Demokratie braucht Führung — Führung durch Menschen, denen Vertrauen ein besonderes Mandat auf Zeit durch geheime Wahl übertrug."

---

200) Rainer Barzel, Grundrechte und Grundpflichten (Anm. 8), S. 64.
201) Rainer Barzel 1964 auf dem Deutschlandtag der Jungen Union, zit. n. Seeliger (Anm. 7), S. 80.
202) Zit. n. Rudolf Augstein, Wäre Barzel denn richtig?, in: „Der Spiegel", 21. 2. 1966, S. 18 f.
203) „Führen" im Original gesperrt.

Demokratie wird also zur Geschäftsführung der Oberen; ihr Medium des Räsonnierens ist die „Mitte", ihr Inhalt die Nichtänderung des sozialökonomischen Status quo. Auf dem CSU-Parteitag im Oktober 1971 in München [204]) forderte Barzel die Bundesregierung auf, „gegen den Radikalismus von linksaußen" „Front zu machen", so wie — Barzel denkt wohl an die gemeinsame Haltung von CDU/CSU und NPD bei der mißglückten Schröder-Wahl in Westberlin und an die lange Beschäftigung eines hohen CSU-Mannes bei Dr. Freys „Nazizeitung" und an die Aktivitäten und Aussprüche des Franz Josef Strauß — wir „es vorher gegen den von rechtsaußen erfolgreich getan haben". Im Grunde heißt Demokratie für Barzel, daß alles bleibt, wie es ist, daß aber das Funktionieren der Herrschaftsverhältnisse glatter hergerichtet wird. In seinen „Gesichtspunkten" von 1968 [205]) nannte er sogar einen Regierungswechsel durch Wahlen „eine alle vier Jahre drohende Gefahr" — seine Reaktion beim bald folgenden tatsächlichen Regierungswechsel entsprach dieser Auffassung. Abgewählt, sah er die Koalition ohne christliche Ordnungspartei als Unzucht an: „Ehe wider die Natur", und argumentierte von einer höheren Warte als einer simplen Wählerentscheidung aus: „Diese Mini-Linkskoalition ist das Ergebnis einer mathematischen Möglichkeit, kein Auftrag der Wähler" [206]). Noch zwei Jahre später, auf dem Saarbrücker CDU-Parteitag, redete er in der für ihn charakteristischen Weise von der „zweifelhaften Mehrheit" der Regierungskoalition. Barzel unterläßt nichts, um bei den Strategen der herrschenden Klasse die rechte Variante einer Herrschaftssicherung durch die CDU/CSU als die allein erfolgversprechende zu kennzeichnen. Nur wenn sich auch in der SPD völlig die Kräfte durchgesetzt hätten, die — immun gegenüber basisdemokratischen Reformbestrebungen — im Grunde gar nichts anderes mehr wollen als die Christenunion auch, nur dann wäre er wohl zufrieden. Aus diesen Gründen ist er für die „Volkspartei", die keine für die Interessen der Mehrheit des Volkes, sondern eine Allerweltspartei sein soll, die auch den letzten Multimillionär nicht vor den Kopf stößt, und deshalb ist er für ein „Mehrheitswahlrecht", das einen solchen Zustand zementieren würde: „Dieses System erlaubt keiner der beiden Parteien eine prinzipielle Opposition gegen die Kirche, gegen die Unternehmer, gegen die Gewerkschaften und so fort; es zwingt zu Maß und Mitte" [207]).

Die Bewahrung des Status quo bedeutet nur die Aufrechterhaltung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse; die gesellschaftlichen und politischen Formen müssen dauernd reformiert werden: „In einer modernen Industriegesellschaft gehört nichts so zum Dauerzustand wie strukturelle Veränderung" [208]). Auch der politische Apparat gehört dazu, und so fanden wir Barzel konsequenterweise bei den eifrigsten Einpeitschern der arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlichen Notstandsgesetze. Ist es ohnehin bei solchem Demokratieverständnis Pflicht des Staates, sich keine gegen ihn gerichtete Demonstration gefallen zu lassen — Barzel titulierte das z. B. „Terror" von „nihilistischen Demagogen" [209]) —, so hat das Volk auch zu kuschen, wenn ihm seine Oberen etwas vorlügen. Zwar wurde etwa im Falle des nicht durch Gerichte nachprüfbaren Telefonmithörens ein klassisches und nach den GG-Vorschriften selbst nicht außer Kraft setzbares Grundrecht außer Kraft gesetzt, doch hinderte das Barzel nicht an folgender

---

204) Rainer Barzel, Rede auf dem CSU-Parteitag 1971 in München, abgedruckt in: „Bayernkurier", 23. 10. 1971, S. 20.
205) Rainer Barzel, Gesichtspunkte eines Deutschen, S. 33.
206) Rainer Barzel, in: „Deutschland-Union-Dienst", 14. 10. 1969.
207) Rainer Barzel, Gesichtspunkte eines Deutschen.
208) Rainer Barzel, Gesunde Umwelt durch aktive Strukturpolitik, in: Heinrich Gewandt (Hrsg.), Die Zukunft des Mittelstandes, Düsseldorf, Wien 1969, S. 64.
209) Zit. n. „Frankfurter Rundschau", 7. 2. 1968, S. 2.

Falschaussage: „Die Rechte des Bürgers, die Rechte des Parlaments und die Rechte der Bundesregierung bleiben morgen unverändert, so wie sie es jetzt sind (Beifall bei den Regierungsparteien)" [210]). Den Untertanen möchte Barzel vormachen, was die Herrschenden wollen; diffizile Fragen hält er ohnehin nicht für die öffentliche Diskussion geeignet. 1947 noch hatte Barzel [211]) die politische Betätigung, wozu ja auch Wahlen gehören, „ohne vorherige Klärung und Information" „ein Verbrechen" genannt. Man darf da nicht kleinlich sein, wenn es um große Ziele geht. Auch das Grundgesetz scheint für den Vorsitzenden Barzel, der ja anderen oft genug Grundgesetzwidrigkeit vorwirft, nicht das Papier wert zu sein, auf dem es geschrieben ist, wenn es seinen Herrschaftssicherungsplänen entgegensteht. Am 20. Januar 1972 forderte er im Bundestag die — in den Ministerpräsidentenbeschlüssen vom 28. Januar 1972 dann sanktionierte — Diskriminierung von Sozialisten, besonders von Lehrern, im öffentlichen Dienst [212]). Er weiß natürlich, daß das den GG-Vorschriften der Gleichheit der Chancen im öffentlichen Dienst und der Nichtbenachteiligung aus politischen oder weltanschaulichen Motiven widerspricht. Daher forderte er kurzerhand eine Revision des Grundgesetzes, damit auch das möglich sei. Das „Spiel mit dem Grundgesetz" (Wehner) treiben die gleichen, die sich angeblich an Verfassungstreue von niemandem übertreffen lassen wollen. (Schluß folgt)

Zur inneren Situation der USA im Wahljahr

Von Martin Hall, Los Angeles

I

Die spektakulären Züge, die Nixons Außenpolitik im Wahljahr 1972 angenommen hat, täuschen manchen über die unausgetragene Problematik dieser Politik und insbesondere über die Brüchigkeit ihrer inneramerikanischen Fundamente hinweg. Es ist an der Zeit, der kritischen inneren Verfassung der USA die nötige Aufmerksamkeit zuzuwenden, nicht zuletzt eben auch deshalb, weil die Beurteilung der internationalen Strategie einer realistischen Grundlage bedarf.

Der moralische Zustand der Vereinigten Staaten ist heute in vieler Hinsicht desolat; dies in einem Maße, das ein mehr oder weniger normales Regieren fast unmöglich macht. Die Verfassungskrise zwischen dem Kongreß und dem stets autoritärer werdenden Weißen Haus hat dazu geführt, daß dringende Gesetze zu politischen und sogar wirtschaftlichen Fragen steckengeblieben sind. Die Schuldendecke, die der Präsident gefordert hatte, wurde vom Kongreß halbiert; das

210) Rainer Barzel, Ein Rechtsstaat auch in der Stunde der Not. Rede in der Schlußdebatte der zweiten Beratung der Notstandsgesetze im Bundestag, abgedruckt in: Vorsorge für den Notfall, Bonn 1968, S. 4.
211) Rainer Barzel, Die geistigen Grundlagen der politischen Parteien (Anm. 13), S. 14.
212) Dies und das Wehner-Zitat nach „Die Welt", 21. 1. 1972, S. 1.

bedeutet: Nixon muß im Juni, zu Beginn des neuen Haushaltsjahres, erneut vorstellig werden, wenn er die Erlaubnis zu weiterem deficit spending erhalten will. Auch die Bewilligungen für die Auslandshilfe wurden gegenüber den Forderungen des Präsidenten drastisch gekürzt.

Was der Präsident erst vor einem Jahr „die neue amerikanische Revolution" genannt hatte — ein Programm der Steuerumverteilung zwischen der US-Regierung, den Staaten und den Großstädten —, mußte ebenso auf Eis gelegt werden wie die mit großem Aufwand angekündigte Reform der sozialen Fürsorge. Eins von zehn Kindern empfängt heute in den USA Unterstützung aus dem Programm „Hilfe für bedürftige Kinder", und die Situation wird ständig kritischer. Trotz Nixons neuer Wirtschaftspolitik und der von ihm eingeführten Lohn- und Preiskontrollen bleibt die Zahl der Arbeitslosen im US-Durchschnitt konstant bei 6 %. Selbst diese Zahl erweckt noch einen falschen Eindruck. In den Gettos steht die Arbeitslosigkeit junger Schwarzer bei 20 %, und in vielen Orten liegt sie sogar noch höher. Das gleiche gilt für die Arbeitslosigkeit bei den Mexicano-Amerikanern und Puertoricanern. Niemand rechnet mit einer Veränderung dieser Situation, obwohl die Regierung ohne Zweifel versuchen wird, Taschenspielertricks mit Statistiken anzustellen, je näher der Wahltermin rückt.

Da die Preise der meisten Lebensmittel von den Kontrollen ausgenommen wurden (ein Versuch, die Landwirtschaft zu subventionieren), schätzen Regierungsexperten, daß vor allem in den Supermärkten, wo die meisten Leute einkaufen, die Preise um 4 % steigen werden. Arthur Burns, Vorsitzender des Federal Reserve Board, forderte die Preiskommission am 9. Februar auf, eine flexiblere Haltung an den Tag zu legen, um mehr Preissteigerungen zu ermöglichen. Zur gleichen Zeit drängte er die Lohnbehörde, schärfer gegen Lohnerhöhungen einzuschreiten. Burns ist einer der Vertrauten des Präsidenten und spielte bei der Ausarbeitung der neuen Wirtschaftspolitik eine überaus wichtige Rolle. Er erklärte, auch er fürchte, eine strenge Preiskontrolle könnte den Unternehmern das zur Expansion notwendige Kapital beschneiden, während Kompromisse über Lohnerhöhungen das gesamte Wirtschaftsprogramm unterminieren würden. Er versprach, nicht zu einer strengen Geldpolitik zurückzukehren, obwohl dieses Verhalten nur zu einer Steigerung der Inflationsrate führen kann.

Der deutliche Klassencharakter der von der Regierung betriebenen Wirtschaftspolitik wird auch durch den Plan illustriert, bei Arbeitskämpfen Zwangsschlichtungen durchzuführen. Im Falle des Dockarbeiterstreiks hat eine entsprechende Gesetzesvorlage den Kongreß bereits passiert.

Mit jedem Monat wird es deutlicher, daß die neue Wirtschaftspolitik die erwarteten Ergebnisse nicht bringen kann. Die Wirtschaftslage aber ist für eine Regierung im Wahljahr die Achillesferse. Keine noch so dramatischen Akte außenpolitischer Akrobatik werden die öffentliche Aufmerksamkeit von den innenpolitischen Mißerfolgen ablenken können. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wurde der Arbeitsminister nicht eingeladen, vor dem Jahreskongreß der gewerkschaftlichen Dachorganisation AFL-CIO zu sprechen. Der Durchbruch, den Nixon 1968 und 1970 bei den „blue collar"-Arbeitern erzielen konnte, wird wahrscheinlich nicht von Dauer sein.

Daß nicht einmal die auffälligsten Gesetzeslücken des Steuersystems geschlossen wurden, hat heftige Opposition hervorgerufen. Im letzten Jahr haben es diese Lücken 112 Personen mit einem Einkommen, das sich auf über 200 000 Dollar beläuft, ermöglicht, sich jeder Steuerzahlung zu entziehen. Das gleiche gilt für

die Tatsache, daß die riesigen Erdölkonzerne durchschnittlich lediglich 1,2 % Steuern zahlen, und zwar aufgrund der hohen Bezuschussung der Ölförderung. Dazu kommen noch die Milliarden Dollar, die in Form von Steuervergünstigungen den großen Unternehmen zugute kommen, da diese die Anschaffung neuer Maschinen und die Verwirklichung von Bauvorhaben zu besonders günstigen Bedingungen abschreiben können. Und trotz alledem ist das Bruttosozialprodukt weit hinter den Schätzungen der Regierung zurückgeblieben. Es existiert einfach zu wenig Vertrauen in die Stabilität der Wirtschaft. Das zeigt sich auch in einer Rekordhöhe der Sparguthaben, mit anderen Worten in der Weigerung des Durchschnittsbürgers, Geld auszugeben, da er ständig den möglichen Verlust seines Arbeitsplatzes befürchtet. Ebensowenig konnte der Trend gestoppt werden, im Ausland Werke zu gründen, die sich in amerikanischem Besitz befinden, dort jedoch den Vorteil niedrigerer Produktionskosten ausnutzen können. Auf diese Weise steigt die Arbeitslosigkeit im eigenen Lande, in den USA werden Fabriken geschlossen, und im Ausland hergestellte Produkte überschwemmen jetzt den amerikanischen Markt, da die zehnprozentige Importsteuer aufgehoben wurde.

II

Aufgrund des amerikanischen Steuersystems, das den größten Teil des Steueraufkommens in Bundeskassen leitet, wird die finanzielle Lage der Staaten, der Regierungsbezirke und Städte immer katastrophaler. Als Ergebnis steigen die von den Städten und Bezirken erhobenen Vermögenssteuern schnell an. Tausende von Familien der Mittelschicht sind gezwungen, ihre Häuser und Wohnungen zu verkaufen, die oft genug ihren einzigen sicheren Besitz darstellen. Andererseits wurden die örtlichen Schulsysteme bis jetzt fast ausschließlich durch die Vermögenssteuer finanziert. Dieses System, das nun kurz vor dem Zusammenbruch steht, hat zusätzlich die üble Eigenschaft, die Ungleichheit der Bildungschancen weiter zu zementieren. Natürlich ist das Aufkommen an Vermögenssteuer in denjenigen Gemeinden, denen es gut geht, höher als in den ärmeren Ortschaften. Das bedeutet, daß es in den Vororten der Großstädte höher ist, da diese den Status rechtlich unabhängiger Verwaltungseinheiten haben. Diese Vororte werden jedoch vorherrschend von Weißen bewohnt, während in den Innenbezirken der Städte die ethnischen Minderheiten leben. Daraus ergibt sich, daß mehr Steuergelder für die Schulen der weißen Vorortviertel aufgewendet werden, die auf diese Weise einen höheren Bildungsstand garantieren. Diese Schulen können den Unterricht in Kunsterziehung und Sport beibehalten, Fächern, denen bei der Bildung entwickelter, ausgeglichener Persönlichkeiten große Bedeutung zukommt, die Schulen in den ärmeren Distrikten jedoch beschränken ihren Lehrplan auf die Elementarfächer Lesen, Schreiben und Rechnen und müssen ständig die Klassen vergrößern. Gerade in diesen Distrikten jedoch sollten die Lehrer eigentlich vor kleinen Klassen unterrichten, was ihnen ermöglichen würde, den Schülern individuelle Aufmerksamkeit zu widmen. Hier kommen die Kinder nämlich aus einem kulturell unterentwickelten Milieu und sind dringend auf jede Chance angewiesen, ihre Anlagen zu entwickeln. Kürzlich hat ein kalifornisches Gericht die Methode, Schulen über die Vermögenssteuer zu finanzieren, als verfassungswidrig erklärt, und zwar eben deshalb, weil sie zur Verewigung der Ungleichheit in den Bildungschancen führe. Vielleicht müssen neue Methoden gefunden werden. Der Präsident hat mit dem Gedanken gespielt, eine Sondersteuer nach französischem Muster einzuführen. Der Protest gegen diesen Vorschlag einer Steuer, die die Allgemeinheit schwer belasten und insbesondere diejenigen am härtesten treffen würde, die es sich am wenigsten leisten können,

war jedoch so stark, daß sich das Weiße Haus zu der Verlautbarung gezwungen sah, der Präsident werde eine derartige Steuer nicht befürworten, es sei denn, man könne Mittel und Wege finden, sie weniger diskriminierend gegenüber den Armen zu machen.

In der Zwischenzeit hat sich die Lage an den Schulen gefährlich verschlimmert. Um nur ein Beispiel anzuführen: Im Februar 1971 wurde Südkalifornien von einem verheerenden Erdbeben heimgesucht. Hunderte von Schulgebäuden mußten als unsicher eingestuft werden und wurden geschlossen. Einige mußten abgerissen werden. Inzwischen haben sich die Wähler in Kalifornien zweimal per Abstimmung gegen die Ausgabe von Schulobligationen ausgesprochen, mit denen Fonds zur Reparatur bzw. zum Neubau von Schulgebäuden angelegt werden sollten. Das Resultat: Noch mehr Kinder als vorher erhalten lediglich Halbtagsunterricht und lernen immer weniger.

In allen Teilen der USA wächst eine Bewegung an, die sich gegen das System der Schulbusse wendet, mit denen Kinder aus einem Teil der Stadt in einen anderen gefahren werden, um ein Gleichgewicht der Rassen in den Schulen zu erreichen. Diese Bewegung begann in den Südstaaten, wo weiße Eltern dagegen protestierten, daß ihre Kinder mit Bussen in Schulen gefahren wurden, die vorher ausschließlich von schwarzen Kindern besucht wurden. Jetzt hat sich die Bewegung jedoch über das ganze Land ausgebreitet und wird auch von einigen schwarzen Eltern und Angehörigen anderer Minderheiten unterstützt, die dagegen sind, daß ihre Kinder zum Schulbesuch ihre nähere Umgebung verlassen müssen.

Es besteht jedoch noch ein rechtliches Hindernis, da die Gerichte zugunsten der Schulbusse entschieden haben, um die Rassenintegration zu erreichen. In offensichtlicher Konkurrenz zu George Wallace, dem Gouverneur von Alabama, der wie schon 1968 mit einer offen rassistischen Wahlkampfplattform ins Rennen zieht, sucht das Weiße Haus nach Wegen, die Entscheidungen der Gerichte zu umgehen. Zu diesem Zweck hat ein Treffen zwischen der Regierung und einer Reihe von Mitgliedern der Legislative stattgefunden, die alle Gegner des Schulbussystems sind. Das Justizministerium, das es auf Grund von Nixons „Südstaatenstrategie" unterlassen hatte, die Gerichtsurteile durchzusetzen, ist vom Weißen Haus instruiert worden, selbst von diesen schwächlichen Versuchen keine Notiz zu nehmen. Es ist dies ein weiteres Beispiel für Nixons Mißachtung derjenigen Gesetze, die er für seine Wahlstrategie als nicht passend erachtet.

III

Bei den Studenten wächst die Zahl der drop-outs. Das hängt vor allem mit der Enttäuschung über das gegenwärtige Schulsystem zusammen und ist in den schwarzen Gettos und den mexikanischen Barrios viel weiter verbreitet als in den weißen Schulen. Die gestiegenen Kosten einer College-Bildung haben die Zahl der Studenten, die aus dem Bereich der Minderheiten kommen und nach Abschluß der High School zum College gehen wollen, reduziert. In einigen Schulen beträgt der Anteil der Immatrikulierten, die aus den Minderheiten kommen, nicht mehr als zwei Prozent. Die große Zahl der Studenten ohne abgeschlossene Ausbildung bildet einen wesentlichen Teil der permanent arbeitslosen Jugend. Ohne das Diplom einer High School können sie nicht einmal gute Arbeitsplätze in den Fabriken finden. Und das Fehlen eines College-Grades verbaut dem Jugendlichen nahezu automatisch den Weg zu einem „White-collar-Job".

Nichts ist deprimierender als mit anzusehen, wie junge Leute auf den Straßen herumziehen — ohne Hoffnung, jemals ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Und dies ist mit Sicherheit das Milieu, das die rapide ansteigende Jugendkriminalität begünstigt. Oft machen Jugendliche die Mehrheit der Gefängnisinsassen aus. Das Drogenproblem, bereits seit einiger Zeit schwerwiegend, ist nun völlig außer Kontrolle geraten und hat einen Punkt erreicht, an dem harte Drogen wie Heroin bereits von zehnjährigen Kindern konsumiert werden.

Die Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten unter Jugendlichen hat seuchenartige Ausmaße erreicht; das gilt für Gonorrhoe ebenso wie für Syphilis. Der Widerstand konservativer Elternorganisationen gegen sexuelle Aufklärung als Pflichtfach an den Schulen sabotiert alle ernsthaften Versuche, dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Das Drogenproblem ist nicht nur ein Problem der Jugendlichen. Seit mehr und mehr Soldaten und Matrosen aus Vietnam zurückkehren — dort sind nach mehreren Schätzungen der jüngsten Zeit in bestimmten Militäreinheiten bis zu dreißig Prozent süchtig geworden — nimmt der Ernst der Situation noch zu. Die Anzahl der Fälle, in denen Leute auf der Straße, im Dunklen oder am hellichten Tag, von einem Süchtigen ausgeraubt werden, der seinen „Schuß" braucht, aber kein Geld hat, ihn zu bezahlen, nimmt ständig zu. In vielen Großstädten gehen die meisten Leute nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr auf die Straße. Viele haben sich zu ihrem Schutz große Hunde angeschafft. Die Polizei veröffentlicht Warnungen und Instruktionen, wie sich der Bürger vor solchen Angriffen schützen kann — die Polizei ist nicht in der Lage, sie präventiv zu verhindern. In Indochina beträgt der Preis für hervorragendes Heroin etwa ein Fünftel von dem, was in den USA dafür verlangt wird. Das ist ein hartes Problem für einen Vietnamkriegsveteranen, der dort abhängig geworden ist und bei seiner Rückkehr weder Arbeit noch eine andere Einkunftsquelle finden kann. Jetzt soll er Unsummen für etwas zahlen, das er im Ausland als Gewohnheit angenommen hat und das in der Heimat so enorm viel teurer ist. Mit den mörderischen Techniken, die er in der Kampfausbildung gelernt hat, mag mancher Veteran versucht sein, sich gewaltsam zu verschaffen, was er durch Arbeit nicht erlangen kann: die Mittel, seine Abhängigkeit zu befriedigen. Diejenigen Süchtigen, die verhaftet und ins Gefängnis geschickt werden, sehen sich totaler Überfüllung und inhumanen Bedingungen gegenüber — etwa in den wirklich mittelalterlichen Gefängnissen San Quentin in Kalifornien oder Attica in New York — beides Schauplätze der jüngsten blutigen Gefängnisrevolten. Während in den letzten Monaten das öffentliche Interesse für eine Gefängnisreform gestiegen ist, kann dies Bestreben ebenso wie Verbesserungen von Erziehung und Ausbildung oder eine umfassende Gesundheitsfürsorge nicht in die Praxis umgesetzt werden, da für die inneren Reformen das Geld fehlt. Und der amerikanische Steuerzahler würde sich sicherlich nur höchst widerwillig damit einverstanden erklären, daß man ihn mehr Steuern zahlen läßt, nur um die Gefängnisse Amerikas auf das Niveau zu bringen, das in den meisten übrigen zivilisierten Ländern als akzeptabel gilt.

Dies ist das allgemeine Bild einer Nation, deren Wirtschaft krank ist, ohne daß in näherer Zukunft eine Perspektive der Besserung erkennbar wäre; einer Nation, deren Jugend in weiten Teilen die Hoffnung aufgegeben hat und zynisch geworden ist; deren Alte fürchten, immer tiefer in Armut zu versinken, da die Inflation ihre Ersparnisse entwertet und die Altersunterstützung völlig unzureichend ist. Es ist dieses Bild, das einen ahnen läßt, wie weit der Verlust an Glaubwürdigkeit wirklich geht, wie tief die „credibility gap" zwischen Volk und Regierung geworden ist.

Und die Armen, die Jugendlichen, die Alten und die wirtschaftlich entrechteten Minderheiten sind nicht die einzigen, die davon überzeugt sind, daß sie an keinerlei Versprechungen der Regierung oder auch der Politiker mehr glauben können. Führende Geschäftsleute, Wirtschaftler und die zahlreichen arbeitslosen Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker zweifeln an der Praktikabilität der Wirtschaftspolitik der Nixon-Regierung.

Nixon mußte zugeben, daß das Defizit im Nationalbudget statt der erwarteten 11,6 Milliarden Dollar fast 40 Milliarden Dollar betragen wird. Er mußte um eine Vergrößerung der Schuldendecke um 50 Milliarden Dollar nachsuchen; einer Schuldendecke, die sich bereits auf insgesamt 480 Milliarden Dollar beläuft. Der Kongreß hat ihm diese Forderung, wie bereits erwähnt, halbiert; im Juni muß er also erneut mit einer weiteren Forderung auftreten. Zum ersten Mal in diesem Jahrhundert haben die USA ein Handelsdefizit, und die Reservebestände des Landes sind im Laufe des Jahres 1971 um 2,3 Milliarden Dollar geschrumpft, das ist der stärkste Rückgang in der bisherigen Geschichte. Vielleicht sind diese Zahlen für den durchschnittlichen Wähler unverständlich, aber die führenden Männer der Wirtschafts- und Finanzwelt begreifen sehr wohl ihre Wichtigkeit. Sie werden sich auch nicht dadurch beruhigen lassen, daß der Präsident die erzwungene Abwertung des Dollars als einen „Durchbruch" feiert. Der durchschnittliche Wähler merkt, wenn er mehr Steuern zahlen soll; und die Millionen Fürsorgeempfänger verstehen, was die Inflation für ihre magere Kaufkraft bedeutet.

IV

Von diesem düsteren Bild wollte Nixon die Aufmerksamkeit der Wähler ablenken, als er mit großartiger Attitüde ankündigte, er werde nach Peking reisen. Ebenso wollte er die Friedensbewegung dadurch entwaffnen, daß er über die geheimen Verhandlungen in Paris öffentliche Enthüllungen machte. Beide Versuche schlugen fehl.

Die große Fluktuation in seinem Kabinett, von dessen ursprünglichen Mitgliedern lediglich vier noch übriggeblieben sind, scheint fehlendes Einverständnis mit seiner Politik selbst in hohen Regierungskreisen anzudeuten.

Diese Tatsache wird ferner illustriert durch zwei beispiellose Enthüllungen geheimer Dokumente. Die Pentagon-Papiere wurden von einem Mann publiziert, der jahrelang im Innern der Regierungsplanung gearbeitet hatte und dabei zu der Überzeugung gelangt war, die amerikanische Bevölkerung sei im Hinblick auf das Engagement ihres Landes in Vietnam getäuscht worden und sie verdiene, diese Tatsachen zu kennen. Das war die erste dieser Enthüllungen. Die Leser der „Blätter" kennen ihre Wichtigkeit, sie werden sich jedoch kaum vorstellen können, wie sehr diese Veröffentlichung dazu beigetragen hat, die Opposition des amerikanischen Volkes gegen den Krieg in Indochina zu konsolidieren und zu verbreitern.

Innerhalb relativ kurzer Zeit folgte auf diese Enthüllung die Veröffentlichung der Protokolle von drei strenggeheimen Sitzungen eines speziellen Aktionsausschusses des Nationalen Sicherheitsrates, der sich mit der unheilvollen Politik der Nixon-Regierung im Krieg zwischen Indien und Pakistan beschäftigte. Diese Veröffentlichung hat die Überzeugung weiter bestärkt, daß weitreichende politische Entscheidungen, die die künftige Rolle Amerikas in Asien mitbetreffen, im wesentlichen einzig und allein vom Präsidenten ohne jede Beratung mit dem

Kongreß getroffen wurden, sogar ohne Konsultation des Kabinetts. Sie hat die wirkliche Gefahr aufgezeigt, die für das Land aus einer Situation erwachsen kann, in der das persönliche Ressentiment des Präsidenten ausreicht, um mit falschen und unverantwortlichen Entscheidungen eine der schlimmsten diplomatischen Niederlagen Washingtons seit langem heraufzubeschwören.

Für den Präsidenten und die wenigen Männer seines Vertrauens wie Henry Kissinger muß es in der Tat erschreckend sein festzustellen, daß die geheimsten Diskussionen im allerausgesuchtesten Kreis der Spitzenpolitiker am nächsten Morgen in einer Reihe führender Zeitungen in allen Teilen des Landes erscheinen können, wie das bei den Anderson-Papieren zum Krieg zwischen Indien und Pakistan der Fall war.

Vor nicht allzu langer Zeit versicherte Präsident Nixon in einer öffentlichen Erklärung, er habe nicht die Absicht, der erste amerikanische Präsident zu werden, der einen Krieg verliere. Das kann sein, Tatsache bleibt jedoch, daß er nahe daran ist, der erste amerikanische Präsident zu sein, der seine Armee verliert. Das festzustellen, muß einen Mann besonders tief treffen, der keine offizielle Rede halten kann, ohne das Land daran zu erinnern, er sei „der Oberste Befehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten".

Colonel R. D. Heinl, ein hochdekorierter Veteran des Zweiten Weltkrieges und Koreakrieges, veröffentlichte am 7. Juni 1971 einen Artikel mit dem Titel „Der Zusammenbruch der Streitkräfte". Der Artikel, der im halboffiziellen „Armed Forces Journal" erschien, stammt von einem Offizier, der an die militärische Disziplin glaubt und über die „sich immer mehr zersetzende Moral" entsetzt ist. Er beginnt mit folgenden Worten: „Moral, Disziplin und Kampfwert der US-Streitkräfte sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, schlechter und niedriger als zu jeder anderen Zeit in diesem Jahrhundert und vielleicht in der gesamten Geschichte der Vereinigten Staaten." „Jeder erdenkliche Indikator zeigt, daß unsere Armee, die jetzt in Vietnam steht, sich in einem Zustand bevorstehenden Zusammenbruchs befindet: einzelne Einheiten vermeiden den Kampf oder haben ihn direkt verweigert; sie ermorden ihre Offiziere und Unteroffiziere, sind Drogen verfallen und völlig niedergeschlagen, sofern sie sich nicht in der Nähe offener Meuterei bewegen."

Nach beträchtlichem Druck von Senator Mansfield hat das Pentagon widerstrebend und zögernd zugegeben, daß die Zahl der sogenannten „fragging"-Zwischenfälle, in denen Offiziere und Unteroffiziere von ihren eigenen Leuten ermordet wurden (normalerweise mit Splittergranaten), im Jahre 1970 auf 209 angestiegen ist, während es im Jahre 1969 nur 96 Fälle waren. Offizielle Zahlen für 1971 wurden nicht bekanntgegeben; aus verläßlicher Quelle verlautet jedoch, sie lägen wesentlich höher. In einigen Fällen wurde von Soldaten Geld gesammelt, um es als Kopfgeld für die Ermordung eines besonders unbeliebten Offiziers auszusetzen. Im Sommer 1969, kurz nach dem Angriff auf den „Hamburger Hill", bei dem die US-Truppen schwere Verluste hinnehmen mußten, offerierte eine in Vietnam erscheinende Underground-Zeitung namens „GI says" 10 000,— Dollar jedem, der den leitenden Offizier dieses Angriffs, Lt. Col. Weldon Honeyout, umbringen würde. Mehrere Anschläge wurden auf sein Leben verübt, er kehrte jedoch lebend in die Staaten zurück.

Die Antikriegs-Untergrundpresse für Soldaten, die zum größten Teil innerhalb der Militärstützpunkte in den USA oder in Vietnam hergestellt wird, verfügt mittlerweile über ein Netz von vermutlich rund 104 Zeitungen. Seit 1970 soll

sich ihre Zahl um 40 % erhöht haben. Dutzende Kaffeehäuser werden in unmittelbarer Nähe der Militärbasen von der Friedensbewegung betrieben. Antikriegsliteratur ist dort erhältlich, zusammen mit Kaffee und Diskussionen über den Krieg. Matrosen der Navy kaufen Antikriegsplakate zum Aushang an Bord der Schiffe.

Die Desertionen sind zu einem wirklichen Problem geworden. 1970 hatte die Armee 65 643 Deserteure, was der Stärke von vier Infanteriedivisionen entspricht. Verpflichtungen zu längerem Dienst werden immer seltener, obwohl denjenigen, die sich für eine zweite Dienstzeit verpflichten, jeweils ein verlockender Bonus winkt. Sogar noch bedeutsamer ist die Tatsache, daß nur 4 % derjenigen, die ihren Wehrdienst antreten, sich für die eigentlichen Kampftruppen (Infanterie, Panzertruppe, Artillerie) entscheiden; und von diesen wählen lediglich 2,5 % die Infanterie.

Es gibt vielerlei Gründe für diesen Zustand der Streitkräfte, der generell fast an Meuterei grenzt. Der Soldat ist nicht in der Lage zu verstehen, warum und zu welchem Zweck er in Vietnam sein Leben riskieren soll. Ein weiterer Hauptfaktor ist die fehlende Unterstützung der Heimat für diesen Krieg. Ohne alle Faktoren aufzuzählen, sollte dennoch klar sein, daß die Zeit abläuft, in der Nixon als „Oberster Befehlshaber" einen Krieg fortsetzen kann, den niemand will.

Die innere Lage der USA ist ernst. Von den wohltönenden Plänen, die der Nachfolger des gescheiterten Präsidenten Lyndon B. Johnson zu Beginn seiner Amtszeit verkündete, ist wenig übriggeblieben. Arbeitslosigkeit, Armut, Rassendiskriminierung, Verfall der Städte, Gewalttätigkeit — diese Probleme haben an Schärfe noch zugenommen und weitere sind, nicht nur auf wirtschaftspolitischem Feld, hinzugekommen. Nixons außenpolitische Abenteuer haben in dieser Situation offenkundig nicht zuletzt die Funktion, von innerer Labilität abzulenken. Die Beredsamkeit des Kandidaten Richard M. Nixon wird 1972 ebensowenig wie im Wahljahr 1968 ausreichen, den Ursachen der amerikanischen Krise an die Wurzeln zu gehen.

Ernst Benda und der Staat der industriellen Herrschaft II*)

Von Paul Oehlke

III

Nirgendwo stellen sich die „Gesetzlichkeiten gesellschaftlicher Klassenbildung" reiner dar als im industriekapitalistischen Arbeitsverhältnis, in dem der Lohnabhängige in einem „rechtlichen Gewaltverhältnis" (Sinzheimer) steht, nach Benda vergleichbar der „elterlichen Gewalt" im Sinne des BGB. Das im Arbeitsvertrag kodifizierte Herrschaftsverhältnis beruht aber nicht auf einer durch Position, Funktion und abstrakte Regeln bedingten Über- und Unterordnung oder auf einer im „zweckrationalen Leistungsverband" des Industriebetriebs scheinbar

*) Vgl. Heft 3/72.

vorgegebenen „hierarchisch gestuften Autoritätsstruktur", sondern auf der historisch-sozialen Grundlage der Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln und den Resultaten ihrer Arbeit. Die unternehmerische Verfügung über die Ware Arbeitskraft, d. h. die Nutzung ihres Gebrauchswertes gegen Lohn, das Lohnarbeitsverhältnis also, muß in der konservativen Ideologie verdrängt werden, um den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit an der betrieblichen Basis zu entschärfen. Das kommt in den angeblich gewandelten Vorstellungen über das Wesen der Arbeit zum Ausdruck: Die Arbeit ist nicht mehr Ware, sondern als „persönlichkeitsbezogene Leistung" ein „Wert an sich", „sittliche Pflicht" und „unmittelbare Existenzverwirklichung". Damit ist aber weniger eine Ausweitung demokratischer Mitbestimmungsrechte gemeint, als vielmehr eine Bindung des Arbeiters an die Gemeinschaft des Betriebes, in dem der Freiheitsbereich des einzelnen durch die arbeitsrechtliche Gesetzgebung erhalten und erweitert werde [21]).

Die Grundsätze des sozialen Rechtsstaates werden nach Benda im industriellen Bereich durch das Arbeitsrecht verwirklicht, das an die Stelle des zuvor nur schuldrechtlichen Austauschverhältnisses Arbeit gegen Lohn ein personenrechtliches Gemeinschaftsverhältnis setzt. Dem entsprechen die Leitbilder der „Fürsorgepflicht des Arbeitgebers" und der „Treuepflicht des Arbeitnehmers" als unbestrittene Bestandteile des „sozialstaatsgeneigten" Charakters des Arbeitsrechts: „Die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers entspringt vielmehr der gleichen Quelle wie die Treuepflicht des Arbeitnehmers, deren Spiegel sie ist. Beide ergeben sich in ihrer Zusammenfassung als gegenseitige Rücksichtspflicht unmittelbar aus dem personenrechtlichen Verständnis des Arbeitsverhältnisses, dessen Ursprung in den Grundsätzen des Sozialstaates zu finden ist (S. 492). Wie der Beamte dem Volke dient, so sollen auch im Großbetrieb die Werte „Dienst und Treue" an dessen volkswirtschaftlich bedeutsamer Funktion ausgerichtet werden, die den Klassenkampf ausschließe. Daher ist eine „sozialbereite Haltung" der in verschiedenen Funktionen dem „gemeinsamen Unternehmen" Dienenden als „Leitbild der Rechtsordnung nicht unrealistisch, sondern im Gegenteil die notwendige Voraussetzung der industriellen Produktion" (S. 452). Entsprechend verwirklicht sich das sozialstaatliche Prinzip, wenn der Arbeiter „nüchtern" erkennt, „daß Arbeit nicht der gleichgültige, nur am Verdienst interessierte Verkauf einer Ware, sondern der Einsatz der Gesamtpersönlichkeit ist" (S. 575).

Während in einem „freien Arbeitsvertrag" die fremdbestimmte Arbeit noch von der Freizeit getrennt und die Macht des Unternehmers in Raum, Zeit und Funktion begrenzt ist, muß der Lohnabhängige in einem personenrechtlichen Gemeinschaftsverhältnis mehr oder weniger seine ganze Persönlichkeit dem Betriebe unterwerfen [22]). So werden strafbare Handlungen im privaten Bereich, spezifische außerberufliche Verhaltensweisen, aber auch der bloße Verdacht eines Vertrauensbruches (Diebstahl, Veruntreuung usw.) zum Kündigungsgrund. Selbst die Grundrechte der Art. 2, 4, 5 und 9 GG können außer Kraft gesetzt werden, wenn der Lohnabhängige in ein Tendenzunternehmen eintritt [23]). Das für eine Demokratie lebenswichtige Grundrecht der freien Meinungsäußerung schlägt Benda gleichermaßen über die Leisten eines betrieblichen Treuegebotes: „Im Arbeitsrecht würde es wegen der Bedeutung und des Ranges der durch die Koalitionen vereinbarten autonomen Normen und der fehlenden Gesamtkodifi-

[21]) Im konservativen Verständnis herrscht der „korporative" Freiheitsbegriff im Sinne des „suum cuique" vor. Vgl. Martin Greiffenhagen, Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, München 1971, S. 198.
[22]) Vgl. Franz Neumann, Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism, London 1943, S. 343 f.
[23]) Vgl. zum Verhältnis von Meinungsfreiheit und Gewerbebetrieb Richard Schmid, Justiz in der Bundesrepublik, Pfullingen 1967, S. 27 ff.

kation nicht ausreichen, Art. 5 Abs. 2 GG so auszulegen, daß die freie Meinungsäußerung nur durch Gesetze im formellen Sinn beschränkt werden kann; vielmehr sind diesen die das Arbeitsrecht beherrschenden Grundsätze gleichzustellen. Der Konflikt kann aus dem Leitgedanken der gegenseitigen Rücksichtnahme in der Weise gelöst werden, daß die Ausübung der Meinungsfreiheit dem Treueverhältnis entsprechen muß, also weder den Betriebsfrieden stören noch, soweit es sich um Meinungsäußerungen außerhalb der Arbeit handelt, die Interessen des Arbeitgebers in illoyaler Weise beeinträchtigen darf" (S. 468). Außerdem dürfen innerbetriebliche Mißstände nicht aus den Werksmauern herausdringen, auch wenn der Arbeiter die Interessen der Öffentlichkeit wahrnimmt: „Die dem Unternehmen gegenüber bestehende Treuepflicht kann auch dann, wenn die Beseitigung von Rechts- und Ordnungsverletzungen durch die Anzeige oder öffentliche Mitteilung gefördert oder erst herbeigeführt wird, eine fristlose oder fristgemäße Kündigung rechtfertigen. Auch wenn das Verhalten des Arbeitnehmers jede Achtung wert ist, wird durch eine solche Handlungsweise das notwendige Vertrauensverhältnis nachhaltig gestört" (S. 469 f.). Es mutet nahezu grotesk an, wenn Benda treuherzig versichert, daß die arbeitsrechtliche Treuepflicht niemals ein Verhalten verlange, das zugleich als Beihilfe strafbar wäre. Doch fügt er einschränkend hinzu: „Dabei ist zwar die Pflicht, die Arbeit wegen der Gefahr einer strafbaren Teilnahme zu verweigern, nicht mit dem Recht identisch, Anzeige zu erstatten" (S. 470). Dieses bleibt nur schwerwiegenden Verstößen gegen die Rechtsordnung vorbehalten. Eine Ausnahme von dieser umfassenden Gehorsamspflicht wird von Benda dem Arbeiter allerdings bei einem Gewissenskonflikt zugestanden, da von ihm als „Empfindung nicht verstandesmäßiger Art" im Gegensatz zum rational ausgetragenen politischen Konflikt die Menschenwürde abhänge.

Die Würde des Menschen verwirklicht sich im demokratischen Sozialstaat in der ständigen Erweiterung seiner Mitbestimmung bis hin zur Selbstbestimmung, keinesfalls aber in arbeitsrechtlichen Bestimmungen wie Fürsorgepflicht, Treuegebot und personenrechtliches Gemeinschaftsverhältnis. Diese Kategorien haben nichts mit demokratischem Verfassungsrecht gemein, sie speisen sich vielmehr aus jenem „konkreten Ordnungs- und Gemeinsachftsdenken", wie es Carl Schmitt für den autoritären Staat entwickelt hat [24]). In dieser Phraseologie schwingt unüberhörbar ein geschichtlich gewordenes Führer-Gefolgschafts-Denken mit, das zur „Förderung der Betriebszwecke und zum Nutzen von Volk und Staat" (§ 1 AOG) schon einmal Volks- und Betriebsgemeinschaft für kommende Aufgaben zusammenschweißte. Fürsorgepflicht des Unternehmers und die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue des Arbeiters greifen auf ein altvertrautes Vokabular zurück, in dem einst „die tief verborgene romantische Sehnsucht der Deutschen nach germanischer Urwüchsigkeit und die heimliche Verehrung scharf abgegrenzter Unter- und Überordnungsverhältnisse zum nationalsozialistischen Kanon" [25]) erhoben wurde. Dabei konnte sich dieser an der völkischen Version der Rassentreue und der preußischen der Pflichterfüllung orientieren [26]). Trotz aller Abgrenzungsversuche von der völkischen Arbeitspflicht im Faschismus muß Benda doch immer wieder auf schon in der Vergangenheit vorbereitete Gedanken zurückkommen, die „den Sozialstaat schon vor der Grundentscheidung der Verfassung in einem wichtigen Bereich der Verwirklichung nähergebracht" (S. 487) haben. Dies spiegelt sich auch in der Wiederkehr juristischer Vorstel-

---

[24]) Über drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens, Hamburg 1934.
[25]) Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront", Hannover 1958, S. 119 f.
[26]) Martin Greiffenhagen, a.a.O., S. 159 ff.

lungen des autoritären Staates, in denen z. B. die Betriebsgemeinschaft verabsolutiert wird. So hat das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934 nach einer Definition des Reichsarbeitsgerichts vom Betrieb als „sozialer Arbeits- und Betriebsgemeinschaft" gesprochen mit der Folge, daß an Stelle der vertragsrechtlichen Beziehungen zwischen Arbeiter und Unternehmer die Treuepflicht getreten ist[27]). Auch Benda sieht das betriebliche Gemeinschaftsverhältnis nicht mehr allein durch die Rechte und Pflichten von Arbeitern und Unternehmern konstituiert, sondern deutet es als „multilaterales" Verhältnis: „die Betriebszugehörigkeit als Ausgangspunkt der Rechte und Pflichten aller Beteiligten" (S. 540). Der Begriff der Betriebszugehörigkeit wird dabei durch die neuen rechtlichen Verpflichtungen des Betriebsverfassungsgesetzes inhaltlich gefüllt, die nicht nur individualrechtlicher Natur sind: „das ‚Wohl des Betriebes' (§ 49 Abs. 1 BetrVG) und der ‚Frieden des Betriebes' (§ 49 Abs. 2 BetrVG), die zu fördern Arbeitgeber und Betriebsrat verpflichtet sind, dienen dem Wohl aller Beteiligten und sind etwa nicht nur dem unternehmerischen Interesse auf möglichst ungestörte Produktion gleichzusetzen" (S. 540). Daher kann der „betriebliche Organismus" nicht mehr mit den Normen des Privatrechts zureichend erfaßt werden. An die Stelle der rein schuldrechtlichen Beziehungen zwischen einzelnen Vertragspartnern tritt die neue Dimension des „Sozialrechts", die das „Zusammenleben in Gemeinschaften, in Organismen" regelt.

Für dieses Zusammenleben soll nach den sozialstaatlichen Zielsetzungen der Begriff der Partnerschaft und ein harmonisches Betriebsklima konstitutiv sein, das sich in sozialen Einstellungen wie Anerkennung, Zugehörigkeitsgefühl und Verantwortungsbewußtsein äußert: „Der einzelne Arbeitnehmer kann und soll in dem Maße, das im Hinblick auf die sachbezogene Organisation und technische Aufteilung des Betriebes überhaupt möglich ist, an der Gestaltung der Produktionsvorgänge beteiligt werden und so das Gefühl erhalten, daß es nicht nur auf die Erledigung bestimmter Handgriffe, sondern auf die mitdenkende und sich mitverantwortlich fühlende Mitarbeit ankommt, die dann Einsatz der ganzen Persönlichkeit ist" (S. 572). Dieser persönlichen Hingabe entspricht andererseits, daß man die Arbeitskraft nicht nur als berechenbaren Kostenfaktor betrachtet. So zahle es sich in wirtschaftlichem Erfolg aus, wenn nicht nur für die Wartung der Maschinen, sondern auch für die Pflege der „human relations" erhebliche Beträge aufgewendet werden. Denn der „Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft" sei eine „volkswirtschaftliche Todsünde", die den Unternehmern im volkswirtschaftlichen Sinne keine andere Wahl lasse, als sich zu ihren Arbeitern „ethisch gerecht" zu verhalten. Was hier unter ethischer Gerechtigkeit von Benda feilgeboten wird, dient in Wirklichkeit dazu, in wohldosierten Anreizmethoden, Psycho- und Humantechniken die letzten Arbeitsreserven zu erschließen. In der Richtung einer Leistungssteigerung und Minderung betrieblicher Konflikte werden auch die bisherigen Mitbestimmungsansätze verstanden, betriebsdemokratische Vorstellungen aber mit Schumpeters Worten als „lächerlich" und „absurd" abgelehnt. Stattdessen ist eine „Elite" der Lohnabhängigen an der Seite des Unternehmers willkommen, dessen „wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit" aber nicht beeinträchtigt werden darf.

Besonderes Gewicht erhalten in dieser Gedankenkette die Mitbestimmungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz, da die Gewerkschaften aus ihnen im Gegensatz zum Montanmitbestimmungsgesetz nahezu herausgedrängt sind. Daher eignet sich die betriebsverfassungsrechtliche Mitbestimmung vorzüglich, den einst

[27]) Vgl. Franz Neumann, Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft, a.a.O., S. 68 ff.

sozialrevolutionären Betriebsrätegedanken[28]) der Konzeption vom „betrieblichen Organismus" einzuverleiben: „Wird das Recht der Gewerkschaften zur Mitwirkung in der Betriebsverfassung aus Art. 9 Abs. 3 GG eliminiert, so können die Betriebsräte aus der gewerkschaftlichen Interessensolidarität gelöst, auf das Unternehmenswohl syndikalistisch eingeschworen und gesellschaftlich irrelevante Betriebsklima-Puffer zwischen Betriebsspitze und Belegschaft eingepaßt werden. Der durch Art. 9 Abs. 3 GG mitgarantierte Status der Gewerkschaften als einzig berufene Repräsentanz der Arbeitnehmerschaft ist dann im Kern getroffen"[29]). Vergleichbar mit dem Arbeitsordnungsgesetz von 1934 wird der Betriebsrat, der nach der Weimarer Verfassung und dem Betriebsrätegesetz gerade die gewerkschaftlichen Einflußrechte untermauerte, nun zum Juniorpartner der Unternehmensleitung, wodurch eine ganzheitliche Zusammenarbeit von Unternehmer und Belegschaft gefördert werden soll: „§ 49 Abs. 1 BetrVG enthält mit der Verpflichtung zu dieser vertrauensvollen Zusammenarbeit das Kernstück des ganzen Betriebsverfassungsrechts, ja darüber hinaus den obersten Leitgrundsatz der Rechtsordnung für den Teil menschlichen Zusammenlebens, der durch das industrielle Herrschaftsverhältnis bestimmt wird" (S. 580). Nachdem das sozialethische Postulat friedlicher Partnerschaft sachwidrig mit dem Mitbestimmungsprinzip verklammert ist, kann Benda mit der „hochbedeutsamen Grundsatznorm des § 49 BetrVG" den Klassenkampf verwerfen. Mitbestimmung als Partnerschaft, die Vereidigung des Betriebsrates auf das Wohl und den Frieden des Betriebes und die Treuepflicht des Lohnabhängigen im personenrechtlichen Gemeinschaftsverhältnis sind die Pfeiler einer autoritären Arbeitsverfassung, mit der gesellschaftliche Veränderung im Sinne einer Demokratisierung der Wirtschafts- und Sozialordnung bereits im Keim erstickt und schon bestehende Ansätze dazu gleichsam eingefroren werden sollen.

Nachdem der unveränderbare Verfassungsgrundsatz der „demokratischen und sozialen Rechtsstaatlichkeit" quasi zur Schutzklausel für die restaurative Entwicklung in der Bundesrepublik umgewertet ist und damit gewerkschaftliche Zielsetzungen wie Mitbestimmung und Sozialisierung zurückgewiesen werden konnten, scheint es Benda darauf anzukommen, den verbliebenen Bewegungsspielraum der Gewerkschaften noch weiter einzugrenzen. So könnten sich von ideologischem Ballast befreite Gewerkschaften zu „reinen Zweckverbänden zur Verbesserung des Lebensstandards" auf der unangefochtenen Grundlage einer freien Unternehmerwirtschaft fortentwickeln. In solch „entmythologisierender" Haltung, im Sinne eines durch bürgerlich-wissenschaftliche Erkenntnisse fundierten „reinen Pragmatismus", wird es zur einzigen Aufgabe der Arbeiterbewegung, im Großbetrieb die „unveräußerlichen Rechte des Menschen" sicherzustellen. Parallel zum verfassungsrechtlich mißbilligten Klassenkampf sollte auch die „früher verständliche gewerkschaftliche Haltung des ständigen Protestes" aufgegeben werden. Wenn die Tarifautonomie der Gewerkschaften mit der durch Art. 9 Abs. 3 GG gewährleisteten Koalitionsfreiheit auch nicht bestritten werden kann, so soll die Lohnpolitik doch versachlicht, z. B. auf die Vorschläge von Gutachtergremien eingerastet werden[30]). Zugleich deutet Benda die Möglichkeit einer umfassenden Kodifikation des Arbeitsrechts an, mit der die Tarifautonomie in ihrem Kern zerstört würde. Denn mit der gesetzlichen Regelung von Mindestarbeitsbedingungen könnte der soziale Rechtsstaat zugleich nach dem Prinzip

[28]) Vgl. zum ursprünglichen Sinn des Betriebsrätegedankens vor allem: Karl Korsch, Arbeitsrecht für Betriebsräte (1922), Frankfurt/M. 1968; Peter v. Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963.
[29]) Helmut Lenz, a.a.O., S. 231.
[30]) Das wird bei jedem Streik von neuem gefordert, z. B. beim letzten Streik der Metallarbeiter, vgl. dazu die Kommentare in: „Die Zeit", 17. 12. 1971.

der „Waffengleichheit der Sozialpartner" auch Höchstarbeitsbedingungen und Lohnleitlinien festsetzen. Während im „Schutz des Eigentums" (Art. 14 GG) und in der „freien Persönlichkeitsentfaltung" (Art. 2 GG) nach Benda ein Kernbestand von Unternehmerrechten gesichert sind, muß nun gerade die Sozialstaatsklausel einen Abbau „sozialer Errungenschaften" decken, falls es das Gemeinwohl erfordert. So entstehe schon heute ein lebhafter Streit darüber, ob nicht durch die ständigen, über das Wachstum des Sozialprodukts hinausgehenden Lohnerhöhungen die Beständigkeit der Währung gefährdet werde. Da der soziale Bedarf im wesentlichen befriedigt, die soziale Frage einer unterdrückten Klasse nicht mehr aktuell sei, „sind heute die von den Gewerkschaften präsentierten Interessen mit den Forderungen des Gemeinwohls nicht mehr notwendigerweise identisch, sondern diesen möglicherweise sogar entgegengesetzt" (S. 237). Auf diese Weise verkehrt Benda das Sozialstaatsprinzip zu einer generellen Gemeinwohlklausel, unter der das sozialstaatlichem Denken immanente Verbot sozialen Rückschritts aufgehoben werden kann[31]). Das wird auch in einem anderen Zusammenhang deutlich, wenn Benda die Institution der Mitbestimmung aus dem verfassungsrechtlichen Bestands- und Bestätigungsschutz herausnimmt: „Der Gesetzgeber kann die bestehenden Regelungen erweitern, sofern er die im GG enthaltenen Schranken beachtet, sie aber auch einschränken und ganz abschaffen" (S. 568). Damit wird eine Einschränkung der gesellschaftlichen Stellung der Gewerkschaften in gleicher Weise erwogen wie bei dem Vorschlag eines Gewerkschaftsgesetzes, das den Standort der Koalitionsfreiheit — vor allem hinsichtlich der Grenzen des Streikrechts — im Verhältnis zur politischen Ordnung des Staates bestimmen soll.

Angesichts der zahlreichen, nicht nur von Benda vorgetragenen Versuche, die gewerkschaftliche Koalitionsfreiheit zu begrenzen, Mitbestimmungsforderungen zu desavouieren, die Gewerkschaften überhaupt als Unruhestifter in der Öffentlichkeit anzuprangern, müssen sich die Arbeiterorganisationen verstärkt darauf besinnen, daß die notwendige Voraussetzung ihrer Autonomie nach wie vor die Bereitschaft zum Arbeitskampf ist. Gerade der Streik ist nach Benda aber als „geeignete Methode der sozialen Auseinandersetzung" umstritten. So bietet er das Rechtsgefühl der öffentlichen Meinung auf, um mit Schmoller „das Recht der Gesellschaft auf Frieden" gegenüber denjenigen zu betonen, die sich „unter großer Schädigung der Gesellschaft" prügeln. Viele teilten die Meinung, daß die in Arbeitskämpfen zutage tretende „barbarische Gewalt" durch Gesetz und Ordnung gezügelt werden müßte. Auch sei der rationale Charakter des Streiks als „ein lebendiges Erziehungsmittel zu selbstverantwortlichem und rationalem demokratischen Handeln der Massen" (Abendroth) nach den Erkenntnissen der Massenpsychologie zweifelhaft. Vielmehr trete besonders bei der Arbeitnehmerseite ein elementarer Rausch der Solidatität hervor, der gegenüber dem sozialstaatlichen Partnerschaftsgedanken in unzulässiger Weise ein klassenkämpferisches Moment enthalte, wovon vor allem Solidaritäts- und Sympathiestreiks zeugten. Zwar muß Benda den Streik als eine „offene Wunde der Gesellschaftsordnung" (Ballerstedt), als eine „erlaubte Form der Selbsthilfe der Arbeitnehmer" (Nell-Breuning) akzeptieren, doch ist der Gesetzgeber berechtigt und verpflichtet, „den in der Sozialstaatsklausel enthaltenen Leitgedanken der sozialen Partnerschaft auch gegenüber den autonomen Kräften durchzusetzen" (S. 277). So bezweifelt er ernsthaft die Berechtigung arbeitsrechtlicher Streiks, wenn sie das Gemeinwohl gefährden: „Naturereignisse, die zu Versorgungsstörungen

31) Hierzu Thilo Ramm, Der Arbeitskampf und die Gesellschaftsordnung des Grundgesetzes, Stuttgart 1965, S. 151 ff.

führen, können ebenso wie innere Unruhen, welche die Grundordnung des Staates gefährden, oder wie aus äußerer Bedrohung entstehende Gefahrensituationen Streik und Aussperrung unzeitgemäß machen und den Staat, wenn er nicht leichtfertig die Existenz der Nation auf das Spiel setzen will, zu vorsorglichen Maßnahmen zwingen. Es kann auch kaum abgewartet werden, ob sich der Notstand so entwickelt, daß ein Arbeitskampf vielleicht doch noch erträglich ist" (S. 267) [32]). Hiermit wird bereits vorgezeichnet, was die Notstandsgesetzgebung vollenden sollte: der Weg in eine soziale Diktatur ist in ihr in einem System von Dienst-, Arbeits- und Berufspflichten legalisiert worden [33]). Hat bereits das Bundesarbeitsgericht mit der von ihm vertretenen Lehre der Sozialadäquanz Streikverbote ausgesprochen, so kann nunmehr allen Wehrpflichtigen und Dienstverpflichteten wie den an ihren Arbeitsplatz gebundenen Lohnabhängigen der Arbeitskampf untersagt werden. Dieser ist zwar noch zur Wahrung und Förderung der Wirtschaftsbedingungen zugelassen, doch spricht Benda offen aus, was juristische Schutzklauseln in der Krise wert sind: „In Wirklichkeit wird der Staatsnotstand zu einer Beschränkung oder sogar zu einem allgemeinen Verbot von Arbeitskämpfen zwingen" (S. 368). In entwaffnender Klarheit wird hier dargelegt, was schon einmal das Ziel eines autoritären Staates war: die Organisationen der Arbeiterklasse, heute also vor allem die Gewerkschaften als „natürliche Hüter der Demokratie", als entscheidende Faktoren „demokratischer Integrationsprozesse" (Abendroth) bereits in einer Periode relativer Konjunktur in ein juristisch abgesichertes Korsett zu stecken und in der sozialen Krise politisch handlungsunfähig zu machen.

Ernst Bendas Analyse der Arbeits-, Wirtschafts- und Staatsverfassung ist durchgehend darauf ausgerichtet, den in der kapitalistischen Industriegesellschaft ständig neu produzierten Klassenkonflikt mit juristischen Normen zu integrieren [34]). Deshalb wird der betriebliche Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital in der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung zu einem personenrechtlichen Gemeinschaftsverhältnis umgedeutet, das wesentlich auf der Treuepflicht des sozialbereiten Partners beruht. Mit dem Wiederaufstieg der Betriebsgemeinschaftsideologie kann den Gewerkschaften allenfalls die Rolle eines konjunkturtragenden Ordnungsfaktors in der sozialen Marktwirtschaft zugestanden werden. In dieser muß einerseits die Eigentumsgarantie zum unveränderbaren Verfassungsgrundsatz erhoben, andererseits die soziale Funktion des Produktiveigentums propagiert werden. Fördert das Großunternehmen aber das „Gemeinwohl", dann konvergieren Unternehmenszweck und Zielsetzung der Sozialstaatsklausel, die nun ungehindert zum geschätzten Büttel des Privateigentums aufrückt. Das wird um so notwendiger, je mehr der monopolistische Kapitalverwertungsprozeß auf staatliche Regulierungsfunktionen angewiesen ist. Den damit aber potentiell „drohenden" Forderungen nach Ausdehnung des demokratischen Prinzips auf die gesellschaftliche Struktur wird ausgewichen, indem einmal das Demokratiegebot aus der Sozialstaatsklausel demontiert, zum anderen der Klassenkampf als verfassungswidrig bezeichnet und durch den Auftrag der Sozialpartnerschaft ersetzt wird. Damit ist aber in der verfassungsrechtlichen Interpretation Ernst Bendas der Grundstein für eine autoritäre Transformation der vom Gesetzgeber noch geforderten sozialen Demokratie gelegt.

---

32) Vgl. auch Ernst Benda, Die Notstandsverfassung, München 1966, S. 103.
33) Vgl. Roderich Wahsner, Dienstpflicht, Arbeitszwang, Arbeitskampf, in: Kritik der Notstandsgesetze, Frankfurt/M. 1968, S. 43 ff.
34) Diese Integrationsfunktion hat der von Benda zitierte E. R. Huber erneut formuliert: „Soziale Integration ist das Einswerden der industriellen Gesellschaft, ihr Einswerden in ständiger Überwindung des in ihr angelegten Klassenkonflikts". Rechtsstaat und Sozialstaat in der modernen Industriegesellschaft, in: Nationalstaat und Verfassungsstaat, Stuttgart 1965, S. 249 ff.

Der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis

Von Rainer Rilling

I

Die in den letzten zwei Jahren von der Bundesregierung herausgegebenen „Weißbücher zur Verteidigung" sollen nach einer Erklärung von Helmut Schmidt „den Staatsbürgern in Uniform wie jenen in Zivil die Bundeswehr durchsichtiger machen" [1]). Statt dessen tragen sie beträchtlich zur Fehlinformation und Desorientierung bei. Sie widmen zum Beispiel dem MRCA-Flugzeug, dem größten und mit **ca. 35 Mrd. DM teuersten** Rüstungsprojekt Westeuropas nach 1945, an dem die BRD führend beteiligt ist, auf rund 440 Seiten Text gerade gut 40 Zeilen — ebensoviel Raum, wie den bundeswehreigenen Saunaanlagen. Andere Informationen, die zur Beurteilung der Militär- und Rüstungspolitik der BRD von großer Bedeutung sind, werden gar nicht erst gegeben. So wird der „Staatsbürger" die Weißbücher vergeblich nach Auskunft über den sogenannten „Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis" befragen. Über ihn verlieren die Weißbücher kein Wort. Im Folgenden sollen daher einige Daten zu dem Arbeitskreis zusammengetragen werden, die zeigen, daß sich der „Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis" in den letzten zwei Jahren zu einem entscheidenden Gremium des westdeutschen Militär-Industrie-Komplexes entwickelt hat [2]).

II

Der im Juni 1970 gegründete „Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis" (RAK) ist der offizielle Nachfolger eines Anfang der sechziger Jahre vom „Bundesverband der Deutschen Industrie" (BDI) eingerichteten informellen Beratergremiums beim Bundesministerium der Verteidigung (BMVg). Dieses BDI-Gremium wurde 1970 aufgelöst und durch den RAK ersetzt.

Die vollständige personelle Zusammensetzung des RAK und seiner zwei nachgeordneten Arbeitsgruppen (AG 1 und AG 2) wurde erst Ende März 1972 bekannt. Gegenwärtig sind Mitglieder [3]):

		Vertreten in		
Unternehmen/Organisation	*Name*	*RAK*	*AG 1*	*AG 2*
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)	*K. O. Peiffer*	×	×	×
	H. Wagner	×		
	J. L. Zenzinger	×	×	×
AEG	*H. Bruckmann*		×	
	G. Haag			×
	H. Lehmann		×	
	E. Löwe	×		
VFW-Fokker	*H.-R. Büssgen*		×	
	W. Knieper	×		×
	O. Proksch		×	
	K. H. Schweers			×

[1]) Geleitwort zum Weißbuch 1970.
[2]) Die folgenden Angaben aus „Wehrdienst", Jg. 1970 f.
[3]) Vgl. „Wehrdienst" 357/1972, Beilage S. I—III.

Unternehmen/Organisation	Name	Vertreten in RAK	AG 1	AG 2
Siemens	F. Baur		×	
	J. Schniedermann	×		
	H. Zuber			×
Elektronik-System-Gesellschaft	H.-J. Bardehle			×
	H. Kasalicky		×	
	H. Klassen		×	
Carl Zeiss	M. Ahrend	×	×	
	A. Braune-Krickau			×
	H. Letsche		×	
Rheinmetall	D. Falcke		×	×
	H.-L. Hockel	×		
	F. Bär		×	
VW	G. Bensinger		×	
	W. Karnetzky			×
	R. Leiding	×		
Krauss-Maffei	H.-D. v. Bernuth		×	
	F. Beyer			×
	H. Wolf	×	×	
Messerschmitt-Bölkow-Blohm	L. Bölkow	×	×	
	J. Broschwitz			×
	J. Fuchshuber		×	
Salzgitter	H. Birnbaum	×		
	E. Funk			×
	H. Haferkamp		×	
Rheinstahl	K. Bohrmann		×	
	Toni Schmücker	×		
	H. Lange [4])		×	×
Klöckner-Humboldt-Deutz	R. Graf v. Buquoy		×	
	K.-A. Hertel			×
	K.-H. Sonne	×		
MAN	G. Krökle		×	
	H. List		×	×
	K. Schott	×		
Standard-Elektrik-Lorenz	W. Bertram		×	
	K. Wiegand			×
Diehl	K. Diehl	×		
	G. Gassner		×	
Daimler-Benz	H. Gerken			×
	J. Zahn	×		×
Mannesmann	W. Lorenz		×	
	H. Röher		×	×
Industriewerke Karlsruhe	G. Vieweg	×	×	
	H. Griebel		×	×
Porsche	E. Fuhrmann		×	
	F. Porsche	×	×	

[4]) Lange gehört mittlerweile Rheinstahl nicht mehr an.

Unternehmen/Organisation	Name	Vertreten in RAK	AG 1	AG 2
MaK Maschinenbau Kiel	G. Holtmeier		×	
	S. Schiffbauer		×	×
Dynamit Nobel	H. Morgenstern			×
	A. Rennert	×	×	
Faun-Werke	J. Rothstein		×	
	H.-R. Pessler			×
Eichweber Präzisionsgerätewerk	K. Eichweber	×	×	×
	O. Pilger		×	
Liebherr-Aero-Technik	B. Hoffmeister		×	
	K. Schwiegelshohn	×	×	
F. Krupp	W. Siber	×		
Blohm & Voss	M. Budczies			×
Deutsche Edelstahlwerke	W. Connert	×		
Dornier	C. Dornier	×	×	
Howaldtswerke — Deutsche Werft	N. Henke	×	×	
Wasagchemie	G. Maibücher			×
Edelstahlwerk Witten	F. Pack		×	
Aerotechnik Wiesbaden	F.-D. Boerner		×	
Elektro-Spezial	P. E. Cremer		×	
Marinetechnik-Planungsgesellschaft	H. Schmidt			×
TEKADE Nürnberg	C. F. Schuh		×	
Electronics Stolberg	F. K. Stock		×	
Ruhr-Lückerath Ver.Textilindustrie Euskirchen	W. Zilg			×
Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik	A. Schnez	×		
Zentralverb. d. Dt. Handwerks	H. Wagner		×	×
	H. Kolbenschlag	×		
Handwerkskammer Aachen	W. Bachmann	×		×
Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH	H.-G. Kauno	×		

Von diesen insgesamt 84 Industrie- und Verbandsvertretern sind 30 Mitglieder des Arbeitskreises. Die Arbeitsgruppe 1 („Allgemeine Rüstungsfragen") hat 48 Mitglieder (davon 33 ordentliche Mitglieder und 15 Stellvertreter), die Arbeitsgruppe 2 („Öffentliches Auftragswesen") zählt 31 Mitglieder (hier wurden keine Stellvertreter benannt).

Sämtliche bedeutenden Rüstungskonzerne der BRD sind im RAK und seinen Arbeitsgruppen präsent. Jene Rüstungsmonopole, die den Rüstungsmarkt der BRD fast völlig beherrschen, dominieren auch im RAK: knapp zwei Drittel der 84 RAK-Mitglieder sind direkt oder indirekt Repräsentanten der Familien- und Konzerndynastien Flick, Krupp, Siemens, AEG, Röchling, Haniel, Klöckner, Thyssen, MBB und des BDI. Allein die sieben Rüstungsmonopole der Luftfahrt- und Elektro/Elektronikindustrie Siemens, AEG, MBB, VFW-Fokker, Dornier, KHD

und MTU (Haniel-Flick) stellen knapp ein Drittel aller Mitglieder des RAK. Die Schlüsselposition innerhalb des Arbeitskreises hält jedoch der mächtigste Unternehmerverband Westeuropas, der BDI. Die BDI-Abteilung III/3 für „verteidigungswirtschaftliche Angelegenheiten", die vom Mitglied des RAK und der zwei Arbeitsgruppen Jan L. Zenzinger geleitet wird, fungiert als allgemeine Ansprechstelle in Sachen Arbeitskreis für die Rüstungsindustrie. Die Bewerbungen für die politisch wichtige Besetzung der zwei arbeitenden Fachgruppen des RAK liefen bei dieser Abteilung zusammen; die Mitglieder der zwei Arbeitsgruppen wurden von den Industrievertretern und dem BDI benannt. Der Vorsitzende des „Ausschusses für Öffentliches Auftragswesen" des BDI, Joachim Zahn (Daimler-Benz), war zunächst der Vorsitzende der Arbeitsgruppe 2 (Öffentliches Auftragswesen) des RAK, bis er Anfang 1972 als Nachfolger Wolfgang Pohles [5]) Vorsitzender des RAK wurde. Ebenso wie Pohle gehört Zahn dem Vorstand des CDU-Wirtschaftsrates an. Auch die Geschäftsführung des RAK wird vom BDI gehalten. Die Geschäftsführung der Arbeitsgruppe 2 hat K. O. Peiffer inne; er ist zugleich Geschäftsführer des erwähnten BDI-Ausschusses für Öffentliches Auftragswesen. Der BDI kontrolliert damit direkt mindestens drei der sechs Schlüsselpositionen des Arbeitskreises und seiner Fachgruppen [6]).

An den Tagungen des RAK nehmen in wechselnder Besetzung Vertreter der BMVg-Leitung, der BMVg-Abteilungen Rüstung und Administration, des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) und der Führungsstäbe der Streitkräfte teil. In die Arbeitsgruppe 1 entsendet das BMVg wechselnd Vertreter, in der Arbeitsgruppe 2 sind 4 BMVg- und 3 BWB-Angehörige ständig vertreten.

III

Sowohl der Bundesverband der Deutschen Industrie wie die Bundesregierung bemühen sich, die Bedeutung des RAK herunterzuspielen. Der „Jahresbericht 1970/71" des BDI erklärt den RAK zu einem Gremium „von Experten, das den Bundesverteidigungsminister bei der Lösung dieser Probleme (auf dem Rüstungssektor — d. V.) objektiv berät" und stellt fest: „Entgegen wiederholten polemischen Behauptungen — nicht nur östlicher Stellen — haben weder der Arbeitskreis noch seine beiden Arbeitsgruppen Einfluß auf die Vergabe von Rüstungsaufträgen genommen. Der Verdacht, daß sich hier zum Nachteil unserer Gesellschaft ein ‚militär-ökonomischer Komplex' bildet, geht von falschen Tatsachen aus und ist völlig unbegründet" [7]). In einer Stellungnahme des SPD-Parteivorstandes heißt es ähnlich: „Der Arbeitskreis hat beratenden Charakter, er trifft keine Entscheidungen. Er hat weder Einfluß auf die Festlegung der Beschaffungsprogramme des BMVg noch auf die Aufteilung der Programme auf die verschiedenen in Frage kommenden Firmen. Er behandelt überhaupt keinerlei Firmenfragen. Zu politischen Fragen, insbesondere auch zum Gesamtkonzept der Verteidigungspolitik, wird der Arbeitskreis nicht gehört, so daß er keinen direkten oder indirekten Einfluß aus dem Bereich der an Beschaffungsprogrammen beteiligten Wirtschaft auf die Verteidigungspolitik ermöglicht" [8]). Weiter wird hervorgehoben, daß die Vertreter der Industrie „in diesem Gremium nicht als Firmenvertreter, sondern

---

5) Der Gesellschafter der Flick KG, W. Pohle, war u. a. MdB, Schatzmeister und Vorstandsmitglied der CSU, Vorsitzender des Arbeitskreises Haushalt, Finanzen, Steuern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im Haushalts- und Verteidigungsausschuß des Bundestages.

6) Vorsitzender der AG 1 ist M. Ahrend (Carl Zeiss). Die AG 2 leitet Werner Knieper, Vorstandssprecher der Zentralgesellschaft VFW-Fokker; Knieper war bis 1966 Hauptabteilungsleiter im BMVg und unter Kiesinger ein Jahr Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

7) Jahresbericht 1970/71, S. 127.

8) Vorstand der SPD (Hg.), Stellungnahmen des SPD-Parteivorstandes zu den Beschlüssen des Bundeskongresses der Jungsozialisten in Bremen vom 11.—13. 12. 1970, Bonn, März 1971, Reihe Jugend, H. 2, S. 22 f.

als ad personam benannte Experten mit(wirken)" [9]).

Ein Blick auf die Besetzung des RAK und sein Arbeitsprogramm zeigt die Haltlosigkeit dieser Erklärungen. Einerseits stammen die Stellvertreter der „Experten" in der Arbeitsgruppe 1 soweit ersichtlich immer aus derselben Firma; andererseits wurden aus dem RAK ausgeschiedene Mitglieder durch Vertreter derselben Firmen ersetzt [10]). Schon diese Praxis zeigt, daß es in dem Arbeitskreis durchaus unmittelbar um Firmenfragen geht: „Wer drin ist, ist im Geschäft", erklärte der Sprecher eines großen Rüstungskonzerns der „Wirtschaftswoche" zum RAK [11]). Sicherlich wäre es aber naiv anzunehmen, daß die Hauptaufgabe des Arbeitskreises im Aushandeln von Rüstungsaufträgen bestünde. Der Arbeitskreis, der in der BRD erstmals Vertreter des Rüstungskapitals, der militärischen Spitzenorgane und der staatlichen Rüstungsadministration zentral zusammenfaßt, hat eine wesentlich weitergesteckte Aufgabenstellung. So bildete die am 30. 3. 1971 gegründete Arbeitsgruppe „Allgemeine Rüstungsfragen" 4 Arbeitsteams über Rüstungsmanagement (Sprecher Wolf, Krauss-Maffei), Materialerhaltung (Sprecher Huus von der ESG Elektronik-System-GmbH), Kapazitätsausnutzung, Industrielle Rüstungsinvestitionen, Rüstungsex- und import (Sprecher Amlinger, Siemens) und BMVg-Rüstungsmanagement (Sprecher Lorenz, Carl Zeiss). Die einen Monat später gegründete Arbeitsgruppe „Öffentliches Auftragswesen" behandelt im wesentlichen dieselben Fragen wie der gleichnamige BDI-Ausschuß. Auch die Sitzungsthemen des Arbeitskreises, der bis Februar 1972 fünfmal tagte, zeigen die weitgespannte Aufgabenstellung. Zwei Beispiele: auf der 4. Tagung am 18. 5. 1971 berichteten Staatssekretär Mommsen über den Stand der Reorganisation des BMVg- und BWB-Rüstungsbereichs und der Führungsstab der Streitkräfte über die langfristige Bundeswehr-Planung; weitere Themen waren die Preisgestaltung, Strukturprobleme im Rüstungsbereich, Mittelstandsförderung, Rüstungsexport, Materialerhaltung und Personalaustausch zwischen Rüstungskapital und staatlichen Behörden. Auf der letzten RAK-Tagung am 4. 2. 1972 berichteten Vertreter des BMVg über die Haushaltslage und „die Vergabepraxis des BMVg-Ressorts im Zeichen partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Industrie" [12]). Die Industrievertreter übergaben Memoranden mit einem Forderungskatalog, der in den letzten Monaten von den Arbeitsgruppen zusammengestellt worden war. Verlangt wurden u. a. die Einrichtung regelmäßiger Planungsgespräche zwischen staatlichem Auftraggeber und Rüstungskapital in allen Zweigen der Rüstungswirtschaft, die Festlegung einer staatlich garantierten Mindestauslastung der Kapazitäten bei besonders stark rüstungsorientierten Unternehmen, stärkere staatliche Unterstützung und Ausweitung des Rüstungsexports und ständige Konsultationen der westdeutschen Rüstungsindustrie vor Entscheidungen über den Import ausländischer Rüstungsgüter.

Für den Arbeitskreis existiert im Bereich staatlicher Exekutive kein Pendant, weder nach Zusammensetzung noch Aufgabenstellung. Auch diese Sonderstellung des RAK unter den „Beratungsorganen" auf Bundesebene zeigt, daß es im RAK um „Probleme grundsätzlicher Art" [13]) geht. Hier werden die spezifischen Interessen des Rüstungskapitals, der Spitzenmilitärs und der staatlichen Rüstungsadministration abgestimmt und die entsprechenden allgemeinen politischen Rahmenbedingungen der jeweiligen rüstungswirtschaftlichen Strategie definiert.

[9]) Jahresbericht der Wehrtechnik 1971, zit. n. „Wehrdienst" 357/1972, Beilage S. I.
[10]) Bis Anfang 1972 waren aus dem RAK wieder ausgeschieden: Gössler (Carl Zeiss; Nachfolger Ahrend, Zeiss); Van Riet (Blohm & Voss); Spethmann (Deutsche Edelstahlwerke; Nachfolger Connert aus derselben Firma); Vogelsang (Fr. Krupp GmbH; Nachfolger Siber, Krupp); Lotz (VW; Nachfolger Leiding, VW); Caesar (Rheinmetall; Nachfolger Hockel, Rheinmetall).
[11]) „Wirtschaftswoche" 3/1971, S. 16.
[12]) „Wehrdienst" 350/1972, S. 3.
[13]) Jahresbericht des BDI 1970/71, S. 127.

Der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis stellt die institutionalisierte Verklammerung eines Teils dieser Interessenstruktur auf zentraler und höchster Ebene dar; die Aufgabenstellung des Arbeitskreises ist daher notwendig global und schließt — wie die oben aufgeführten Beispiele auch zeigen — sämtliche rüstungspolitisch relevanten Fragen ein; daß die vom SPD-Parteivorstand in seiner Erklärung fingierte absolute Trennung zwischen rüstungs- und verteidigungspolitischen Fragen nicht existiert, ist offensichtlich.

Durch die Einrichtung des Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreises ist die dauerhafte, institutionalisierte Hereinnahme des Verwertungsinteresses des monopolistischen Rüstungskapitals in die staatliche Administration erfolgt. Die dadurch erreichte partielle Zurückdrängung der unkontrollierten Lobby meist mittelständischer Lobbyisten aus der Rüstungsindustrie wird als staatliche Kontrolle über das Rüstungskapital ausgegeben [14]). Tatsächlich aber wird über den RAK die Entscheidungsfindung in strategisch relevanten rüstungspolitischen Angelegenheiten in die direkte Kompetenz des mächtigsten Unternehmerverbandes Westeuropas und des monopolistischen Rüstungskapitals sowie einiger Spitzenmilitärs und Vertreter der staatlichen Administration verlagert und fest verankert; zugleich wurde die Abhängigkeit der kleineren und mittleren Rüstungsindustrie und des Handwerks von den großen Rüstungsunternehmen verstärkt. Insgesamt ist so mit der Einrichtung des Arbeitskreises ein weiterer, großer Schritt zur Zentralisation politisch-ökonomischer Macht in der BRD getan worden.

14) Vgl. die Stellungnahme des SPD-Parteivorstandes (Anm. 8) sowie Mommsen in: Der Spiegel 40/1970, S. 68.

UNIVERSITÄT BIELEFELD

An der Fakultät für Soziologie ist die Stelle eines

Wissenschaftlichen Rates und Professors (H3)

für Politische Ökonomie

zu besetzen.

Der Stelleninhaber soll in der Lage sein, innerhalb des praxisorientierten Studienganges für Diplomsoziologen Politische Ökonomie unter Einschluß des für den Marxismus spezifischen Praxisverständnisses in Lehre und Forschung angemessen zu vertreten. Er soll im Bereich der Politischen Ökonomie von Karl Marx und ihrer Weiterentwicklung wissenschaftlich gearbeitet haben.

Einstellungsvoraussetzung sind Promotion und Habilitation. Die Habilitation kann ggf. durch vergleichbare Leistungen ersetzt werden.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (insbesondere ausführliche Angaben über die bisherige Tätigkeit im Bereich von Forschung, Lehre und Selbstverwaltung) sind bis spätestens **30. April 1972** an das

Dekanat der Fakultät für Soziologie
der Universität Bielefeld
4800 Bielefeld
Kurt-Schumacher-Straße 6

zu richten. Dort können nähere Informationen über das Studienkonzept angefordert werden.

Bücher

Rote Fahnen sieht man besser!
Phrix-Lied (unzensiert)
Dieter Süverkrüp
17-cm-Single, stereo,
Best.-Nr. Peng 12, DM 5,–

Wir machen den Roten Punkt
Die Conrads/interpol Köln
Dieter Süverkrüp schrieb
„Das Lied vom Roten Punkt"
17-cm-Single, stereo,
Best.-Nr. Peng 13, DM 5,–

Dein Staat, das bekannte Unwesen
von Dietrich Kittner
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 33 302, DM 22,–

Neues Deutschland
aus der Singebewegung der DDR
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 88 103, DM 22,–

Brecht die Macht der Monopole
Die Conrads
30-cm-LP, stereo, m. Textheft
Best.-Nr. 88 102, DM 22,–

Gesamtverzeichnis anfordern beim Verlag „pläne" GmbH 46 Dortmund, Ruhrallee 62, Tel. 12 50 93

Freies Spiel der Phantasie des Kalten Krieges?

Wilhelm G. Grewe, Spiel der Kräfte in der Weltpolitik. Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen. Düsseldorf 1970, Econ-Verlag, 688 S., 28,— DM.

Wilhelm G. Grewe, einst Professor des Völkerrechts und des Staatsrechts, der aus der positivistischen Schule Friedrich Gieses hervorgegangen war, dann einer der führenden Diplomaten der Bundesrepublik Deutschland, hat durch sein Buch ein Thema angeschlagen, das in der deutschsprachigen wissenschaftlichen Literatur immer noch vernachlässigt ist. Denn die deutsche Wissenschaft der internationalen Beziehungen hat es zu einer systematischen Gesamtdarstellung des weltpolitischen Systems, seiner Antagonismen und Bewegungsgesetze, noch nicht gebracht, wenn man nicht die Emigranten-Literatur, vor allem die (allerdings nunmehr dringendst ergänzungsbedürftigen, einst bei ihrem Erscheinen bahnbrechenden) „Power Politics" des Londoner Völkerrechtslehrers Georg Schwarzenberger (deutsche Übersetzung Tübingen 1955) und das Buch des New Yorker Politikwissenschaftlers Hans Herz „Weltpolitik im Atomzeitalter" (Stuttgart 1961) als Ergebnisse der deutschen Wissenschaft zurechnen will. Der vierte Band der „Bad Wildunger Beiträge zur Gemeinschaftskunde" (Internationale Politik, Grundlagen, Auswirkungen, Verläufe, herausgegeben von J. Mück, Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden 1972) muß sich auch in seinen größeren Beiträgen (vor allem E. O. Czempiels) um der Zielsetzung des Buches willen auf bloßen Grundriß-Charakter beschränken. So hatte die Arbeit Grewes die große Chance, diese Lücke zu füllen und — endlich — im internationalen wissenschaftlichen Gespräch das Ansehen wiederherzustellen, das einst die deutsche Völkerrechtswissenschaft nicht nur um ihrer juristischen (z. B. Hans Kelsen), sondern auch um ihrer politisch-soziologischen Leistungen willen (man denke z. B. an Heinrich Triepel) erlangt hatte. Leider wurde diese Chance auch hier verspielt.

Die ökonomisch-soziale, ökologische, politische und rechtliche Verknüpfung unserer gegenwärtigen Welt, in der sich das weltpolitische „Spiel der Kräfte" vollzieht, wird zwar bei Grewe immer wieder als Problem angesprochen. Von einer objektivierenden Analyse, die auch nur ernstlich versucht, methodisch und planvoll dessen System und seine geschichtliche Entwicklung in den Griff zu bekommen, ist jedoch selten die Rede. Meist bleibt es bei eklektischen Randbemerkungen zur z. Z. geläufigen westlichen Literatur über einzelne mehr oder minder zufällig verknüpfte Fragen. Es ist aber sicher kein Zufall (und spricht für die Vorschulung Grewes durch Friedrich Giese), daß er wenigstens bei völkerrechtlichen Überlegungen etwas gründlichere Vorkenntnisse zeigt (S. 365 ff.). Allerdings werden auch hier keine sei es rechtssoziologischen, sei es rechtsdogmatischen selbständigeren Denkansätze entwickelt. Das Grundproblem allen völkerrechtlichen Denkens, daß (und warum) auch bei heftigsten politischen Machtgegensätzen (und selbst im Kriege) einige technische Bereiche des kodifizierten Völkerrechts stabil bleiben und sich sogar bei heftigsten Machtantagonismen weiterentwickeln, aber viele Gebiete des eigentlich politischen Völkerrechts bei jeder ernstlichen Zuspitzung von bloßen Machtkämpfen beiseite geschoben werden können, wird zwar hier und da als Phänomen angesprochen; es wird aber nicht daraufhin untersucht, welche gesellschaftliche Wirklichkeit es spiegelt. Dabei wäre es zur Zeit der Entstehung des Bandes bereits relativ leicht gewesen, zu überprüfen, welche soziale Realität sich dahinter verbirgt, daß auch während der größten Zuspitzung der Gegensätze des Kalten Krieges (und trotz gelegentlichen Mißbrauchs diplomatischer Fehler der UdSSR zu offensichtlicher — höflich ausgedrückt — Fehlinterpretation der Normen ihrer Satzung durch die USA, die damals noch in Sicherheitsrat und Vollversammlung über eine sichere Mehrheit verfügten, wie etwa zu Beginn des Korea-Krieges) die Vereinten Nationen gleichwohl als Dachorganisation überdauert haben. Daß sie kurz nach der Publikation seines Buches die China-Frage auch gegen den Willen der USA einmal lösen könnten, kommt Grewe übrigens noch nicht einmal als entfernte Möglichkeit in den Sinn.

Dafür wird — wie es sich für einstige Professoren des Dritten Reiches gehört — die Polemik gegen die Nürnberger Prozesse und ihre Rechtsgrundlagen wiedergegeben (S. 393 ff.), die 1948 von den meisten westdeutschen Völkerrechtslehrern begonnen worden ist. Dann wird (juristisch sicherlich zu Recht) darauf verwiesen, daß der Zweite Weltkrieg in vielen Fragen Probleme hinterlassen hat, die nicht durch Friedensverträge endgültig gelöst, sondern nur durch provisorische Kompromisse zunächst „ausgeklammert" wurden, die dann zur Grundlage keineswegs provisorischer Dauerlösungen geworden sind (S. 378 ff.). Von Grewe wird jedoch nicht danach gefragt, weshalb sie zum großen Teil ohne neue kriegerische Auseinandersetzungen der beteiligten Mächte, die sich zunächst eben nur in dieser Weise in Kompromissen finden konnten, in vielen Fällen schon seit 1945 (wie in einem Teil der Nachfolgefragen des zerstörten Deutschen Reiches, an dessen Kontinuitätsreligion Grewe noch immer festhält) oder doch seit 1953 (Waffenstillstand von Panmunjon) noch immer wirken, während allzu viele frühere formell friedensvertraglichen, scheinbar umfassenden und juristisch stabilen Lösungen (man denke z. B. an Versailles) nach viel kürzeren Fristen in neuen kriegerischen Auseinandersetzungen untergegangen sind. Das Problem der normativen Kraft des Faktischen im gegenwärtigen Völkerrecht wird von Grewe nicht ernstlich aufgeworfen.

Im Bereich der diplomatischen Technik (S. 429 ff., 494 ff.) und der Psychologie des auswärtigen Dienstes hat Grewe gewiß einiges, das zu überdenken sich lohnt, auszusagen. Seine politischen Analysen jedoch bleiben die bloße Repetition der Grundthesen des Antikommunismus, die wir seit 1918/19, dann in verstärkter Form seit 1933 und insbesondere seit 1941 kennen. Die UdSSR und China (wie die anderen sozialistischen Staaten und die nach wie vor von Grewe nicht als existenter Staat anerkannte DDR) sind für ihn aggressionsentschlossene Erscheinungsformen einer Ideologie, nicht soziale Systeme nach einer siegreichen Revolution (bzw. nach einem verlorenen Krieg). Diese kommunistische Ideologie hat überdies für ihn das auszusagen, was Grewe in sie hineindenkt, keineswegs das, was sie selbst sagt. Weil die Marxisten der Meinung sind, daß in den industriell entwickelten Staaten der

Kommunismus über den Kapitalismus durch den proletarischen Klassenkampf und in durch imperialistische (oder neoimperialistische) Herrschaftsformen überdeckten vorindustriellen Ländern durch revolutionäre Koalitionen verschiedener Formen siegen könne (und wahrscheinlich siegen werde), müssen frei nach Grewe die sozialistischen Staaten den Angriff auf andere Staaten betreiben (S. 192 ff., 210 ff., 238 ff.). Was hilft es den Kommunisten schon, daß die russische bolschewistische Partei seit der Diskussion um den Friedensvertrag von Brest-Litowsk in den ersten Monaten des Jahres 1918 immer wieder erkannt und erklärt hat, daß es nicht Sache der Staaten sein könne, in denen die Diktatur des Proletariats bestehe, die Revolution zu „exportieren" und die Funktion der Arbeiterklasse derjenigen Länder zu übernehmen, in denen die Revolution noch nicht gesiegt habe, daß die Kommunistische Internationale seit ihrer Gründung 1919 niemals eine andere Meinung vertreten hat, daß sogar die chinesische maoistische Partei niemals eine andere Auffassung geäußert hat? Grewe kennt eben ihre „Ideologie" besser als sie selbst. Die damalige deutsche Völkerrechtslehre und auch Grewe haben mit dieser Verfälschung der Vorstellungswelt der Kommunisten schon einmal, 1941, den Krieg gegen die UdSSR gerechtfertigt. Anscheinend hat Grewe bis zum heutigen Tag nicht zu erkennen gelernt, wer damals wen überfallen hat und welchen „wissenschaftlichen" Wert die Weisheiten hatten, die er 1941 vertreten hat. Er hatte (wie allzu viele seiner einst dem Dritten Reich verpflichteten, dann bundesdeutschen professoralen und diplomatischen Kollegen) zunächst insofern Glück, als seine Thesen aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 in das Schema des Kalten Krieges gepaßt haben. Aber hat es irgend etwas mit wissenschaftlicher Erfassung von Tatbeständen oder Darstellung von Theorien, die seiner Meinung widersprechen, zu tun, wenn er heute — nach dem Abklingen des Kalten Krieges — noch immer dergleichen verkündet und auf dieser Grundlage gegen das Denken der jungen Generation (und gegen die Politik seiner eigenen Regierung, die er als Botschafter zu vertreten hat) auf einem Niveau polemisiert, das dem der konservativen Presse kleiner Mittelstädte oder von „Bild" und „Welt" durchaus angemessen sein mag?

So bringt das Buch zwar gelegentlich Ansätze zu wissenschaftlich diskutablen Erörterungen über Probleme der Machtpolitik im System der gegenwärtigen internationalen Beziehungen. Sie werden aber durch altüberlieferte, der 1933 im Dienst gebliebenen Schicht der „Gelehrten" seiner Generation adäquate Vorurteile bald erstickt und mit wenig reflektierter Praxis-Weisheit von Berufsdiplomaten und sozialpsychologischen Erwägungen nur geringfügig angereichert. Als wissenschaftliches Material für diejenigen künftigen Historiker der internationalen Beziehungen, die überprüfen wollen, welche Mentalität ein prominenter Diplomat der Bundesrepublik Deutschland in der Adenauer-Periode hatte, hat das Buch jedoch durchaus eine Bedeutung, die nicht unterschätzt werden soll.

Wolfgang Abendroth

Politische Bildung und private Macht

Alois Andiel, Politische Bildung und private Macht. J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, 164 S., 12,80 DM.

In der gegenwärtigen Diskussion um die Bildungsreform spielen nicht nur Strukturfragen eine wichtige Rolle. Wesentlicher noch vom Standpunkt demokratisch-progressiven Engagements sind Bildungsinhalte und -ziele, aber auch die Methoden, mit denen sie vermittelt werden. Insbesondere der katastrophale Zustand der politischen Bildung in der BRD muß jene Reformer mahnen, die sich nicht mit einer technokratischen Bildungsreform abfinden wollen, wie sie die spätkapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft produziert. Die Fixierung grundgesetzkonformer und zukunftsweisender Bildungsziele setzt jedoch voraus, daß man aus einer fundierten Kritik an der gegenwärtigen politischen Bildung die erforderlichen Konsequenzen zieht.

Prof. Dr. Alois Andiel, Lehrstuhlinhaber für politische Bildung an der Universität Giessen, leistet in seinem essentiellen Buch „Politische Bildung und private Macht" eine solche kritische Untersuchung. Anders

als manche Kritiker mit pragmatischem oder systemkonform-theoretischem Ansatz deckt er methodisch gekonnt die für viele verborgenen Zusammenhänge zwischen spätkapitalistischer Gesellschaftsstruktur, deren fiktiven und vernebelnden Leitbildern sowie deren didaktischer Umsetzung im politischen Unterricht auf. Am Beispiel charakteristischer Quellen weist Andiel nach, wie sich hinter scheinbar formaler Methodik vorbedachter politischer Inhalt verbirgt. Das Spiel mit seinen Spielregeln und dem „Fair play" wird unter vorsätzlicher Verwischung der Differenz zwischen Spiel und Politik dazu benützt, antagonistische Interessenwidersprüche in der BRD zu vernebeln, „Sozialpartnerschaft" kindgemäß einzuüben und durch Vermittlung systemkonformer Verhaltensmuster die Konzernherrschaft zu stabilisieren. Prof. Erhards Vergleich vom Fußballspiel und sozialer Marktwirtschaft, bei dem Konsumenten und Staat die Rolle von „Schiedsrichtern" zufällt, die konkurrierenden Unternehmer bzw. Arbeitgeber und Unternehmer als auf anerkannte Spielregeln verpflichtete Spielpartner ausgegeben werden, unterstreicht die Bedeutung dieser Methode. In der Einengung der Politik auf eine einseitig anthropologische Betrachtungsweise, in der permanenten Personalisierung von Politik und Geschichte reduzieren die Ideologen und Pädagogen unseres Systems unvereinbare Interessengegensätze und objektive Sachzwänge zu Fragen des „politischen Stils" und subjektiver Entscheidungsfreiheit, um strukturelle Fehler der Gesellschaft als persönliches und damit vermeidbares Versagen auszugeben. So aber werden auch die realen Ursachen des Faschismus und von Kriegen vernebelt und potentielle Abwehrkräfte eingeschläfert.

Andiels Gegenüberstellung von pädagogischer Methodik im ersten Teil und „Sozialer Marktwirtschaft" mit dem dazu gehörenden manipulierten Bewußtsein im zweiten Teil zeigt die prinzipiell gleichen Prämissen für politisches Selbstverständnis der herrschenden Minderheit und politischem Lehrauftrag in den Schulen. Die politische Pädagogik, die als politische Ethik begriffen wird, stellt den abstrakten Menschen genau so in den Mittelpunkt, wie es in der privaten Massenpresse geschieht, aber der konkrete Mensch wird in beiden Bereichen an seiner Emanzipation gehin-

Wenn Sie eine Zeitung suchen,

die keine nationalistischen Illusionen nährt —
die für Verständigung und Abrüstung, für Demokratie und Fortschritt eintritt —
die eine Wirtschafts- und Sozialpolitik fordert,
die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht an den Interessen des Großkapitals orientiert —
dann müssen Sie die

Deutsche Volkszeitung

kennenlernen!

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, 4 Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 — Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei —

dert, weil strukturelle Veränderungen, die dies ermöglichen, aus dem Bereich des Denkbaren und Möglichen gerückt werden. Die Fiktionen von der „Demokratie als sozialer Marktwirtschaft" sind dieselben; in veröffentlichter Meinung und politischem Unterricht sind die gleichen (spätkapitalistischen) Wertsetzungen als unantastbar vorweggenommen.

Im letzten Abschnitt wird der Übergang von der neoliberalen zur neokeynesianischen Phase mit entsprechenden Veränderungen im Bewußtsein und in der pädagogischen Didaktik allgemein dargestellt. Das ursprüngliche Harmoniemodell im politischen Unterricht wird unter dem Druck gesellschaftlicher Realitäten und zunehmender Kritik durch das systemkonforme Konfliktmodell weitgehend ersetzt. Wieweit die Wandlungen „die Freiheit der Menschen zu steigern" in der Lage sind, bleibt offen, bleibt Aufgabe. Die zunehmende Kritik an der die Realität verschleiernden Didaktik weckt Hoffnungen.

Wer sich vom hegelianischen Bau mancher Sätze des Verfassers nicht abschrecken läßt, wird in dieser Schrift vieles finden, was hilft, den gegenwärtigen Bewußtseinszustand und die ihn produzierenden Kräfte bzw. deren Mittel besser zu erkennen und konkrete Maßnahmen für eine realitätsbezogene und strukturverändernde politische Bildung einzuleiten. Dieses Buch sollte nicht nur in Fachkreisen gelesen werden. Es ist allen an der politischen Bildung interessierten Kreisen sehr zu empfehlen.

Lorenz Knorr

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Filadelfo Linares, Der Philosoph und die Politik. Verlag Anton Hain, Meisenheim, X, 127 S., br. 24,70 DM (Monographien zur philosophischen Forschung, Bd. 91). — Als Bd. 88 der Reihe erschien: Annelise Redlich, Die Hegelsche Logik als Selbsterfassung der Persönlichkeit (XXVI, 148 S., br. 23,— DM).

Jürgen Ritsert / Claus Rolshausen, Der Konservatismus der kritischen Theorie. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 104 S., kart. 6,— DM.

Axel Hainke, Politische Einstellungen und Lernprozesse bei Kindern und Jugendlichen. Neuere amerikanische Beiträge zu einer Theorie der politischen Sozialisation. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, VIII, 177 S., kart. 13,— DM (Veröffentlichungen der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg).

Geschichte und Zeitgeschichte

Goebbels Reden. Herausgegeben von Helmut Heiber. Bd. I: 1932—1939. Droste Verlag, Düsseldorf, XXXIV, 337 S., Ln., 29,— DM, Paperback 19,— DM.

Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1945 bis 1970. Redaktion: B. N. Ponomarev, A. A. Gromyko, V. M. Chvostov. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 653 S., Ln. 19,80 DM. — Zu den Autoren dieses Bandes gehört auch der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik V. M. Falin.

Jörg Selbach, Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel als Problem der deutschen Politik seit 1955. Verlag Anton Hain, Meisenheim, XVIII, 299 S., br. 44,80 DM (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 19).

Aktuelle Themen

Fritz Feuereisen / Ernst Schmacke, Die Presse in Europa. Verlag Dokumentation, München, 328 S., Linson 40,— DM.

Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Bd. VIII: 1970. Zusammengestellt von Heinrich Siegler. Verlag Siegler, Bonn/Wien/Zürich, XXIII, 327 S., Paperback 70,— DM.

Volker Matthies, Schwarzafrika. Politische Konflikte und Entwicklungskrisen. Leske Verlag, Opladen, 112 S., kart. 6,80 DM (Analysen, Bd. 2).

Bettina Decke, Industrialisierung und Herrschaft in Südafrika. Luchterhand Verlag, Neuwied, 188 S. + Kt., br. 9,80 DM.

Fred Schmid, Der Militär-Industrie-Komplex. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 219 S., br. 7,50 DM (Marxistische Taschenbücher, Bd. 41).

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aufforderung zum Dialog, veröffentlicht vom Sekretariat zur Vorbereitung des Forums Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit vom 2. bis 5. Juni 1972 in Brüssel

(Wortlaut)

Auf Einladung belgischer Persönlichkeiten trafen vom 11. bis 13. Januar 1972 in Brüssel Vertreter gesellschaftlicher und politischer Richtungen sowie Persönlichkeiten unterschiedlicher politischer, ideologischer und religiöser Überzeugung aus West- und Osteuropa zusammen und beschlossen, vom 2. bis 5. Juni 1972 in Brüssel ein Forum der Europäischen Öffentlichkeit zu Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit durchzuführen (vgl. „Blätter", Heft 2/72, S. 221 ff.).

Aus der Bundesrepublik nahmen an der Januar-Konferenz u. a. Vertreter des „Initiativkreises Europäische Sicherheit" teil, dem auch Mitherausgeber und Autoren dieser Zeitschrift angehören. Der Initiativkreis hat uns gebeten, die vom Brüsseler Sekretariat erarbeitete „Aufforderung zum Dialog" zu veröffentlichen. Sie soll die Absichten des Forums im Juni einerseits verdeutlichen und andererseits alle politischen Gruppen und Persönlichkeiten, die an der Sicherung des Friedens und der Zusammenarbeit in Europa interessiert sind, ermuntern, dem Forum Vorschläge zu wichtigen europäischen Fragen zu unterbreiten.

Stellungnahmen zum „Dialog" sind an die Anschrift des Sekretariats zu richten: Sécurité et coopération européennes, rue dautzenberg, 42, B-1050 Bruxelles, Tel. 02/48 59 28.
D. Red.

Europa tritt in eine neue Etappe der Entwicklung internationaler Beziehungen ein, in eine Etappe, die zu einer neuen Phase seiner Geschichte führen kann.

Konsultative Treffen von Repräsentanten der öffentlichen Meinung Europas haben bereits dreimal in Brüssel stattgefunden. Auf dem jüngsten Treffen vom 11.—13. Januar dieses Jahres kamen die Repräsentanten verschiedener Parteien, Strömungen und Organisationen aus 27 Ländern des Kontinents zu der Schlußfolgerung, daß es nützlich wäre, vom 2. bis 5. Juni 1972 in Brüssel ein Forum der Vertreter der öffentlichen Meinung einzuberufen, eine breite und repräsentative Versammlung im Maßstab unseres Kontinents. Dieses Forum stellt sich als geeignetes Treffen dar, auf dem freimütig die verschiedenen Standpunkte und Konzeptionen über Wege zur Sicherheit in Europa und zur Entwicklung einer multilateralen Zusammenarbeit einander gegenüber gestellt werden können. Das Forum sollte auch die Gelegenheit bieten, über die Rolle und den Platz der öffentlichen Meinung im Kampf für Entspannung auf unserem Kontinent zu diskutieren. Es könnte zur Erringung gemeinsamer Standpunkte für die Lösung der aktuellsten europäischen Probleme beitragen. Es sollte die Voraussetzungen für konzertierte Aktionen schaffen, um diesen Zielen näher zu kommen, und eine Atmosphäre des Vertrauens, des gegenseitigen Verständnisses und der breiten Zusammenarbeit der Repräsentanten der öffentlichen Meinung Europas fördern.

Das Forum wird seiner Bedeutung gerecht, wenn es qualifizierte Repräsentanten aller gesellschaftlichen Schichten zusammenführt, aller Kräfte, in erster Linie der Werktätigen, die nach Brüssel kommen werden, um ihre Bestrebungen darzulegen und miteinander zu konfrontieren. Das sind die Ziele der Arbeit des Initiativkomitees und des im Januar gegründeten Sekretariats, an deren Aktivität die Vertreter aller interessierten Kräfte jederzeit und auf der Basis völliger Gleichberechtigung teilnehmen können.

Auf der Grundlage der Diskussionen, die bisher in Brüssel stattfanden, erscheint es vordringlich, die wesentlichen Fragen aufzugreifen, die auf dem Juni-Forum diskutiert werden sollten und schon zu Beginn dieser Vorbereitungen die Mannigfaltigkeit der Anschauungen und Standpunkte zu berücksichtigen, die dort sichtbar werden können.

Die Themen der Diskussion

Die Themen der Diskussion werden in erster Linie durch das Leben selbst bestimmt, durch die Entwicklung der neuen Beziehungen, die in Europa entstehen.

In der Haltung und in den Handlungen zahlreicher Regierungen zeigt sich mehr und mehr das Bestreben, einen Weg zu beschreiten, der zur Sicherung eines dauerhaften Friedens und zu einer wirksamen Zusammenarbeit in Europa führen kann.

Verschiedene Kreise, Parteien und gesellschaftliche Kräfte nehmen immer stärkeren Anteil an der Diskussion der Probleme der europäischen Sicherheit, mit denen sich die Diplomaten befassen.

Die Vertreter bedeutender gesellschaftlicher Bewegungen haben ihre Meinung dazu dargelegt: es handelt sich um Organisationen der Jugend und der Frauen, um Repräsentanten verschiedener Kirchen und christlicher Tendenzen, um Kämpfer für den Frieden, Parlamentarier, Wissenschaftler, Persönlichkeiten der Kultur, Journalisten und Geschäftsleute.

Repräsentanten der verschiedenen Strömungen der europäischen Arbeiterbewegung, unter anderen die Sozialistischen Parteien auf der Ratstagung der Sozialistischen Internationale in Helsinki und die Kommunisten auf ihrer Internationalen Beratung in Moskau 1971, haben über ihre Haltung zur europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit Beschlüsse gefaßt.

Der Dialog über die Zukunft Europas ist eröffnet. Er sollte jedoch verstärkt und präzisiert werden und praktische, vereinbarte Aktionen fördern.

Deshalb muß die Arbeit zur Vorbereitung des Forums den Charakter eines breiten Meinungsaustausches über die Fragen annehmen, die geeignet wären, zur Diskussion gestellt zu werden.

Dieser Dialog — breit, demokratisch und konstruktiv — kann den Weg zum Vertrauen und zur Zusammenarbeit bereiten.

Das vorliegende Dokument ist der Versuch, eine Bestandsaufnahme der aktuellsten Probleme vorzunehmen, deren Lösung die Errichtung von Grundlagen für die europäische Sicherheit ermöglichen würde. Natürlich nimmt es nicht für sich in Anspruch, ein so umfangreiches Thema erschöpfend zu behandeln. Andere Gesichtspunkte können auftauchen. Sie müssen bei der Ausarbeitung der Tagesordnung des Forums berücksichtigt werden.

Die Wege zur Sicherheit

In der öffentlichen Meinung Europas entwickelt und bestätigt sich eine allgemeine Überzeugung: die wirkliche Sicherheit unseres Kontinents besteht nicht nur darin, daß keine Kriege stattfinden. Es ist erforderlich, durch das Völkerrecht garantierte Bedingungen zu schaffen, die den Aufbau eines neuen Europa ermöglichen, eines Europa, dessen Länder in ihrer reichhaltigen Verschiedenheit solidarisch zusammenwirken können, damit ein Kontinent des Friedens und der friedlichen Koexistenz entsteht.

Diese Konzeption von Europa ist gegenwärtig keine Utopie mehr. Aber um dahin zu gelangen, ist es notwendig, sich zunächst mit der Lösung politischer Probleme zu befassen.

Ein System für die Organisation der europäischen Sicherheit

Suche nach Wegen zur grundlegenden Gesundung der politischen Atmosphäre unseres Kontinents; Diskussion der Pläne, die von verschiedenen Regierungen Ost- und Westeuropas zur Festigung der Sicherheit und zum Verzicht auf Anwendung oder Drohung

mit Gewalt unterbreitet wurden; Garantie der durch das Völkerrecht sanktionierten, auf die UNO-Charta gegründeten Prinzipien der Achtung der nationalen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität aller Länder des Kontinents, der Unantastbarkeit der Grenzen, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, der auf gegenseitigem Vorteil basierenden, völlig gleichberechtigten Zusammenarbeit, der friedlichen Koexistenz von Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen;
— Suche nach Wegen zu einer fortschreitenden Abrüstung auf dem Kontinent (Reduzierung der Streitkräfte und der ausländischen und nationalen Rüstungen in Europa, Schaffung kernwaffenfreier Zonen, Abrüstungsmaßnahmen in bestimmten Regionen Europas usw.);
— Schaffung eines wirksamen Mechanismus der politischen Zusammenarbeit in Europa, in dem als permanentes Element des politischen Lebens bilaterale und multilaterale Konsultationen im europäischen Maßstab über wesentliche Fragen des internationalen Geschehens eingeführt werden;
— Aufhebung der Spaltung Europas in entgegengesetzte militärisch-politische Blöcke und Schaffung von Beziehungen, die Aggressionen ausschließen und allen Ländern die Möglichkeit garantieren, sich unter Bedingungen des Friedens und der Sicherheit zu entwickeln.

Die Überreste aus dem Zweiten Weltkrieg

Das bedeutende Problem der endgültigen Anerkennung der politischen und territorialen Realitäten des gegenwärtigen Europa ist noch nicht von der Tagesordnung gestrichen. Breite Kreise der europäischen Öffentlichkeit sind der Meinung, daß die vorbehaltlose Anerkennung der Existenz von zwei souveränen deutschen Staaten, die Herstellung gleichberechtigter, auf das Völkerrecht gegründeter Beziehungen zwischen ihnen und die Regelung der ausstehenden Fragen zwischen der Tschechoslowakei und der BRD Bedingungen sine qua non für die Schaffung eines Sicherheitssystems in Europa darstellen.

Die Staatenkonferenz

Alle Regierungen sprechen sich im Grunde für die Abhaltung der Konferenz auf der Ebene der Staaten in einer längeren oder kürzeren Frist aus. Ohne Zweifel ist diese Konferenz zur Beratung der europäischen Probleme notwendig. Wir haben uns wiederholt für diese Initiative ausgesprochen.

Wir meinen, daß keinerlei Gegensatz zwischen der diplomatischen Aktion und der öffentlichen Meinung besteht. Im Gegenteil: das Forum der Repräsentanten der öffentlichen Meinung Europas ist geeignet, die Entwicklung der Verhandlungen auf Regierungsebene zu fördern.

Das Forum sollte sich jedoch nicht ausschließlich mit den Problemen der Staatenkonferenz befassen. Seine Bestrebungen sind umfassender. Die Regierungen und die Repräsentanten der öffentlichen Meinung handeln jeweils im Rahmen der ihnen eigenen Kompetenz. Die öffentliche Meinung hat eine erstrangige Aufgabe zu erfüllen bei der Schaffung von Voraussetzungen, bei der Förderung einer günstigen Atmosphäre für die Entspannung in Europa, für die Lösung der Probleme, um die sich die Regierungsvertreter am Verhandlungstisch bemühen.

Die Zusammenarbeit im Maßstab des Kontinents: Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Umweltschutz

Ein von der europäischen Sicherheit untrennbares Element ist die Errichtung eines Systems ökonomischer und wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit auf der Basis des gegenseitigen Vorteils im Maßstab des ganzen Kontinents. Das ist eine bedeutende Garantie für die Stabilität des Friedens in Europa. Die Schaffung eines harmonischen Systems ökonomischer Beziehungen in Europa würde eine Verschärfung der Spannungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen „unrentabel" machen und sogar diejenigen, die immer noch Spannungen hervorrufen wollen, entmutigen.

Eine umfassende europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik ist auch aus ökonomischen Gründen unbedingt erforderlich. Sie würde die wirksamere Nutzung der europäischen Produktionskapazitäten, die volle Entfaltung der Vorteile der wissenschaftlich-technischen Revolution ermöglichen, damit auf dieser Grundlage die Lebensbedingungen verbessert werden können.

Es wäre ebenfalls nützlich, sich mit den Fragen des Umweltschutzes zu befassen und mit der rationellen Nutzung der europäischen Bodenschätze.

Die wirtschaftliche Expansion als Folge der ausgewogenen und konzertierten Zusammenarbeit würde das Gespenst der Arbeitslosigkeit bannen, weil neue Garantien für die Sicherung der Arbeitsplätze der Werktätigen und besonders der Jugendlichen geschaffen werden könnten.

Untersuchung der Prinzipien und der Methoden der ökonomischen Zusammenarbeit in Europa

— Suche nach Wegen zur Überwindung der Schranken auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Finanzen und des Handels, Schranken, die der Errichtung eines stabilen europäischen Systems ökonomischer und wissenschaftlich-technischer Beziehungen frei von jeder Diskriminierung und auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils im Wege stehen.

— Die möglichen Formen der wirtschaftlichen Kooperation unter den Bedingungen der Entwicklung der Integration in Europa und der Existenz regionaler Wirtschaftsgemeinschaften herausarbeiten. Die legitimen nationalen Interessen aller europäischen Staaten in diesem Zusammenhang garantieren, einschließlich die der Staaten, die diesen Gemeinschaften nicht angehören.

Ausarbeitung von wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Projekten im gesamteuropäischen Maßstab

— Untersuchung der gemeinsamen Vorschläge, die den Bau von bedeutenden transkontinentalen Erdöl- und Erdgasleitungen betreffen, die Schaffung eines besser koordinierten Flußverkehrs und anderer Transportwege, die Errichtung von Energieleitungen und die Schaffung eines einheitlichen Verbundnetzes. Die Zusammenarbeit in der Nutzung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken, in der Erforschung und friedlichen Nutzung des Weltalls und der Meere, in der Entwicklung der europäischen Nachrichtenverbindungen. Untersuchung der Probleme des Wassers, Analyse der Möglichkeiten und der konkreten Bedingungen der industriellen Zusammenarbeit und der Spezialisierung der Produktion im Rahmen des Kontinents.

Untersuchung der Möglichkeiten einer wirksamen gemeinsamen Nutzung der materiellen und geistigen Ressourcen der europäischen Länder auf dem Gebiet der Wissenschaft und der Technik.

Untersuchung der Schaffung gesamteuropäischer Institutionen für wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit

Untersuchung des Problems der Intensivierung der Aktivität der bereits bestehenden Organe gesamteuropäischer Zusammenarbeit und Herausarbeitung neuer Organisationsformen der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen zweiseitigen und mehrseitigen Beziehungen.

Untersuchung der Orientierung und der Methoden der internationalen Zusammenarbeit in den Fragen des Umweltschutzes

Verallgemeinerung und Nutzung der nationalen Erfahrungen im internationalen Maßstab, internationale Zusammenarbeit bei der wissenschaftlichen Forschung auf diesem Gebiet, internationale Vereinbarungen über Probleme der Erhaltung und des Kampfes gegen Ver-

afrika heute

in der deutschen und internationalen Politik

Afrika heute — wirtschaftlicher und politischer Hinterhof eines Groß-Europas?

Namibia-Uran. Cabora Bassa-Geschäft. Rhodesien-Separatismus. Befriedigung durch Apartheid. Und Söldner. Und Entwicklungshilfe. Und das Einpressen in das dirigierte Kalkül des Weltmarktes und seine Arbeitsteilungen.

Oder:
„China in Afrika"? Disziplinierung. Kulturrevolution. Udjamaa.
Also: Antirassismus, Antiimperialismus, Dekolonisation.
Also: Nationale Selbstartikulation. Vielleicht sogar — Revolutionäre Gewalt?

Stellen SIE sich der Diskussion!

Wir bieten Ihnen ein Forum dafür. Und die Hintergrundinformation. Alle 14 Tage neu: überblicken Sie die wichtigsten Ereignisse und ihre Resonanz.

Unser Standpunkt?

afrika heute veröffentlichte exklusiv:
die Stellungnahme der VDW *) zu Cabora Bassa. Rassismus auf der Olympiade: 1936 applaus — 1968 skandal — 1972 ??

afrika heute liegt im Blickpunkt dieses Europa von morgen. Und umgekehrt. Welche Perspektive Sie auch wählen.

Darüber schreiben wir ein politisches Magazin. 14tägig. Zweimal im Monat übersehen Sie die politischen Ereignisse und ihre Resonanz. In Afrika. Und in Europa. Bei uns.

Berichte ... Interviews ... Background ... Medienanalysen ... Buchbesprechungen ... Und anderes.

Schreiben Sie uns.

afrika heute, Redaktion, 53 Bonn, Markt 10—12. Ruf (02221) 63 12 77/8
Jahresabonnement (26 Hefte) DM 60,—
Studenten, Lehrlinge, Schüler, Wehrpflichtige DM 30,—.

*) Vereinigung deutscher Wissenschaftler, Hamburg.

schmutzung der Umwelt. Die Rolle der nationalen Organisationen und Systeme, die zum Schutz der Natur geschaffen wurden. Beteiligung ausnahmslos aller europäischen Staaten auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung an der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Bestimmung der Rolle der Wissenschaftler, der Gewerkschaften, der Unternehmerverbände und der gesellschaftlichen Massenorganisationen bei der Untersuchung und der Lösung der Probleme des Umweltschutzes.

Die kulturelle Zusammenarbeit — ein Weg zur Annäherung der Völker

Nach den langen Jahren des Kalten Krieges ist die Herstellung einer neuen psychologischen Atmosphäre in Europa erforderlich. Dazu müssen das Mißtrauen, die Isolierung und die Feindseligkeit zwischen den Völkern beseitigt werden. Die Entwicklung der umfassenden Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet kann die Gesundung der moralischen Atmosphäre in Europa fördern.

Die Repräsentanten der öffentlichen Meinung ganz Europas müßten ihre Meinungen über die Fragen der Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Kultur austauschen. Schon die Diskussion dieser Probleme würde einen neuen Fortschritt in der Bekräftigung der geistigen Gemeinsamkeiten der Europäer darstellen.

Konzeption der kulturellen Zusammenarbeit

Dieser Begriff umfaßt neben der eigentlichen Kultur auch das Gebiet der Bildungseinrichtungen auf allen Ebenen, der Erziehung der Jugendlichen, der Probleme der Masseninformationsmittel und zahlreicher anderer Fragen, die mit dem geistigen Leben der Gesellschaft zusammenhängen. Die Suche nach Formen der kulturellen Beziehungen und des Austausches auf diesem Gebiet liegt ohne Zweifel im allgemeinen Interesse.

Ideologische Meinungsverschiedenheiten und kulturelle Zusammenarbeit

Europa wird vielleicht noch stärker als jeder andere Kontinent durch die Vielfältigkeit seiner ideologischen Strömungen, durch die Konfrontation gesellschaftlicher Ideale charakterisiert. Davon ausgehend kann nur der Dialog den Weg zur kulturellen Zusammenarbeit bereiten. Diese Zusammenarbeit ist trotz realer Gegensätze in den bestehenden Gesellschaftssystemen geeignet, die notwendigen Bedingungen dafür zu schaffen, daß der Kampf der Ideen und der Meinungen nicht zur Isolierung und Feindschaft zwischen den Völkern führt und nicht in einen psychologischen Krieg ausartet. Die Masseninformationsmittel sollten der Verbreitung der Ideale des Friedens, des gegenseitigen Verständnisses und der Kultur im weitesten und höchsten Sinne dieses Begriffes dienen und nicht für die Propagierung antihumanistischer Theorien, der Verherrlichung des Krieges und der Gewalt mißbraucht werden.

Demokratisierung der Kultur

Die wissenschaftlich-technische Revolution hat neue Mittel zur Verbreitung der Kultur geschaffen. Dies wirft gleichzeitig auch neue Probleme auf: wie kann die Verflachung der geistigen Werte verhindert, wie kann der Prozeß der Standardisierung, wie kann die Gefahr der antihumanistischen Tendenzen in der Kultur überwunden werden, auf welche Weise ist es möglich, sich der Nivellierung, der Mißachtung der nationalen Besonderheiten und der nationalen Kulturtraditionen in den verschiedenen europäischen Ländern zu widersetzen.

Bildung der Jugend

Ohne Zweifel sind die Perspektiven des Friedens in Europa und die Entwicklung des in Jahrhunderten errungenen kulturellen Reichtums abhängig von der Erziehung der Jugend im Geiste des Friedens, der gegenseitigen Achtung aller Völker Europas und der anderen Erdteile.

Die Skala der Probleme, die der Diskussion bedürfen, ist außerordentlich breit. Es wäre deshalb wünschenswert, daß die Vertretung der gesellschaftlichen Kräfte im europäischen Dialog dieser Breite entspricht.

Jeder kann zum Dialog beitragen und jeder Beitrag kann allen zugute kommen, denn der Dialog ist nicht nur die Summe verschiedener Standpunkte. Aus dem Gespräch werden ohne Zweifel neue Ideen entstehen, und die Entwicklung des gesellschaftlichen Denkens in Europa wird dadurch bereichert werden. Es ist offensichtlich, daß alle diese Fragen nicht im Laufe des Juni-Forums gelöst werden können; die Tatsache ihrer Diskussion wird jedoch einen Beitrag zur Lösung darstellen.

Die Verwirklichung der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit ist nicht nur für unseren Kontinent von Bedeutung. Das Bewußtsein und die Gefühle der Europäer im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts können nicht in klischeeartige Vorstellungen von kontinentalem Egoismus gepreßt werden. Wenn man vom Schicksal unseres Kontinents spricht, ist es unmöglich, nicht die Stellung Europas in der Komplexität der heutigen Welt zu berücksichtigen. Man darf die Rolle, die Europa bei der Verhinderung eines weltweiten Konfliktes, bei der Beseitigung der Kriegsherde und der internationalen Spannungen, die Rolle, die Europa im Kampf für den sozialen Fortschritt für die gesamte Menschheit spielen kann, nicht unterschätzen. Die angestrebten neuen friedlichen Beziehungen der Zusammenarbeit in Europa könnten auf die Länder der dritten Welt ausstrahlen. Das sollte in einem Geist der völligen Gleichberechtigung und des Austausches geschehen, der in diesen Ländern die Beschleunigung der eigenständigen Entwicklung fördert und die vielfältigen Formen der Ausbeutung beseitigt, deren Opfer sie so oft bis heute waren. Europa befindet sich in einer Epoche, die Veränderungen und kühner Initiativen bedarf. Der Dialog kann helfen, den Weg zu gemeinsamer, konstruktiver Arbeit zu finden, bei **der die Grundlagen des neuen Europa** erarbeitet werden können, eines Europa des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit.

Erklärung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zur Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau

(Wortlaut)

Die Debatte um die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau ist nicht abgeschlossen, der Ausgang des Ratifizierungsverfahrens im Deutschen Bundestag noch offen. In der ersten Lesung wurde deutlich, daß die CDU/CSU nach wie vor die Ratifizierung der Verträge verhindern will, um eine politische Entwicklung aufzuhalten, die sich von ihren alten Doktrinen entfernt.

Da eine pauschale Ablehnung der Verträge nur ein geringes Echo erwarten läßt, gehen die Gegner der Ostverträge flexibler vor. Sollte die Ratifizierung schon nicht verhindert werden können, so soll sie zumindest unabsehbar verzögert, in jedem Falle aber soll vorsorglich der Inhalt der Verträge im Sinne der politischen Absichten der CDU/CSU umgedeutet werden.

Einerseits werden die Folgen einer Ablehnung der Ratifizierung für die deutsche und die internationale Politik heruntergespielt. Andererseits soll in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, die Verträge seien mehrdeutig und daher unterschiedlich interpretierbar, obwohl die Regierungen der Bundesrepublik und der Sowjetunion wiederholt auf die Eindeutigkeit der Texte hingewiesen haben. Die Gegner der Entspannung hoffen offenbar,

auf diese Weise das Engagement der Öffentlichkeit für die Verträge lähmen, Unsicherheit und schließlich Ablehnung hervorrufen zu können.

In dieser Situation, wo es um Erfolg oder Scheitern grundlegender Neuansätze geht, um den Rückfall in die alte Konfrontationspolitik oder um den Durchbruch zu einer Politik der Vernunft, der Verständigung und der friedlichen Koexistenz, erscheint es uns angezeigt, das Wort zu ergreifen.

Was ist der objektive und eindeutige Inhalt der Verträge?

Die jetzt bestehenden Grenzen und die territoriale Integrität aller Staaten in Europa werden von der Bundesrepublik, der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen als unverletzlich anerkannt. Allen entspannungsfeindlichen Gebietsforderungen wird somit ein völkerrechtsvertraglicher Riegel vorgeschoben. Auf Gewaltanwendung und Gewaltandrohung als Mittel der Politik wird vertragskräftig verzichtet. Die vertragsschließenden Partner bekunden ihren Willen, ihre Beziehungen zueinander zu normalisieren und durch friedliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil zu intensivieren. Diese Festlegungen stimmen mit den nationalen Interessen der beteiligten Länder voll überein; sie entsprechen dem Bedürfnis aller europäischen Völker nach Frieden und Sicherheit; sie ermöglichen es, mit der gemeinsamen Lösung der rasch wachsenden Zukunftsaufgaben der vertragsschließenden wie aller europäischen Staaten praktisch zu beginnen.

Gegenstand der Verträge zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion bzw. der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen können hingegen gemäß dem völkerrechtlichen Prinzip der Nichteinmischung nicht die inneren Angelegenheiten der beteiligten oder gar dritter Staaten sein. Weder die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der EWG, noch die zwischen der EWG und der DDR, noch die Innenpolitik der DDR sind in den zu ratifizierenden Verträgen angesprochen. Die CDU/CSU-Führung weiß dies nur zu genau. Sie weiß auch, daß sie nicht Gegenstand dieser Abmachungen sein können. Dennoch bringt sie vertragsfremde Überlegungen ins Spiel, um der Anerkennung der durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen Realitäten ausweichen zu können.

Die Nichtratifizierung wie auch die Umdeutung der Ostverträge würde diesen Prozeß der Entspannung bereits in seinen wichtigsten bilateralen Ansätzen empfindlich treffen, noch ehe die gesamteuropäische Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit das Erreichte multilateral sichern und einen neuen zukunftsweisenden Abschnitt in der Geschichte der Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern unseres Kontinents eröffnen kann. Die Europäische Sicherheitskonferenz steht auf der Tagesordnung. Sie könnte bereits in diesem Jahr beginnen; denn die Öffentlichkeit Europas drängt seit langem auf die Überwindung von Blockbildung und Konfrontation. Daher bedeuten die Angriffe auf die Ostverträge und die Umdeutungsversuche nicht nur eine Gefahr für die Regierungskoalition, schweren Schaden nicht nur für unser Land, sondern auch Kollision mit den Hoffnungen und Bestrebungen eines zu sich selbst findenden Europa.

Die gesamte demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland muß es als ihre gemeinsame Aufgabe erkennen, die Angriffe gegen die Ratifikation und die den Geist und den Buchstaben der Verträge verfälschenden Umdeutungsversuche abzuwehren. Es droht ernste Gefahr für alle bereits errungenen Entspannungsansätze in Europa. Bliebe die Abwehr erfolglos, wäre unser Land gegenüber dem Westen wie dem Osten isoliert wie selten zuvor. Vernunft und Redlichkeit gebieten die Ratifizierung!

Die Erstunterzeichner:

Prof. Dr. Fritz Bärmann — Pfarrer Dieter Baumann — Dr. Martin Bergsträsser, Baudirektor i. R. — Reimar von Bonin, Konteradmiral a. D. — Sophie von Bonin — Dr. Hans Brender — Prof. Dr. Friedrich Brose — Klaus Budzinski, Autor, Journalist — Prof. Dr. Rudolf Bultmann — Ulrich Deckert, Gewerkschaftsfunktionär — Dr. Walter Dirks — Hermann Dreischoff, Betriebsratsvorsitzender — Prof. Dr. Andreas Dress — Bernt Engel-

mann — Prof. Dr. Walter Fabian — Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim — Dr. Klaus Jürgen Gantzel — Prof. Dr. Robert Raphael Geis — Prof. Dr. Immanuel Geiss — Prof. Dr. H. D. Gollwitzer — Prof. Dr. Ernesto Grassi — Pastor Wolfgang Greil — Prof Dr. Wilhard Grünewald — Michael Grunow, Jugendbildungsreferent — Lic. Dr. Johann Haar — Prof. Dr. Jürgen Habermas, Direktor am Max-Planck-Institut Starnberg — Prof. Dr. Friedrich Hahn — Heinrich Hannover — Prof. Dr. Gustav Heckmann — Karl Heinle und Frau, Gewerkschaftsfunktionär — Bernd Hering, Oberstudienrat — Pfarrer Karl Jockers — Gebhard Jung, Gewerkschaftsfunktionär — Prof. Dr. Gerhard Kade — Dr. Erich Kästner — Dr. Joachim Kahl — Helmut W. M. Kahn — Dr. med. Kätzler — Wilhelm Kätzler, Oberregierungsrat a. D. — Reiner Kammler, Betriebsratsvorsitzender — Prof. Dr. Wolfgang Klafki — Dr. h. c. Heinz Kloppenburg DD, Oberkirchenrat i. R. — Prof. Dr. Eugen Kogon — Prof. Dr. H. G. von Klöden — Pastor Dr. O. Krause — Prof. Dr. D. Kreck — Erich Kuby — Karl Lenz, Betriebsratsvorsitzender — Hermann Lücke, Gewerkschaftsfunktionär — Prof. Dr. Theodor Mahlmann — Prof. Dr. Heinz Martius — Gunnar Matthiessen — Prof. Dr. Dr. h. c. Gustav Mensching — Pfarrer Klausjürgen Neufang — Prof. Dr. Günther van Norden — Manfred Pahl-Rugenstein — Pastor Günther Pechel — Prof. Dr. Harold Rasch — Pfarrer Friedrich v. Reichardt — Prof. Dr. Helmut Ridder — Pfarrer Johannes Riedel — Prof. Dr. Renate Riemeck — Gerd Ruge — Dr. Erika Runge — Dr. Dieter Senghaas — Paul Schallück — Pfarrer Gerhard Schaefer — Dr. Ernst Schläfer, Richter — Hety Schmitt-Maass — Pastor Hermann Schulte — Dr. Hannelis Schulte — Hans Schweikart — Erich Steinig, Betriebsratsvorsitzender — Dr. Klaus Steudle, Studentenpfarrer — Pfarrer Heinrich Treiblin — Dr. Martin Walser — Gerhard Weber, Generalsekretär CVJM — Prof. Dr. Ingeborg Weber-Kellermann — Kurt W. Weiß, Gewerkschaftsfunktionär — Hans Will, Gewerkschaftsfunktionär

Die Unterschriftenaktion ist noch nicht beendet.

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

10 *Kramer* Reform und Revolution bei Marx und Engels. 201 S. DM 9,80

11 *Ley – Müller* Kritische Vernunft und Revolution. 267 S. DM 9,80

12 *Deppe* Das Bewußtsein der Arbeiter. 358 S. DM 12,80

13 BRD–DDR Vergleich der Gesellschaftssysteme. 442 S. DM 12,80

14 *Haltmann* Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß. 239 S. DM 9,80

15 *Bredow* Kriegsdienstverweigerer heute. 168 S. DM 9,80

16 *Czichon* Wer verhalf Hitler zur Macht? 105 S. DM 9,80

17 *Ehrler* Kleine Geschichte der deutschen Spaltung. 250 S. DM 9,80

18 *Schwamborn* Handbuch für Kriegsdienstverweigerer. 200 S. DM 9,80

19 *Boris u. a.* Chile auf dem Weg zum Sozialismus. 320 S. DM 9,80

20 *Werner* (Hrsg.) Christen und Revolution. 150 S. DM 9,80

Pahl-Rugenstein

Gründungsmitteilung der „Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland"

(Wortlaut)

Am 25. März 1972 wurde in Düsseldorf die „Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland" gegründet. Zur Gründungsversammlung hatten fast 300 Juristen aller Berufssparten Delegierte entsandt, die in regionalen Versammlungen gewählt worden waren.

Die Gründung der Vereinigung erfolgte nach einer gründlichen Diskussion über Notwendigkeit und Betätigungsfeld eines Zusammenschlusses demokratischer Juristen angesichts der verstärkten Aktivität antidemokratischer und nationalistischer Kräfte in unserem Staat.

In der beschlossenen Satzung verpflichten sich die Mitglieder der Vereinigung, für die Herstellung und die Verteidigung der demokratischen Rechte einzutreten.

Ausgehend von den demokratischen Postulaten des Grundgesetzes wollen sie alle Bestrebungen gegen die autoritäre Formierung und Manipulation infolge fortschreitender wirtschaftlicher und politischer Machtkonzentration unterstützen und sich für eine demokratische Willensbildung im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben einsetzen.

In den internationalen Beziehungen — vor allem unter den europäischen Staaten — wird die Vereinigung in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht für die Verwirklichung des im Art. 26 Grundgesetz verankerten Gebots der Pflege friedlicher Beziehungen wirken.

Es wurde beschlossen, die Herausgabe einer periodischen Zeitschrift vorzubereiten.

In den Vorstand wurden gewählt:

Prof. Dr. Axel Azzola, Referendar Bernd Ehlert, Rechtsanwalt Norbert Gatzweiler, Gerichtsassessor Rudolf Langweg, Referendar Udo Mayer, Dr. Dr. h. c. Hans Mertens, Dietz von Meyerinck, Rechtsanwalt Hans Jochen Michels, Rechtsanwalt Heinz Peters, Rechtsanwalt Dr. Karl Pfannenschwarz, Akademischer Rat Dr. Peter Römer, Referendar Martin Schäfers, Rechtsanwalt Helmut Steinkamp, Prof. Dr. Gerhard Stuby.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Tel. 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5.65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

RASCH, Prof. Dr. Harold, geb. 1903 in Berlin, ist Rechtsanwalt und Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt. Buch- und zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KRAWTSCHENKO, Wladimir,* geb. 1930 in Kaluga, studierte Geschichte und Philosophie in Moskau, wo er heute als Publizist lebt. *** *ELLIESEN, Klaus,* geb. 1940 in Halle/Saale, lebt als freier Journalist bei Kiel. *** *HERDE, Georg,* geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien, lebt als freier Journalist in Frankfurt/Main; Herausgeber des Presse- und Informationsdienstes „Neue Kommentare". *** *PFLETSCHINGER, Bernhard,* geb. 1946 in Mühlacker, studiert Geschichte und Politikwissenschaft in München. *** *BAMBERG, Hans-Dieter,* geb. 1942 in Dortmund, zunächst kaufmännischer Angestellter, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Westberlin. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *OEHLKE, Paul,* geb. 1943 in Landsberg, Studium der Politikwissenschaft und Germanistik, seit 1970 wissenschaftlicher Mitarbeiter in Hamburg; Veröffentlichungen u. a.: Intellektuelle Opposition im autoritären Sozialstaat, mit Hans Henning Herzog, Neuwied 1970; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *RILLING, Rainer,* geb. 1945 in Stetten/Württ., studiert Soziologie, Politische Wissenschaften und Geschichte in Marburg/Lahn, Veröffentlichungen u. a.: Die NPD, Frankfurt 1969 (Mitautor), Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970. *** *ABENDROTH, Prof. Dr. Wolfgang,* geb. 1906 in Wuppertal, ist Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KNORR, Lorenz,* geb. 1921 in Eger/CSR, war ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken". Heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt.

Bemerkungen

Der Verlag bittet darum, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

Abonnenten, die ein Bank- oder Postscheckkonto haben, möchten wir empfehlen, von der Möglichkeit eines Dauerauftrags zur Überweisung der Abonnementsgebühren Gebrauch zu machen. Ein Dauerauftrag erspart Zeit und auch Geld.

Dieser Ausgabe liegt eine Werbekarte der „Deutschen Volkszeitung" bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Ferner liegt diesem Heft das Jahresregister 1971 bei; aus postalischen Gründen mußte daher der Umfang der April-Ausgabe auf 104 Seiten begrenzt bleiben.

Es schrieben bisher u. a.:

Wolfgang Abendroth
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres †
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh †
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Martin Bennhold
Max Bense
Frank Benseler
Igor Bestushew
Kurt Beutler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Achim v. Borries
Lord Boyd Orr
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Capraiis
John Collins
Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Harold Davies
Frank Deppe
Karlheinz Deschner
Philippe Devillers
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Fritz Eichholtz †
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Gertrud v. le Fort †
Wolfgang Friedmann
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Emil Fuchs
Hans-Jochen Gamm
Christian Geißler
Albrecht Goes
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Werner Hahlweg
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Friedrich Heer
Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Rudolf Hilf
Joachim Hirsch
Egbert Hoehl
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Victor Kadalie
Gerhard Kade
Erich Kahler
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Fritz Köhler
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Heinz Langerhans
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Carlo Levi
Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Walther Maas
Werner Maihofer
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias †
Gunnar Matthiessen
Ernst May †
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Friedhelm Nyssen
Paul Oehlke
Reinhard Opitz
Hans Joachim Orth
Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki †
Harold Rasch
A. J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Felix Rexhausen
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz R. Schick
Theo Schiller
Richard Schmid
Franz Paul Schneider †
Robert Scholl
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Hans-Adalbert Schweigart
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman †
Karl-Heinz Stanzick
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Stephen Swingler
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Gregori Tunkin
John E. Ullmann
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Hans Wirtz †
Claudia Wolff
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

RASCH, Prof. Dr. Harold, geb. 1903 in Berlin, ist Rechtsanwalt und Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt. Buch- und zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KRAWTSCHENKO, Wladimir,* geb. 1930 in Kaluga, studierte Geschichte und Philosophie in Moskau, wo er heute als Publizist lebt. *** *ELLIESEN, Klaus,* geb. 1940 in Halle/Saale, lebt als freier Journalist bei Kiel. *** *HERDE, Georg,* geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien, lebt als freier Journalist in Frankfurt/Main; Herausgeber des Presse- und Informationsdienstes „Neue Kommentare". *** *PFLETSCHINGER, Bernhard,* geb. 1946 in Mühlacker, studiert Geschichte und Politikwissenschaft in München. *** *BAMBERG, Hans-Dieter,* geb. 1942 in Dortmund, zunächst kaufmännischer Angestellter, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Westberlin. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *OEHLKE, Paul,* geb. 1943 in Landsberg, Studium der Politikwissenschaft und Germanistik, seit 1970 wissenschaftlicher Mitarbeiter in Hamburg; Veröffentlichungen u. a.: Intellektuelle Opposition im autoritären Sozialstaat, mit Hans Henning Herzog, Neuwied 1970; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *RILLING, Rainer,* geb. 1945 in Stetten/Württ., studiert Soziologie, Politische Wissenschaften und Geschichte in Marburg/Lahn, Veröffentlichungen u. a.: Die NPD, Frankfurt 1969 (Mitautor), Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970. *** *ABENDROTH, Prof. Dr. Wolfgang,* geb. 1906 in Wuppertal, ist Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KNORR, Lorenz,* geb. 1921 in Eger/CSR, war ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken". Heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt.

Bemerkungen

Der Verlag bittet darum, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

Abonnenten, die ein Bank- oder Postscheckkonto haben, möchten wir empfehlen, von der Möglichkeit eines Dauerauftrags zur Überweisung der Abonnementsgebühren Gebrauch zu machen. Ein Dauerauftrag erspart Zeit und auch Geld.

Dieser Ausgabe liegt eine Werbekarte der „Deutschen Volkszeitung" bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Ferner liegt diesem Heft das Jahresregister 1971 bei; aus postalischen Gründen mußte daher der Umfang der April-Ausgabe auf 104 Seiten begrenzt bleiben.